

DIALOG DER KULTUREN UND RELIGIONEN

19. MAI 2006

HOFBURG - WIEN

DOKUMENTATION

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Leitgedanken zu den vier Panels	6
Zusammenfassung der vier Panels	10
Niederschrift der Konferenz vom Originalton	32
Lebensläufe	129
Schriftliche Beiträge	168

VORWORT

Der Dialog der Kulturen und Religionen steht im Wechselspiel mit der Inneren Sicherheit eines jeden Staates - nicht nur in Österreich, innerhalb der EU, sondern in der gesamten Welt. Die Förderung dieses Dialoges unterstützt daher maßgeblich die Innere Sicherheit. Dazu ist einerseits die Einbindung der Staaten und der Internationalen Gemeinschaften und Organisationen, andererseits die Einbindung der Zivilgesellschaft sowie die Achtung der Menschenrechte notwendig.

Die österreichische EU Ratspräsidentschaft setzte einen klaren Schwerpunkt im Bereich des Dialogs. Im Lichte dieser wichtigen Thematik veranstaltete Frau Bundesministerin Liese Prokop unter österreichischer EU Ratspräsidentschaft am 19. Mai in Wien eine Veranstaltung zum Themenbereich "Dialog der Kulturen und Religionen" statt. Ziel der Konferenz war es, die Modelle des Dialogs und der Integration auf allen Ebenen zu analysieren und miteinander zu vergleichen. So wurde ein Beitrag zur Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen Radikalisierung und Rekrutierung für den Terrorismus geleistet. An dieser Konferenz nahmen hochrangige Vertreter aus den Bereichen Religion, Politik, Wissenschaft und Kultur teil.

KONFERENZ „DIALOG DER KULTUREN“ AM 19. MAI 2006 IN WIEN

LEITGEDANKEN ZUM 1. PANEL

„Der kulturelle und religiöse Dialog im Alltag“

Im Zuge der Diskussion über die Vorzüge und Schwächen des österreichischen Integrationsmodells aus der Sicht unmittelbar Betroffener wurde deutlich, dass die kulturelle Vielfalt sowohl für die Gesellschaft als auch für den einzelnen Bürger Vorteile mit sich bringt. Verwurzelt in unterschiedlichen Kulturen bereichern Immigranten mit ihren kulturellen und interkulturellen Kompetenzen die jeweilige Gesellschaft und verfügen über Zugangsmöglichkeiten zu Bereichen, die „Eingeborenen“ oftmals verschlossen bleiben.

Da es gilt, den multikulturellen Aspekt dieses Pluralismus zu erkennen und auch positiv wahrzunehmen, soll der öffentliche Dialog der Kulturen nicht nur im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft stattfinden. Er soll vielmehr fortgesetzt und dabei nicht nur in der Hofburg, sondern auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführt werden.

LEITGEDANKEN ZUM 2. PANEL

„Modelle des kulturellen und religiösen Dialogs aus (sicherheits-)politischer Sicht“

Im Zuge der Diskussion wurden Modelle des Dialogs der Kulturen und Religionen in und außerhalb der Europäischen Union erörtert.

Als Voraussetzungen für einen funktionierenden und wirkungsvollen Dialog wurden vor allem die Bekämpfung von Intoleranz und die Wichtigkeit des Dialogs auf lokaler Ebene betont. Nur auf diese Weise können Respekt und gegenseitiges Verständnis entstehen, die den Dialog erst entstehen lassen.

Eine besondere Bedeutung kommt Dialog der Kulturen und Religionen in Zusammenhang mit der globalen Sicherheitssituation zu. Es gilt, den weltweiten Dialog zu fördern und zu intensivieren. Nach wie vor größte Herausforderung für Politik und Gesellschaft bleibt aber die Gestaltung, das WIE des Dialogs.

LEITGEDANKEN ZUM 3. PANEL

„Europa – eine Wertegemeinschaft?“

Europa – Eine Wertegemeinschaft? Obwohl die Diskussion darüber so alt ist wie die Geschichte der europäischen Union selbst, beleuchtete dieses Panel in einer hochkarätigen Runde diese Fragestellung neu und gab wichtige Impulse für mögliche weitere Wege Europas.

Konsens war, dass die Europäische Union auch eine Wertegemeinschaft ist, die nicht nur zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung gegründet wurde.

Da wir Europäer auch gewisse Werte wie Menschenwürde und Freiheit teilen, ist es wichtig, diese Grundnormen auch abzusichern und durchzusetzen. Der Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist daher besonders vordringlich. Weiters braucht es auch eine Politik der Integration, um Radikalismus und schlussendlich auch Terrorismus zu verhindern.

Trotz vieler ermutigender Zeichen und auch Taten wird der Weg zu gemeinsamen Werten in einer europäischen Gemeinschaft noch ein weiter sein.

LEITGEDANKEN ZUM 4. PANEL

„Religion als Brückenbauer des interkulturellen Dialogs?“

Im Zuge der Diskussion über die Brückenbaufunktion und die Rolle der Kirchen und Glaubensgemeinschaften wurde deutlich, dass das gegenseitige Verständnis und der Respekt vor dem jeweils Andersgläubigen auf der Ebene der theologischen Gelehrten vorhanden ist und der Dialog in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht hat. Anders sehe es aber auf der Basis aus, wo die Angst vor dem „Fremden“ das Wissen um die Bereicherung einer Gesellschaft durch kulturelle Vielfalt noch immer überwiegt. Von allen Diskussionsteilnehmern wurde das österreichische Modell der Säkularität und des Umgangs mit kulturellen und religiösen Minderheiten gelobt.

Fazit des 4. Panels war, dass es zu den wichtigsten Aufgaben der Glaubensgemeinschaften zählt, die bestehenden Probleme und die Phobie vor dem Fremden im Allgemeinen weiter zu bearbeiten und Brücken zwischen den Menschen zu schlagen. Dies einerseits dadurch, dass Vorbehalte auf beiden Seiten ernst genommen werden müssen und andererseits durch Aufklärung auf beiden Seiten darüber, dass der Andersgläubige nicht primär eine Bedrohung der eigenen Kultur darstellt und gar nicht so anders ist, als es sich vordergründig darstellt. Die bereits vorhandenen Initiativen der diversen Glaubensgemeinschaften müssen publik gemacht werden, um einen Dominoeffekt zu erzielen und einen positiven Weg in die Zukunft zu weisen.

KONFERENZ „DIALOG DER KULTUREN“ AM 19. MAI 2006 IN WIEN

ZUSAMMENFASSUNG DES 1. PANELS

„DER KULTURELLE UND RELIGIÖSE DIALOG IM ALLTAG“

Zielsetzung des ersten Panels

Das erste Panel setzte sich zum Ziel, das österreichische Integrationsmodell aus der Sicht unmittelbar Betroffener, also der Personen die selbst bzw. deren Familien aus den unterschiedlichsten Staaten nach Österreich eingewandert sind, zu beleuchten.

Es gilt den multikulturellen Aspekt dieses Pluralismus zu erkennen und auch positiv wahrzunehmen. (Zitat nach Viola Raheb)

Durch die Diskussion führte Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz, Philosoph, Gruppendynamiker und Konfliktmanager; Bekannt als Moderator des ORF-Philosophicums.

Alle fünf Teilnehmer des ersten Panels verfügen über eine fundierte Ausbildung, ausgezeichnete Deutschkenntnisse sowie über eine gesicherte berufliche Position und können, so gesehen, als Erfolgsgeschichten österreichischer Integrationsbemühungen bezeichnet werden.

Sueli Menezes, geboren in Brasilien und mittlerweile österreichische Staatsbürgerin, lebt seit 1988 in Österreich. Sie ist als freie Künstlerin und Autorin tätig.

Deniz Karabulut wurde in Österreich geboren, Sein Vater wanderte 1975 aus Ostanatolien ein. Als Mitglied der Alevitischen Gemeinde sieht sich Karabulut einer toleranten Einstellung gegenüber anderen Religionen sowie einer offenen und liberalen Weltanschauung verpflichtet.

Viola Raheb, in Bethlehem geboren, stammt ursprünglich aus Palästina. Sie ist nun seit vier Jahren in Österreich und hat zuvor sechs Jahre lang in Deutschland gelebt und studiert.

Hüseyin Özcelik wurde in Wien geboren. Seine Familie stammt aus der Türkei. Als erster ausländischer Student in Österreich hat Herr Özcelik vergangenes Jahr sein Studium sub auspiciis absolviert.

Rita Cherradi besucht derzeit die internationale Schule in Wien. Ihre Eltern leben bereits seit zwanzig Jahren hier in Österreich.

Situation der Immigranten in Österreich

Obwohl alle fünf Teilnehmer sich selbst als integrierten Bestandteil der österreichischen Gesellschaft sehen – wird im Gespräch deutlich, dass durchaus Differenzen zwischen dem Selbst- und dem Fremdbild bestehen. So werden aus Erfahrung der Diskutanten, Immigranten oft schon allein auf Grund ihres Namens und ihrer Herkunft, trotz aller Integrationsbemühungen, als Ausländer betrachtet. Gleichzeitig gelten sie aber auch in ihren jeweiligen Herkunftsstaaten als Fremde oder „Deutschländer“.

Dem gegenüber zeigt sich im Gespräch, dass die Vielfalt der Gesellschaft für den Einzelnen auch Vorteile mit sich bringen kann. Verwurzelt in unterschiedlichen Kulturen bereichern Immigranten mit ihren kulturellen und interkulturellen Kompetenzen die jeweilige Gesellschaft und verfügen über Zugangsmöglichkeiten zu Bereichen, die „Eingeborenen“ oftmals verschlossen bleiben.

...Weil für mich war immer Heimat, dort wo ich zu Hause bin und wo mein Heim ist. Also Österreich. Denn hier bin ich geboren, hier bin ich aufgewachsen und hier lebe ich. ... Aber die Türkei ist für mich heute noch das Land meiner Väter, also mein Vaterland....
(Zitat nach Hüseyin Özcelik)

Kritische Anmerkungen zum österreichischen Integrationssystem

Aus Sicht einiger Diskutanten hat die aktive Integrationspolitik in Österreich zu spät eingesetzt. So wurde kritisch angemerkt, dass in Österreich noch vor einigen Jahren Gastarbeitern aufgenommen wurden, ohne schon im Vorfeld Fragen, wie beispielsweise des Familiennachzuges und der Integration dieser Familien in die österreichische Gesellschaft zufrieden stellend geklärt zu haben.

So sei falsch zu glauben, dass jemand der sich bereits seit vierzig Jahren in einem Land aufhält, ohne eigenes und auch staatliches Zutun bereits integriert sei.

Positiv wurde aber angemerkt, dass die Bemühungen im Integrationsbereich in den letzten Jahren deutlich verstärkt wurden, wobei die Anstrengungen im Bildungsbereich besonders hervorgehoben wurden. So wurde Ausbildung und der Erwerb der Sprache der Mehrheitsgesellschaft einhellig als Schlüssel für eine allseits positive Integration angesehen.

Integration ist wie eine Art Ehe. Von beiden Seiten müssen Bemühungen und Konzessionen gemacht werden. Wenn sich beide Seiten bemühen und der Wille da ist, dann funktioniert es. (Zitat nach Sueli Menezes)

Tipps für eine erfolgreiche Integration von Immigranten für Immigranten

Basierend auf den Erfahrungswerten der fünf Teilnehmer kristallisierten sich folgende Ratschläge an Menschen in ähnlicher Situation heraus:

- Vielfalt in sich selbst spüren und positiv für sich definieren. Die positive Einstellung überträgt sich auf andere und bewirkt, dass eben diese Vielfalt nicht mehr nur ein trennender Aspekt ist, der zur Aussonderung des Menschen führt.
- Sich selbst treu bleiben; Sich eine Nische in der Gesellschaft finden, von wo aus man Zugang zu mehreren Kulturkreisen hat.
- Die eigenen Kinder mit beiden Welten vertraut machen.
- Sich Sprache und Bildungsmöglichkeiten zu nutze machen. Sie sind der Schlüssel zur Erfolgsgeschichte und einer befriedigenden Entwicklung in der neuen Heimat.
- Sich stückweise aus der Opferrolle befreien, um die eigene Kraft wieder neu zu entdecken und um in den notwendigen Diskurs selbstbewusster hinein gehen zu können.

Ich glaube, wir müssen stückweise uns von der Opfersituation befreien. Um unsere eigene Kraft wieder neu entdecken zu können und deshalb in den Diskurs ganz anders und selbstbewusster hinein zu gehen. (Zitat nach Viola Raheb)

Wünsche an die österreichische EU-Präsidentschaft:

Die Möglichkeit des öffentlichen Dialogs der Kulturen soll nicht nur im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft stattfinden. Er soll vielmehr fortgesetzt werden - und das nicht nur in der Hofburg, sondern auf allen gesellschaftlichen Ebenen, zum

Beispiel auch in Favoriten.

Ich wünsche mir, dass solche Möglichkeiten des Dialogs nicht nur im Rahmen der EU-Präsidentschaft stattfinden, sondern dass sie auch fortgesetzt werden. Nicht nur in der Hofburg, sondern z.B. in Favoriten. (Zitat nach Viola Raheb)

ZUSAMMENFASSUNG DES 2. PANELS "MODELLE DES KULTURELLEN UND RELIGIÖSEN DIALOGS AUS (SICHERHEITS-) POLITISCHER SICHT"

Zielsetzung des zweiten Panels

Das 2. Panel setzte sich zum Ziel, Modelle des interkulturellen Dialogs in verschiedenen Staaten in und außerhalb der Europäischen Union zu vergleichen und Best-Practice Modelle herauszuarbeiten. Zudem sollte erörtert werden, welchen Beitrag der Dialog der Kulturen und Religionen zur Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit leisten kann.

Durch die Diskussion führte Univ.-Prof. Dr. Mathias Rohe, Rechtsprofessor an der Universität Erlangen – Nürnberg und Richter am Oberlandesgericht Nürnberg. Rohe beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem islamischen Kulturkreis. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Islamischen Recht und Co-Autor der Studie „*Perspektiven und Herausforderungen in der Integration muslimischer MitbürgerInnen in Österreich*“, die er am Konferenztag gemeinsam mit der österreichischen Bundesministerin für Inneres, Liese Prokop, präsentierte. Zudem ist Rohe Mitbegründer und seit Oktober 2001 Vorsitzender der Gesellschaft für arabisches und islamisches Recht

Die fünf Teilnehmer des Panels setzten sich politischen Experten zusammen:

Rikke Hvilshoj, seit 1990 in der Politik tätig, ist seit Februar 2005 Ministerin für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration in Dänemark.

Die Teilnahme von Ministerin Hvilshoj war von besonderer Aktualität, da gerade Dänemark zum Zeitpunkt der Konferenz aufgrund des sog. „Karikaturenstreits“ weltweit medial präsent ist.

Nourredine Ayadi arbeitet seit 2005 als Sonderberater des algerischen Staatspräsidenten. Davor war Ayadi algerischer Botschafter in Argentinien, Chile und Uruguay.

Daniel Weygandt ist seit September 2006 Direktor für die deutschsprachigen Länder im US State Department. Von 2001 – 2004 war Weygandt als stellvertretender Botschafter in

Wien tätig.

Gijs de Vries übt seit 2004 die Tätigkeit des EU-Antiterrorismuskordinators aus. Die Position wurde als Reaktion der EU auf die terroristischen Anschläge in den USA und Europa ins Leben gerufen.

Patricia Baba, leitet seit 2006 das Büros für innenpolitische Angelegenheiten im italienischen Innenministerium.

Modelle des interkulturellen und religiösen Dialogs in und außerhalb Europas

Wir müssen die jeweiligen Religionen, kulturellen Verschiedenheiten, etc. respektieren und es ist wichtig, dass wir uns untereinander verstehen und das können wir nur durch eine offene Diskussion erreichen. (Hvilshoj)

Dänemark

Ministerin Hilvshoj gestand ein, dass in Dänemark mit aktiver Integrationspolitik zu spät begonnen wurde. Vielmehr habe man Probleme zwar gesehen, sich aber nicht aktiv mit ihnen auseinandergesetzt. Man verabsäumte, Zuwanderern zu erklären auf welche sozialen Werte die dänische Gesellschaft gebaut ist.

Wir müssen darüber diskutieren, warum wir Gesellschaften haben – auch in Dänemark – die parallel leben, die sich nicht kennen, die sich nicht verstehen, die übereinander reden, aber die gegenseitigen Handlungen nicht verstehen und es ist wichtig das zu berücksichtigen und zu versuchen, dass sich dieser Trend nicht weiterentwickelt. (Hivshoj)

Dänemark stehe heute vor vielen Herausforderungen. Nach Ansicht der Ministerin zähle die gemeinsame Festlegung von Grundwerten zu den wichtigsten Integrationsmaßnahmen. So betonte Hilvshoj die Notwendigkeit des Erlernens der Landessprache und die Sicherung des Zugangs zur Bildung und zum Arbeitsmarkt für Einwanderer.

USA

Daniel Weygandt wies auf die besonderen Erfahrungen der USA mit Einwanderung hin. Einwanderung als solche habe in den USA eine viel längere Tradition, als in Europa, es

existiere vielmehr eine permanente Migrationswelle Die erste moslemische Gruppierung wurde bereits Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet. In den USA gibt es keine nationale Einwanderungs- und Integrationspolitik.

Italien

Baba wies auf die seit 15 Jahren sehr hohe Einwanderung in Italien hin. Auf Initiative des damaligen Innenministers Giuseppe Pisanu wurde 2003 begonnen, einen strukturierten Dialog zu führen. Es erfolgte die Gründung von 2 interministeriellen Ausschüsse (interministerieller Ausschuss im Kampf gegen Diskriminierung und Antisemitismus, interministerieller Ausschuss gegen Diskriminierung jeder Art von Religion, Glaube oder Denkweise). Auf lokaler Ebene starteten Strukturdialoge, um konkrete Themen zu diskutieren. Überdies wurde der Rat für den italienischen Islam gegründet.

Österreich

Univ.-Prof. Dr. Rohe berichtet von seinen Erfahrungen als Co-Autor der Studie *„Perspektiven und Herausforderungen in der Integration muslimischer MitbürgerInnen in Österreich“*. Die Situation in Österreich zeige eine erfolgreiche Integration und die Vermeidung von extremistischen Verhalten. Es gäbe allerdings eine abstrakte Angst vor anderen Kultur- und Glaubensgemeinschaften, die auch medial thematisiert werde.

Man habe herausgefunden, dass die Mehrheit auf beiden Seiten bereit und offen für Integration sei. Trotzdem sei die Entfernung zwischen verschiedenen Gruppierungen deutlich spürbar. Rohe bekräftigte mit seinen Aussagen auch die Erfahrungen von Ministerin Hilshoj in Dänemark.

Das Leben dieser 2 Welten wird immer separat geführt, es existieren nur schwache Kontakte auf der Nachbarschafts-, Familien-, oder Freundschaftsebene (Rohe)

Wir müssen unsere Bevölkerung über die Größe der Vielfalt überzeugen (Rohe).

Ist Dialog institutionalisierbar?

Wir brauchen die Institutionalisierung, aber wir brauchen auch, dass die Menschen den Dialog beginnen. (Hvilshoj)

Die Diskussionsteilnehmer waren sich darüber einig, dass in Europa sowohl auf politischer als auch auf intellektueller Ebene alle notwendigen Voraussetzungen für den Dialog der Kulturen und Religionen bestehen.

Doch es zeigt sich, dass das theoretische Bestehen dieser Voraussetzungen für den Dialog nicht ausreichend ist. Vielmehr müssen die Initiative und die Bereitschaft zum Dialog und zur öffentlichen Auseinandersetzung von den Gruppierungen selbst kommen. In diesem Zusammenhang wies Ministerin Hivshoj darauf hin, dass in Dänemark zwar ein Rat für estnische Minderheiten, jedoch kein Rat für moslemische Gemeinschaften gibt. Die Gründung einer solchen Gemeinschaft sei natürlich erlaubt und wünschenswert, konnte aber bisher mangels Einigung in der moslemischen Gruppe nicht realisiert werden. Daher sei es oft auf politischer Ebene schwierig, relevante Kontaktstellen und Ansprechpartner ausfindig zu machen. Die Ministerin betonte, dass die Initiative zur Gründung eines solchen Rates müsse von der Gemeinschaft selbst kommen müsse und könne nicht politisch eingeleitet werden.

Patricia Baba unterstützte diese Ansicht und betonte die Wichtigkeit von Verbänden für die Teilnahme am Dialog.

Wir möchten keinen Dialog aufzwingen, aber der Rat des Italienischen Islam ist eine gute Form, um daran teilzunehmen. (Baba)

Voraussetzungen für einen wirksamen Dialog

Wir müssen die jeweiligen Religionen, kulturellen Verschiedenheiten, etc. respektieren und es ist wichtig, dass wir uns untereinander verstehen und das können wir nur durch eine offene Diskussion erreichen. (Hvilshoj)

Toleranz ist sehr wichtig, sie ist ein sehr herausfordernder Begriff. (de Vries)

De Vries betonte, dass sowohl europäische als auch moslemische Gesellschaften die existierende Intoleranz bekämpfen und sich am lokalen Dialog beteiligen müssen.

Wir müssen versuchen die Vielfalt unserer Gesellschaft zu verstehen und dies kann nur funktionieren, wenn Menschen diesen Dialog auf örtlichen Ebenen praktizieren. Das können die Regierungen und auch die privaten Unternehmen nicht machen....

(de Vries)

Der lokale Dialog findet in den Gemeinschaften, in den Dörfern, in der Nachbarschaft, im Sportverein, den öffentlichen Organisationen und den religiösen Gemeinschaften.

Einige Diskutanten betonten die Beeinflussung von Ereignissen außerhalb Europas auf Haltungen und Vorurteile von Moslems und Nicht-Moslems in Europa.

Ich glaube, wenn die USA über die Situation in Europa diskutiert, sollte sie auch über die Antworten der eigenen Politik zu diskutieren. (de Vries)

Weygandt entgegnete, dass den USA sehr wohl bewusst sei, dass durch die amerikanische Politik die Haltung der Menschen in vielen Teilen der Welt beeinflusst werde.

Vor allem de Vries wies darauf hin, dass er in vielen Ländern nach wie vor die Bereitschaft zum Brückenbauen vermisse.

Wir müssen Versuchen in Toleranz und Kontraste zu investieren, aber wir müssen auch an globalen Sicherheitsthemen arbeiten, die eine sehr wichtige Rolle in dieser Auseinandersetzung spielen. (de Vries)

Internkultureller und religiöser Dialog in Zusammenhang mit Fragen der inneren und äußeren Sicherheit

Die Diskutanten stimmten darin überein, dass die Opfer terroristischer Gewalttaten sehr oft Moslems gewesen sind. Der Kampf ist gegen Extremisten zu führen, deren Ziel Zivilisten sind – Christen, Juden, Moslems.

De Vries betonte die gemeinsamen Interessen im Kampf gegen den Terrorismus und die Wichtigkeit des Dialogs.

Wir alle haben gemeinsame Grundlagen, aber wir haben verschiedene Traditionen und wir müssen über diese Traditionen diskutieren. (de Vries)

Er wies auf zahlreiche Vorhaben und Treffen der EU mit Drittstaaten im Kampf gegen den Terrorismus hin und forderte alle EU-MS – nicht nur diejenigen, die die Präsidentschaft des Rates innehaben, diese Initiativen fortzusetzen.

Wenn wir auf die Möglichkeiten des Dialogs zurückgreifen, brauchen wir nicht nur einen Dialog innerhalb Europas, sondern einen Dialog mit allen unseren Partnern aus der ganzen Welt. (de Vries)

Auch Weygandt betonte in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit eines transatlantischen Dialogs und eine Verstärkung der transatlantischen Beziehungen.

Aber der Unterschied zwischen der amerikanischen und der europäischen Auffassung über die Frage der moslemischen Radikalisierung ist, dass die Ereignisse vom 11. September für die USA nicht die Zerstörung mit einem Schlag bedeuten, sondern eine Provokation für einen Konflikt zwischen Amerika und der moslemischen Welt.

Und ich glaube, dass radikale Gruppierungen den Zusammenstoß zwischen Zivilisationen ausnützen, um ihn zu verstärken, um die Menschen zu verschiedenen Reaktionen zu bewegen, um einen Keil zwischen der enormen Mehrheit der moslemischen Bevölkerung in der Welt zu setzen. (Weygandt).

So muss nach Ansicht Weygandts darüber diskutiert werden, wie man am besten gegen Provokationen reagieren könne.

In Wirklichkeit ist die Integration ein politisches Problem und muss auf politischer Ebene behandelt werden. (Ayadi)

Gleichzeitig wies Ayadi darauf hin, dass der Terrorismus ebenfalls ein politisches Problem sei und nichts mit der Religion zu tun habe. Er erzählte, dass sein Heimatland Algerien von terroristischen Gewaltakten stark betroffen gewesen sei. Terroristengruppen verwendeten Religion häufig als Vorwand, um gegen die moslemische Religion selbst zu kämpfen.

Er betonte, dass Algerien den Terrorismus besiegte und den Dialog der Versöhnung als Motor seiner politischen Aktivität pflege. Seiner Ansicht nach müsse der Dialog strukturiert werden und gerade auf politischer Ebene Sorge getragen werden, dass vor

allem junge Menschen oder Arbeitslose sich nicht von terroristischen Vereinigungen rekrutieren lassen. Er schlug konkrete Maßnahmen wie pädagogische Programme für Schulen, Austausch oder die Etablierung eines internationalen Preises als Anerkennung für den Einsatz im Dialog der Kulturen und Religionen vor.

Im Rahmen der Diskussion meldete sich Imam Mustafa Ceric, Großmufti von Bosnien-Herzegowina, Diskutant des 4. Panels zu Wort:

Ceric betonte seine Unterstützung für den österreichischen Ansatz zur Führung des Dialogs und begrüßte die zahlreichen Veranstaltungen Österreichs zu diesem Thema hin. Überdies ermutigte er Österreich, 2007 120 Jahre Gründung des ersten Rechtsstudiums für Islamisches Recht in Europa mit zu feiern.

Ceric selbst bevorzuge anstatt von „Integration“, die sehr viel mit Assimilation zu tun habe, von einer „Beteiligung von Moslems“ zu sprechen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass interkulturelle Dialog zum Aufbau von Verständnis, Abbau von Intoleranz und als Grundlage für die Wahrung der weltweiten Sicherheitssituation unumgänglich ist.

Die entscheidende Herausforderung für Politik und Gesellschaft bleibt jedoch die Gestaltung, das *WIE* des Dialogs der Kulturen und Religionen.

ZUSAMMENFASSUNG DES 3. PANELS

"EUROPA EINE WERTEGEMEINSCHAFT?"

Ist Europa eine Wertegemeinschaft? Die Diskussion darüber ist so alt wie die Geschichte der europäischen Union selbst.

Das Panel III dieser Dialogveranstaltung hat obige Fragestellung eingehend beleuchtet und wichtige Impulse für mögliche weitere Wege Europas gesetzt.

Dafür wurde das Thema in drei Fragestellungen strukturiert:

- 1. Braucht eine europäische Gemeinschaft gemeinsame Werte? Wenn ja, haben wir diese? Welche Werte gehören zu diesem Kanon, was konstituiert die europäische Identität?**
- 2. Was können und müssen wir von denen erwarten, die gebürtige Europäer sind? Was können wir denen zumuten, die als Zuwanderer in unsere Gesellschaft integriert werden wollen und integriert worden sind? Was ist von allen Bürgerinnen und Bürgern Europas zu verlangen, damit das Zusammenleben funktioniert?**
- 3. Wie gehen wir mit jenen um, die sich nicht an diese europäischen Werte halten wollen, die sie zum Teil ablehnen?**

Gleich zu Beginn streicht Dr. Leon Zelman hervor, dass Europa als Friedensgemeinschaft Antwortcharakter auf die Verbrechen des Nationalsozialismus gehabt hat. Damit ist seines Erachtens klar, dass die Europäische Union auch eine Wertegemeinschaft ist, die nicht nur zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung gegründet worden ist.

Diese Auffassung teilt auch Dr. Alain Bruin von der EU-Kommission. Als gemeinsame europäische Werte betrachtet er menschliche Würde, die Freiheit, die Demokratie, die Gleichheit und die Gerechtigkeit.

Für ihn ist es wichtig, wie die EU diese Werte absichern und durchsetzen kann. Aus seiner Sicht ist vor allem der Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wichtig. Weiters braucht es eine Politik der Integration und die Förderung der kulturellen Vielfalt, denn laut Bruin nährt der Rassismus den Radikalismus und schlussendlich auch den Terrorismus.

Imam Mustafa Ceric, Großmufti von Bosnien-Herzegowina, führt Werte wie Leben, Freiheit, Religion, Eigentum und Menschenwürde als uns einigendes Grundsatzprogramm an. Als historisches Vorbild einer gelungenen Integration von Muslimen nennt er die Donaumonarchie.

Der Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Prof. Anas Schakfeh, sieht das österreichische Modell der Trennung von Staat und Religion als vorbildhaftes Konzept in Europa an, das ein konstruktives Verhältnis von Religionen und Staat fördert.

Prof. Bassam Tibi erklärt sein Konzept des Euroislams und der europäischen Leitkultur. Für ihn ist der Islam sehr flexibel und die Idee Europa ist durch ihre „Inklusivität“ gekennzeichnet. Ein europäischer Islam erscheint ihm realisierbar. Das Konzept des Euroislams korrespondiert mit Tibis Idee von einer europäischen Leitkultur, die die Trennung zwischen Religion und Politik, Demokratie, Menschenrechte (inkl. Religionsfreiheit), Zivilgesellschaft und Pluralismus umfasst.

Für Tibi haben sich die Europäer zu verändern, um ihre muslimischen Mitbürger als Europäer akzeptieren zu können. Auf der anderen Seite sollten sich die bislang fremd gebliebenen Muslime besser integrieren und die oben genannten fünf Werte vertreten, damit sie auch Europäer werden könnten. So gibt es laut Tibi in den USA keine Probleme in der Integration des Islams, da sich die dortigen Muslime auch als Amerikaner sehen.

Schakfeh weist im Gegensatz zu Tibi darauf hin, dass z.B. muslimische Bosniaken, Albaner und Makedonier nicht Europäer werden müssten, sie seien dies bereits seit Generationen.

Auch lehnt Schakfeh den Begriff des Euroislams ab. Seinem Dafürhalten nach gibt es einen europäischen Islam ebenso wenig, wie es einen arabischen, afrikanischen, türkischen oder indonesischen Islam gibt. Nichtsdestotrotz es gibt es lokale und regionale Prägungen des Islams. Gäbe es verschiedene regionale Spielarten des Islams wäre seiner Meinung nach die Universalität der Religion in Frage gestellt.

Der Direktor des österreichischen St. Georgs-Kollegs in Istanbul, Mag. Franz Kangler, geht kurz auf den Laizismus in der Türkei ein und stellt fest, dass dieses mehrheitlich muslimische Land genau diese westlichen Regelungen in sein Staatssystem aufgenommen hat.

Tibi fürchtet einen Kampf der Religionen, sollte es nicht gelingen den Islam zu europäisieren.

Kangler hält dem entgegen, dass die Religionen sehr wohl einen gemeinsamen Weg finden können. Es gibt laut Kangler in allen Religionen enge und verschlossene Sichtweisen, doch dürfe man gerade jetzt keinen neuen Eisernen Vorhang zum Islam aufbauen.

Europa sollte sich seiner Friedensaufgabe wieder bewusst werden, das alte Friedensprojekt weiter entwickeln und auch in Richtung Islam erweitern, wie es einmal zwischen Deutschland und Frankreich begonnen worden sei.

ZUSAMMENFASSUNG DES 4. PANELS

"RELIGIONEN ALS BRÜCKENBAUER DES INTERKULTURELLEN DIALOGS?"

Zielsetzung des vierten Panels

Das vierte Panel setzte sich zum Ziel, zu erörtern, welchen Einfluss auf und welche Verantwortung für den interkulturellen Dialog die Religionen haben.

Die Schule des Dialogs ist die persönliche Begegnung. (Sturm)

Durch die Diskussion führte Professor Alfred Worm, Chefredakteur, Herausgeber und Buchautor.

Die fünf Teilnehmer setzten sich aus prominenten Religionsvertretern zusammen, die allesamt auf eine langjährige Berufserfahrung auch im Bereiche des religiösen Dialogs zurückblicken können.

Dr. Eleonore Lappin, geboren in Wien, ist als Historikern, Autorin zahlreicher Publikationen und unter anderem als Lehrbeauftragte für Zeitgeschichte an der Karl Franzens Universität Graz tätig. Sie ist Vizepräsidentin der jüdisch-liberalen Gemeinde in Wien „OR CHADASCH“.

Weihbischof DDr. Helmut Krätzl, geboren in Wien, ist seit Oktober 2004 Bischofsvikar für die Belange der Ökumene und der katholischen Erwachsenenbildung im Bereich der Erzdiözese Wien. Er ist in der Bischofskonferenz zuständig für die Erwachsenenbildung, das Österreichische Bibelwerk, das Seminar für Kirchliche Berufe und die Ökumene gemeinsam mit Kardinal Christoph Schönborn. Auch er ist Autor zahlreicher einschlägiger Publikationen.

Dr. Michael Staikos, geboren in Athen, lebt seit 1964 in Wien. Seit 1991 leitet er die Griechisch-Orientalischen Metropolie von Österreich. Metropolit Staikos ist auch Exarch von Ungarn und Mitteleuropa.

Prof. Anas Schakfeh, in Syrien geboren, lebt seit 1965 in Österreich, seit 1980 ist er österreichischer Staatsbürger. Er arbeitete unter anderem als gerichtlich beeideter Dolmetscher der arabischen Sprache, ist Autor zahlreicher Publikationen und seit 1980 Sprecher mit eigenem Vortrag der Sendung „Stimme des Islam“ im ORF. Seit Jänner 2000 ist er Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich.

Mag. Herwig Sturm, geboren in Lilienfeld, NÖ, ist seit 1996 Bischof der Evangelischen Kirche A.B. und Vorsitzender des Evangelischen Oberkirchenrates A. u. H. B. in Österreich. Seit Jänner 2006 ist er Vorsitzender des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich.

SITUATION DES DIALOGS UNTER DEN KIRCHENGEMEINSCHAFTEN IN DER PLURALEN GESELLSCHAFT UND DIE AUSWIRKUNG VON RELIGIÖSEN ÜBERZEUGUNGEN AUF DIE GESELLSCHAFT:

Alle fünf Diskutanten waren sich darüber einig, dass die Religion eine wichtige Rolle in der Friedensstiftung spielt und dass es zu ihren primären Aufgaben zählt, Brücken zum jeweils Anderen zu schlagen. In diesem Zusammenhang wurde von Frau Dr. Lappin aber auch die Probleme der Glaubensgemeinschaften angesprochen, die Menschen in die Kirche, in die Bethäuser zu bringen und daher die Notwendigkeit angesprochen, dass sich die Religionsgemeinschaften im eigenen Interesse zu öffnen haben. Gewisse Öffnungstendenzen in Österreich wurden vermerkt.

Eines der größten Probleme der jüdischen Glaubensgemeinschaft, ich habe das auch von den Mitglieder der christlichen Glaubensgemeinschaft gehört, ist heute: wie bringe ich die Menschen in die Bethäuser? (Dr. Lappin)

Die Religionsgemeinschaften sind im eigenen Interesse gefordert, sich zu öffnen und ich sehe eine gewisse Öffnung hier in Österreich. (Dr. Lappin)

Die Ängste und das bestehende Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem Fremden im Allgemeinen läge nach der Meinung von Weihbischof Krätzl und auch in großen Zügen der anderen Diskussionsteilnehmer einerseits in der Natur des Menschen und andererseits würde sie verstärkt durch die rasche Veränderung der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten.

Heute haben viele Menschen Angst vor der anderen Kultur, vor der anderen Sprache, vor den Anderen, die immigrieren und etwa die Arbeitsplätze wegnehmen. Und hier eine Brücke zu schlagen – hier sind Religionen unersetzbar. (Krätzl)

Die Grenzen sind gefallen und man kann nicht mehr allein unter sich leben, sondern wir haben zusammen zu leben mit Millionen von Mitmenschen, die anders denken, anders handeln, anders leben und ein Dialog dazu ist notwendig. (Staikos)

Die Wichtigkeit der Religion eines Menschen seien – so Staikos- in den vergangenen

Jahrzehnten nicht ernst genommen worden, dies sei erst seit den Ereignissen des 11. Septembers zum politischen Diskussionsthema geworden. Besonders Bischof Sturm sprach davon, dass Religion ein Doppelgesicht hat – einerseits als Friedensstifter, andererseits könnten religiöse Überzeugung aber auch zu Hass missbraucht werden.

Und jetzt auf einmal ist festzustellen, dass in der Europäischen Union nach den Ereignissen in den Vereinigten Staaten auf einmal die Rolle der Religion anders gesehen wird. (Staikos)

...man muss das Doppelgesicht der Religion ernst nehmen. Die Religion ist etwas vom Tiefsten, was einen Menschen bewegen kann und das kann sozusagen im Sinne unseres gemeinsamen Gottesbildes zum Frieden führen. Es kann aber auch missbraucht werden zu Hass und Gewalt... (Sturm)

Situation des Dialoges in Österreich- das österreichische Modell

Alle fünf Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass Brückenschläge zu den wichtigsten Aufgaben der Religion zählen und in den letzten Jahrzehnten auf theologischer Gelehrten-Ebene schon große Fortschritte erzielt wurden. Es wurde auch betont, dass Religion als solches ein Kulturträger ist, der die Menschen voneinander unterscheidet, ja manches Mal sogar trennt. Ein oft auf politischer Ebene – besonders rund um die EU-Verfassung – Thema, nämlich die christliche Prägung- wurde auch von Präsident Schakfeh nicht kritisiert, sondern als Tatsache festgestellt, wobei von allen Diskutanten eingeräumt wurde, dass Minderheiten und zwar religiöse, wie ethnische eine Gleichstellung erfahren müssen. In Österreich als traditionelles Land der ethnischen Vielfalt, würde das auch gut funktionieren.

Religionen sind Kulturträger ersten Ranges ...und ich sage immer wieder, dass Europa abenländisch-christlich geprägt ist Wir Muslime wollen diese Prägung auch gar nicht in Frage stellen.... Wir sind eine Minderheit und dieses Minderheit will eigentlich nur die Rechte in Anspruch nehmen, die im Rahmen des Rechtsstaates möglich sind- nicht privilegiert, aber auch nicht diskriminiert. (Schakfeh)

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer auch, dass weder die Politik Religion machen soll, noch die Religion Politik.

Religion hat nicht Politik zu machen .

(Weihbischof Krätzl)

Ebenso bestand Einigkeit darüber, dass nur in einem säkularen Staat, wie Österreich einer ist, Religionsfreiheit garantiert sei und nur unter diesen Rahmenbedingungen ein Dialog unter den Religionen und Kulturen möglich sei.

Ich bejahe den säkularen Staat. (...) so wie er sich in Österreich darstellt, deswegen bin ich für das österreichische Modell.... (Schakfeh)

Religionsfreiheit gibt es nur im neutralen säkularen Staat. Der Staat, der sich aus der Diskussion um wahr oder falsch heraus hält, um gut oder schlecht und jedem Bürger das gleiche Recht einräumt, ermöglicht Religionsfreiheit. (Sturm)

Im Laufe der Diskussion wurde attestiert, dass ein religiöser Dialog, ebenso wie ein „Einander-Kennenlernen“ nur dann gut funktionieren würde, wenn sich jeder seiner kulturellen und/ oder religiöser Wurzeln bewusst sei, und dieses Wissen würde den Menschen teilweise fehlen. Schakfeh wies darauf hin, dass der Dialog aber auch mit Nicht-Gläubigen geführt werden müsse.

... das größte Hindernis des Dialogs ist, dass man sich seiner eigenen Kultur und auch zum Teil seiner eigenen Religion gar nicht gewiss ist. Der Dialog, der interreligiöse, hat nur einen Sinn, wenn zwei miteinander reden, wo jeder eine Überzeugung hat, und an etwas glaubt. Nur dann hat es einen Sinn, sonst wird es Gewäsch. (Krätzl)

Ich glaube, dass man erst imstande sein wird einen echten Dialog zu führen, wenn der Eine den Anderen kennenlernt.... (Staikos)

In der Gesellschaft gibt nicht nur Religionen und Kirchen. Es gibt auch Agnostiker und Atheisten und wir führen den Dialog mit allen..... (Schakfeh)

Das Fundament und die Voraussetzung ist, zu wissen, was und wer ich bin. Und erst wenn ich auf diesem Fundament stehe, dann kann ich eine Exkursion zum Anderen machen... (Staikos)

Staikos sprach in diesem Zusammenhang auch die Probleme der Christen in der arabischen Welt an und wies darauf hin, dass der Dialog nicht einseitig geführt werden dürfte.

Der Dialog ist eine Notwendigkeit, hat aber gewisse Prinzipien und Voraussetzungen, damit er nicht zum Monolog wird bzw. dass es nicht ein Dialog ist, der aus Notwendigkeit geschieht. (...) Wenn die beiden Fundamente- Respekt und Aufrichtigkeit – fehlen, dann reden wir zwar miteinander, aber wir bleiben weiterhin nebeneinander(...)Es kann nicht nur Rechte geben, es muss auch Pflichten geben - man kann nicht trennen und sagen heute hier diskutieren wir über die Rolle des Islam in Europa und ich kann nicht sagen, es geht mich nichts an, wie es den Christen in der islamischen Welt geht. (...) Toleranz bedeutet, ich lasse den anderen atmen, weil ich ihm das nicht verbieten kann und ich glaube das ist heute zu wenig.... (Staikos)

Der interreligiöse Dialog auf allen Ebenen ?

Einigkeit bestand darüber, dass sowohl die Ökumene, als auch der gesamte interreligiöse Dialog auf philosophischer –theologischer Ebene nicht nur Fortschritte gemacht habe, sondern laufend gepflegt und verbessert werden würde. Große Probleme und Vorbehalte beständen aber im Dialog und im gegenseitigen Verständnis der Menschen , der Gläubigen, wie Nichtgläubigen untereinander.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten zweifellos enorme Fortschritte gemacht. Nur war das meistens auf theologischer Ebene und sehr, sehr abgehoben. Das heißt, religionswissenschaftlich theologisch sind sich die Religionen nahe gekommen. Aber wie das auf der Basis aussieht, das ist eine ganz andere Geschichte.(...) auch das Verhältnis zwischen Muslimen und Juden ist gespannt – gerade an der Basis... (Lappin)

Mir kommt vor, wenn die Kinder heranwachsen, werden sie auf einmal infiziert von einem Bazillus, der in der Gesellschaft da ist. Der dann sagt, du pass auf, das sind die anderen. (Krätzl)

Dem könne man nur entgegentreten, indem man einerseits bereits in der schulischen Ausbildung Aufklärungsarbeit leistet und hier sei der Religionsunterricht unverzichtbar und andererseits auch in den Medien über bestehende positive Projekte der Völkerverständigung, der Verständigung zwischen unterschiedlichen Kulturen und

Religionen berichtet. Dann, so die Überzeugung der Diskutanten, könnten Berührungsängste und Vorbehalte überwunden werden.

Ich glaube, dass erst dann, wenn vermehrt über die positiven Projekte, die laufen- vielleicht auch in den Medien- gesprochen wird, die Berührungsängste verringert werden können. (Lappin)

Ohne den Religionsunterricht wäre der Dialog der Religionen in den Schulen nicht möglich. (..) Wir feiern gemeinsame Feste und manchmal auch Wortgottesdienste, also nicht Gottesdienste, Messen oder ein moslemisches Gebet, sondern Wortgottesdienste, wo gemeinsam aus den heiligen Bücher vorgetragen wird und wo auch meditiert wird. (...) Wir haben den Dialog in Österreich. (Schakfeh)

In der schulischen Ausbildung geschieht sehr viel, nach beiden Richtungen, vom Christentum hin zum Islam und hin zum Judentum. (..) Ich glaube, das sollte man auch publik machen. Das sollte man fördern und ich setze auf die Jugend, dass hier eine Generation heranwächst, die genauso wie diese Generation für Gewaltlosigkeit eintritt, auch für den Frieden unter den Kulturen und Religionen eintritt. (Krätzl)

Zukunftsansichten:

Das österreichische Modell wurde weitgehend gelobt und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern würde in Österreich der interreligiöse Dialog sehr gut funktionieren.

Die Ökumene funktioniert in keinem anderen europäischen Land so gut wie hier in Österreich. (Staikos)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass ein durchaus positives Bild der näheren Zukunft von allen Vertretern der Glaubensgemeinschaften gezeichnet wurde. Zum einen, weil die Probleme der religiösen und kulturellen Unterschiede spätestens seit den Ereignissen des 11. Septembers in den USA in den Köpfen der Menschen sind und dadurch thematisiert werden. Nur durch dieses Thematisieren werde eine Lösung des Problems herbeigeführt und der Missbrauch von Religion allgemein verurteilt - über alle Grenzen und Überzeugungen hinweg.

Ich glaube, es wird so weit kommen, besonders in diesem Land, wo das Zusammenleben von vielen ethnischen und religiösen Minderheiten die längste Tradition in Mitteleuropa hat, wo man den anderen aus der ethnischen oder religiösen Minderheit nicht als Belastung, sondern als Bereicherung betrachten wird. (Staikos)

DIALOG DER KULTUREN 19. MAI 2006 HOFBURG

NIEDERSCHRIFT

Prof. Nussbaumer, Moderator:

Guten Morgen und herzlich willkommen, meine Damen und Herren,

hier in den historischen Räumen der Wiener Hofburg, in denen unser Thema schon seit Jahrhunderten auf die eine oder andere Weise eine besondere Heimstätte hat - auf friedliche, manchmal auch auf kriegerische.

- Ungewöhnlich und erfreulich bunt ist heute nicht nur die Zusammensetzung der vier Panels, die zum Dialog der Kulturen und Religionen Stellung nehmen werden.
- Ungewöhnlich und erfreulich bunt ist auch die Reihe der Gäste, des Publikums und der Zuhörer. Sie alle sind für uns eine spannende Mischung aus Experten, aus Wissenschaftlern, aus Religionsvertretern, aus Politikern, aus Diplomaten, aus Beamten und worüber wir uns besonders erfreuen, aus interessierten Jugendlichen.

Wahrscheinlich werden sich manche von ihnen fragen, warum es sich im Zeichen der österreichischen Präsidentschaft der EU ausgerechnet das Innenministerium ist und nicht das Außenministerium oder das Kultur- und Unterrichtsministerium, das zu dieser Konferenz heute eingeladen hat.

Der Grund dafür liegt in den zum Teil leidvollen Erfahrungen der vergangenen Jahre und vor allem in zwei wichtigen großen Dokumenten, die im Herbst 2005 im Schoß der EU beschlossen worden sind.

Sie stellen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen einem solchen Dialog der Kulturen und Religionen und der inneren Sicherheit unserer Länder her.

Eine Folge zunehmender kultureller und religiöser Pluralität in Europa, eine Folge der wachsenden Offenheit auch innerhalb des EU-Raums aber auch eine Folge der

zunehmenden technischen Perfektionierung und Grenzüberschreitung terroristischer gewaltsamer Gefährdungen in Europa.

Es geht also heute bei unserem Beisammensein bis am Nachmittag zunächst um eine stärkere Koordinierung der europäischen Politik der Erfahrungen.

Es geht um mehr Austausch der Informationen über nationale Sicherheitskonzepte, es geht aber auch um mehr Hinhören auf Minderheiten, um die Stärkung von Recht, Demokratie und auch um Chancengleichheit und es geht um die Sorge, dass wir, und das steht auch in diesen EU Dokumenten eindeutig wörtlich drinnen, im Kampf gegen den Terrorismus nicht unsere eigenen Grundrechte untergraben.

Wir müssen, so heißt es wörtlich in einem der beiden Dokumente, darauf hinwirken, dass wir durch unsere eigene Politik die Kluft nicht noch vergrößern.

Dazu wird es hilfreich sein, für die Debatte über diese Fragen einen emotionslosen Sprachgebrauch zu entwickeln. Wenn ich das richtig verstehe, dann bedeutet das, dass wir in Respekt aber auch in voller Offenheit und voller Ehrlichkeit miteinander umgehen, also eine Gesprächskultur entwickeln, die, wo notwendig, auch Kritik und Selbstkritik möglich macht und das natürlich auf allen Seiten.

In den vier Panels wollen wir heute im Verlauf des Tages die Voraussetzungen für einen funktionierenden Dialog, und mehr noch, für ein funktionierendes Zusammenleben ausloten.

Wir werden heute zunächst Betroffene hören, wir werden unterschiedliche Dialogs- und Integrationsmodelle in verschiedenen Ländern miteinander vergleichen und wir werden nach bereits bewährten Praktiken in Europa Ausschau halten.

Das erste Wort aber gehört der Ratsvorsitzenden und österreichischen Innenministerin, die unserem schwierigen Thema mit ihren jüngsten Wortmeldungen bereits im Vorfeld dieser Konferenz eine ganz ungewöhnliche unösterreichische Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Frau **Bundesminister Liese Prokop**, ich bitte Sie um Ihre Begrüßung und Eröffnung.

Bundesminister Liese Prokop

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich sage allen ein herzliches Danke für das Kommen aus den Glaubensgemeinschaften, Betroffene aber vor allem jene, die im Rahmen der EU zu diesem Thema schon sehr viel beigetragen haben, laufend beitragen und die in allen diesen Themen auch dabei sind, wie Herr Prof. Nussbaumer auch angesprochen hat.

Ich darf Sie ganz herzlich hier in Wien in der Hofburg, im derzeitigen Konferenzzentrum der europäischen Präsidentschaft, begrüßen.

Ich freue mich, dass Sie so zahlreich gekommen sind und darf voll und ganz an die Einleitungsworte anschließen und möchte dafür einige Gründe nennen:

- Zum einen glaube ich, dass wir einen guten Dialog und eine gute Tradition in unserem Lande haben, diese Gespräche zu führen und aufzubauen – wir wollen sie auch intensiv fortsetzen.
- Zum Zweiten haben wir im Rahmen der Präsidentschaft dieses Thema auch zu einem zentralen Thema gemacht, denn wir wollen die Präsidentschaft in Österreich auch nutzen, voneinander zu lernen, Beiträge zu erkennen und die Umsetzung von Strategien auch tatsächlich zu erörtern und zu erläutern. Aber vor allem wollen wir gegen die Radikalisierung eintreten, um hier auch die Gefahren, insbesondere die Gefahren für die Sicherheit der Menschen, abwenden zu können.
- Zum Dritten darf ich sagen, dass es mir persönlich ein ganz tiefes Anliegen ist, diesen Dialog nicht nur zu führen, sondern auch voranzutreiben, offen, d.h. mit einer offenen Bereitschaft darüber zu diskutieren.

Den Beginn machten im Vorjahr die schrecklichen Terroranschläge in London, die uns erkennen lassen mussten, dass es Staatsbürger waren, die schon lange im dem Lande gelebt haben und die man zum Teil als integriert – wie man so schön sagt – gesehen hat. Auch hier musste einfach analysiert werden.

- Wir haben in den Ratsgremien darüber diskutiert.
- Wir haben Dokumente beschlossen in diesem Zusammenhang.
- Wir haben zuallererst betont, wir wollen einen Dialog führen: wir wollen nun den Dialog aufnehmen und noch ernster nehmen, als es schon geschehen ist. Wir haben vor allem auch festgestellt, dass wir Voraussetzungen schaffen müssen, dass Menschen, die zu uns kommen, auch integriert werden können. Auch da sind die ersten Maßnahmen schon geschehen.

- Und letztlich wollen wir vor allem im Zusammenhang dieses Zu-uns-Kommens auch darauf achten, dass junge Menschen sich auch hier aufgehoben fühlen, dass sie Zukunftsperspektiven haben und daran gibt es viele Dinge, die ausgerichtet werden müssten. Und zuletzt glaube ich, dass wir einfach gemeinsam gegen Intoleranz und Gewalt auftreten müssen, und zwar in allen Erscheinungsformen, die es gibt.

Die Ursachen für destruktive Haltungen und Entwicklungen müssen wir einfach erkennen und rechtzeitig ansprechen, und nur so können wir auch gegensteuern.

- Die Herausforderung gilt für alle Menschen, die hier mitarbeiten wollen. Egal, ob sie hier geboren sind oder ob sie zu uns gekommen sind.

Ich möchte auch betonen, dass die Politik sich dieser Verantwortung absolut stellen muss. Wir müssen von den Grundsätzen ausgehen, dass wir nicht wegschauen dürfen, nicht wie manche sagen, tolerant darüber hinwegsehen.

- Wir müssen positive Entwicklungen fördern,
- wir müssen Probleme erkennen und offen auch ansprechen.
- Wir müssen Lösungsansätze erarbeiten.

Ich weiß, dass das nicht immer angenehm ist. Die Diskussion, die vom Diskussionsleiter angesprochen wurde, ist ein solcher Punkt, aber ich glaube, man muss es einfach offen diskutieren. Reine Abwehrreaktionen sind in dieser Situation falsch angebracht.

Wir wollen diese Beiträge zum Zusammenleben auch leisten. Wir haben in den letzten

Jahren gerade im Innenministerium hier sehr viel und auf mehreren Ebenen versucht:

- Zum einen haben wir uns sehr aktiv am Dialog beteiligt. Ein sehr wichtiger Faktor. Auch schon mein Vorgänger Ernst Strasser hat diesen interkulturellen Dialog deutlich mitgetragen, insbesondere mit türkischen Mitbürgern oder türkischer Herkunft. Wir haben seither konsequent und permanent am Dialog teilgenommen, etwa mit der islamischen Glaubensgemeinschaft. Österreich setzt sich dafür ein, dass der Dialog der Kulturen zu einem Kernelement der EU-Strategie auch wird, insbesondere auch im Kampf gegen den Terrorismus, d. h. in Bereichen der Sicherheit.

Auf dieser Grundlage haben wir den Dialog auch als Schwerpunkt unserer Präsidentschaft genommen. Wir haben dieses Thema im Rahmen der Internationalen Sicherheitskonferenz schon Anfang Mai hier in Wien diskutiert.

- Es waren 50 Minister aus der EU, aus dem Westbalkan, aus Osteuropa, aus den arabischen Ländern, aus Russland und den Vereinigten Staaten hier und wir haben ein einstimmiges Papier, die Wiener Erklärung, die auch das zum Inhalt hat, abgestimmt.
- Letztlich wollen wir auch die Voraussetzungen für eine funktionierende Integration, für die Menschen, die hier in unserem Lande leben, verbessern und vielleicht auch das eine oder andere Versäumnis vergangener Jahre, zurückliegender Jahrzehnte, schrittweise abbauen. Das gilt für Österreich, das gilt aber auch für die gesamte EU. Und wie wir in diesem Dialog gesehen haben, auch für Überseestaaten, die damit genauso zu kämpfen haben.

Integration wird das Thema der nächsten Jahrzehnte sein. Wir müssen einfach daran arbeiten. Ein ganz wesentlicher Punkt, haben wir auch herausgeschält, ist das Erlernen der Sprache in dem Land, in dem man lebt.

Wir haben dazu Alphabetisierungskurse eingeführt im Rahmen der Integrationsvereinbarung. All das ist notwendig, wenn man hier arbeiten will, wenn man hier teilhaben will an der Gesellschaft.

Wir haben im Vorjahr die frühe Sprachförderung bei Kindergartenkindern eingeführt:

- Dieses Projekt wird wirklich sehr positiv angenommen, einfach um der Jugend damit die Chance zu geben, mit der Sprache ihres Landes auch umgehen zu können, wenn sie in die Schule eintreten und damit dem Unterricht folgen zu können.
- Wir haben auch im neuen Staatsbürgerschaftsgesetz darauf hingewirkt, dass Kenntnisse über Kultur und Gesellschaft vermittelt werden.
- Ich glaube, diese Punkte sind einfach notwendig, nicht um die Immigrantinnen und Immigranten ungerechtfertigten Forderungen auszusetzen, sondern ich sehe es einfach als eine Chance einer persönlichen Entwicklung, einer Chance der Entwicklung für die Kinder für die Zukunft, die hier leben wollen.

Wir wollen einfach erreichen, dass jene, die legal bei uns sind, Zukunftsperspektiven haben, sie sich selbst erarbeiten können mit unserer Unterstützung. Wir wollen nicht, dass sie automatisch in jene sozialen Schichten abgleiten, die einfach am unteren Rande unserer Gesellschaft liegen.

Wir wollen, dass sie in qualifizierten Bereichen tätig sein können. Daher haben wir auch im Rahmen des europäischen Flüchtlingsfonds Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation eingesetzt.

Ich freue mich, dass auch der neue Integrationsfond, der nunmehr zur Diskussion steht, neue und weitere Mittel zur Verfügung stellen wird. Wir brauchen klare Regelungen im Bereich der Zuwanderung, die auch sicher stellen, dass der Arbeitsmarkt, dass der Bedarf in dem Lande auch mit den Möglichkeiten der Beschäftigung abgestimmt sind.

Ich möchte klar stellen, dass Integration nicht Assimilation heißt. Es geht hier nicht um die Aufgabe der eigenen Identität. Die Herausforderung, dass Menschen, die hier leben oder geboren wurden, die hier sozusagen schon immer heimisch waren und dass jene, die zu uns kommen, einfach auch die Chance auf eine gelebte Gemeinschaft entwickeln können. Ich halte das für einen ganz wichtigen Faktor, ich verstehe das unter Integration.

- Integration bedeutet für mich, dass beide Seiten die Bereicherung spüren und an ihrer Entwicklung auch arbeiten. Ich glaube, das ist eine Chance für jedes Land. Und auch für die EU, einfach diese bunte Vielfalt zur Bereicherung des Lebens auch einzubringen.

Wir wollen natürlich auch analysieren, wo die Problembereiche liegen, damit auch Maßnahmen möglichst zielgerichtet und sinnvoll eingesetzt werden können.

Aus diesem Grund ist diese Studie entstanden mit dem Titel „Perspektiven und Herausforderungen in der Integration muslimischer Mitbürger in Österreich“.

Wir haben sie vom Innenministerium gefördert. Es ist ein wichtiger Beitrag für unsere weitere Arbeit. Einen wesentlichen Beitrag dazu hat Univ.-Prof. Dr. Mathias Rohe von der Universität Erlangen Nürnberg geliefert. Er wird auch die Diskussion im zweiten Panel leiten – ich bin ihm für die Arbeiten sehr dankbar.

Ich glaube, dass sie uns helfen werden, weitere Schritte auf dem österreichischen, vielleicht auch auf einem europäischen Weg des Dialoges und der Integration gehen zu können.

Ich wünsche mir eine breite, seriöse Diskussion ohne Firewalls, und nicht, dass man sagt, hier darf ich nicht hinein. Ich wünsche mir eine sehr offene Diskussion.

Die äußerst umfangreiche Studie hat drei Gedanken, die ich persönlich herausgreifen möchte:

- Zum einen muss man einfach den Mut haben, Problemfelder aufzugreifen, man muss sie offen ansprechen und ehrlich nach Lösungen suchen.
- Zum Zweiten hat sich auch der Eindruck verstärkt, dass die österreichische Situation, die mit internationalen Vergleichen herbeigeführt wurde, im Vergleich zu anderen Ländern in vielen Bereichen noch sehr vorteilhaft ist. Das mag daran liegen,
 - dass der Islam seit 1912 eine voll anerkannte Religionsgemeinschaft ist,

- dass die österreichische Verfassungsordnung Religionsfreiheit, individuelle Glaubensausübung und Neutralität gegenüber anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften gewährleistet.

Und es ist, glaube ich auch, die Schutzfunktion des Staates, der damit eine gesellschaftliche Pflicht gegenüber den Religionsgemeinschaften hat. Diese Besonderheit, diese österreichische Tradition des Dialogs und auch das Modell der Integration sind für mich wesentliche Begründungen für die Gesamtsituation und es ist sehr, sehr wichtig, dass wir darauf auch wirklich aufbauen.

Wir sind keine Insel der Seligen, aber ich glaube, dass wir in manchen Punkten einen gewissen Modellcharakter haben. Wir wollen aber auch bei dieser Konferenz, bei der heutigen Konferenz, andere europäische Modelle kennen lernen, sie erläutern und vielleicht das eine oder andere auch mit übernehmen oder miteinander austauschen können.

Es werden nicht nur Politiker, Wissenschaftler und Praktiker zu Wort kommen, sondern vor allem auch Betroffene. Sie werden aus ihrer Sicht der Dinge und aus ihren Erfahrungen hier berichten.

Ich möchte mich hier wirklich ganz besonders bei dieser Gruppe von Menschen bedanken, dass sie im Rahmen des ersten Panels ihre Beiträge leisten und damit auch aktiv an der Arbeit und am Dialog mitwirken.

Ich glaube auch weiterhin, dass wir einfach darauf achten müssen, dass wir einen europäischen Wertekonsens brauchen. Menschen unterschiedlichster kultureller und religiöser Herkunft müssen dabei eingeschlossen werden und das sollte sich im dritten Panel auch abspielen.

Auch hier möchte ich klar sagen, Integration ist das positive Zusammenleben, es ist nicht eine Frage der Kultur oder der Religion. Es ist eine Frage der Bereitschaft, eine Brücke zu bauen zwischen den Menschen, die hier immer schon waren und jenen, die dazukommen.

Wir müssen für Neues einfach offen sein, wir müssen aber auch bereit sein, einen

Wertekonsens gemeinsam zu tragen.

- Das gilt für jene, die da sind und für jene, die zu uns kommen.
- Das gilt für Religionsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und der Bedachtnahme sehr wechselseitiger Sensibilitäten. Es gilt für die Freiheit über sein Leben selbst zu entscheiden, die Freiheit den anderen zu achten, die Gleichberechtigung von Frau und Mann, die Trennung Religion und Staat und die Anerkennung der demokratischen Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit.
- Aber auch die Ablehnung und Verurteilung von archaischen Verhaltensweisen, ich denke hier an die so genannten Ehrenmorde.
- Nicht, dass es unterschiedliche Kulturen und Religionen gibt, das ist das Problem, sondern einfach die Formen des Umgangs miteinander.

Wir haben in der Studie festgestellt, dass eine deutliche Mehrheit auf der Seite der Menschlichkeit, der Toleranz und der Verständigung ist, eine signifikante Minderheit, einen solchen weltoffenen Dialog oder Zugang nicht wollen, und das ist die Herausforderung. Das ist die Botschaft, die sich an uns alle richtet. Sowohl an die Österreicher oder jene die in Österreich oder EU geboren sind, aber auch an jene neuen Mitbürger, die bei uns leben wollen.

Ich glaube einfach, dass wir eindeutig den Konsens für die Menschlichkeit und den Dialog haben, dass es ihn gibt, dass wir ihn weiter vertiefen müssen und dass wir ihn auch nach außen tragen müssen. Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Sie nochmals ganz, ganz herzlich begrüßen und ich hoffe, dass dieser Dialog ein Stückchen, ein Mosaikstein auf diesem Wege ist und ich möchte noch ganz besonders dem Gesamtmoderator, **Herrn Prof. Dr. Heinz Nussbaumer** danken und wünsche uns allen eine fruchtbare Diskussion.

Prof. Dr. Heinz Nussbaumer

Frau Bundesminister, herzlichen Dank für die Initiative zu dieser Konferenz, für die Einladung an uns alle und für ihre Einführung. Bevor wir nun zum ersten Panel kommen, möchte ich Sie noch auf die Bilder aufmerksam machen, die uns im Hintergrund durch diesen Tag begleiten werden und ich bitte Sie da durchaus schizopren zu sein – volle

Aufmerksamkeit auf die Wortmeldungen der einzelnen Panels zu legen, aber gelegentlich doch einen interessierten Blick auf die Bildwand.

- Es handelt sich hier um eine Bildserie „Muslime in Österreich, in ihren Heimatorten und unser Zusammenleben in Europa“. Der Fotograf ist Lukas Maximilian Hüller. Eine Initiative des Vereines „Lighthouse Center for Culture and Education“ mit Förderung des Außenministeriums.
- Diese Bildausstellung ist bereits in Jerusalem gezeigt worden, sie wird künftig in Paris, in London und in Kairo zu sehen sein und wir werden heute ganz langsam während unserer Gespräche die Bilder an uns vorbeiziehen sehen

1. PANEL: "DER RELIGIÖSE UND KULTURELLE DIALOG IM ALLTAG"

Prof. Dr. Heinz Nussbaumer

Nun aber, meine Damen und Herren, zu unserem ersten Gesprächskreis und zu dem Versuch, unseres heutigen Konferenzthema zunächst ganz bodennah zu erden.

Es ist die Runde der unmittelbar Betroffenen, die Runde derer, die selbst oder jedenfalls deren Familie aus unterschiedlichsten Ländern nach Österreich zugewandert sind und von denen wir uns zunächst, so hoffe ich, einen realistischen Einblick in die österreichische Situation erwarten dürfen.

Immer wieder ist das österreichische Integrationsmodell, die Frau Bundesminister hat es ja gerade angesprochen, als Vorbild im europäischen Raum hoch gelobt worden, zuletzt aber eben auch, und auch darüber haben wir schon geredet, in den Schatten eines kleinen Zweifels geraten.

Die Erwartung, die also über dieser ersten Gesprächsrunde liegt, hat wohl ganz genau mit dieser Kernfrage nach der Qualität unseres österreichischen Modells nach seinen Vorzügen und nach seinen möglichen Schwächen zu tun.

Als kompetenter Moderator steht uns **Dozent Gerhard Schwarz** zur Verfügung,

- Philosoph, Gruppendynamiker, Konfliktmanager und vielen von Ihnen sicherlich als Moderator des ORF-Philosophikums bekannt.

Bitteschön hier heroben Platz zu nehmen und das Wort zu übernehmen.

Doz. Gerhard Schwarz

Vielen Dank für den Vorausapplaus. Mal schauen, ob er nicht zu stark war, wir werden uns bemühen. Ich würde gerne noch eine Bemerkung voranschicken.

Aufgrund der bisherigen Rede – Philosophen mischen sich immer ein, wo sie können, das ist schon Socrates nicht gut bekommen, aber er hat es trotzdem nicht unterlassen. Daher erlaube ich mir hier eine Vorbemerkung auch für unsere Diskussion.

Was die Frau Bundesminister hier gesagt hat, nennen wir in den Sozialwissenschaften ein Korridorproblem. Sie kennen das, wenn Sie in Österreich auf der Autobahn fahren:

Im Winter gibt es so Stangen und das zeigt, wie weit der Schneepflug fahren darf. Innerhalb der Stangen ist die Fahrt frei, manchmal sogar trocken und frei, manchmal sogar trocken und angenehm, außerhalb ist nichts da, Schnee und Wildnis. Und das, was die Politik hier machen muss und gemacht hat, ist die Definition der beiden Grenzen.

Auf der einen Seite können wir nicht verlangen, dass Menschen, die in unser Land kommen, sich so assimilieren, dass man überhaupt nicht mehr erkennt, dass sie von wo anders kommen, also andere Hautfarbe, andere Sprache.

Auf der anderen Seite aber, das wäre die zweite Grenze, können wir ebenfalls nicht tolerieren, so habe ich das hier verstanden, dass man sich abschließt und unserem Land sich so genau fühlen möchte wie zu Hause.

Also was die Amerikaner mit dem Hilton-Hotel machen. Das hat auf der ganzen Welt 19 Grad und wenn sie in ein Zimmer kommen ist rechts der Schalter und links das Klo und daher, wenn er aus dem Fenster die Pyramiden sieht, muss er nicht glauben er ist in Kairo, das könnte auch ein Bild sein.

Wir haben diese zwei Korridorgrenzen und innerhalb der Grenze. Sehen wir uns nun an, wo sich die Damen und Herren positionieren. Und zwar würde ich Sie bitten, dass Sie gleich aus Ihren konkreten Erfahrungen, vom Österreichaufenthalt, berichten.

Vielleicht fangen wir gleich an. Frau Menezes ist aus Brasilien, aus dem Amazonas, nach Österreich gekommen und hat aufgrund ihrer Erfahrungen Schulen gegründet, Bücher geschrieben und auch einige Projekte gemacht.

Darf ich Sie bitten, gleich etwas über sich zu erzählen und wie Sie das hier erlebt haben.

Sueli Menezes

Einen wunderschönen guten Tag. Mein Name ist **Sueli Menezes**, ich bin tief im Dschungel des Amazonas auf die Welt gekommen.

Ich bin ein Findelkind, das nicht einmal weiß, welches Alter ich habe. Einen Familiennamen habe ich erst mit sechs Jahren bekommen, als ich durch einen französischen Ölingenieur in die Hauptstadt des Amazonas, Manaus, gekommen bin. Dort lebte ich sieben Jahre, wo ich eine Schule besuchen konnte, wo ich gelernt habe, mit Schuhen zu gehen – ich bin die Tochter einer halb indianischen Familie, die im Dschungel lebt.

Wir waren weit entfernt von einer weißen Zivilisation. Nach Manaus zu kommen war wie ein Gefühl, nochmals auf die Welt gekommen zu sein,

- in dem ich die Sprache richtig lernen musste,
- in der ich eine Straße überqueren musste,
- wo ich lernen musste, einfach eine richtige Toilette zu benutzen, denn im Dschungel hatten wir nur einen Baumstamm, wo wir unser Geschäft verrichtet haben.

Verzeihen Sie meine Aussprache. Ich rede einfach, wie ich einfach ganz natürlich bin.

Ich kam 1988 nach Österreich und es war wieder dieses Gefühl da, noch einmal auf die Welt zu kommen. Als ich hier her gekommen bin, wusste ich nicht einmal, wo sich Österreich befindet.

Nicht, weil ich nicht genug Schulbildung gehabt habe, sondern weil einfach in Brasilien sogar Politiker und Minister denken, dass Österreich Australien ist. Somit haben sie mir eingeredet, ich werde hier herkommen und ich werde wahnsinnig viele Kängurus sehen.

Tatsächlich habe ich auch einige Kängurus gesehen, als ich am Flughafen angekommen bin, später aber festgestellt habe, dass es Hasen waren.

Ich nahm Österreich einfach von der schönsten Seite.

Als ich hier hergekommen bin, sah ich, wie wunderschön dieses Land ist, denn ich kam von einer Welt, zu der die meisten dritte Welt sagen und entsprechend habe ich die Möglichkeit, einfach durch diese Phase in meinem Leben einen Eindruck von verschiedenen Menschen, die anders denken, zu bekommen.

Ich kam hier her und wurde herzlich willkommen geheißen von meiner Familie, ich

heiratete, ich sprach kein einziges Wort Deutsch. Das einzige Wort oder den einzigen Satz auf Deutsch, den ich sagen konnte, war: ich liebe dich, denn das war das, was mir mein Ehemann damals beigebracht hatte.

Zudem habe ich zu jedem ich liebe dich gesagt.

Dann kam das Danke und das Bitte.

Ich sprach drei Monate lang mit meinem Ehemann und mit einem Wörterbuch. Dieses Wörterbuch besitze ich noch und benütze es noch immer.

Die Konfrontation mit den Menschen in Österreich war, dass ich so gerne ihre Fragen, die sie mir gestellt haben, beantwortete: von wo ich komme?

Und ich wollte auch wissen, wie ihr Leben hier ist. Diese Kommunikation hat mir gefehlt.

Nach einem Aufenthalt bei einem Bekannten, wo sie Witze erzählt haben und ich nichts verstanden habe und ich immer die Letzte war, die gelacht hat, habe ich beschlossen, dass es eine Notwendigkeit war, die Sprache zu lernen.

Sechs Monate später habe ich Deutsch gesprochen und meine Witze auch selber erzählen können.

Was ich sagen möchte ist, dass ich sehr dankbar bin, dass ich in dieses Land kommen konnte und es war Österreich, das mir die Möglichkeit und Chancen gegeben hat, die ich nirgends bekommen habe, wo wir erwarten, dass das selbstverständlich ist.

Was ich auch sagen möchte, und ich sage es nicht nur, weil ich heute hier bin, sondern ich sage es überall, wenn ich bei einer Talkshow bin, sage der ganzen Welt, dass ich sehr stolz bin, eine österreichische Staatsbürgerschaft zu haben und dieses Land einfach so sozial zu mir war, mich einfach angenommen hat.

Natürlich gab es Schwierigkeiten mit den Menschen am Anfang. Überall gibt es gute und schlechte Menschen und es gibt Menschen, die anders denken als wir. Aber das heißt noch lange nicht, dass das, dass meine Meinung richtig ist.

Deswegen ist es meine Aufgabe, die Menschen zu konfrontieren, ihre Meinungen zu hören

und einfach einen Gedanken daraus zu machen, dass wir daraus lernen können.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Vielen Dank, ich würde Ihnen gerne länger zuhören, weil wir Österreicher unendlich viel Lob vertragen. Aber vielleicht können wir auch etwas weitergehen.

Sie sind Herr Karabulut, stammen zwar ursprünglich aus der Türkei, sind aber schon hier geboren, wenn ich das richtig verstanden habe. Sie sind ein Alevit.

Vielleicht erzählen Sie einmal was das ist, das wissen die meisten nämlich nicht, ich zum Beispiel hab es nicht gewusst.

Denis Karabulut

Gerne. Allen ein herzliches Willkommen. Mein Name ist **Denis Karabulut**, wie schon Herr Dr. Gerhard Schwarz gesagt hat, ich bin Alevit, Angehöriger der alevitischen Glaubensgemeinschaft. Das Alevitentum versteht sich im islamischen Kontext und vertritt eine liberale und offene Weltanschauung.

Das Ziel des Alevitentums ist es, die Vervollkommnung des Menschen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Deshalb haben wir eine sehr tolerante Einstellung zu allen Religionen und gehen auch offen auf diese zu.

Hier ist es wichtig zu sagen, dass auch die Mehrheit der alevitischen Mitbürger in Österreich, an der Zahl 60.000, die in Österreich leben und ca. eine Million in ganz Europa, das sich die Mehrheit dieser Menschen sehr gut integriert hat in den Ländern, in denen sie leben und mit weniger Problemen auf dem Gebiet der Integration und Migration konfrontiert waren, weil sie eben von ihrer Glaubenslehre heraus einen offenen Zugang zu Menschen aus allen verschiedenen Religionen und Kulturen haben.

Das kurz zum Alevitentum. Aber ich lade gerne alle ein ins alevitische Kulturzentrum in Wien im 21. Bezirk. Unsere Türen stehen jedem offen. Sie können gerne zu uns kommen und auch in einem näheren Gespräch können wir dieses Thema vertiefen.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Hat Ihre Religion eine Rolle gespielt bei Ihrer Kommunikation in Österreich, oder

verschweigen Sie das?

Denis Karabulut

Nein, das habe ich nie verschwiegen. Es hat für mich auch eine sehr positive Entwicklung für meine Person gebracht. Mein Vater ist 1975 nach Österreich eingewandert, aus Ostanatolien in der Türkei.

Ich wurde hier geboren, 1980, kam ganz normal in den Kindergarten und in die Volksschule, aber gleich nach der Volksschule haben meine Lehrer meinen Vater darauf aufmerksam gemacht, dass ich vielleicht ein Gymnasium besuchen sollte, und das war ein katholisches Privatgymnasium namens „Engelsches Fräulein (?)“.

Mein Vater hat sich dem nicht widersetzt und hat gesagt, das ist überhaupt kein Problem, dort wirst du eine gute Bildung genießen. Ich ging dann auf diese Schule, in der ich auch viele Jahre eine gute Bildung genossen habe.

Diesbezüglich bin ich auch zu allererst meinen Eltern dankbar, dass sie nach Österreich ausgewandert sind und auch dem Staat Österreich dankbar, dass er mir diese Möglichkeiten geboten hat und mir eine gute, solide Ausbildung wirklich zu erlernen.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Vielen Dank. Vielleicht nehmen wir jetzt als nächstes wieder eine Dame, damit wir das mischen. Frau, Sie werden das gleich richtig aussprechen, Viola Raheb, ist aus Palästina und zwar geboren in Bethlehem.

Bitte, das ist doch was, und zwar bei Jerusalem. Vielleicht sagen Sie, wie Sie hier hergekommen sind und wie Sie das erlebt haben.

Viola Raheb

Ich glaube, ich bin die neueste in dem Sinne auf dem Panel. Ich bin vor vier Jahren nach Österreich gekommen. Was mich hier hergeführt hat, war die Liebe. Hier hab ich meinen Mann kennen gelernt und deshalb bin ich nach Österreich gekommen. Wenn ich mit einigen spreche, die auch hier her gekommen sind, nicht selten ist es auch der Fall, aber ich habe nicht Deutsch in Österreich gelernt, das hört man vielleicht auch ein bisschen, ich habe in Deutschland Deutsch gelernt und studiert und 6 Jahre verbracht und deshalb,

als ich hier herkam, obwohl ich 7 Jahre zwischendurch in Palästina war, hatte ich die Schwierigkeit, was die Sprache angeht, überhaupt nicht gehabt.

Ich habe die deutsche Sprache schon gut beherrscht und hatte einen Hochschulabschluss von einer deutschen Universität, der hier praktisch anerkannt wurde. Insofern denke ich, wenn ich jetzt meine Erfahrungen mit den vorigen zwei Meldungen vergleiche, habe ich ganz andere Voraussetzungen gehabt und ich bin mir meiner privilegierten Situation sehr bewusst, dass jemand die Sprache spricht, bevor Mann oder Frau ins Land kommt, dass man einen akademischen Titel trägt, gerade in Österreich, das hat mich fasziniert, weil sich in Deutschland niemand darum kümmert, ob sie einen Titel haben oder nicht.

Ich war schon am Anfang sehr überrascht, wie sehr die Leute an Titeln hängen, aber überwältigt hat es mich im Kreissaal, als dann die Ärztin, als sie mir bei jedem Satz bei der Entbindung meines Sohnes, Frau Magister zu mir gesagt hat und ich kriegte Kopfschmerzen und ich sagte zu meinem Mann, wenn sie noch einmal Frau Magister zu mir sagt, werde ich ausflippen.

Das sind so Erfahrungen. Man ist sich bewusst, was es heißt, hier zu sein als jemand, der mit jemandem verheiratet ist:

- Mein Mann lebt hier seit 20 Jahren,
- ist hier zu Hause,
- ist hier berufstätig,
- hat hier einen Namen aufgebaut und deshalb sind auch meine Erfahrungen in dieser Gesellschaft ganz andere.

Aber eins möchte ich vielleicht doch betonen, bevor ich das Wort an Sie zurückgebe. Eine Sache hat mir geholfen beim Ankommen in Wien:

In der ersten Woche hat mich eine Freundin besucht, eine Österreicherin, und sie weiß, dass ich sechs Jahre in Deutschland gewohnt habe und in manchen Sachen sehr Deutsch geworden bin. Und sie hat zu mir gesagt: Viola, wenn du mit deiner deutschen Sozialisation an Wien heranzutreten, wirst du scheitern. Wenn du es aber mit deiner orientalischen versuchen wirst, dann hast du bessere Chancen. Und dies hat sich in den

letzten vier Jahren für mich bewahrheitet.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Das ist ja schlimm, was Sie sagen. Wir lieben die Orientalen mehr als die Piefkes.

Viola Raheb

Das habe ich nicht gesagt.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Herr Özcelik, Sie sind auch hier bereits geboren; das entnehme ich aus Ihrem Lebenslauf. Sie sprechen ja so Deutsch (wir haben ja gestern telefoniert), dass man (außer am Namen), überhaupt nicht merkt, dass Sie von wo anders herkommen.

Was haben Sie für Erlebnisse? Oder haben Sie überhaupt Erlebnisse der Integration oder Desintegration?

Hüseyin Özcelik

Auch ich wünsche ihnen allen einen schönen guten Morgen. Mein Name ist **Hüseyin Özcelik**, so spricht man den Namen auf türkisch und auf Deutsch aus. Ich bin ein Türke, der in Wien geboren wurde, genauso wie mein Mitdiskutant.

Ich bin hier in den Kindergarten gegangen. Ich habe die Volksschule absolviert, Gymnasium, Studium, promoviert, war dann auch der erste Türke, der vor einem Jahr die sub auspiciis -Promotion als erster Ausländer hier in Österreich geschafft hat, habe dann ein Zweitstudium begonnen und arbeite nebenbei in der Privatwirtschaft. Das kurz zu meinem Werdegang.

Meine Erfahrungen in Österreich sind durchwegs positiv. Es gibt aber auch negative Seiten. Nachdem meine Mitdiskutanten alle positiven Seiten aufgezählt haben, würde ich auch gerne auf die kleinen negativen Seiten eingehen. Vielleicht hilft das ein bisschen mehr der offenen Diskussion, weil positiv ist zwar schön, aber es gibt auch eine andere Seite der Medaille.

Ich möchte nochmals vorausschicken, dass ich durchaus positive Erfahrungen gemacht

habe und das, was ich jetzt erzählen werde, vielleicht einige Augenblicke in meinem Leben waren, die nicht so schön waren.

Das Erste war in der Volksschule in der 3. Klasse, wo ich mit der Geschichte konfrontiert worden bin. Und zwar im Lehrplan der 3. Klasse Volksschule mit der Türkenbelagerung. Man hat zwar keinen Geschichtsunterricht in der Volksschule, es nennt sich Sachunterricht, es wird auch nicht viel über Geschichte erzählt, aber es gibt die Türkenbelagerung.

Das Ganze ist jetzt 300 Jahre her. Es waren nicht nur die Türken vor Wien, es waren auch die Franzosen mit Napoleon, die Russen, der Erste und Zweite Weltkrieg usw. - ich glaube, die Geschichte muss ich ihnen nicht näher erläutern.

Die Türken kamen vor 300 Jahren, anno 1683, falls ich mich nicht irre, im September, standen vor Kahlenberg und haben versucht, Wien zu erobern. Das wird jetzt einem neunjährigen erzählt, auch Österreichern, die sich dann denken wir haben in der Klasse einen Türken, die Türken sind böse, weil die versucht haben, Wien einzunehmen und den Islam zu verbreiten.

Da ist es passiert, dass Mitschüler, die mit mir befreundet waren, zu mir gekommen sind und gesagt haben: Du Hüseyin, wenn ich jetzt das Sagen hätte, dann würde ich Euch nicht erlauben, hier zu leben.

Das war natürlich relativ dramatisch für mich, es hat mir eine Zeit lang zu grübeln gegeben, auch als Kind, das hat mich geprägt und ich denke, da könnte man vielleicht Ansätze gestalten.

Man muss nicht jemandem in der 3. Klasse, der noch nicht kritisch denken kann, und der das gesamtheitliche Bild und die ganze Politgeschichte noch nicht versteht, da muss man nicht mit so einer Message rüberkommen.

Das kann man später machen, wenn die Jugendlichen älter sind, dann passt das viel besser.

Muss man den Lehrplan überdenken. Aber die Türken, die hier leben, sind ja nicht überwiegend Überbleibsel aus der Türkenbelagerung.

Genau das. Aber das versteht ein Kind nicht. Es ist, wie gesagt, jemandem, der nicht kritisch denkt, so eine Message zu vermitteln, gerade im Kindesalter, ist vielleicht etwas, was man überdenken sollte.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Vielen Dank auch mal für ein kritisches Wort. Vielleicht dürfen wir jetzt noch die Frau Rita Cherradi, spreche ich sicher wieder mal falsch aus. Sie ist aus Marokko und ist Studentin am „Lycée Français“.

Rita Cherradi

Also guten Morgen. Ich bin die **Rita Cherradi**, ich bin aus Marokko.

Meine Eltern leben seit 20 Jahren in Wien. Ich besuche eine internationale Schule. Mein Lebenslauf ist in Wien eigentlich wirklich positiv abgelaufen.

Ich habe keine Integrationsprobleme in meinem Leben gehabt und es liegt sicher vielleicht daran, dass ich, mehr oder weniger, in einem internationalen Kreis wohne, mir fällt kein Integrationsproblem in meinem Lebenslauf ein.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Vielen Dank. Wir haben in der 1. Runde ein wesentlich positives Bild.

Darf ich für eine 2. Runde folgende Frage stellen? Wer von Ihnen hat noch Kontakt zu seinem ursprünglichen Herkunftsland, Herkunftsgeschichte, Herkunftsfamilie? Und wie schaut dieser Kontakt dort aus?

Ich glaube, Sie sind ja gelegentlich in der Türkei. Wie geht es Ihnen dort?

Denis Karabulut

Also ich habe regelmäßigen Kontakt zur Türkei und zu den Türken, die hier leben. Zum einen bin ich hier in einem türkischen Sozialverein ehrenamtlich engagiert, zum anderen wird bei uns zu Hause nur türkisch gesprochen, weil meine Eltern nur gebrochen Deutsch können.

Ich bin zudem noch, wenn es geht, zweimal im Jahr in der Türkei, in Istanbul, eine wunderschöne Stadt und auch an der Schwarzmeerküste, dort wo meine Eltern herkommen, dort verbringe ich einen Teil meines Urlaubs.

Ich pflege den Kontakt. Ich hab genauso Kontakt sowohl in Österreich als auch in der Türkei.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Werden Sie dort als Fremdkörper empfunden, wenn Sie sagen, Sie leben in Wien? Sprechen Sie so türkisch, dass die dort nicht merken, dass Sie eigentlich hier geboren sind?

Denis Karabulut

Ja, also, das ist eine Frage, die recht interessant ist. Ich habe, bis ich 20 Jahre alt war, immer geglaubt, ich sei Vollbluttürke.

Ich hole ein bisschen aus, wenn Sie erlauben. Mittlerweile arbeite ich unter der Woche in Deutschland und da wird mir immer vorgehalten, ich habe einen Wiener Dialekt. Stimmt ja.

Ich habe mich deshalb als Türke hier gefühlt, weil ich als Türke wahrgenommen wurde.

- Ich war in der Klasse immer der Türke,
- ich war unter Freunden immer der Türke,
- ich war bei der Polizei immer der Türke, wenn ich ein neues Visum brauchte, weil ich mich anstellen musste, und wenn man als Türke, und der Name ist Türkisch und ich bin auch Türke, dann fühlt man sich zu 100 Prozent als Türke.

Wenn ich in der Türkei bin, dann ist das ein bisschen anders. Dann bin ich der Deutsche oder der Österreicher. Da wird nicht so stark unterschieden zwischen Deutschen und Österreichern, weil es derselbe Kulturkreis ist.

Da bin ich eher der Österreicher. Man sagt mir nach, man würde das auch an meinem Türkisch hören. Das heißt, in Österreich ist man total der Türke und in der Türkei der

Österreicher. Interessant ist es in Deutschland, da ist man Austro-Türke.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Bitte, was haben Sie für Kontakte?

Viola Raheb

Ich hab noch Kontakt aber ich wollte zu der letzten Wortmeldung noch was sagen. Ich bin regelmäßig wieder in Palästina. Meine Familie lebt dort noch in der Heimat. Und ich glaube, auch wenn man keinen Kontakt hat, diese Heimat bleibt Teil von einem.

Auch wenn wir versuchen, das mal abzuschütteln in schwierigen Zeiten. Aber ich wollte zu der letzten Wortmeldung noch was sagen, weil ich denke, dass wir oft mit der Frage, mit dem fremd sein oder als fremd empfunden zu werden, sehr negativ umgehen. Ich möchte es etwas positiv sehen.

Aber ich denke, jemand der seine Heimat verlassen hat, egal aus welchem Grund das ist und woanders gelebt hat nicht nur auf der Oberfläche sondern ein bisschen sich auch in die Kultur des Gastgeberlandes hineinbegeben hat, wird immer diese Vielfalt in sich spüren und es heißt, ich glaube wir müssen anfangen also positiv für uns zu definieren, und erst wenn wir das positiv für uns gesehen haben, wird sich das auch auf die anderen übertragen dass sie das nicht nur als ein negativer Punkt der Aussondierung eines Menschen sehen. Das heißt, es gibt so was, wenn ich das interpretiere wie einen Schalter den man umlegt und man lebt dann in zwei Welten. Man lebt in mehreren Welten (doch mehr). Nicht nur in zwei Welten und ich denke das braucht unsere Gesellschaft immer mehr. Wir brauchen einfach Leute die einfach kulturelle Kompetenzen haben, interkulturelle Kompetenzen haben und deshalb denke ich auch die Frage der nicht eingeborenen Österreicher die hier sind. Es ist eine Frage was mache ich mit dieser Kompetenz die da ist. Diese internationale Kompetenz die das ist und die mir auch Zugänge ermöglicht, in andere Bereiche die Eingeborene vielleicht gar nicht hätten. Toll, ja vielen Dank.

Sueli Menezes

Also ich möchte was zu dem Herrn sagen, bezüglich Türke in Österreich als Kind zu sein. Ich habe einen 14-jährigen Sohn der auch im Kindergarten ist und er schaut so wie ich

aus und entsprechend immer gesagt wurde, du bist ein Türke.

Er kam das erste Mal nach Hause mit diesem Kummer das alle glauben dass er ein Türke ist. Ich habe sehr lange mit ihm darüber geredet. Ich habe ihm gelernt, dass ganz egal was die Menschen aus uns machen, ja. Es ist wichtig dass wir wissen wer wir sind und welche Kapazitäten von einem Verstand zu haben und einfach mit diesem Menschen umzugehen. Und irgendwann hat er zu mir gesagt, der hat schon wieder Türke zu mir gesagt und ich habe gesagt was hast du dir gedacht, hat er gesagt. Ich habe ihm gesagt wenn er sich wohl fühlt dass er Türke zu mir sagt, dann soll er zu mir Türke sagen.

Und ich glaube es ist sehr wichtig, dass man den Kindern erklären kann, dass es keine Rassenunterschiede gibt.

Wir leben auf einem Planeten wir sind alle Ausländer oder alle Inländer, ja. Kontakt zu meiner Heimat, ja. Ich bin im Herzen meiner Seele Brasilianerin, denn ich glaube dass kein Mensch seine Wurzeln vergessen soll, denn das ist ein Fundament in unserem Leben. Jeder Mensch braucht diese Wurzeln.

Aber ich glaube dass Gott oder irgendwer mir mehrere Gaben in meinem Leben gegeben hat und es war einfach eines zu verstehen, dass man überall glücklich sein kann. Und das was ich hier, diese Chancen was ich hier in Österreich gehabt habe einfach nicht weiterzuentwickeln, mich anzupassen habe ich einfach mir die Möglichkeit gegeben, dass ich für meine Heimat und für diese Menschen die in der Situation waren als ich ein Kind war die mit als Kinder mit ca. 6 Jahren, ich weiß nicht wie alt ich bin, aber es wird so nur geschätzt das man einfach einen gewissen Teil bewusst bekommen soll und das hat mich auch dazu gebracht, dass ich meine Heimat besuche. Berufsschulen zu bauen, arme Kinder einfach zu unterstützen, damit sie einfach eine andere Möglichkeit bekommen, ihr Leben selbst führen zu können, ohne dass sie ihre Wurzeln verlassen würde. Ich bin dafür, wohl sehr dankbar dass ich in Österreich bin aber es sind nicht alle Menschen die es schaffen, ihre Wurzeln zu verlassen und sich in einem Land so zu integrieren, dass sie dort auch leben können. Deswegen versuche ich dort den Menschen einfach eine gewisse Lebensqualität zu bieten, mit meinen Sozialprojekten dass sie dort auch ihre Lebensqualitäten schöner machen können.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Das, was Sie sagen ist sehr interessant. Es wird dann für die nächsten Panels unter

Umständen maßgeblich sein, wenn es zur Theorienbildung kommt.

Aber schon bei den Griechen gab es Griechen und Barbaren. Barbaroi, das waren Dinge, die nicht haben reden können. Nämlich nicht griechisch. Und da war es denen wurscht, ob sie ägyptisch geredet haben oder italienisch oder was es damals gegeben hat. Sie konnten alle nicht griechisch.

So heißt die Grundunterscheidung: wer sind unsere? Und alle anderen sind einmal Türken. Türke wäre sozusagen hier ein Begriff für Nichtösterreicher. Und das ist ein Lernprozess, den die anderen dann machen müssen, dass es auch hier ziemlich große Unterschiede gibt.

Aber vielleicht darf ich Sie fragen. Wie schaut das aus? Haben Sie noch Kontakt zu Ihrem Herkunftsland und wie schaut diese Doppelmitgliedschaft aus bei Ihnen?

Hüseyin Özcelik

Ja natürlich, und zwar der Kontakt zum Herkunftsland, zu meinem Herkunftsland ist folgendermaßen, dass ich 2 x im Jahr auf Urlaub in der Türkei bin, da mir das Wetter dort mehr zusagt und in Österreich ist ja das Wetter wesentlich bisschen kühler als in der Türkei. Und da ich auch in einer Nichtregierungsorganisation tätig bin habe ich auch sehr viel außerhalb meines privaten Besuches zu tun in der Türkei.

Was ich dort erlebe in der Türkei, das hat auch schon mein Mitdiskutant angesprochen, dass wir dort auch nicht als Türken angesehen werden sondern auch „als Ausländer“ betrachtet werden. Man bezeichnet die Auslandstürken von der Perspektive der Türkei gesehen als Deutschländer (Almanche) und das darf man nicht verwechseln mit dem Würstchen aber es wird so betitelt als Deutschländer. Man hat es bei mir zum Beispiel gemerkt, nicht an der Sprache, da hat man mir ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt, das ich der türkischen Sprache doch gut mächtig bin aber beim Verhandeln hatte ich dann die Probleme am Markt und am Bazar da wurde sofort auffällig, aha, der kann nicht verhandeln, der kommt vom Ausland.

Das steht schon klar fest. Und zum anderen im Inland, in Österreich, feiern wir immer noch innerhalb der Familie türkische oder anatolische Feste und Bräuche, das ist z.B.

jetzt kürzlich zum 23. April hatten wird das Kinderfest oder religiöse Andachten, die immer noch in der Familie gelebt werden und einfach aus dem Herkunftsland gibt es auch eine ganz andere Mentalität, es ist viel feuriger, temperamentvoller. Die türkische Gesellschaft und in Österreich ist es ein bisschen so das Gegenteil, mehr auf kühl und distanziert. Da bevorzuge ich eher mehr sozusagen das türkische Temperament.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Das ist eine sehr interessante Fragestellung. Darf ich diese den anderen Damen und Herren auch noch zumuten? Können Sie Vergleiche machen, nachdem Sie in beiden Welten Doppelmitglieder oder so zusagen „Doppelverräter“ sind?

Hüseyin Özcelik

Wenn ich noch eines hinzufügen darf, also weil Sie von der Doppelmitgliedschaft oder Doppelzugehörigkeit gesprochen haben. Ich habe meine Heimat nie als Türkei verstanden, was mir auch eigentlich viele meiner türkischen Bekannten und Freunde nicht zu sehr positiv angenommen haben. Weil für mich war immer die Heimat, also dort wo ich zu Hause bin und wo mein Heim ist, Österreich, denn hier bin ich geboren, hier bin ich aufgewachsen und lebe hier. Ununterbrochen die Türkei sicher nur von Urlaub zu Urlaub oder von Dienstreisen. Aber die Türkei ist für mich auch heute noch das Land meiner Väter, also mein Vaterland, so verstehe ich es.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Ja, können Sie irgendwas zum Vergleich sagen? Was ist besser, was schlechter? Was Ihnen imponiert? Oder ist das schwierig?

Sueli Menezes

Also ich glaube, es ist wichtig, dass wird egal wo wir leben, dass wird eine gewisse Heimat machen und es ist ganz egal wo. Menschen die hier her kommen so wie ich, ich war nicht gezwungen, hierher zu kommen, ich bin gekommen freiwillig, weil ich einfach ein neues Leben beginnen wollte.

Denn meine Heimat, obwohl ich dort überhaupt nicht existiert, weil ich weiß nicht wie alt ich bin, einen Familiennamen bekam ich von der Behörde und in Wirklichkeit ist es so, ein anderer Mensch wird jetzt sein Leben lang sich fertig zu machen, weil er nicht weiß, wie alt er ist.

Ich habe akzeptiert, ich habe mir gedacht ich bin ein Lebewesen auf dieser Erde und es ist jetzt ganz egal, wie alt ich bin, wie ich ausschaue. Schlechtes kann man überall erleben und das Gute genauso. Es hängt von jedem Menschen seiner Einstellung ab. Wenn ich aus meinem Haus gehe und gehe mit so einem Gesicht, ja, kann ich nicht erwarten, dass ich ein schönes Gesicht, ein schönes Lachen bekomme, ja. Und ich glaube, das müssen wir einfach nicht wo schlechter, natürlich hier gibt es Vorteile und Nachteile, in Brasilien gibt es Vorteile und Nachteile. Es ist überall gleich. Auf der ganzen Welt ist es so. Nur es hängt von uns ab, was wir daraus machen. Und mein Vater, mein lieblicher Vater, der mir gesagt hat als Kind, ich gehe noch immer von der Kindheit aus, von ihm aus. Er sagte oft zu mir so lange ich mir als Mensch verstanden habe, ich sei ein Fehler der Natur. Weil ich erinnere jeden Tag meinen Vater für seine Sünde. Weil er hat seine Frau mit meiner Mutter betrogen, ein Kind erzeugt.

Dass heißt, ich hörte mein Leben lang, ich wäre ein Fehler der Natur. Aber ich habe geglaubt an das was ich gefühlt habe und nur ich habe Menschen in meinem Leben gehabt, also ich kann nicht sagen dass ich das alleine geschafft habe. Aber ich bin Menschen in meinem Leben begegnet, die mir unendlich verstärkt hat meine Persönlichkeit und das ist das was wir brauchen. Auch die anderen die hierher kommen, eine gewisse Unterstützung, damit sie sich besser integrieren können. Aber es hängt noch immer von demjenigen ab, ob er sich diese Chance sich geben lassen und ausnützen kann.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Vielen Dank. Bitte Frau Raheb...

Viola Raheb

Also für mich persönlich, ich habe schon lange mit dem Vergleich aufgehört. Weil ich denke, das führt zu einer inneren Spaltung, bei mir zumindest.

Ich denke, wichtig ist, dass man sich selbst treu bleibt.

Ich glaube man findet seine Nischen, also wenn man mehrere Zugänge zu verschiedenen Kulturkreisen hat, dann findet man seine Nischen hier und dort in speziellen Bereichen und dann hat man eine bunte Identität die für sich selbst passt, einfach. Das was ist hier gut oder besser als in Palästina. Für mich nicht mehr sozusagen verwendet. Aber eine

Sache bereitet mir jetzt schon Kopfschmerzen und das ist der Frage nach, wie wird es meinem Sohn gehen? Weil er wird eine völlig andere Vorraussetzung mitbringen, als ich. Er ist hier geboren. Er hat die Staatsbürgerschaft dieses Landes und er wird zu dem Kulturkreis des Orients oder zu Palästina einen ganz anderen Zugang haben wie ich. Und meine Frage an mich ist, würde ich so viele oder so viel Offenheit besitzen können, auch diesen Freiraum für mein Kind zu lassen.

Sueli Menezes

Ich habe 2 Kinder, mein ältester Sohn ist 19 Jahre alt und lebt in Brasilien und mein kleiner Sohn der hier in Österreich geboren ist, ist 14 Jahre alt.

Wie viele wissen, die Kinder haben mit 14 Jahren fängt diese ganz schlimme Phase des Lebens eines Menschen an, die Pubertät und da spielt alles verrückt. Es ist so, sie brauchen sich nicht Gedanken machen, was wird aus ihnen sein.

Ich ziehe ihn mit beiden Welten auf. Wenn sie zu mir kommen in Österreich, wo ich lebe, ich habe meinen Garten Dschungel daraus gemacht, weil ich das einfach schöner finde. Ich habe überall in meinem Haus Hängematten aufgehängt und ich habe einfach versucht, meinem Sohn diese Bild was ich ihm nicht nur vom Urlaub bringen kann. Weil wenn Urlaub in einem Land zu machen und dann sehen wir nur die schönen Seiten, Teil dieses Landes. Aber ich habe meinen Sohn mitgenommen voriges Jahr zu meiner Promotion - Tour in Brasilien und bin mit ihm gegangen in den Dschungel.

Es ist ja so. heute schaue ich so aus, weil ich mich anpassen muss, aber in Brasilien bin ich ein Dschungelkind und die wenn sie mich dort sehen, werden sie nie denken, dass das diese Frau die jetzt sitzt. Weil ich mich einfach überall anpasse. Sonst werde ich gleich ermordet, weil sie glauben ich habe so viel Kohle, Geld, Entschuldigung. Einfach ehrlich zu dem Kind zu sein und einfach ihm erklärt, es gibt diese beiden Welten, und da wird es auch bestehen.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Vielen Dank. Herr Nussbaumer, Sie wollten etwas dazu sagen.

Prof. Nussbaumer, Moderator:

Ich wollte nur einen möglichen Gedanken aufgreifen, der vielleicht durch unser Publikum auch geistert.

Es taucht irgendwie das Gefühl auf, wir haben hier einen Kreis von Menschen, die zum Teil aus persönlicher Leistung oder aus familiärem Hintergrund nicht unbedingt dem Bild entsprechen, das wir von Immigranten in Österreich haben.

Ich wollte jetzt ganz gerne einfach diese Thematik aufgreifen und Sie fragen: Fühlen Sie sich überhaupt als Teil dessen, was als Immigrationsproblem immer durch die österreichische Öffentlichkeit geistert mit all den dahinter stehenden Sorgen, Radikalisierung?

Ist da sozusagen eine persönliche Insel auf der Sie leben? Haben Sie einen Bezug zu dem was in der österreichischen Öffentlichkeit zur Problematik Immigration überhaupt geäußert wird?

Hüseyin Özcelik

Vielleicht kann ich ihnen da antworten. Also ich persönlich, für mich gibt es die Frage ob ich mich integriere oder nicht, die habe ich mir gar nicht gestellt, weil für mich das selbstverständlich ist.

Ja, ich denke ich bin ein Teil der Gesellschaft hier sowohl sozial als auch beruflich. Deshalb habe ich mir die Frage nie gestellt. Ich mache mir auch Gedanken, wenn ich also polarisieren darf. Mein Eindruck ist der folgende: In Österreich gibt es die Immigration oder dazumal hat man die Leute Gastarbeiter genannt. Seit ungefähr, keine Ahnung, 30 Jahren, 35 Jahren. Man hat es verabsäumt jahrzehntelang pro aktiv Immigrationspolitik zu betreiben.

Das hat sich dadurch ausgewirkt, dass die Leute hierher gebeten wurden, teilweise. Man hat die Arbeitskraft benötigt, es wurde nicht danach gefragt. Also meinen Vater hat man nicht gefragt ob er Deutsch kann. Es hat sich die Frage nicht gestellt. Er hat auch nicht so weit gedacht, dass er gesagt hat vielleicht besuche ich mal einen Deutschkurs. Er hat zwar einen besucht, aber erst 15 Jahre nachher.

Es hat natürlich nicht so viel geholfen. Das heißt mit der Integrationspolitik mit den Leuten die damals zugezogen sind, ist man da ein bisschen hinten nach gewesen. Jetzt hat man das relativ spät bemerkt und hat in den letzten Jahren versucht, diesen ganzen

Backlog den man da hatte und das waren Jahrzehnte, aufzuholen.

Die Schritte die jetzt gesetzt werden und die auch die Frau Bundesminister genannt hat, finde ich sehr. Also wenn man als jemand der eine nicht deutsche Muttersprache hat, vor der Volksschule Deutsch lernt, dann ist das nur positiv. Und wenn das dann gefördert wird, dann finde ich das super. Zu meiner Zeit war das nicht so. Als Ausländer musste man danach trachten, dass man da einen Kindergartenplatz bekommt. Man musste jahrelang warten. Also man musste sich anmelden und dann gab es diesen formalen Prozess. In Wien war das ja eine Problem und das heißt um das ganze noch ein bisschen kürzer zu fassen, die aktive die proaktive Integrationspolitik hat es dazumal nicht gegeben. Und die Probleme die derzeit sind, die sehe ich darin, dass man in Österreich erst in den letzten paar Jahren realisiert hat, dass man da etwas verabsäumt hat. Jetzt dagegen Schritte unternimmt aber der Status quo der jetzt momentan herrscht, historisch bedingt ist.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Ja vielen Dank. Vielleicht nehmen wir das gleich für die Schlussrunde - was Sie sich wünschen.

Aber Sie wollten da noch etwas dazu sagen.

Viola Raheb

Ich wollte gleich darauf hin, weil ich denke es hat wenig mit dem Selbstbild was zu tun. Die Frage ist, wie werde ich wahrgenommen und das ist das Problem.

Das heißt, ich falle in den Statistiken unter die Immigrantinnen, ob ich das will oder nicht. Ob ich mich so empfinde oder nicht. Wenn ich auf die Straße gehe dann sehen mich die Leute als nicht eingeborene Österreicherin. Ob ich hier integriert bin oder nicht, ob ich die Sprache spreche oder nicht, das spielt keine Rolle und deshalb denke ich dass es viel schwieriger, also die Wahrnehmung der anderen als die Selbstwahrnehmung. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt was ich denke müssen wir auch neu bedenken, ist, sie sagen wird sind eher das Untypische für das was man über die Immigranten. Aber ist nicht deshalb nicht

ein Perspektivenwechsel notwendig?

Warum sind wir so untypisch? Okay wenn sie so wollen Erfolgsstory, persönliche Erfolgsstorys. Aber wir sind ja gar keine so kleine Minderheit in diesem Land, die es geschafft haben. Warum sind wir dann das Untypische und das andere ist eher das Typische.

Also ich denke wir, es gibt so viel woran wir selbst knacken müssen und deshalb habe ich gesagt, also ich komme zu so einer Diskussion, weil ich denke, der der hier einen Weg geschafft hat oder ein Stück Weg geschafft hat. Von ihm wird mehr Verantwortung gefragt, was auch dieses Bild zur Korrektur dieses Bildes anbelangt.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Ja, also was müssen wir tun, um solche Erfolgsstorys wie Sie zu vermehren? Sie haben da vielleicht auch Ideen?

Deniz Karabulut

Zuvor möchte ich noch zu den Beiträgen etwas hinzufügen, und zwar die Frau Bundesminister hat es auch schon in ihrer Eröffnungsrede angesprochen und zwar das Beispiel aus London.

Sie hat gesagt, da wurden Anschläge von Personen verübt, die seit mehreren Jahren bzw. Jahrzehnten schon in London sind, zum Teil auch geboren sind dort und man hat geglaubt, diese haben sich integriert.

Also das ist glaube ich, die größte Täuschung die es überhaupt geben kann, dass wenn sich ein Mensch 40 Jahre in diesem Land aufhält, dass er sich vollkommen integriert, nur weil er hier ist und keine Maßnahmen gesetzt werden. Weil ich kann jetzt nicht sagen, dass meine Eltern so integriert sind wie ich. Weil wie viele österreichische Freunde haben denn meine Eltern? Oder besuchen sie österreichische Lokalitäten, Gehen sie zu österreichischen deutschsprachigen Veranstaltungen?

Also da kann ich vielleicht nur ein, zwei im Jahr aufzählen und das ist genau ein Beispiel dafür, dass es nicht mit der Dauer der Jahre klappt und sie haben angesprochen sie hören damit auf zu vergleichen, denn ansonsten bildet sich so ein gespaltenes Bild für sie. Genau dieses Bild, diese gespaltene Persönlichkeiten haben jetzt die Jugendlichen der 3. Generation. In meiner Tätigkeit als Sozialarbeiter komme ich sehr viel mit Jugendlichen

zusammen.

Also sie können entweder gar nicht oder sehr schwach die Sprache ihrer Eltern, die Muttersprache und auch sehr schlecht Deutsch.

Das ist wieder darauf zurückzuführen, dass es wirklich auch schon im Bildungssystem sehr viele Lücken gibt und man wirklich auch sehr früh ansetzen muss, deswegen begrüße ich dass man schon beim Kindergarten, im Kindergartenalter auf einen frühzeitigen Erwerb der Sprache Wert legt, denn damit die Integration überhaupt in diesem Lande oder in Europa oder woanders funktionieren kann, ist für mich die Grundvoraussetzung die Sprache, der Erwerb der Sprache der Mehrheitsgesellschaft. Und natürlich darauf aufbauend, die gegenseitige Akzeptanz. Denn solange sich beide nicht akzeptieren und parallel nebeneinander leben als anstatt miteinander wird es auch zu keiner Toleranz zwischen diesen Bevölkerungsgruppen kommen und ferner dann auch zu keinem Dialog.

Denn Dialog oder Verstehen kommt vom Verständnis und diese kann man nur dann erreichen, wenn es wirklich eine gegenseitige Akzeptanz gibt.

Eines noch was ich sagen möchte ist auch das viele oder das Beispiel in London ist sehr gut dafür, das sich dort wirklich ein Ghetto gebildet hat, das die Menschen nicht nur im Ghetto gewohnt haben sie haben auch im Ghetto gelebt also nur Freunde vom selben Kulturkreis. Das Ghetto hat sich auf alle gesellschaftlichen Ebenen auf Bereiche erstreckt und das hat natürlich auch dazu geführt das diese fatalen Anschläge auch passiert sind.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Das ist ja das Thema des nächsten Panels, nicht? Aber vielleicht wollen Sie noch was sagen? Was sollen wir tun?

Sueli Menezes

Ich glaube, dass unsere Gesellschaft oder unsere zukünftige Generation, die sitzt ziemlich eng in einer Sackgasse. Es ist einfach wichtig, das wir uns jetzt anfangen Gedanken zu machen um so mehr, denn ich glaube, dass diese ganzen Probleme von Integration und Krieg und Religion und Kultur und ich weiß nicht. Es liegt in jedem von uns und wenn alle oder jeder fünfte Mensch auf dieser Welt sich ein bisschen Gedanken machen würde, über das Leid der anderen oder die Sorgen der anderen oder die Probleme der anderen,

dann wäre unsere Welt viel schöner. Danke schön.

Okay, also ich glaube als wichtigster Punkt für einen guten Dialog der Kulturen und der Religion und im Bereich der Integration, ist die Toleranz. Also ich akzeptiere die Sitten und die ganze Kultur der Österreicher und sie müssen auch meine akzeptieren. Also es muss von beiden Seiten kommen, Bemühungen und auch Konzessionen weil Integration ist wie eine Art Ehe, also wenn beide Seiten sich bemühen, dann funktioniert es und der Wille ist auch wirklich wichtig. Also das wollte ich noch sagen. Merci vielmals.

Viola Raheb

Das Schlagwort ist gefallen. Also ich hätte auch gesagt das die Lösung für das Problem ein relativ kurzes Wort ist aber sehr schwer durchzubekommen oder sehr schwer hinzukriegen, ist Toleranz gegenseitige Toleranz. Jetzt nicht nur dass man sich erwartet okay als Ausländer muss man sich total integrieren sondern dass man da auch diesen multikulturellen Aspekt diesen Pluralismus erkennt und den auch positiv wahrnimmt. Das man die Angst vor dem Fremden, ja, überwindet, indem man besser informiert ist, indem man versteht was sich der denkt sowohl in der einen Richtung als auch in der anderen, das ist ganz wichtig, ja. Also es muss bidirektional werden.

Also zwei Sachen möchte ich mir wünschen. Ich wünsche mir, dass solche Möglichkeiten des Dialogs nicht nur im Rahmen der EU-Präsidentschaft stattfinden sondern dass sie auch fortgesetzt werden. Nicht nur in der Hofburg sondern z.B. in Favoriten. Mein zweiter Wunsch geht an uns, die neu nach Österreich Gekommenen. Ich glaube, wir müssen stückweise uns von der Opfersituation befreien. Um unsere eigene Kraft wieder neu entdecken zu können und deshalb in den Diskurs ganz anders und selbstbewusster hinein zu gehen.

Univ.-Doz. Dr. Gerhard Schwarz

Ja vielen Dank, das ist ein schönes Schlusswort. Ich glaube, es ist nicht herausgekommen, wo der Schlüssel - der Umschaltknopf liegt, wo man Fremdes nicht als Belästigung, sondern als Bereicherung empfindet.

Ein bisschen könnte es das Bildungssystem sein, wie die Erfolgsstorys hier zeigen. Aber alle die hier, bewegen sich innerhalb des Korridors und da ist die Frage: Wie bringen wir alle dort hinein?

Ja, vielen Dank für ihre Wortmeldungen.

Prof. Nussbaumer, Moderator:

Ja, meine Damen und Herren, das erste Panel ist vorbei. Die Frau Bundesminister musste sich vorübergehend entschuldigen, sie ist zur Präsentation der viel diskutierten Studie aufgebrochen, wird aber dann wieder bei uns sein.

Auf dem Programm steht jetzt eine Kaffeepause von einer knappen halben Stunde. Das glaube ich ist mehr als die Chance für eine Erfrischung es ist auch die gerade zu unserem heutigen Thema so wichtige Möglichkeit, das eben Gehörte zu überdenken und vielleicht auch im kleinen oder größeren Kreis beim Kaffee miteinander auch kritisch zu besprechen. Wir sehen uns dann wieder knapp vor 11 Uhr. Danke schön.

2. PANEL: "MODELLE DES KULTURELLEN UND RELIGIÖSEN DIALOGS AUS (SICHERHEITS-) POLITISCHER SICHT"

Prof. Nussbaumer, Moderator:

Ja, wir kommen jetzt in die zweite Gesprächsrunde und ich bitte Sie jetzt schon um Entschuldigung, wenn wird ein bisschen Laub gesägt und handgestrickt anfangen, aber der Profi für diese Runde wird dann gleich unter uns sein.

Diese zweite Gesprächsrunde, dieses zweite Panel öffnet nun den Blick weit über Österreich hinaus. Wir haben ja leidvoll in den letzten Jahren erfahren müssen, wer heute in einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts leben möchte, der wird sich tunlichst nicht mehr oder nicht mehr nur auf die eigenen, auf die nationalen Institutionen der Prävention und der Verfolgung von Straftaten verlassen können. Strategien zur Bekämpfung der Radikalität und des Terrors beginnen und enden heute weder an unseren Staatsgrenzen noch an den Außengrenzen der europäischen Union. Sie schließen notwendigerweise auch andere große Regionen unserer Erde mit ein. Nordafrika zunächst, den nahen Osten, die USA auch Südasien und manch andere für dieses Thema Schwarzafrika wichtige Region. Genau darum geht es in unserem zweiten Panel heute. Ein Panel einer besonders hochqualifizierten, hochkarätigen Expertenrunde, die dem Thema entsprechend weit über die europäische Union hinaus greift.

Den Gesprächsleiter, Professor Rohe kann ich ihnen vorläufig wie gesagt noch nicht bieten. Er ist noch mit der Frau Bundesminister bei der Pressekonferenz. Wir wollen aber jetzt die Zeit doch nützen, die uns sonst davonläuft und das Gespräch beginnen.

Ich darf zunächst einmal vielleicht die Runde bitten sich in aller Kürze selbst vorzustellen, weil das meistens viel spannender ist, als wenn ich es mache. Und fangen wir vielleicht bitte am anderen Ende an. Bitte.

Vorstellung der Damen und Herren.....

Rikke Hvilshøj, Dänische Ministerin für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration:

Die Situation in Dänemark ist von außen viel unterschiedlicher als von innen gesehen. Die Erfahrung, die wir bei unseren Zusammentreffen gesammelt haben, ist im Vergleich mit dem Rest von Europa und insbesondere mit dem Nahen Osten ganz anders. Nur als Beispiel: im Frühjahr hatte ich mehrere Interviews mit internationalen Journalisten, die gerechnet hatten sich in einem Land zu befinden wo starke Auseinandersetzungen zu sehen wären (Skinheads, Brandstiftungen, etc.) und dann waren sie aber auf ganz friedlichen Demonstrationen und sahen Dänen und Moslems, die sich die Hände gaben und Moslems die sich in die Dänische Gesellschaft integrieren. Und wir unterstützen die demokratischen Werte der Gesellschaft. Manche von uns sind Moslems und manche Christen oder Angehörige anderer Religionen. Natürlich hatten wir viele Gespräche auch über das Aufeinandertreffen verschiedener Religionen und auch über den Islam als Teil der Dänischen Gesellschaft. Der Islam ist ein Bestandteil der Dänischen Gesellschaft und der Islam ist auch akzeptiert worden und hat seine Gemeinden, die werden auch finanziell unterstützt etc., wie auch jede andere Religion.

Ich glaube nicht, dass es in Dänemark besondere Anzeichen für eine andere Form der Auseinandersetzung gab, die vielleicht manchmal als ein wenig wie „Hash-Form“ gesehen wurde, aber wir führen auf eine sehr offene Art und Weise Diskussionen und vielleicht war das der Grund. Ich glaube es ist schwer zu sagen ob das ein Zufall war oder nicht. Es ist eine Auseinandersetzung in Dänemark aber das heißt nicht, dass wir einen anderen Glauben oder Minderheiten nicht respektieren.

Mit „Hash“ möchte ich aber nicht missverstanden werden, dass wir respektlos damit umgehen, aber es könnte von außen anders gesehen werden. In Dänemark haben wir viele Jahre lang die Probleme gesehen aber uns nicht damit auseinandergesetzt und das ist zu einem Problem geworden. Bei vielen Problemen sind wir darauf gekommen, dass, um Probleme zu lösen, müssen wir zuerst damit konfrontiert werden um uns dann damit auseinanderzusetzen. Wir müssen darüber diskutieren warum wir Gesellschaften haben, auch in Dänemark, die parallel leben, die sich nicht kennen, nicht verstehen, die übereinander reden aber die gegenseitigen Handlungen nicht verstehen und es ist wichtig das zu berücksichtigen und zu versuchen, dass sich dieser Trend nicht weiter entwickelt. Wir müssen die jeweiligen Religionen, kulturellen Verschiedenheiten etc. respektieren und es ist wichtig, dass wir uns untereinander verstehen, und das können wir nur durch

eine offene Diskussion erreichen.

Professor Nußbaumer:

Eine kurze Zwischenwortmeldung. Zunächst einmal wollte ich die Frau Bundesministerin begrüßen, die wieder bei uns ist und zum Zweiten, in aller Bescheidenheit, sitzt hier Herr Professor Rohe und ich weiß, dass viele von Ihnen auch deshalb da sind, weil Sie ganz gerne gewusst hätten, was sein Beitrag zu dieser in den letzten Tagen so aktuellen österreichischen Studie ist. Und vielleicht sollte er uns in ein paar kurzen Minuten zumindest einen Einblick in das geben, was er jetzt gerade so vielen Journalisten in einer Pressekonferenz über die Lage in Österreich gesagt hat.

Prof. Mathias Rohe:

Danke vielmals. Ich muss mich zuerst entschuldigen, dass ich zu spät war. Mein Name ist Mathias Rohe, ich bin der Vorsitzende dieser Veranstaltung, ich komme gerade aus einer Pressekonferenz im Innenministerium über die Flüchtlingspolitik in Österreich, bei der man die Öffentlichkeit über die Lage der Integration von Moslems in der österreichischen Gesellschaft informiert hat. Ich weiß genau, worüber sie gerade diskutiert haben, aber ich möchte mich kurz vorstellen. Ich bin Professor für Vergleichende Rechtswissenschaften in Erlangen, Deutschland, Richter beim Berufungsgericht und ich habe den Vorsitz der Deutschen Gesellschaft für islamisches Recht. Wie wir wissen, gibt es Berichte aus den USA die sagen, dass die Integration der Moslems in Europe gescheitert sei. Ich habe neueste Berichte aus Deutschland, die zeigen, dass 56% aller Deutschen glauben, dass der Zusammenstoß zwischen Christentum und Islam schon im Gange sei. Ich bin mir sicher, dass wir über einen Dialog sprechen müssen, sagen wir nicht zwischen Judentum und Buddhismus sondern zwischen Westen oder Christentum und dem Islam. Ich glaube, der Mechanismus des Dialogs ist im Wesentlichen mit der Sicherheitsproblematik verbunden. Und das ist unser Thema hier. Erlauben Sie mir nur ein Beispiel: Was passiert normalerweise, wenn Menschen in einen Aufzug einsteigen, in dem schon andere Menschen drinnen sind? Diejenigen die schon drinnen sind gehen ein Stück nach hinten und machen Platz für die anderen. Es gibt einen kurzen Augenkontakt, nicht zu lang, weil zu lang würde Aggressivität bedeuten. Diejenigen die hinein gehen, gehen langsam und vermeiden den physischen Kontakt. Das könnte ein Dialogsbeispiel sein, bei dem jeder den anderen respektiert und ihm ein Gefühl der Sicherheit gibt. Der Dialog würde nicht zustande kommen, wenn einerseits die einen sich nicht nach hinten zurückziehen würden

und andererseits die anderen mit Gewalt hinein gehen würden. Ich würde deswegen drei Thesen für diese Diskussionsrunde vorschlagen:

1. Es gibt keinen Dialog ohne Berücksichtigung der Sicherheit. Jeder will in Sicherheit sein und in Sicherheit bleiben.
2. Aber es gibt auch keinen Dialog wenn es sich nur um Sicherheitsaspekte und um einen allgemeinen Zustand des Misstrauens handelt. Also, wir müssen einander vertrauen so lange wir keine ernstesten Zeichen von Gewalt seitens der anderen wahrnehmen.
3. Dialog ist eine sehr komplexe Angelegenheit und es ist noch vielschichtiger, wenn es sich um Religionen und Kulturen handelt. Weil es sich im Großteil um institutionelle Unstimmigkeiten handelt. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob ich eine Religion aus der Außenperspektive betrachte oder aus der Innenperspektive.

Zum Beispiel, ich sehe den Islam aus der Außenperspektive, ich sehe Gewaltfälle; oder aus der Innenperspektive, wie sollte meine Religion sein und wie ich sie empfinde. Das sind zwei unterschiedliche Ebenen und wenn man sie durcheinander bringt, entstehen sehr viele Missverständnisse und man nimmt an, dass die anderen unehrlich in ihren Absichten sind. Ich neige dazu die Sachen komplizierter darzustellen als sie sind und deswegen werde ich hier aufhören. Ich würde vorschlagen, dass wir uns wieder auf die Hauptpunkte konzentrieren. Sie alle sind zweifellos hervorragende Experten in ihrem Fach und in ihrem Land. Wir müssen nicht über die Notwendigkeit des Dialogs sprechen, ich glaube das ist selbstverständlich. Wir könnten darüber diskutieren welche sind die dringlichsten Probleme um den Dialog weiter zu führen, welche sind die Strukturmodelle für einen Dialog, um nur ein Paar Grundbegriffe anzuführen, Xenophobie und Islamophobie in der westlichen Gesellschaft, oder andere islamische Richtlinien, die inkompatibel mit der westlichen liberal-demokratischen Welt sind, ist jede Art von Zusammenstoß zwischen den Zivilisationen (westliche und islamische Welt) notwendig. Wo sind die Grenzen des Dialogs? Mit wem sollen wir den Dialog führen, wenn es sich um Extremisten handelt, wir müssen sie mit Sicherheitsmassnahmen behandeln. Eine dritte Frage, wer soll den Dialog fördern? Können wir den Dialog institutionalisieren und wenn ja auf welcher Ebene? Können wir die Kooperation innerhalb der EU verstärken, wir sind keine Einzelgänger innerhalb der Welt, können wir sie institutionalisieren, können wir Meinungsaustausch im Mittelmeerraum führen wo so viel Gemeinsames im Bereich der

Religion und der Kultur existiert, können wir sie über den Atlantik hinaus institutionalisieren. Welche sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Dialog und wie können wir die existierende Kluft verringern.

Es ist nicht nur der Inhalt des Dialoges sondern auch die Übertragung des Dialoges wichtig und das Informieren der Öffentlichkeit, weil die meiste Integration und der Dialog nicht auf unserer Ebene (Wissenschaft, Politik) stattfindet, sondern innerhalb der unteren Schichten der Bevölkerung, sowohl Emigranten als auch Massenbevölkerung sind damit konfrontiert. Meistens sind es Menschen, die in einfachsten Verhältnissen leben. Integration kann Erfolg haben oder auch nicht. Vielleicht könnten wir damit beginnen wo sie erfolgreich war. Was können wir von einander lernen oder wo gibt es Fehler im Dialog oder wo haben wir Änderungen erreicht. Und dann zu überlegen wie können wir mit der Institutionalisierung Dialog führen. So würde ich vorschlagen, dass jeder seine Meinung über diese Themen ausspricht; wo sind die Erfolge, wo sind die Fehler, wo sind die Defizite?

Patrizia Paba, Leiterin Interne Angelegenheiten, Kabinett des italienischen

Innenministeriums:

Die erste Bemerkung, die ich machen möchte, ist, dass ich absolut zustimme, dass der Dialog ein Ausgangspunkt und eine wichtige Grundlage ist, um jede weitere Entwicklung. Grundlage der Deklaration über den Dialog den Italien während der EU-Präsidentschaft 2003 machte, für soziale Kohäsion und friedliches Zusammenleben, die dann auch in der Charta der Grundrechte aufgenommen wurde und von den Staatspräsidenten im Dezember dieses Jahres unterzeichnet wurde.

Gijs de Vreis, EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung:

Sie haben den Zusammenhang zwischen den Themen, die wir diskutieren, und der Sicherheit erwähnt. Wenn wir über die Versuche den Terrorismus vorzubeugen und die Terroristen zu verurteilen, reden, dann stellen wir fest, dass die Opfer sehr oft Moslems gewesen sind und das ist eine der wichtigsten Sachen, die wir bedenken müssen.

Wir kämpfen gegen Extremisten, die auf Zivilisten abzielen, nicht nur auf Christen oder Juden, sondern auch auf Moslems. Wir haben ein gemeinsames Interesse im Kampf gegen den Terrorismus. Ein anderer Punkt, den wir zu berücksichtigen haben,

ist, dass wir viele gemeinsame Prinzipien haben. Wir haben die Charta der Menschenrechte, die besagt, dass alle Menschen gleich sind, dass Folterung nie erlaubt sein sollte, egal ob ein Land eine bestimmte Religion hat oder nicht. Wir haben eine ganze Reihe von Hauptprinzipien und wir müssen sie immer wieder von Neuen anwenden.

Also unsere Interessen sind ähnlich im Kampf gegen den Terrorismus. Wenn wir auf die Möglichkeiten eines Dialogs zurückgreifen, brauchen wir nicht nur einen Dialog innerhalb Europas, sondern einen Dialog mit allen unseren Partnern aus der ganzen Welt. Die EU unternimmt viel in diese Richtung. Wir haben gerade ein Treffen mit den EU-Mittelmeerländern gegen Radikalisierung und Anwerbung für Terroraktionen gehabt, um voneinander zu lernen. Wir haben auch den Dialog mit dem Südosten von Asien verstärkt, wir haben keinen Repräsentanten von Indonesien hier, aber vergessen wir nicht, dass Indonesien die größte Zahl an Moslems hat. Indonesien hat 2004 drei freie demokratische Wahlen gehabt: zwei für die Präsidentschaft und eine Parlamentswahl.

Warum erwähne ich das? Weil es Unsinn ist zu argumentieren, dass es eine vererbte Inkompatibilität zwischen der Demokratie und dem Islam sei. Wir haben eine gemeinsame Grundlage aber wir haben verschiedene Traditionen und wir müssen über diese Traditionen diskutieren. Aus diesem Grund investiert die EU viel in solche Dialoge und ich denke es war eine ausgezeichnete Idee von einem der Teilnehmer zu verlangen, dass diese Art der Dialoge fortgesetzt werden solle, nicht nur von den Ländern, die die Präsidentschaft haben, sondern auch von den anderen Ländern. Ich erlaube mir jetzt eine Brücke an die Vereinigten Staaten zu schlagen, weil die USA vor Kurzem eine interessante Initiative hatte und zwar, der amerikanische Botschafter in Belgien hat einen Dialog zwischen amerikanischen und europäischen Moslems organisiert. Ich glaube, das ist eine Art dieser Brücken, wovon wir reden und wir wollen diese Aktion verstärkt fortsetzen.

Rikke Hvilshøj:

Ich habe einige Kommentare bezüglich ihres Vorwortes. Zuerst werde ich über das „sich in Sicherheit fühlen“ sprechen. Natürlich brauchen wir eine physische Sicherheit, aber ich habe mit der Zeit verstanden, dass es wichtiger ist, mit der Person mit der ich zusammentreffe, Grundwerte zu teilen, und dass wir eine breite Palette an Verschiedenheiten akzeptieren und respektieren sollten. Ich glaube, jeder fühlt sich unsicher, wenn er eine unbekannte Person trifft. Haben wir trotzdem alle etwas Gemeinsames, teilen wir miteinander Grundwerte? Das ist für mich der fundamentale

Wert, der mich zum Thema über Erfolg und Misserfolg zurückführt. Ein Aspekt, den wir in Dänemark verstanden haben ist, dass wir versagt haben, wir waren nicht gut genug, um den neuen Bürgern, die nach Dänemark gekommen waren, zu erklären auf welchen sozialen Werten die dänische Gesellschaft gebaut ist, ihnen Signale über die Eigenschaften der Gesellschaft zu senden. Es ist selbstverständlich die Rede über Menschenrechte, Demokratie, Meinungsfreiheit, die Freiheit eine gewünschte Religion zu wählen oder gar keiner Religion anzugehören. Es bedeutet die gleichen Rechte für Frauen und Männer und das Individuum als solches zu respektieren. Wir müssen viel mehr diese Grundwerte miteinander teilen. Und wenn wir dies machen, glaube ich, wird es viel mehr Platz für Vielfalt und auch für Respekt vor der Vielfalt geben. Wir versuchen hier in Dänemark einige Erfolge zu erzielen und wir stehen vor vielen Herausforderungen. Vielleicht passiert das auch in anderen Ländern, aber bei uns in Dänemark entwickelt sich die Integration nicht von alleine, sondern wir müssen dabei aktiv sein, wir müssen sie an die Tagesordnung bringen. Ich spreche nicht über die Assimilation, es ist nicht das was wir wollen, sondern wir brauchen eine Integration und wir müssen uns selbst damit beschäftigen, wie wir sie erreichen können.

So wie ich es vorher erwähnt habe, ist eine der Grundmaßnahmen die gemeinsame Festlegung der Grundwerte. Die Sprache ist dabei auch sehr wichtig. Ich hörte, dass in Österreich Deutschlernen als Integrationsmethode früher nicht angewendet wurde. In Dänemark war es bis jetzt auch so. Heute ist es anders, es wird viel in dieser Hinsicht gemacht, weil es sehr wichtig ist, miteinander reden zu können. Ich weiß, dass die dänische Sprache sehr schwer ist, aber es ist die Sprache, die man eben in Dänemark spricht.

Es ist sehr wichtig den Menschen Bildung zu sichern und ihnen so den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das sind einige der Grundwerte, die eine gute Integration ermöglichen und wir müssen in dieser Hinsicht aktiv bleiben.

Daniel Weygandt, US State Departement:

Zunächst möchte ich das Beispiel mit dem Aufzug erwähnen, weil in Amerika die Menschen genau gleich reagieren.

In den USA existierte schon immer eine permanente Migrationswelle. In Amerika haben wir viel Erfahrung im Bereich der Integration, Einwanderung und Anpassung der gemeinschaftlichen Werte.

Schon 1830 sprach man zum ersten Mal über eine gemeinsame Religion in den Staaten,

und, dass ein Emigrantenland als Unterstützung ein geregeltes Prinzip der gemeinsamen Werte braucht.

Zusätzlich haben wir in Amerika den Vorteil, dass wir eine große Tradition im Bereich der gemeinschaftlichen Organisationen haben. Die erste moslemische Gruppierung wurde schon Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet. Einwanderung als solche hat eine viel ältere Tradition in Amerika als in Europa, die Zahlen sind auch sehr unterschiedlich.

Die amerikanische Erfahrung ist nicht ganz unnütz für Europa. Ich habe hier zwei Grundpfeiler zusammengestellt, die ich besprechen möchte:

1. Ein wenig über die amerikanische Erfahrung zu reden und
2. Den Bezug zur Sicherheit innerhalb dieser Verbindung.

Wir sind tatsächlich an der Erfahrung mit moslemischen Gruppen in Europa interessiert. Manche von uns könnten nervös gewesen sein, als wir über ein Treffen Anfang April redeten, bei dem über die Rolle der Moslems in Europa gehandelt wurde, weil es unvermeidlich war, dass Menschen etwas sagen würden, was als Kritik empfunden werden könnte. Wir haben uns negative Reaktionen erwartet: „Wie wagen es die Amerikaner über einen Misserfolg der Emigrationsfrage in Europa zu reden“. Aber wir haben nur positive Antworten erhalten. Es ist ein heikles Thema, wir dürfen es nicht verallgemeinern, und wenn wir über die Existenz einer radikalen Kraft innerhalb der moslemischen Völker sprechen, müssen wir sehr aufmerksam sein. Trotzdem schätzen wir, ich bin mir aber nicht komplett sicher, dass nur 3% der Moslems offen gegenüber den radikalen Ideen sind. Das ist eine sehr kleine Zahl, die uns aber Sorgen macht, wenn wir bedenken, was am 11. September in New York und später in London passierte – das waren Menschen, die offensichtlich in der Gesellschaft integriert waren. Ich muss sehr gut aufpassen, damit ist keine Kritik gemeint. Wir brauchen bei diesem Thema einen transatlantischen Dialog, weil sich in unserem globalen Raum dieses Problem sehr schnell von einer Seite des Atlantiks an die andere verschieben kann. Zurückkommend auf die amerikanische Erfahrung, denke ich, dass wir auch einige Themen betreffend der Sicherheit des moslemischen Volkes haben. Der patriotische Akt, der nach dem 11. September übernommen wurde, verursachte sehr viele Kontroversen und man hat sich die Frage gestellt, ob man die verschiedenen Problemgruppen innerhalb des Volkes identifizieren und speziell behandeln könnte. Kontroversen sind gut,

es ist gesund in einer Demokratie über die Grenzen zwischen gerechtem Polizeieinsatz und diskriminierender Behandlung zu sprechen. Kommen wir zurück auf unsere Hauptfrage, auf unseren Wunsch nach einem Dialog. Es wurde gesagt, dass man bei der Zusammenführung der amerikanischen und der europäischen Moslems vorsichtig sein sollte.

Ich danke vielmals für die Einladung an diesem Panel und ich möchte vorschlagen, dass die transatlantischen Beziehungen verstärkt werden sollten.

Vielen Dank.

Patrizia Paba:

Anfangs möchte ich mich auf die Worte vom Herrn Minister beziehen, dass wir uns gegenseitig kennen müssen und dass wir dafür den Dialog brauchen. Der Dialog kann auf verschiedenen Ebenen funktionieren, wobei wir alles machen sollten für einen Dialog auf institutioneller Ebene. Wir brauchen den Dialog, um jede Art von Zusammenstößen zu vermeiden. Konfrontationen können sehr einfach vermieden werden, indem wir einander besser kennenlernen. Wir müssen selbstverständlich auch jede Art der Sicherheitsprobleme vermeiden. Aus diesem Grund haben wir in Italien angefangen einen strukturierter Dialog zu führen.

Es existieren zwei Initiativen: Die Gründung eines interministeriellen Ausschusses für den Kampf gegen Diskriminierung und Antisemitismus und gegen Diskriminierung jeder Art von Religion, Glaube oder Denkweise.

2003 startete der Innenminister diesen Prozess und 2004 wurden alle Präfekten zu einem Treffen eingeladen, um einen Strukturdialog auf Lokalebene zu starten. Man hat Runde Tische mit Vertretern der verschiedenen religiösen Ausschüsse organisiert, um über konkrete Themen zu diskutieren, wie zum Beispiel: „the slottering of animals“, Schulfragen und andere Themen die Menschen zusammenbringen, um sich besser kennen zu lernen, die Gründung des Rates für den italienischen Islam, aber ich werde über dies später reden.

Gijs de Vries:

Toleranz ist sehr wichtig, sie ist ein sehr herausfordernder Begriff. Selbstverständlich müssen die europäischen Gesellschaften nach innen schauen und müssen die Intoleranz

bekämpfen, die ist in unseren Gesellschaften weit verbreitet. Viele unter uns haben davon gelesen oder gehört, dass, wenn junge Ausländer ihren Lebenslauf an Betriebe senden und diese den Vornamen lesen, werden ihre Bewerbungen nicht mehr behandelt, während die Lebensläufe mit einem europäischen Namen behandelt werden. Gewiss ist das inakzeptabel und bedeutet, dass der private Sektor und der öffentliche Sektor eine wichtige Verantwortung bei der Bekämpfung dieser Art der Diskriminierung haben. Es existiert aber auch eine andere Art der Intoleranz. Ich lebe in Brüssel und es hat sich in dieser Stadt seit kurzem gezeigt, dass belgische Frauen, die den älteren belgischen Gemeinschaftsschichten angehören, sich von den jungen Gastarbeitern bedroht fühlen. Moslemische Gemeinschaften müssen auch nach innen schauen und die Intoleranz bekämpfen.

Zweitens glaube ich, dass wir mehr als nur die Intoleranz zu bekämpfen haben. Wir müssen uns am Dialog auf lokaler Ebene beteiligen. Interkulturelle Kompetenzen – wurden während des Panels verwendet, das ist ein sehr wichtiger Begriff. Wir müssen versuchen die Vielfalt unserer Gesellschaft zu verstehen, und dies kann nur dann funktionieren, wenn Menschen diesen Dialog an den örtlichen Ebenen praktizieren. Das können die Regierungen und auch die privaten Unternehmen nicht machen, dies muss auf der lokalen Ebene gemacht werden, in den Gemeinschaften, in den Dörfern, in der Nachbarschaft, den Sportvereinen, den öffentlichen Organisationen, den religiösen und örtlichen Gemeinschaften.

Letztendlich ist es sehr wichtig zu verstehen, dass die Haltung der Moslems und der Nicht-Moslems in Europa von den Ereignissen, die außerhalb Europas passieren, beeinflusst wird. Es ist sicherlich wahr, dass einige europäische Moslems sehr unzufrieden über ihr Status in der europäischen Gesellschaft sind. Vergessen wir nicht, dass viele Moslems in Europa sehr kritisch sind und mehr als das sind sie auch über die amerikanische Politik skeptisch. Vielleicht basiert diese kritische Haltung aufgrund falscher Auffassungen, aber sie sind nun da. Ich glaube deswegen, dass, wenn die USA über die Situation in Europa diskutiert, es gleichzeitig wichtig ist über die Antworten seiner eigenen Politik nachzudenken. Ehrlich gesagt, glaube ich, dass es anderswo auch Freunde gibt, außerhalb der Mittelmeerländer, die vor kurzem große Möglichkeiten des Brückenbauens vermisst haben. Ich beziehe mich hier auf die Rede des iranischen Präsidenten, der den Holocaust verspottete und über Israel gesagt hat, dass es von der Weltkarte ausradiert gehört.

Ich hatte gehofft, dass viele der Freunde Europas im Mittelmeerraum aufgrund dieser

Rede in einer viel öffentlicheren und kritischeren Art hätten antworten müssen, als es eigentlich passierte. Diese Art, keine Antwort zu geben, hat trotzdem ein Echo in der Form gehabt, wie die Europäer über die Beziehung zwischen Moslems und Nicht-Moslems diskutieren.

Also wir müssen in Toleranz und Kontakte investieren, aber wir müssen auch an gewissen globalen Sicherheitsthemen arbeiten, die eine sehr wichtige Rolle in dieser Auseinandersetzung spielen.

Rikke Hvilshøj:

Ich bin damit völlig einverstanden. Wir diskutieren nicht, ob der Dialog gut oder nicht gut ist, sondern wie wir den Dialog machen müssen. Sicher, wir müssen uns vergewissern, dass wir die notwendigen Institutionen für den Dialog haben, sowohl auf der politischen als auch auf der intellektuellen Ebene, aber das ist auch nicht genug. Wir in Dänemark haben Institutionen, einen Rat für die estnischen Minderheiten, aber wir haben keinen Rat für die moslemischen Gemeinschaften.

Nicht weil er nicht erlaubt wäre, sondern weil sie sich nicht einigen können und ich bedauere das sehr, und es fällt mir schwer als Minister, nicht zu wissen, wen ich kontaktieren muss. Also ich würde es sehr begrüßen, wenn die moslemische Gemeinschaft einen Rat gründen würde, den ich problemlos kontaktieren könnte. Aber diese Initiative muss von unten kommen. Es kann nicht von oben eingeleitet werden. Die moslemische Gemeinschaft muss das alleine machen. Es wäre eine sehr große Hilfe. Es würde auch viel dem Dialog helfen. Wir würden mehr Leute aus der moslemischen Gemeinschaft haben, die an den öffentlichen Auseinandersetzungen teilnehmen könnten. Das ist etwas das ich vermisse. Wir bräuchten mehr Menschen aus den Minderheiten und auch die moslemische Gemeinschaft müsste an den öffentlichen Debatten teilnehmen. Somit könnte die Mehrheit der Gesellschaft ihre Meinung kundtun und das ist heute ziemlich schwierig. Es wäre viel besser, wenn die moslemische Gemeinschaft die Verantwortung übernehmen würde, als nur zuzuschauen wie die Regierung und die Politiker die Antworten zu geben versuchen. Wir brauchen mehrere Antworten von der moslemischen Gemeinschaft. Ich hoffe, wir werden sie in der Zukunft erhalten. Wir brauchen die Institutionalisierung aber wir brauchen auch, dass die Menschen den Dialog beginnen.

Patrizia Paba:

Ich möchte gerne einige Punkte klären. Als ich über den Dialog durch die Institutionen sprach, bedeutete das nicht, dass die Institutionen der moslemischen Gemeinschaft den Dialog aufzwingen sollten.

Wir brauchen die Hilfe der moslemischen Gemeinschaften, um den sozialen Frieden zu finden und die Initiativen betreffen alle örtlichen Organisationen. Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir in Italien eine sehr hohe Einwanderung haben.

Im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern haben wir seit circa 15 Jahren eine erhöhte Einwanderung. Wir lernen immer noch die Einwanderer besser kennen zu lernen, die sich in Verbände organisieren die für ihre Zusammenkünfte wichtig sind.

Sie müssen ihre gemeinsamen Notwendigkeiten besser kennen lernen. Aus diesem Grund denken wir, möchten wir ihnen keinen Dialog aufzwingen, aber der Rat des italienischen Islam ist eine gute Form um daran teilzunehmen.

Professor Rohe:

Vielen Dank. Ich bin sehr froh kurz darüber sprechen zu dürfen.

Vielleicht wird das ein zusätzlicher Beitrag für die Fortsetzung der Diskussion sein. Es wurde eine sehr breite Studie von mehreren akademischen Institutionen realisiert und ich bin sehr stolz und froh, dass ich auch daran arbeiten durfte.

Es wurden Polen, die in der österreichischen Gesellschaft leben, untersucht, sowie Teile der moslemischen Bevölkerung in Österreich, insbesondere Moslems aus Bosnien und aus der Türkei. Sie bekamen sehr konkrete Fragen über ihre Haltung gegenüber ihrem Leben in Österreich, Integration, Sicherheitsmassnahmen, usw., gestellt. Wir stützten uns auf eine Untersuchung der täglichen österreichischen Presse angefangen mit 1997, die zum Beispiel aufgezeigt hat, dass eine gewisse Spaltung in der Politik gegenüber Fremden/Emigranten/Islam existiert und eine gewisse Angst vor dem Islam. Wir hatten eine Auseinandersetzung über Angst, zusammen mit dem was wir studiert haben: legale Integration, Religion, Friede. Die Situation in Österreich zeigt eine erfolgreiche Integration, die Vermeidung von extremistischem Verhalten und ein faires Verhalten. Insgesamt könnte ich sagen, dass es eine abstrakte Angst gibt, die von allen Seiten untereinander kommt. Die Moslems fühlen sich oft als Opfer der Islamphobie und des Arbeitsmarktes, und dass sie nicht respektiert werden, egal was sie auch machen, um sich zu integrieren. Gleichzeitig hat die Mehrheit der Gesellschaft Angst vor den großen Gefahren seitens des Islam, aber wenn man konkreter fragt, würden sie nicht sagen, dass

die westliche Kultur und der Arbeitsmarkt unter der moslemischen Einwanderung leiden würde.

Also es ist keine konkrete Angst verbreitet, sondern eine abstrakte Angst, die von den Medien sehr viel übernommen wird.

Sehr oft haben wir diese gewaltige und einfach falsche Gegenüberstellung:

der erleuchtete demokratische Westen auf der einen Seite und der grausame Osten auf der anderen Seite;

oder der moralische und spirituelle Osten auf einer Seite und der verworfene und koloniale Westen auf der anderen Seite.

Von dieser sehr weit verbreiteten Idee müssen wir Abstand nehmen. Wir haben herausgefunden, dass eine Mehrheit auf beiden Seiten in diesem Land bereit und offen für die Integration ist. Trotzdem sind diese zwei Seiten im täglichen Leben immer noch sehr auseinander entfernt. Das Leben dieser zwei Welten wird immer separat geführt, es existieren nur schwache Kontakte auf der Nachbarschafts-, Familien-, oder Freundschaftsebene. Wir haben auf beiden Seiten Mehrheiten, die relativ weit auseinander leben. Das bedeutet zum Beispiel, dass die auseinander lebenden Gesellschaftsmehrheiten nicht wissen, dass die Religionsfreiheit Teil unserer kulturellen und legalen Erbschaft ist. Sie würden also Moslems verhindern wollen, Moscheen zu bauen, obwohl diese berechtigt sind, es zu machen. Das ist Teil einer sehr normalen Entwicklung der religiösen Infrastruktur von Menschen, die ständig in einem Land zusammen leben. Auf der anderen Seiten lehnt ein Teil der moslemischen Bevölkerung vehement ab, den weit verbreiteten Lebensstil in Österreich zu führen.

Ich glaube es ist sehr wichtig, dass wir auf dem gemeinsamen Gebiet viel arbeiten, um die Mehrheiten der beiden Seiten verstärkt zusammenzubringen. Eigentlich sind es zwei Punkte:

wie können wir die Angst verringern – wir könnten

1. dies durch Taten machen
2. wie können wir die existierenden Probleme bewältigen.

Wir müssen unsere Bevölkerung über die Größe der Vielfältigkeit überzeugen. Wir brauchen unsere Grundprinzipien nicht verlieren, wir wissen, dass sie wichtig sind. Sowie wir auf Deutsch sagen, der Teufel liegt im Detail. Also müssen wir verstärkt auf die Details achten. Für die Moslems ist es enorm wichtig, dass sie selber ein Bildungssystem entwickeln, eine Kommunikationskultur innerhalb der Pluralität. Es ist sehr viel Pluralität

innerhalb der moslemischen Gesellschaft, die besonders den jungen Moslems befähigt, gute Moslems und gleichzeitig gute Österreicher, gute Europäer und gute Menschen für die Welt zu sein. Diese Erbschaften existieren auch innerhalb der moslemischen Kultur, aber wir müssen sie entwickeln.

Wir müssen die Menschen überzeugen und jeder muss die Menschen innerhalb seiner eigenen Gruppierung überzeugen. Wir müssen Selbstkritik entwickeln. Ich denke, der Dialog könnte sich weiter entwickeln, wenn wir alle auf gleicher Ebene reden und den anderen zuhören würden. Nicht zufällig haben wir einen Zusammenstoß der Zivilisationen. Wir könnten einen Anstoß für Meinungen der Individuen, der Gruppierungen innerhalb der Gesellschaft geben. Ich glaube, diese Studie ist eine sehr wertvolle Grundlage für spätere Forschungen und besonders für weitere Handlungen. Ich danke dem Ministerium für die Möglichkeit, die uns gegeben wurde, eine Reihe von Fakten zu entwickeln, auf welche wir unsere Studie bauen konnten. Vielen Dank. Ich glaube, wir sollten jetzt diesen Ideenaustausch fortsetzen und zum Schluss 5-10 Minuten für 2-3 kurze Fragen seitens des Publikums zulassen.

Daniel Weygandt:

Erlauben Sie mir bitte eine Brücke zwischen der Frage, die mir Herr de Vries gestellt hat und der Situation der Moslems in Österreich zu bauen.

Die Frage war über den Effekt der amerikanischen Politik und über die Haltung der Moslems in Europa.

Erlauben Sie mir bitte zu sagen, dass wir uns sehr bewusst sind, dass unsere Politik die Haltung der Menschen nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Teilen der Welt beeinflusst hat. Das ist einer der Gründe warum wir jetzt stark versuchen, mehr als den Durchschnitt der moslemischen Bevölkerung zu erreichen.

Die Brücke, die ich bauen möchte besteht darin, dass ich mich jetzt an einem Runden Tisch, den wir hier in Wien mit moslemischen Gruppen vor Jahren hatten, erinnern möchte.

Wir begannen mit den Ereignissen vom 11. September und setzten fort mit dem Irakkrieg. Bei einem Empfang sprach ich als Vertreter der Amerikaner an die moslemische Gruppe adressiert. Ich werde die Antwort, die ich von den Moslems erhielt, nie vergessen. Natürlich war sie nicht die Meinung aller Moslems, sondern nur der Gruppe, die sich hier in Wien befand: Moslems interessieren sich nicht wirklich für Saddam Hussein, er war ein schlechter Moslem und eine schlechte Person; es wurde mir versichert, dass aus

amerikanischer Sicht es ratsam wäre, auf die Empfindlichkeit der Moslems in dieser Hinsicht zu achten, viel mehr aber auf die Empfindlichkeit der Moslems betreffend des Problems zwischen Israel und Palästina. Wir müssen im Nahen Osten-Prozess zusammenarbeiten. Überall gibt es Reaktionen und Meinungen und ich bin mir sicher, dass diese dazu beitragen, dass die Moslems enttäuscht und verärgert sind. Aber der Unterschied zwischen der amerikanischen und der europäischen Auffassung über die Frage der moslemischen Radikalisierung ist, dass die Ereignisse vom 11. September für die USA nicht die Zerstörung mit einem Schlag bedeuteten, sondern eine Provokation für einen Konflikt zwischen Amerika und der moslemischen Welt. Und ich glaube, dass radikale Gruppierungen den Zusammenstoß zwischen Zivilisationen ausnützen, um ihn zu verstärken, um die Menschen zu verschiedenen Reaktionen zu bewegen, um einen Keil zwischen der enormen Mehrheit der moslemischen Bevölkerungen in der Welt zu setzen. Meiner Meinung nach ist der Islam eine friedliche Religion.

Ich denke, dass wir dies nie vergessen sollten. Immer wieder gibt es Menschen, die Reaktionen provozieren wollen und wir müssen darüber reden, wie wir am besten gegen diese Provokationen reagieren können und sicher gehen, dass wir den guten Dialog fortsetzen, um weder Über- noch Unterreaktionen zu zeigen.

Am Ende möchte ich eine letzte Bemerkung über die amerikanische Erfahrung betreffend Menschen, die den Dialog täglich erleben, machen. Ich glaube, Amerika hat eine große Erfahrung in dieser Hinsicht, weil wir keine nationale Einwanderungs- und Integrationspolitik haben. Die Menschen kommen und gehen einfach. Den Menschen, die in die USA kommen, muss bewusst sein, dass sie sich wie in den Aufzug benehmen sollen – es funktioniert sehr gut – es ist wichtig die Integration auf der untersten Ebene der Gemeinschaften zu betrachten, um private, soziale und andere Arten von Gruppierungen zu haben, die eine Verantwortung für den Dialog tragen sollen. Die Verhältnisse in Amerika sind sehr unterschiedlich, aber ich glaube, es lohnt sich trotzdem sich ein wenig an der amerikanischen Erfahrung zu orientieren.

Botschafter Nouredine Ayadi:

Herzlichen Dank. Es wurde zuletzt gesagt, dass die moslemische Religion nichts mit den Sicherheitsproblem, das momentan in der Welt aktuell ist, in Wirklichkeit zu tun hat. Die Anhänger des Zusammenstoßes zwischen den Zivilisationen unterstützen selber diesen.

Die Existenz dieser Anhänger führt zu Problemen innerhalb der Integration und zum Terrorismus. In Wirklichkeit ist die Integration ein politisches Problem und muss auf einer politischen Ebene behandelt werden. In einigen Ländern ist die Integration geglückt, in anderen Ländern wiederum nicht, also es handelt sich um ein politisches Problem. Terrorismus ist ebenfalls ein politisches Problem und hat mit der Religion nichts zu tun. Als Beweis für meine Aussage möchte ich die Erfahrung meines Landes bringen, in dem die Terroristen sehr große Verwüstungen im Namen des Islams verursacht haben. Sie haben unschuldige Menschen im Namen der moslemischen Religion getötet, das weiß die Welt. Also das Phänomen der Terrorgewalt hat mit der moslemischen Religion keine Verbindung, diese beiden Begriffe müssen klar getrennt werden. Österreich ermöglicht diversen Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen und aus verschiedenen Ländern Diskussionen über dieses Thema zu führen und ich möchte ganz höflich die Innenministerin begrüßen. Ich habe schon vorher gesagt, dass mein Land diese Initiative begrüßt hat. Diese Initiative könnte zu Schlussfolgerungen und zu konkreten Lösungen führen.

Ich habe gesagt, dass ich ein Beispiel aus der Erfahrung meines eigenen Landes, Algerien, ansprechen möchte, das über eine Geschichte in Sachen Toleranz, Aufnahmefähigkeit und Zusammenleben verfügt. Algerien wurde von einer großen Welle des Terrorismus getroffen. Die Terroristen haben mit ihren gewaltigen Vorhaben besonders das kulturelle und religiöse Erbe der Gesellschaft in Algerien angegriffen. Sie haben die republikanische Natur des Landes verletzt. Im Namen der moslemischen Religion haben die Terroristen Moslems angegriffen. Also können wir durch unseren Beitrag zu diesem Dialog den Terrorismus von der moslemischen Religion eindeutig trennen.

Lassen wir es den Theologen über sich mit der moslemischen Religion, dem Dialog zwischen den Religionen zu beschäftigen, weil, wie mein Nachbar sagte, diese viel über Religionen wissen. Als in meinem Land der Kampf gegen den Terrorismus angefangen hat, hat das algerische Volk verstanden, dass diese Terroristengruppen die Religion als Vorwand verwenden, um gegen die moslemische Religion selbst zu kämpfen, die großen Schaden erlitten hat; Terroristen haben Kinder im Namen der Religion getötet. Also dem algerischen Volk wurde die wahre Natur des Terrorismus bewusst. Das Volk will sich selber nicht belügen, will die Wahrheit sehen. Der Terrorismus, der Algerien betroffen hat, äußert sich auch in anderen Plätzen in der Welt, sowohl Moslems als auch westliche Bevölkerung betreffend. Wir wollen keinen fiktiven Unterschied mehr zwischen mehreren

Formen von Terrorismus machen, indem wir glauben, dass es verschiedene Typen des Terrorismus gibt. Das algerische Volk weiß, dass die negativen Folgen dem Islam zuzuschreiben sind. Es hat die terroristischen Gruppierungen bekämpft und hat triumphiert. Algerien hat den Terrorismus besiegt, pflegt aber auch den Dialog der Versöhnung als Motor seiner politischen Aktivität.

Präsident Buiteflika hat den größten Verdienst darin, den man ihm heute anerkennt, dass er überall auf der Welt Dialoge für die Versöhnung des algerischen Volkes führte. Seine Dialoge waren die treibende Kraft seiner politischen Tätigkeit. Er sagte, die internationalen Dialoge sind der Motor des humanitären Fortschritts. Wir bewegen uns auf der Ebene der Politik, und die Religion sollte außerhalb dieser Kämpfe bleiben. In Algerien entwickelte sich ein Prozess der nationalen Versöhnung. Auf diesem Weg konnte Algerien ihre Wunden und die großen Schäden, die die algerische Gesellschaft ein Jahrzehnt lang ertragen musste, heilen. Ich möchte die große Wichtigkeit des Dialogs und der österreichischen Initiative unterstreichen. Wir müssen einfach den Dialog strukturieren, weil wir sehen, welche Folgen er auf dem Gebiet der Weltsicherheit hat. Es gibt in der Welt verschiedene Faktoren, die die Tätigkeiten der Terroristen ernähren, verschiedene internationale Gleichgewichtsstörungen, unterschiedlicher Wohlstand, Ungleichheiten in der Politik, Ungerechtigkeiten, die zumindest im Osten existieren. Es gibt Völker, wie die aus der Sahara, die noch keine Selbstständigkeit haben, mit anderen Worten es gibt Faktoren, die die Terroristen und deren Konfrontation ermöglichen.

Wir müssen also auf internationaler Ebene denken, damit jeder Staat Sorge tragen kann, und damit besonders die junge Generation, die Arbeitslosen, sich nicht von den terroristischen Ideen beeinflussen lassen und nicht von den Terroristen rekrutiert werden können. Wir brauchen konkrete Maßnahmen, zum Beispiel pädagogische Programme für Schulen und Institute, Austausch oder vielleicht die Schaffung eines internationalen Preises, der an eine internationale Persönlichkeit für seinen Einsatz, seine Arbeit und den entscheidenden Beitrag im Dialog zwischen Kulturen und Religionen verliehen wird.

Prof. Mohamed Aiouaz, Theologieprofessor Institut Musulman, Paris:

Danke, ich möchte mich auf einige frühere Beiträge beziehen. Ich möchte auf gar keinen Fall die Wichtigkeit der Toleranz abstreiten, aber persönlich möchte ich lieber über den gegenseitigen Respekt sprechen, und, betreffend der Integration, über die Anpassung.

Je tiefer man in die Geschichte zurückgeht, dort wo die gemeinsame intellektuelle Erkenntnis sehr wichtig war, merkt man, dass dieses Problem nicht existierte. Hier kann

man als Beispiel Andalusien erwähnen, dieses westmoslemische Gebiet. Es geht um die Gespräche und die Korrespondenz zwischen Averoeset (?) und Mahe Mounit, zwei Männer mit verschiedenen Konfessionen, die sich über theologische und doktrinäre Fragen unterhielten. Ich möchte nur daran erinnern, dass Mahe Mounit, von jüdischer Konfession, sein Werk (ein sehr wichtiges Werk, auch eine Abweichung innerhalb der jüdischen Tradition) auf Arabisch schrieb. Also muss man dringend die Erkenntnis vertiefen, damit man die Tatsachen besser betrachten und verstehen kann. Eine sehr aktuelle und interessante Studie von einem Physiker Joel Ronet genannt „Le Macroscope“ (mit dem bloßen Augen sichtbar) berichtet, dass die Menschheit mit dem Mikroskope an die moderne Zivilisation angelangt ist. Zuerst hat sie die winzig kleinen Partikeln analysiert, nur die heutige Gesellschaft braucht ein so genannter „Makroskope“, d.h. man erhebt sich über die Erkenntnisse (das Konzept der psychologischen Kultur) hinaus und vergleicht sie bezüglich ihres religiösen und spirituellen Inhalts. Er spricht über die spirituelle Kultur, die Idee der spirituellen Erhebung ist wichtig, damit man die doktrinäre Einheit und die Vielfalt verstehen kann, die komplementär sind. Sie sind eine Bereicherung und kein System des gegenseitigen Ausschlusses.

Abschließend werde ich eine Anekdote des großen spirituellen Schriftstellers J. de Naromi(?) zitieren. Es herrscht ein gewisses Misstrauen zwischen Moslems und allen anderen, und dieses Misstrauen basiert auf einem Mangel an Erkenntnissen. Der Gläubige ist gegenwärtig und auch der Ungläubige und es herrscht ein gegenseitiges Misstrauen. Aber wenn man eine hohe Erkenntnis erreicht, die nicht rationell sondern überrationell ist, sieht man die Wahrheiten als ergänzend und nicht als gegenüberliegend.

Also als J.R. über Glaube und Unglaube sprach, sagte er symbolisch, dass einer, der sich nur eine profane Erkenntnis angeeignet hat und folglich nur eine externe Erkenntnis besitzt, von einem schönen Bild sagen würde, dass das Bild schön sei und von einem schlechten Bild sagen würde, dass das Bild schlecht sei.

Ein anderer aber, der die Kompetenz des Malens besitzt, würde sagen, dass alle Bilder schön seien.

Dies sind zwei Formen der Erkenntnis und zwei Ebenen. Ich betone noch einmal, dort, wo es Spiritualität gibt, und hier kann ich das Beispiel meines Landes geben, dort, wo die Menschen von einem spirituellen Islam geprägt sind, gibt es keine Involvierung in verschiedene Terrorakte, die die Länder betreffen und die weiter in verschiedenen Teilen der Welt stattfinden. Eine Religion, die von den geistlichen Werten getrennt existiert, kann

diese gegenseitige Ausschließung, die Opposition und die Konflikte nicht bewältigen.

Wortmeldung aus dem Publikum:

Imam Mustafa Cerić:

Vielen Dank. Ich werde später eine längere Rede halten. Diese Rede wird kurz. Dieses Panel ist sehr interessant, weil es über den Islam und den Westen geht und ich möchte jetzt über die Europäische Gemeinschaft des gemeinsamen Erbes sprechen.

Ich möchte über 2 Punkte reden: Zunächst einmal erlauben Sie mir zu sagen, dass ich diese Konferenz und die Anstrengungen, die das Außenministerium, heute vertreten durch die Innenministerin, Frau Liese Prokop, unternommen hat, sehr schätze. Das ist die Bestätigung der österreichischen Erfahrung auf dem Gebiet der Islamfragen in Europa und ich möchte auch die österreichische Regierung ermutigen in der Art wie sie die Europa Präsidentschaft führt weiterzuarbeiten, für den schönen Start, der sich vor einigen Jahren in Graz ereignet hat.

Ich bin von Herrn Balloch nach Graz eingeladen worden um eine Rede zu halten, in der Zeit als Graz zur Europäischen Kulturstadt ernannt wurde. Ich habe Herr Ballock gefragt, ob ich alle Imame von Europa nach Graz einladen darf, um ihnen auch meine Meinung sagen zu können, und um ihre Meinungen darüber zu hören. Das Außenministerium organisierte das erste Treffen der europäischen Imame und dieses Jahr findet das zweite Treffen der europäischen Imame statt.

In meiner Präsentation von heute werde ich zwei historische Beispiele geben, die für uns in Europa sehr interessant sein können. Sie zeigen wie wir den Prozess der Institutionalisierung des Islams in Europa entwickeln können. Ich möchte Österreich ermutigen, nächstes Jahr zusammen mit uns 120 Jahre Gründung des ersten Rechtsstudiums für Islamisches Recht in Europa in der Zeit nach dem Osmanischen Reich von Kaiser Franz Joseph I. zu feiern. Das ist ein sehr interessantes Beispiel. Der zweite Punkt, den ich erwähnen möchte betrifft die europäische und amerikanische Haltung gegenüber den Moslems in den USA. Ich bin gerade aus den USA zurückgekommen. Ich habe eine Reise von Boston, Madison, Birmingham nach Chicago gemacht und habe Studenten aus allen moslemischen Ländern in Boston getroffen. Ich glaube, in keinem anderen Land in der Welt kann man so viele verschiedene Moslems treffen, wie ich in Boston getroffen habe. Das ist eben Amerika. Ich bin nicht bezahlt worden, um Werbung für die USA zu machen, aber ich sage nur die Wahrheit. Ich habe in den USA 5 Jahre lang

gelebt. Ich glaube, dass die Aussichten für Moslems in den USA besser sind, als die für Moslems in Europa. Warum? Aus zwei Gründen:

1. Wir Europäer sollten von den Amerikanern zwei Begriffe lernen: „Danke“ und „Es tut mir leid“. Sehr oft wissen wir nicht, wie wir diese Wörter sagen sollen. Die Amerikaner sagen oft „Danke“ und „Es tut mir leid“ und ich denke, wir müssten auch mehr in Europa diese Wörter in den Dialogen verwenden
2. Wir haben in Europa zu viel Geschichte hinter uns und wir wissen nicht was wir damit anfangen sollen.

Wir, Moslems, haben 50 Jahre gewartet, eine Überbrückung zu bauen. Wenn ihr uns diese Überbrückung nicht erlaubt zu bauen, werden wir sie dann unterirdisch machen.

Bitte, vergesst nicht, dass Moslems hier sind und Hilfe brauchen. Anstatt von Integration, die sehr viel mit Assimilation zu tun hat, möchte ich lieber über „Beteiligung“ der Moslems sprechen. Moslems brauchen Hilfe und sie sollten als beteiligte Parteien in der westlichen Gesellschaft betrachtet werden.

Danke schön.

Prof Rohe:

Ich danke Ihnen. Als Vorsitzender dieses Panels habe ich leider die Pflicht auf Grund unserer Tagesordnung eine solch aufregende und lebendige Diskussion zu unterbrechen. Als Zusammenfassung möchte ich erwähnen, dass es keinen unvermeidlichen Zusammenstoß der Zivilisationen gibt. Wir haben entdeckt, dass wir eine große gemeinsame Basis haben, auf der wir bauen können. Wir müssen mehrere Menschen überzeugen, an der Erfüllung dieser Aufgaben zu arbeiten. Ich hoffe sehr, dass wir diese Diskussion fortsetzen werden können.

Das ist eher ein Anfang als ein Ende. Ich möchte mich bei allen Teilnehmern herzlich bedanken, an den hohen Persönlichkeiten die hier nach Wien gekommen sind.

Wien ist sicher ein angemessener Platz um solche Treffen zu veranstalten. Wir hoffen, dass wir diese Diskussion fortsetzen werden können und ich glaube, dass wir eine gemeinsame Basis in der ganzen Welt, in allen Kulturen und Religionen haben. Vielen herzlichen Dank und alles Gute.

3. PANEL: "EUROPA- EINE WERTEGEMEINSCHAFT?"

Prof. Nußbaumer:

„Meine Damen und Herren, einmal mehr herzlich willkommen. Zur zweiten Halbzeit, die Fußball-WM steht vor uns. Zur zweiten Halbzeit unserer Konferenz und zu unserem dritten Panel.

Ist Europa eine Wertegemeinschaft? Die Diskussion darüber ist, sie alle wissen es, so alt wie die Geschichte der europäischen Union. Kann und soll Europa überhaupt eine Wertegemeinschaft sein? Die Frau Bundesminister hat heute in der Früh in ihrer Eröffnungsrede diese persönliche Überzeugung durchaus deutlich unterstrichen. Ja, sie soll eine Wertegemeinschaft sein. Aber die Frage, wie sehr auch jeder künftige Erweiterungsschritt der europäischen Union von solchen gemeinsamen Werten Europas abhängen soll blieb offen. Es gibt gar nicht wenige, durchaus Fachleute, die meinen, als Wertegemeinschaft sei dieses größere Europa überfordert. Es geht aber vielmehr sehr bewusst um eine Rechtsgemeinschaft und um eine Friedensgemeinschaft. Denn das Erfolgsrezept der europäischen Union sei ja die bewusste Buntheit der Werte, der Kulturen, der Religionen.

Unser drittes sehr prominentes Panel vereint leider eine reine Herrenrunde mit einem recht unterschiedlichen persönlichen Hintergrund und auch einem recht unterschiedlichen geistig religiösen Zugang zu unserem Thema. Den profunden Moderator des dritten Panels muss ich ihnen vermutlich gar nicht vorstellen. Hubert Feichtlbauer, Autor und Journalist und selbst seit Jahrzehnten eine gewichtige publizistische Stimme in Österreich in Fragen von Werten. Wohin also führt der Weg Europas. Zur Wertevielfalt oder zur Leitkultur vielleicht aber auch zur Leitkultur und Wertevielfalt. Lieber Hubert, walte deines Amtes.“

Hubert Feichtlbauer:

Wir machen das auch heute so bei diesem Panel, dass wir mit keinen großen Einleitungsstatments oder kurzen Referaten beginnen, sondern so locker wie möglich ein Gespräch führen. Ich halte mich da an das weise Wort eines jüdischen Rabbi, der gesagt hat: „Was man nicht sagen kann während man auf einem Bein steht, ist nicht wert, gesagt

zu werden.“ Ich bitte alle Teilnehmer am Panel sich daran zu halten und werde mich selber auch darum bemühen. Ich schlage vor, wir machen drei große Themenblöcke und versuchen dann auch das Publikum einzubeziehen. Das erste Thema: Braucht eine europäische Gemeinschaft gemeinsame Werte, wenn ja, haben wir sie? Was gehört dazu? Was konstituiert die europäische Identität. Die zweite Themenrunde sollte sein, was muss von denen erwartet werden, die gebürtige Europäer sind. Was kann man denen zumuten, die als Zuwanderer in unsere Gesellschaft integriert werden wollen und integriert worden sind. Was ist von allen Bürgerinnen und Bürgern Europas zu verlangen, damit das Zusammenleben funktioniert. Der dritte Themenblock könnte sein: Wie gehen wir mit jenen um, die sich nicht an diese europäischen Werte halten wollen, die sie zum Teil ablehnen. Auch die Frage wollen wir anrühren, wie viel Wertevielfalt wir vertragen? Ist das endlos oder soll da eine gewisse Begrenzung sein und was kann jeder oder jede von uns tun um einen Beitrag dazu zu leisten?

Jetzt kehre ich selber wieder auf mein zweites Bein zurück und höre zu reden auf. Ich bitte sie um eines. Ich werde sie der Reihe nach vorstellen, wenn sie zum ersten Mal drankommen. Also bitte kurze Wortmeldungen und ich bitte sehr um eine realistische wirklichkeitsnahe und kultivierte Kontroverse, nicht scheuende Stellungnahmen. Vielleicht beginnen wir mit dem Hr. Professor Dr. Leon Zelman. Ganz kurz zu ihm. Sein offizielles Geburtsjahr ist 1926. In Wirklichkeit ist es 1928. Er hat sich im Konzentrationslager Auschwitz um 2 Jahre älter gemacht um als arbeitsfähig eingestuft zu werden und verdankt diesem Umstand vielleicht die Tatsache, dass er als einziger in seiner Familie überlebt hat. Er lebt seit 1946 in Wien. Vielfach in dem Bemühen engagiert, eine Verständigung zwischen Juden und anderen Österreicherinnen und Österreichern im richtig verstandenen Sinne herbeizuführen. Und er hat durch die Begründung des Jewish Welcome Service, das zum Ziel hat, Jugendliche aus Israel und aus den USA wieder mit der Heimatstadt ihrer Väter und Großväter und Großmütter und Mütter vertraut zu machen, eine unverzichtbare und unvergleichliche Tat gesetzt. Herr Professor Zelman brauchen wir eine Wertegemeinschaft in Europa? Worin könnte sie und müsste sie bestehen?“

Leon Zelman:

Ich glaube, dass die Idee der Europäische Union nicht gestern entstanden und nicht vor 10 Jahren, nicht vor 20 Jahren entstanden ist. Diese Idee ist in Kerkern und

Konzentrationslager zum Traum geworden ist. Für Menschen die davon geträumt haben, dass nach dem Krieg eine europäische Union eine Vereinigung von europäischen Ländern einfach als Antwort auf den Faschismus, den Nationalsozialismus als Antwort auf dem was als Verbrechen begangen worden ist und nie wieder sein soll. Und es soll automatisch damit in Betracht gezogen werden, dass diese europäische Union auch Werte haben soll. Werte die Antworten geben sollen auf vieles was bis 1938 und vor 1938 in Europa geschehen ist. Werte, die für die Jugend von Wichtigkeit sein sollen. Um das besser zu begreifen als Antwort auf dem das sie heute leben hier in einer Welt, wo 60 Jahre kein Krieg war. Wo keine Morde mehr vorhanden sind, keine, in Europa meine ich, und diese Leute sollen begreifen, dass die Europäische Union nicht nur geschaffen worden ist als rein wirtschaftliche Organisation. Sie soll einfach Antworten geben auf viele Probleme die wir miterlebt haben und Antwort geben auf viele Probleme, auf viele Fragen die wir für die Zukunft geben können.

Hubert Feichtlbauer:

Danke. Der nächste Gesprächspartner in unser Runde ist Mag. Franz Kangler. Er ist Mitglied und seit vielen Jahren auch Superior der katholischen Priestergemeinschaft der Lazaristen. Er ist Englischlehrer am österreichischen St. Georgs Kolleg in Istanbul. Seit 1983 auch dessen Direktor und kann daher aus der Sicht einer öffentlichen Schule mit christlichem Hintergrund in einem zwar laizistisch aber doch islamisch geprägten Land aus der Praxis sicher viel erzählen. Bitte!

Mag. Franz Kangler:

Gerne! Ich bin bei Aussagen immer vorsichtiger geworden im Lauf meiner Jahre, weil ich merke, dass die schwarz-weiß Aussagen so nicht stimmen. Ich habe es erlebt jetzt in den 29 Jahren in denen ich in der Türkei lebe, das sehr viele Dinge geändert haben.

In der Zwischenzeit sind in der Türkei durch den eigenständigen Schritt, dass die Türkei selbst sagt, wir wollen in diesen europäischen Kreis ganz bewusst in die europäische Union hinein treten, auch eine Fülle von Problemen wieder neu losgebrochen, die nicht so einfach zu lösen sind. Wenn wir z.B. auf Österreich blicken, merke ich dass die Dinge, die wir mit großer Selbstverständlichkeit als Werte anerkennen, wie z.B. die europäische Konstitution usw., fraglich werden, wenn sie unseren persönlichen Kreis betreffen. Wenn in Tirol eine Moschee gebaut werden soll oder wenn sie in die Innenpolitik gehen. Da wird es plötzlich ganz anders und das gleiche gilt natürlich auch in der Türkei, wo jetzt Themen

aufbrechen, die vorher abgesichert waren. Es entwickeln sich auch Fragestellungen z.B. etwas was vor einiger Zeit noch nicht für möglich gehalten wurde, so eine Art Rechtshooliganismus, wie es in der letzter Zeit mit Berufung auf Gesetze, auf nationale Werte, auch zum Tragen kommt. Die Normen als solche sind schon wichtig, aber ganz wesentlich ist es auch dass es vom Menschen mitgetragen wird.

Hubert Feichtlbauer:

Danke, Herr Professor Kangler!

Der nächste, den wir um seine Stellungnahme bitten ist Dr. Mustafa Ceric, Absolvent u.a. der berühmten Al-Azar Universität in Kairo. Großmufti von Bosnien und Herzegowina, des Sandzaks, Kroatiens und Sloweniens. Träger vieler Auszeichnungen auch für den interreligiösen Dialog ist in vielen internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen aktiv. Gesuchter Redner in vielen Kontinenten wo immer in Europa oder den USA oder dem Orient man sich einfindet, stößt man auf seine Spuren. Heute ist er da, bitte sehr!“

Mustafa Ceric:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich weiß nicht ob ich genau so schnell sein kann wie der Vorredner.

Ich habe die Frage verstanden und werde versuchen über die gemeinsamen Werte von Europa zu sprechen. Ich möchte mich bei den Organisatoren bedanken, dass sie mir die Möglichkeit gegeben haben hier über Europa als eine Gemeinschaft der gemeinsamen Erbschaft sprechen zu können. Ich bin hier in Europa nicht mehr als Gast, sondern als Gastgeber. Ich bin Zeuge eines Vergleiches zwischen zwei katholischen Kaisern aus verschiedenen Zeiten, die in verschiedenen Gebieten regiert haben. Beide haben mit dem moslemischen Thema in Europa zu tun. Erlauben sie mir bitte die Tatsache zu unterstreichen, dass alle Religionen zu denen wir gehören aus dem Osten kommen. Kein religiöses Buch wurde von Propheten in Europa geschrieben. Ich weiß nicht, warum wir keine Propheten in Europa haben, alle Propheten sind aus dem Osten gekommen. Ich versuche zu erklären, dass alle Religionen in der selben Zeit nach Europa gekommen sind. Judentum, Christentum und Islam, sowie auch andere. Der Islam kam auf zwei Wegen nach Europa: Einerseits über die Iberische Halbinsel und den Balkan. Sie wissen, 1492 wurden die Juden und die Moslems aus Spanien von König Ferdinand und Königin Isabella vertrieben. Ich glaube, dass die Juden und die Moslems nach Sarajevo kamen und überlebten. Der andere Weg war die Halbinsel Balkan. Der Islam kam Anfang des 15.

Jahrhunderts und ich bin einer der Überlebenden. 1887, nachdem das osmanische Imperium zerfiel, wurde Bosnien-Herzegowina vom Österreich-Ungarische Imperium annektiert. Der katholische Kaiser Franz Joseph I war anders als sein katholischer „Kollege“ in Spanien. Dieser Kaiser aus Österreich gab den Moslems die Möglichkeit zu überleben - bis zum heutigen Tag. Wir haben den Genozid in Srebrenica überlebt, aber sind dem Kaiser Franz Joseph I sehr dankbar. Dieser Vergleich zwischen den zwei Königen gibt uns die gemeinsamen Werte der Erbschaft in Europa. Meine Frage ist jetzt: Sollen wir Moslems aus Europa Franz Joseph I, der uns die Institutionen, den Lebensraum, die Würde und die 5 Werte, die wir teilen, gegeben hat, feiern? Die Werte sind: das Leben, der Friede, die Religion, die Eigenschaften und die Würde. Die modernen Führer sitzen jetzt in Brüssel und Straßburg, und wir in Sarajevo und verstehen, dass der Sultan nicht mehr in Istanbul sitzt, sondern in Brüssel. Ich hoffe wir alle kennen seinen Namen.

Ich hoffe, der Vergleich zwischen den zwei Ereignissen in Spanien und im Balkan sorgt für einige Ideen über die gemeinsame Erbschaft, für die wir kämpfen müssen. Danke schön.“

Hubert Feichtlbauer:

Danke Ihnen vielmals. Sie haben gemeint, wenn man die Werte, die uns gemeinsam sind, alle aufzählt wäre das langweilig, aber es war durchaus nicht langweilig. Ihre Aufzählung von Leben, Freiheit, Religion, Eigentum und Menschenwürde als uns einigendes Grundsatzprogramm von ihnen auch ausgesprochen zu hören.

Als nächsten bitten wir Monsieur Alain Brun. Er ist Leiter der Abteilung Unionsbürgerschaft und Grundrechte der europäischen Kommission. Zielsetzung dieser Arbeit eine europäische Grundrechtsagentur. Er hat mitgearbeitet an der Formulierung einer Charta von Grundrechten für Europa und ich bitte ihn um seine Stellungnahme, vielleicht auch mit der Zusatzfrage, welche Werte sind denn in dieser europäischen Wertediskussion umstritten gewesen und umstritten geblieben.

Alain Brun:

Vielen Dank. Ich denke ich werde ganz schnell die erste Frage beantworten können: Braucht die Europäische Union Werte? Die Antwort ist, ja, sie braucht Werte. Die EU muss ein föderatives Land sein, die ganze Arbeit geht in Richtung humanistischer Entwicklung. Die EU ist nicht eine wirtschaftliche Organisation wie wir manchmal glaubten, sondern

eine Organisation, die in allen seinen Aktivitäten die humanistische Entwicklung als Ziel hat. Für die EU sind die Werte eine notwendige Konstitution. Die Frage ist, haben wir in der EU gemeinsame Werte? Österreich hat die Konstitution der EU ratifiziert. Ich glaube, dass alle hier im Saal wissen, dass eine gewisse Zahl von Werten proklamiert wurden. In Artikel 2, Teil 2 aus dem konstitutionellem Projekt wurden die Werte aufgezählt, besonders die menschliche Würde, die Freiheit, die Demokratie, die Gleichheit, die Gerechtigkeit, das Respektieren der Menschenrechte und das Recht der Minderheiten. Und alles das in einer Gesellschaft des Pluralismus, ohne Diskriminierung, der Toleranz, der Solidarität und der Gleichheit zwischen Mann und Frau. Aber die Liste ist lang, es gibt ein ganzes Kapitel mit gemeinsamen Werten, die im zweiten Teil angeführt sind mit einer ganzen Liste von Fundamentalrechte der Person: Freiheit der Religion, des Denkens, die Vielfalt. Also der konstitutionelle Vertrag proklamiert alle diese Freiheiten, alle diese Werte. Die 3. Frage ist, wie kann die EU das Respektieren der Werte sichern und auch die Konkretisierung dieser Werte in dem tatsächlichen Leben. Es gibt auch eine ganze Serie von Politiken, die notwendig sind. Die erste Politik ist der Kampf gegen die Diskriminierung, besonders gegen den Rassismus und gegen die ethnische Diskriminierung. Es entwickelt sich auch die Politik der Integration, die Förderung der kulturellen Vielfalt (2008 wird ein Jahr der kulturellen Vielfalt, es werden sehr viele Konferenzen organisiert), und der Kampf gegen den Rassismus und gegen die Xenophobie. Eine der ersten Maßnahmen ist die Kontrolle dieser Phänomene. Vor einigen Jahren hat die EU in Wien ein Beobachtungszentrum gegründet, das diese Phänomene beobachtet: Den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit in der EU; Vor 2-3 Jahren erschien ein Bericht über Antisemitismus; eine andere Maßnahme ist die Harmonisierung der Strafsanktionen bei rassistischen Benehmen und Xenophobie. Vielen Dank.

Hubert Feichtlbauer:

Danke Monsieur Brun.

Als letzter in unserer Runde, nicht der unwichtigste, alle sind gleich wichtig, aber den Professor Dr. Bassam Tibi kennen auch alle. Er ist ein Muslim sunnitischer Glaubensrichtung. Seit 1963 in Deutschland. Natürlich längst deutscher Staatsbürger. Professor für internationale Beziehungen an der Universität Göttingen, auch an der Cornell University in den USA verankert. Mitbegründer der arabischen Organisation für Menschenrechte und im islamisch-jüdischen Dialog einerseits aber auch im jüdisch-

islamisch-christlichen Dialog international vielfach engagiert. Herr Dr. Tibi!

Bassam Tibi:

Also wie mein Name klingt, Bassam Tibi ist kein europäischer Name, kein deutscher Name. Ich stamme aus Damaskus. Ich bin Moslem und ich bin Wahleuropäer und ich möchte etwas sagen über Europa und über den Islam und unterstellen, dass beide sich treffen können. Der Islam ist sehr flexibel und Europa, die Idee Europas ist eine inklusive. Ich habe die niederländische Regierung während der Präsidentschaft der europäischen Union beraten und wir haben ein Projekt dort vorgetragen, Europa ist eine schöne Idee und meine Aufgabe war in Rotterdam und Amsterdam: Wie können wir die Muslime dazu bringen, die „Idee Europa“ anzunehmen, zu umarmen. In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Konzepte erläutern, die ich in den vergangenen Jahren erläutert habe. In Bezug auf Europa habe ich die Idee der europäischen Leitkultur entfaltet und in Bezug auf den Islam habe ich die Idee des Euroislam entwickelt. Die Idee des Euroislam habe ich in Paris entwickelt, in einem Projekt bei der französischen Regierung über Integration. Ich bin in Damaskus aufgewachsen. Ich habe im Alter zwischen dem 5. und dem 6. Lebensjahr den Koran auswendig gelernt, aber ohne ihn zu verstehen. Ich habe ihn erst sehr viel später verstanden und in Damaskus habe ich gelernt es gibt nur einen Islam und das ist der arabische Islam. Ich habe diese Idee lange vertreten. Mein erster Aufenthalt in einem nicht arabischen Land aber in einem islamischen Land war in Afrika. Ich habe 1982 erstmals im Senegal gelebt und ich habe viele Dinge gesehen, die mir fremd waren und immer wenn ich gesagt habe „das ist nicht islamisch“ und die Antwort meiner afrikanischen Brüder und Schwestern war: „aber das ist afrikanisch.“ Und sie haben gesagt das ist der Islam, den wir in Afrika praktizieren. Später habe ich in Indonesien gelebt auch in anderen nicht arabischen islamischen Ländern und habe gelernt, der Islam ist vielfältig. Europa, die Europaidee beinhaltet Vielfalt und der Islam lässt auch Vielfalt zu. Unser Prophet Mohamed hat gesagt: Die Vielfalt in meiner Umma ist ein Segen. Deswegen glaube ich ein europäischer Islam ist möglich, genauso wie in Afrika ein afrikanischer Islam möglich ist. Genau wie in Indonesien ein indonesischer Islam möglich ist. Als Glaube der Islam ist derselbe. Aber ich spreche hier vom Islam als Alltagskultur. Bitte nicht falsch verstehen. Der Islam als Alltagskultur ist anders als der Glaube, der Glaube steht im Mittelpunkt. Aber wie die Menschen leben, die leben anders, ja, also die Vielfalt. Mein Konzept vom europäischen Islam vom Euroislam korrespondiert mit meiner Idee von einer europäischen Leitkultur. Und diese Idee ist viel missverstanden worden,

deswegen auch bei der Vorstellung wurde gesagt, Leitkultur oder Vielfalt. Eigentlich ist die Idee der Vielfalt ein Bestandteil der europäischen Leitkultur und ich möchte in den verbliebenen zwei Minuten erklären, was ist Leitkultur und wie ich das mit dem Islam in Einklang bringen möchte. Leitkultur geht davon aus, dass Europa eine Idee ist, ethnisch bin ich Asiat. Syrien liegt in Asien, Westasien. Religiös bin ich ein Moslem. Aber es ist möglich Europäer zu werden, weil die Europaidee ist eine „Inklusiv-Idee“ ist. Die Europaidee ist keine rassistische Idee, das sind Ideenwerte und wenn man sie umarmt, dann kann man Europäer werden. Und die wichtigsten europäischen Werte, ich habe Philosophie in Frankfurt studiert und ich glaube ich weiß, was die Kulturgeschichte in Europa ist. Ich habe fünf Komplexe ausgewählt, die ich zum Bestandteil der europäischen Leitkultur mache und ich glaube, die sind integrierbar in den Islam. Erst die Trennung zwischen Religion und Politik. Ich glaube nicht, wie viele Leute sagen, dass der Islam auf einer Einheit von Religion und Politik beruht. Das ist eine fundamentalistische Interpretation. Das Wort Politik kommt im Koran nicht vor und der Prophet Mohammed hat niemals von einem islamischen Staat geredet. Das Wort „Daula“ (Staat) kommt kein einziges Mal im Koran vor. Also die Trennung von Religion und Politik gehört zur Idee Europas und das ist möglich im Islam. Dann Demokratie, das ist auch möglich im Islam, durch bestimmte Reformen. Es ist möglich eine Harmonie zwischen Islam und Demokratie herzustellen. Individuelle Menschenrechte die umfassen auch die Religionsfreiheit. Hier gibt es im Islam einige Probleme, aber durch Reformen sind sie lösbar. Dann Zivilgesellschaft und zum Schluss Pluralismus. Pluralismus ist nicht Multikulturalismus. Die Multikulturalisten die lassen alles, Wertebeliebigkeit. Deswegen sage ich in meinem Buch, das „Europa ohne Identität“ und der Untertitel „Leitkultur oder Wertebeliebigkeit“ heißt, Leitkultur steht im Widerspruch zur Wertebeliebigkeit. Leitkultur hat zwei Beine, das eine Bein ist Vielfalt und das andere Bein, das zweite Bein ist Konsens über Basiswerte. D.h. Leitkultur ist verbindlich, in Bezug auf bestimmte Werte und diese Verbindlichkeit wird einheitlich gemacht mit Vielfalt und Konsens. Und in diesem Sinne Islam ist flexibel. Ich habe in verschiedenen afrikanischen Ländern gelebt und in den letzten fünf Jahren habe ich einen Großteil meines Lebens in Südostasien verbracht. Dort leben 400 Mill. Muslime und der Islam ist kulturell verschieden von einem Land zum anderen. Der Islam kam aus Arabien, aber der Islam auch in Indonesien zu Hause. Der Islam ist im Senegal zu Hause, aber der Islam ist nicht in Westeuropa zu Hause. Wir Muslime sind Fremde in Westeuropa und wird sind schuld daran, aber auch die Europäer. Sowohl die Europäer als auch wir haben Hausaufgaben und wenn wir die

Hausaufgaben bewältigen können, dann kann die Vision eines Euroislam Realität werden und dann ist der Islam Bestandteil der Idee Europa ohne Islamisierung ohne Missionierung und so der Islam als flexible Idee und Europa als Wertegemeinschaft sind dann in Einklang zu bringen. Ich danke Ihnen.“

Hubert Feichtlbauer:

Danke Ihnen, Prof. Tibi.

Jetzt habe ich die Frage an andere namhafte Vertreter des Islam, ob die Definition der Flexibilität des Islam als Lebens-, als Alltagskultur tatsächlich so groß ist, dass man locker sagen kann die Trennung von Religion und Politik ist selbstverständlich möglich. Menschenrechte in Form grundsätzlicher Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist möglich. Mir ist auch aufgefallen, dass der Begriff Rechtsstaat der von Hr. Kangler erwähnt worden ist, als ein Teil der Wertegemeinschaft, die wir in Europa haben, von den islamischen Vertretern nicht angesprochen worden ist. Heißt das, dass auch ihrer Meinung nach, dass das Recht vom Staat und nur vom Staat und nicht von einer Familie ausgehen kann, wie z.B. das Eherecht. Kann man das alles namens des Islam so locker bejahen. Herr Präsident Schakfeh wenn sie dazu etwas sagen wollen, können sie sich auch sofort melden. Und wenn jetzt herauskommen sollte, dass hier Einheit besteht, frage ich solange bis einer widerspricht. Bitte! Herr Großmufti bitte!

Mustafa Ceric:

Herr Präsident, ich denke es wäre vielleicht möglich die Religion von der Politik zu trennen, aber unmöglich die Politik von der Religion. Das ist unser Problem. Wir haben 2 Formen der Säkularisierung: Metaphysische und Politische. Die metaphysische Säkularisierung basiert auf der Idee der Gleichgültigkeit gegenüber Gott. Du glaubst nicht, dass Gott existiert. Die politische Säkularisierung bedeutet die Teilung der sozialen Arbeit, die Verantwortung innerhalb der Gesellschaft, das sind der Staat und die Institutionen der Religion. Ja, das ist akzeptabel und ein sehr bewundertes Prinzip innerhalb des Islam. Während der letzten zwei Jahrhunderte haben wir zwei Formen der Anwendung der Säkularisierung: die französische Version, die die Intervention des Staates im Religionsleben bedeutet, die grausamste Form in der Sowjet Union und selbstverständlich in Jugoslawien, woher ich komme. Ich weiß was es bedeutet wenn der Staat sich aufgrund der Säkularisierung in Religionsaffären einmischt. Wir haben auch eine amerikanische Säkularisierung, die auf der Idee basiert, dass der Staat kein Recht

hat, sich in Religionsaffären der Kirche und der religiösen Gemeinschaften einzumischen. Wenn sie mich fragen würden, welche von den zwei ich wählen würde... Die Säkularisierung ist nicht eine Erfahrung, die der Islam gemacht hat; Moslems wissen nicht in einer derart doppelt strukturierten Welt zu leben – dem Gott und dem König – weil der Islam die Idee eines Ganzen ist und du zur Kirche nicht nur am Sonntag gehst um zu beten, sondern jeden Tag; ich möchte nicht sagen, dass der Islam ein Ganzes ist als Lebensstil, man kann auch separieren, er hat verschiedene Teile.

Aber Herr Vorsitzender, ich dachte wir befinden uns hier, weil wir über Europa sprechen wollen, nicht über den Islam. Ich mache mir über Europa Sorgen, wie wird die Zukunft meiner Kinder ausschauen hier in Europa, wir leben in der Zeit der Säkularisierung, wir können uns nicht fragen ob wir das wollen oder nicht, weil wir in dieser Zeit leben müssen. Wie werden wir uns selbst definieren in einem Europa der Säkularisierung, wie können wir unseren Platz finden, wie können wir uns von den Genozid bewahren, wie können Juden sich gegen den Holocaust schützen, wie können wir unsere Institutionen entwickeln, wie können wir den Islam in der europäischen Gesellschaft institutionalisieren, wie können wir vermeiden, dass die Nachrichten im Fernsehen nicht mehr über die Ermordung der Christen und Juden von den Moslems berichten, wie können wir die Medienhysterie gegen Moslems und den Islam (Islamphobie) stoppen, wie können wir den Antisemitismus stoppen, wie könnten wir an der Entwicklung und Demokratisierung in der EU beitragen? Das sind die einzigen Chancen für uns Moslems in der EU überleben zu können, auf der Grundlage der demokratischen Werte und menschlichen Rechte.

Hubert Feichtlbauer:

Danke vielmals. Ich will nur noch meine Frage erklären. Es gibt die Befürchtungen Europas, die kennen sie auch. Je stärker die Muslime in Europa werden um so mehr werden sie versuchen, das was sie jetzt nicht durchsetzen können, in einer liberalen Gesellschaft durchzusetzen. Und eines, sie werden stückweise versuchen, auch die Scharia durchzusetzen, weil sie sich von der, wenn ich sie richtig verstanden habe, um Europas willen nicht einfach trennen, aber sagen, derzeit geht's halt nicht. Wir wollen aber wenn wir den Dialog pflegen für unsere besorgten Freunde klarstellen, ob ihre Besorgnis berechtigt ist oder nicht.

Bassam Tibi:

Im Koran steht, „Allah ändert Leute nicht, solange sie sich selbst nicht verändern.“ Und hier sind 2 Gruppen, die sich verändern müssen. Also ich habe andere Meinungen und ich teile die Einseitigkeit des Herrn Mufti bei aller Verehrung nicht. Wir sind hier über Europa und über die Muslime zu reden. Die Anklage gegen Europa die mache ich nicht mit. Ja, ich möchte Europäer sein und das Problem der Integration liegt nicht nur an den Europäern sondern es liegt auch an uns. Die Europäer müssen sich verändern, damit sie die Muslime als Europäer akzeptieren und wir müssen uns verändern, damit wir Europäer werden können. Es geht nicht, immer auf Europa zu zeigen und Anklagen zu machen. Es gibt Islamophobie, da müssen wir dagegen kämpfen. Aber es gibt unter den Muslimen, auch die in Europa leben, gibt es eine Westphobie eine Europhobie, das müssen wir auch erwähnen. Und wenn man das nicht erwähnt, dann ist man nicht aufrichtig. Deswegen müssen wir auch über Europa reden und nicht nur über den Islam. Beide, sowohl die Europäer als auch die Muslime müssen sich verändern. Nicht nur die Europäer müssen sich verändern. Und dann zum Säkularismus. Ich schlage folgendes vor, also inhaltlich. Das erste Mal wo ich meine Ideen über den Gegenstand vorgetragen habe, war 1979 an der La Salle Universität und dort habe ich vorgeschlagen dass wir unterscheiden zwischen Säkularismus und Säkularität. Säkularismus ist eine Ideologie und dann stimme ich mit Herrn Mufti überein. Säkularismus als Ideologie ist religionsfeindlich, gegenüber allen Religionen. Aber Säkularität ist ein Zustand, es geht um Affairs also im englischen sagt man ..., im französischen ..., deutsch Säkularität und Säkularismus. Und im Arabischen gibt es die Vorstellung also in der arabischen Welt, Säkularismus ist eine Ideologie die die Religion abschaffen will und dann verallgemeinert man das. Also wer Säkularist ist, ist gegen den Islam, ja.“

Feichtlbauer:

„Darf ich vorschlagen, dass wir konkret werden.“

Tibi:

Nur zwei Sätze. Säkularität bedeutet nichts anderes, als Religion und Politik zu trennen. In diesem Sinne es ist kein Widerspruch, wenn ich sage ich bin ein Moslem und ein säkular denkender Mensch. Das ist kein Widerspruch.

Feichtlbauer:

Danke. Jetzt würde ich den Herrn Präsidenten Schakfeh von der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich bitten, sich zu dem bisher Gesagten, vielleicht auch kurz zu äußern.

Schakfeh:

Ja, vorerst eine kleine Bemerkung. Der Herr Großmufti aus Bosnien möchte nicht gerne Europäer werden, er ist ein Europäer. Das ist eine Feststellung die man sagen muss, denn die Bosnier kamen niemals aus Asien oder aus Afrika. Die sind aus Europa und die sind Muslime. Also er weiß von was er redet. Das ist erstens.

Zweitens! Jetzt müssen wir unterscheiden, zwischen Europäer die wirklich hier nicht nur geboren sondern sie sind Originaleuropäer wenn wir das sagen dürfen. Das sind die Bosniaken, das sind die Makedonier, das sind die Albaner usw. Das sind viele Völker. Die Muslime in Russland sind mindestens, mindestens 30 Millionen, das sind Europäer, bitte sehr. Wenn wir aber von den Muslimen in Westeuropa nur reden, in der EU, dann sind die meisten Einwanderer. Aber es gibt natürlich auch echte Europäer, die konvertiert sind. Also wir müssen diese Dinge auseinander halten, wenn wir über die Muslime in Europa reden. Das ist erstens. Zweitens zu den konkreten Fragen als Werte, als europäische Werte. Was sagen wir Muslime zu diesen Werten. Selbstverständlich und das ist für uns wirklich selbstverständlich. Wir sind für die Demokratie, wir sind für diesen säkularen Status, den wir hier in Österreich haben. Ich bin nicht begeistert von dem französischen Modell, dort lebt man einen Laizismus vor, der stark diktiert und sich einmischt in religiösen Angelegenheiten, obwohl sich der Staat für laizistisch erklärt. Aber in Österreich haben wir den säkularen Staat, wir haben eine säkulare Gesellschaft getrennt zwischen Religion und Staat aber der Staat steht den Religionen nicht negativ sondern positiv gegenüber und sehr oft gibt es eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit. Das österreichische Modell ist das Modell, das wir wollen. Weiters. Wie steht es mit dem Rechtsstaat? Selbstverständlich keine Frage, es gibt kein Privatstrafrecht. Privatstrafrecht ist verboten. Nur der Staat hat Monopol auf Rechtsgebung und auf Rechtssprechung. Das ist eindeutig und klar. Niemand diskutiert so etwas. Niemand ist übertrieben. Es gibt eine kleine Minderheit und die kann man nicht einfach vertuschen oder einfach verniedlichen, die gibt es. Aber die sind wirklich eine kleine Minderheit, die nichts für uns bedeutet und der Staat soll sich mit ihnen auseinander setzen und wir unterstützen den Staat in dieser Auseinandersetzung. Selbstverständlich. Das heißt, wir

haben wirklich kein Problem mit den Werten die wichtig für Europa sind, weil, wie der Herr Großmufti richtig gesagt hat, wir wollen das alles. Wie der Herr Großmufti richtig gesagt hat, wir wollen das alles. Was der Herr Großmufti aber richtig gesagt hat, wir wollen nicht die Probleme der islamischen Welt heute diskutieren. Wir wollen über die Muslime in Europa, wir wollen uns eben über Europa und ihre Minderheiten unterhalten und nicht generell über die islamische Welt. Weil das ist zu komplex und die Vertreter der islamischen Welt sind nicht da. Wir sind Vertreter der europäischen Muslime, da und deswegen reden wir über unsere eigenen Probleme. Danke schön.“

Feichtlbauer:

Würden sie den Begriff Euro-Islam unterscheiden?“

Schakfeh:

Nein. Wir haben diesen Begriff in der Konferenz von Graz abgelehnt. Wir haben gesagt, es gibt keinen europäischen Islam genauso wenig arabischen, afrikanischen und türkischen und indonesischen Islam. Aber, aber, aber es gibt eine lokale, eine regionale Prägung des Islams, das ist das, was der Hr. Tibi gesagt hat. Das sind die lokalen regionalen Prägungen des Islams und das ist eine Realität. Wenn wir aber sagen, es gibt einen europäischen, einen indischen, einen türkischen, eine arabischen Islam usw., dann stellen wir die Universalität der Religion in Frage. Wir haben aber einen Grundsatz, die Universalität der Religion genauso wie das Christentum, sind universale Religionen und keine regionalen Religionen aber genauso die katholische Religion wird in Österreich anders gelebt als in Brasilien. Das ist selbstverständlich. Und ein Österreicher, ich weiß nicht wie oft, den Kopf schütteln, wenn er sieht, was die Philipinos zur Passionszeit machen. Beide sind Katholiken, das sind lokale regionale Prägungen. Diese Prägungen gibt es. Aber ich muss nicht von verschiedenen Religionen jetzt sprechen.

Feichtlbauer:

Danke vielmals Herr Präsident!

Ganz kurz noch Herr Kangler. Dann gehen wir zum nächsten Fragepunkt.“

Mag. Kangler:

Ich glaube, dass man gerade hier die Türkei schon ins Spiel bringen soll. Denn diese Fragestellungen, Laizismus, das ist nicht nur ein Thema von Frankreich sondern gerade

ein Thema der Türkei. Die Frage, wie die Religion gesehen wird, ist ja eines der Grundthemen, in diesem Land. Und es gibt ein Land von Muslimen, mehrheitlich, mehr als 99 %, die genau diese westlichen Regelungen in ihrem Staatssystem aufgenommen haben. Es ist problematisch in manchen Bereichen und gerade jetzt, wo dieses Land sagt es geht herein und es möchte eigenständig diesen Weg gehen, in die europäische Gemeinschaft, müsste man eigentlich begeistert sein, dass, dass sie diesen Mut haben, diesen zu gehen. Das wird sehr lange noch dauern. Es bedeutet für die Türkei, dass wesentliche Prinzipien, die bisher als staatstragend betrachtet worden sind, in eine gewisse Unsicherheit aufgegeben werden, weil man ja gar nicht weiß, ob man da aufgenommen werden wird. Aber es ist ein Beispiel dafür, dass eine große Gemeinschaft von Muslimen in diesem säkularen Rechtssystem und das ist wesentlich schärfer eingreifender als das französische Beispiel das immer genannt wurde. Die Republik des Kemal Atatürk, das hier diese Form möglich ist. Mit sehr vielen Fragen die gegenwärtig noch offen sind in der Türkei. Aber ich hoffe sehr, dass man der Türkei diesen Weg gibt, in den nächsten 10, 15 Jahren, eine solche Entwicklung zu gehen. Ich glaube, dass es für die Türken, die ja gerade sehr stark in Mitteleuropa sind, ganz wesentlich sein wird, wenn ihr Heimatland diesen Weg gehen kann.“

Feichtlbauer:

Ein bisschen klingt das jetzt so, als ob die Türkei einen Weg den sie, wie wir glauben, 1917 eingeschlagen hat, erst heute einschlagen würde. Es ist ein schon eine gute Wegstrecke zurückgelegt. Da kann man doch schon auf Erfahrungen blicken. Oder hat es tatsächlich einen Rückschlag gegeben?

Kangler:

Es hat verschiedene Etappen gegeben, es hat diese ungeheure Aufbruchszeit, heute ist gerade der 19. Mai, wo Kemal Pascha aufgebrochen ist, ist Beginn, sozusagen der türkischen Republik. Der Geburtstag der heute auch gefeiert wird in der Türkei. Und dann 15 Jahre eines gewaltigen Aufbruchs. Dann hat es die Zwischenzeit gegeben, des 2. Weltkrieges, den die Türkei heil überstanden hat, sich im Wesentlichen heraushalten konnte. Wo es auch sehr viele Möglichkeiten gegeben hat, der Hilfestellung für Europa. Aber die Frage der Religion ist eigentlich im Wesentlichen von Mustafa Kemal ausgeklammert worden. Ein bisschen ist die Religion in den Kühlschrank gestellt worden. Und seit 1950 ist diese ganze Fragestellung der Religion wieder neu im Kommen. Und

jetzt wird man sich damit auseinandersetzen. Es ist ja zum Teil sehr spannend, in welche Richtung, welche Möglichkeiten gibt es im säkularen Staat für die Religion. Ich denke, dass das gerade für Europa ein ganz ein interessantes Modell sein kann.“

Feichtlbauer:

Danke vielmals. Jetzt schlage ich vor, gehen wir zur zweiten Gruppe. Ich glaub, da bringen wir das jetzt noch unter. Zur zweiten Gruppe der Fragen. Wenn wir daran denken, dass so und so viele Muslime, schon viele Millionen in Europa leben. Auch in Österreich Hunderttausende und noch neue dazukommen werden, was erwarten die von der da heimischen, hier geborenen Bevölkerung, damit sie freudig dieser, sagen wir einmal, Leitkultur, in Grenzen zustimmen können. Was kann man aber auch von den Zuwanderern erwarten, damit das geregelte Zusammenleben möglich ist. Was kann man von allen Europäerinnen und Europäern, Neubürgern und Altbürgern, erwarten, dass das Zusammenleben in Europa funktioniert.

Herr Großmufti!

Ceric:

„Es ist eine sehr dynamische Diskussion. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass ich sagen kann: Es ist ein Mirakel und ein Puzzle in der Geschichte des Islam. Das Mirakel kann nicht rationell erklärt werden, es ist die schnelle Verbreitung des Islam von den Beduinen, sehr schnell zu den zwei Zivilisationen: von Persien und Byzanz. Und das Puzzle ist, dass der Islam, diese große Zivilisation, die sogar die westliche intellektuelle Erbschaft von der griechischen Philosophie gebracht und gerettet hat, zerfallen ist und fast alles verloren hat am Beginn des 18. Jahrhunderts. In den letzten zwei Jahrhunderten versuchten die Moslems ihre historischen Werte zurück zu gewinnen, weil sie aus der Geschichte geschieden sind, sie befinden sich am Rande der Geschichte. Es gibt 2 Möglichkeiten für die Moslems in die Geschichte zurückzukehren: eine ist die Adaption zur westlichen Form der Säkularisierung. Dieser Weg wurde in der Türkei und Tunesien gewählt. Jetzt haben wir eine 2 Jahrhunderte Erfahrung. Der andere Weg war die Islamisation. Ich glaube, dass die Moslems, die den Säkularisierungsprozess erleben, vernünftig sind. Die Säkularisierung bringt den Moslems sehr schöne Früchte in ihrer Gesellschaft. Der andere Weg, die Islamisation ist jetzt in Ordnung und besser als die Säkularisierung. Ich glaube, die Säkularisierung hat als westliches Modell versagt. Nicht das Prinzip, sondern nur das Modell. Was ich an der Islamisation nicht akzeptiere ist,

dass sie zur Isolierung führt, und wir haben solche Zeichen der Islamisation, die in einer gewissen Weise zu der Isolation der moslemischen Welt führt. Ich glaube, dass das was wir jetzt machen müssen die Islamisation als Integration der Moslems zu erlauben. Vergesst nicht, dass die Moslems heute 70% der Bevölkerung in der ganzen Welt ausmachen. Moslem Blut wird vergossen mehr als alles andere in der Welt. Moslems fühlen viel Ungerechtigkeit, sie sind nicht in den gesamten Friedensprozess der Welt involviert, sie sind keine Mitglieder des Sicherheitsrates. Ich versuche damit zu sagen, wir sagen nicht wir haben einen europäischen Katholizismus, wir sagen nicht wir haben einen europäischen Protestantismus, warum sollen wir dann sagen, dass wir einen europäischen Islam haben. Wir erwarten uns, dass Europa eine europäische Religion anerkennt, die zusammen mit der katholischen, protestantischen und jüdischen Religion auch den Islam als europäische Religion betrachtet. Wir müssen immer noch hart arbeiten, damit wir sagen können, dass wir eine europäische Erfahrung im Islam haben.

Feichtlbauer:

Ja, jetzt muss ich trotzdem noch einmal konkret fragen. Vielleicht kann der Hr. Brun uns weiter helfen. Was heißt das konkret. Was sollen die bisher schon in Europa lebenden Menschen tun, und bekennen und zum Ausdruck bringen, damit sich die Neuzuwanderer wohl fühlen können und bereit sind, sich integrieren zu lassen. Wobei ich erinnere, dass heute Vormittag das Wort Integration 2 Mal in Frage gestellt wurde. Da wurde nicht viel nachgefragt. Einmal hat es geheißen, statt Integration sollte man Anpassung sagen. Einmal hat es geheißen, statt Integration soll man Engagement für die Muslime sagen. Das ist etwas ganz anderes. Also was glauben sie, Monsieur Brun muss man von den Ur-Europäern, wenn ich das so blöd sagen darf, erwarten können gegenüber den Neu zukommenden Muslimen?

Alain Brun:

Ich denke es wurde bereits heute diese Frage beantwortet. Ich denke wir müssen uns über die gegenseitige Integration fragen, weil viel auf beiden Seiten unternommen wird: die Gesellschaft, die die Menschen aufnimmt und die Personen die aufgenommen werden. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um jede Art der Diskriminierung zu vermeiden. Das ist wichtig und wurde heute früh aufgezeigt. Diskriminierung ist sehr schädlich. „Ich fühle mich diskriminiert weil ich ein Neubürger bin“. Das ist der Schlüssel. Gleich im Kampf gegen den Rassismus, wie ich bereits am Anfang gesagt habe. Der

Rassismus nährt den Radikalismus und schließlich den Terrorismus.

Feichtlbauer:

Wir haben noch 7 ½ Minuten und ich möchte die letzte Fragenrunde und das ist noch mal eine Einladung an sie alle, sich zu äußern, nichts unter den Tisch fallen zu lassen. Wir haben gesagt, kann die Wertevielfalt in Europa grenzenlos sein oder ist nur ein gewisses Maß an Vielfalt erträglich und wie gehen wir mit jenen um, die offen und ehrlich sagen, wir wollen uns nicht integrieren lassen, wir wollen uns nicht eurer Wertegemeinschaft anschließen. Wir haben eine eigene und die wollen wir hier pflegen. Was tun wir mit diesen Menschen? Herr Basam Tibi!

Tibi:

Damit ich nicht verdächtigt werde, dass ich anders argumentiere, also im Hinblick auf den Herrn von der Europäischen Union. Ich finde diesen Diskurs der Viktimisierung und der Selbstviktimisierung, in finde, dass das an den Problemen vorbei führt. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Nach den Anschlägen in London hatte ich ein Großinterview mit der Zeitschrift Focus und da sollte ich erklären, warum Muslime, die in Großbritannien geboren sind, und britisch sind, so was tun und ich habe gesagt „Ausgrenzung“. Und ich habe gesagt, hätte ich nicht bei Adorno in Frankfurt Philosophie studiert, ich wäre angesichts der Diskriminierung die ich jeden Tag in Deutschland erlebe, ich wäre längst ein Terrorist geworden. Diskriminierung ist ein Problem aber die anderen Probleme sind tiefer. Es gibt also wertebezogene Probleme. Entschuldigen Sie, wenn ich das sage. Ich habe ein Buch geschrieben, das heißt: „islamische Zuwanderung“, die gescheiterte Integration und habe gezeigt, dass es tief liegende Probleme gibt. Also tiefer unter der Diskriminierung. Diskriminierung das ist die Oberfläche. Viele Muslime wollen sich nicht integrieren und viele Europäer sind nicht fähig, die Muslime zu integrieren. In Amerika gibt es kein Islamproblem, weil die Muslime die in Amerika leben sind Amerikaner. Das müssen die Europäer lernen. Wenn ich im deutschen Fernsehen rede, die sagen Bassam Tibi ist ein Syrer und hat einen deutschen Pass. Integration bedeutet, ich bin ein Mitglied des Gemeinwesens und nur dann bin ich Europäer. Wenn sich mich als deutschen Passholder bezeichnen, ist das keine Integration. Ich muss jetzt gehen, weil meine Studenten in der Akademie warten auf mich. Und ich möchte hier dem Herrn Imam widersprechen, wir haben an der Cornell University ein Projekt über Islam in „Expending

Europe“ und das ist vor 2 Wochen erschienen. Das muss man offen aussprechen, auch wenn sie mich steinigen, in Europa geht es heute darum entweder wird der Islam europäisiert oder Europa wird islamisiert. Das ist ein Kampf der Religionen. Sie schütteln mit dem Kopf aber sie wollen nicht über die Probleme reden. Wir haben ein empirisches Forschungsprojekt und Cornell ist eine Eliteuniversität und das ist die Realität. Danke schön.“

Feichtlbauer:

Dem Herrn Basam Tibi muss man die Emotionalisierung nachsehen, wenn er nicht das letzte Wort hat, muss er wenigstens ein kräftiges haben.

Bitte Monsieur Brun!“

Brun:

Bei dieser Frage sehe ich nicht die direkte Verbindung mit dem Islam, ich denke, die europäische Gesellschaft kann eigentlich alle Kulturen dieses Planeten integrieren, ohne Ausnahme. Gibt es Grenzen? Ich glaube schon. Ein Beispiel: Die gezwungene Ehe. Und noch einmal, ich stelle hier keine Verbindung mit dem Islam dar. Diese Bräuche wurden nach Europa als Folge der Migration gebracht. Hier spielt eine große Rolle die Unterrichts- und Integrationspolitik. Die Politik der Sanktionen gegen Straftaten durch die zuständige Rechtsbehörde. Generell gesehen ist die Integration möglich mit gewissen Grenzen, basierend auf sehr genauen praxisbezogenen Regeln

Ceric:

„Herr Vorsitzender, ich mag die letzte Frage, die auf der Seite steht, die wir erhalten haben. Was ist eine offene Identität und wie können wir sie sagen. Ich habe keine Möglichkeit gehabt die Definition Europas, die Voltaire 1751 gegeben hat, zu lesen und auch nicht die Definition von T. S. Eliott im Jahre 1946, aber ich habe kürzlich eine Definition von Watson vernommen, der sagt, dass die Begriffe Europa und Christen Fakten der Geschichte sind, die kein Mensch einordnen kann, und es gibt in der europäischen Kultur Einflüsse die nicht christlich sind: die Römer, die Griechen, die Perser, und in den modernen Zeiten die Juden. Wir Moslems müssen beweisen, dass wir in Europa leben und wir müssen beweisen, dass wir zu Europa gehören. Also wenn wir sagen, dass die Identität die Fortsetzung der Erinnerung ist, habe ich eine Frage: Was ist die europäische Erinnerung? Was ist die Fortsetzung der europäischen Erinnerung als

ihre Identität? Ist es nur politisch, ist es kulturell, ist es religiös, ist die europäische Erinnerung nur Vergangenheit, hat Europa eine gegenwärtige Erinnerung, wagt sich Europa eine zukünftige Erinnerung zu haben, mit viele Seiten, ist Europa schon bereit Islam Erinnerung zu akzeptieren oder ihre Fortsetzung der Erinnerung als vielfältige Identität? Ich fürchte Europa zögert noch die Erinnerung seiner Zukunft, in der das Judentum und der Islam gleich mit dem Christentum sind, zu empfangen. Ich sehe Europa als eine offene Gesellschaft mit vielfältigen Identitäten, ein einheitliches kulturelles Herz, mit einer pluralistischen Religion, glücklich in ihre Einheit, mit dem Ziel vieler spiritueller Möglichkeiten. Basierend auf diesen Aussagen, bin ich froh, sehr geehrter Vorsitzender, Ihnen eine Deklaration der europäischen Moslems zu präsentieren, und als meine Antwort auf den 11. September 2001, den 11. März 2004 in Madrid und den 7. Juli 2005 in London, ihnen hier eine Deklaration der Moslems zu überreichen, um ihnen zu zeigen, dass wir europäische Moslems sind, wir sind ein Teil Europas und wir akzeptieren die Werte der Demokratie und der Menschenrechte und wir akzeptieren die Werte: Leben, Freiheit, Religion, Eigenschaften und Würde. Lang lebe Europa! Vielen Dank.

Feichtlbauer:

Danke vielmals, danke sehr.

Lieber Professor Zelman zu Schluss. Vielfalt in Europa. Was sagt ein Jude dazu?

Leon Zelman :

Die Vielfalt in Europa ist ein sehr wichtiger Faktor für Europa. Aber ich möchte daran erinnern, an eine Sache. Es sind Millionen Juden ausgewandert. Freiwillig, vertrieben worden. Wo sie hingekommen sind, haben sie einfach die Religion oder ihre Vergangenheit nicht vergessen, aber sie wurden integriert, sie wurden mit menschlicher Beziehung aufgenommen und sind heute Bürger des Landes. Aus Dankbarkeit, nicht nur aus Dankbarkeit sondern der Bereicherung in dieses Land mit ihrer Kultur. Ich hatte gehofft, dasselbe zu erfahren und zu erleben, von arabischen Mitbewohnern hier in diesem Lande. Die europäische Union hat auch einen besonderen Wert. Ich habe schon gesagt auf Grund der Vergangenheit, auf Grund der Geschichte, auf Grund der Tragik in Europa, hatte etwas zu sagen und ich wünsche mir, dass in allen Schulen dass klar ausgedrückt werden soll, dass Rassismus einfach ein Verbrechen ist gegen die Welt des Menschen hier. Rassismus ist etwas, was natürlich Antisemitismus, aber besonders

Rassismus ist etwas was sie verurteilen, durch alle Menschen. Auch durch unsere arabischen Mitbewohner in diesem Lande. Und die arabischen Bewohner in diesem Lande müssen sich dessen bewusst sein, dass kein Mensch von denen will, dass sie ihre Kultur aufgeben sollen, dass sie sich irgendetwas assimilieren sollen, sondern einfach anerkennen, dass sie in einem demokratischen Land leben mit Werten, die sie anerkennen müssen und sollen, damit wir miteinander leben können. Da sehe ich auch die europäische Union als große Aussage, als Appell an die Menschen hier, in einer Schuld getragen wird, dass wir miteinander leben sollen und können. Danke vielmals.

Feichtlbauer:

Vielen Dank. Ein Schlusswort noch von einer christlichen Stimme. Wir haben heute sehr viel sozusagen die Religionen im Vordergrund gehabt. Christen, Muslime, auch Juden. Das wirft natürlich die Frage auf, die wir jetzt nicht mehr erörtern können, ob die Idee eines Weltethos, nämlich die Herausstellung von Gemeinsamkeiten, in allen Religionen, nicht deren Einebnung sondern Herausstellung der gemeinsamen ethischen Grundsätze in allen Religionen. Ob das wirklich eine Hilfe sein kann oder was andere auch sagen, ob nicht gerade diejenigen, die im Namen Gottes des Allmächtigen ihre Kriege führen, von Washington bis zur Al-Kaida, ob die nicht besonders gefährlich sind. Vielleicht können sie den Gesichtspunkt noch streifen.“

Kangler:

Das ist keine ganz einfache Frage. Wenn ich als Christ um die Antwort gebeten werde, würde ich sagen, dass gerade meine trinitarische Sicht der Religion eine Hilfe dafür sein könnte, dieses Konzept von Europa zu sehen. Ich denke, dass ist für mich einer der Hauptpunkte auch warum ich glaube, dass meine Tätigkeit z.B. in der Türkei, die manchmal ein bisschen eine komplizierte Form ist, wichtig ist. Ich bin ein katholischer Priester in einem laizistischen Land, das sehr bewusst Trennung von Kirche und Staat hat. Ich bin Schuldirektor einer Schule, wo ich sehr bewusst von meiner religiösen Sicht absehen muss. Aber ich glaube, ich bin zutiefst überzeugt als Christ, dass das einen Sinn macht hier. Und von daher denke ich, dass Religionen miteinander die diesen Weg nach Europa gehen, genau dieses Miteinander finden können. Es gibt im Judentum Gruppierungen, die sich verschließen, es gibt sie im Christentum, die sehr eng manche Sichten sehen und selbstverständlich gibt es die im Islam. Und ich erhoffe mir sehr, dass das europäische Konzept das nicht eine Mauer zum Islam baut. Jetzt sozusagen als

Gegenelement zu dem nieder gebrochenen eisernen Vorhang, den wir alle miteinander glücklich überwunden haben, dann nach einiger Zeit schon ein bisschen unglücklicher waren, dass er nicht doch wieder besteht. Dass wir jetzt nicht eine neue Mauer an der Mariza als ersten Schritt zu einer Mauer gegen den Islam hinbauen, sondern dass durch dieses Einschließen gerade der Religion des Islams, die uns durch manche seltsamen Befürchtungen, die wir haben ohne sie näher zu kennen, viele Sorgen macht. Dass wir damit in Europa eigentlich ein Friedensprojekt schlechthin weiter entwickeln können, so wie es zuerst einmal zwischen Deutschland und Frankreich begonnen hat. Aber dass das jetzt das wirklich europäische Konzept sein könnte.“

Feichtlbauer:

Danke Ihnen vielmals, dass sie damit auch einen Akzent der Hoffnung in unsere Diskussion hineingebracht haben. Hoffnung ist ja wie Vaclav Havel einmal sagte, nicht die Überzeugung dass alles gut ausgeht, sondern die Überzeugung, dass alles wie immer es ausgeht, einen Sinn hat und ich hoffe, dass sie das auch von der heutigen Veranstaltung sagen können.

Prof. Nußbaumer:

Meine Damen und Herren! Ich danke Hubert Feichtlbauer und seiner Mannschaft. Sie haben gesehen, wir haben ein bisschen an Dampf zugelegt am Nachmittag. Es ist also fein, dass sie mit dabei sind. Wir haben knappe 15 Minuten. Ich würde sie wirklich bitten, um 5 nach 4 wieder hier zu sein, sonst kommen wir ins Schleudern und ich wünsche ihnen den letzten guten Kaffee des Tages.“

4. PANEL : RELIGION ALS BRÜCKENBAUER DES KULTURELLEN DIALOGS?

Prof. Nußbaumer:

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum letzten Panel unserer heutigen Konferenz unter dem Titel Religion als Brückenbauer des interkulturellen Dialogs mit einem Fragezeichen am Schluss. Eine prominente, sehr prominente Runde, steht vor der alten und immer wieder neuen Frage nach der Rolle der Religionen und ihrer Nähe zu Toleranz oder Intoleranz. Zur Mitmenschlichkeit oder Abgrenzung und gegenseitiger Ablehnung. Es war hier in diesem Raum, in dem im vergangenen November bei der großen Islamkonferenz, der **Wiener Erzbischof Kardinal Schönborn** wörtlich folgendes gesagt hat: „Es muss uns gelingen, die missionarische Dynamik also die Missionsaufgabe, die wesentlich zum Christentum und zum Islam gehört, mit den Grundhaltungen des Respekts vor dem Gewissen des Anderen, vor der Religionsfreiheit und der Toleranz, zu verbinden.“

Unter der Stabsführung von **Professor Alfred Worm**, Chefredakteur, Herausgeber und Buchautor geht es wohl auch um diese entscheidende Kernfrage. Ob und wie weit Religionen und Konfessionen den Wahrheitsanspruch des jeweils Anderen ertragen können und zwar nicht nur bei uns sondern auch anderswo in der Welt. Ein sicher besonders spannender Abschluss unserer heutigen Konferenz.

Prof. Alfred Worm:

Danke Herr Professor Nussbaumer. Meine Damen und Herren!

Der Großmufti von Bosnien-Herzegowina Ceric hat hier in diesem Saal vor einer halben Stunde gesagt: „All profits came from the East.“

Er meinte dies wohl in Bezug auf die Religionen und er hat nicht unrecht, denn zuerst war im Osten das Judentum, aus dem Judentum erwuchs das Christentum und aus diesem einige Jahrhunderte später der Islam. Und wenn sie darüber nachdenken und die anderen Religionen der Welt überdenken, dann werden sie feststellen, nur diese drei monotheistischen Religionen bekämpfen einander seit vielen Jahrhunderten bis aufs Blut. Ich habe manchmal das Gefühl, als wären die politischen Kriege, die sich daraus ergeben, auch die Auswüchse der Religion und wenn ich mir heute das Thema dieses Panels vornehme - den Brückenschlag - dann denke ich ganz realistisch, dass in Österreich eine ganz wichtige Partei sich ganz eindeutig gegen den Islam ausspricht, gegen die

Integration der Türkei in die EU sich fast alle Parteien aussprechen. Dass es nirgendwo mehr Antisemitismus gibt als in Österreich oder in den anderen deutschsprachigen Staaten der EU. Dass es eine sehr, sehr provokante antiislamische Stimmung in Österreich gibt. Ja, ich denke sogar daran, dass hohe Kirchenvertreter, die hier in diesem Saal vor noch nicht allzu langer Zeit etwas ganz anderes gesagt haben, mit den befreundeten Brüdern im Bischofsrang ganz offen befürchtet haben, es könne der Islam eines Tages den Wiener Stephansdom besiedeln.

Frau Dr. Eleonore Lappin, sie sind Mitglied und Vizepräsidentin der jüdisch-liberalen Gemeinde „Or Chadasch“ hier in Wien. Sie sind Lehrbeauftragte, haben zahllose Bücher geschrieben. Ist es eigentlich angesichts des latenten Antisemitismus den es in Österreich, möglicherweise auch in der EU gibt, überhaupt sinnvoll, von einer Brückenfunktion der Religionen zu sprechen?

Dr. Lappin:

Als prinzipiell optimistischer Mensch könnte ich mir vorstellen, dass genau der Antisemitismus und die Islamophobie zu Brücken führen können. Religionen haben prinzipiell ein Problem in einem laizistischen säkularen Staat. Jeder säkulare Staat verlangt von jeder Glaubensgemeinschaft eine hohe Anpassungsanstrengung. Den Juden ist es im Laufe der letzten Jahrhunderte einigermaßen gelungen, man kann sagen es war der Preis, dass sich sehr, sehr viele Strömungen entwickelt haben. Das Judentum konnte sich nur an die moderne säkulare Gesellschaft anpassen, indem es sehr viele Antworten darauf gegeben hat. In den letzten Jahren hat man von Problemen mit der Religion wenig gehört, ja sogar nicht in den letzten Jahrzehnten. Und ich denke mir, dass heute die Religionen wieder zum Problem werden. Das zwingt die Religionsgemeinschaften nachzudenken und auch miteinander in Beziehung zu treten. Antisemitismus und Islamophobie in Österreich tragen ganz, ganz ähnliche Züge. Ich möchte jetzt nur ein Beispiel anbringen, das sind die Diskussionen um das „Schechterstellungsverbot“. Das ist ein Punkt, wo sich Juden und Muslime treffen, wo sie zusammen arbeiten, wo sie eine Allianz bilden können. Wenn sich solche Allianzen bilden, dann ist das sehr, sehr wichtig, dass einmal zwischen diesen beiden Religionsgemeinschaften, die auch große Vorbehalte gegeneinander haben, Brücken geschlagen werden. Ich glaube, die Religionen werden heute im eigenen Interesse gezwungen, sich mit anderen Glaubensgemeinschaften auseinander zu setzen. Wenn wir jetzt absehen von Antisemitismus und Islamophobie,

müssen Glaubensgemeinschaften heute in einem säkularen Staat ihre Lebensberechtigung verteidigen. Eines der größten Probleme der jüdischen Glaubensgemeinschaft, ich habe das auch von den Mitgliedern der christlichen Glaubensgemeinschaften gehört, ist heute, wie bringe ich Menschen in die Bethäuser? Religionen müssen attraktiver werden und auch hier haben sie ein gemeinsames Interesse. Das bedeutet aber auch, dass sie sich mit der modernen Kultur auseinandersetzen müssen. Und hier glaube ich, sind Religionsgemeinschaften im eigenen Interesse gefordert, sich zu öffnen. Und ich sehe gewisse Öffnungen hier in Österreich.

Prof. Worm:

Ja, also eine relativ positive Zukunftsaussicht.

Jetzt frage ich einmal einen der prominentesten, intellektuellsten Kirchenvertreter der katholischen Kirche in Österreich, Herrn Bischof Krätzl, der wirklich in seinem Werk, das was man Offenheit nennt, gezeigt und geschrieben hat, was sagen Sie dazu, wenn Sie z.B. von einem Bischofsbruder im Amte hört, die Geschichte, dass der Islam soweit im Vormarsch wäre, dass er unter Umständen sogar, die Stephanskirche erobern könnte. Wie geht es Ihnen da Herr Bischof, Exzellenz? Ist das die Form des Brückendialoges, die uns hier vorschwebt?

Weihbischof DDr. Krätzl:

Also das beantwortet sich von selbst, dass es das natürlich nicht ist. Ich bedaure solche Aussagen zutiefst. Aber wenn ich jetzt anschließen darf an das, was vorher gesagt worden ist: ich glaube, gerade in der säkular gewordenen Gesellschaft insgesamt, sind die Religionen neu herausgefordert, aber vielleicht auch gerade durch die säkulare Gesellschaft, werden sie auf ihre eigentliche Funktion wieder zurückgeführt. Nämlich, dass die Religion nicht Politik zu machen hat sondern dem Menschen einen Sinn des Lebens zu deuten hat und vor allem dass in dieser Pluralen Gesellschaft, gerade die Religionen die Aufgabe hätten, Brücken zu bauen. Religion und Kultur ist ja nicht trennbar. Im Gegenteil, es ist ja so, dass Kultur eigentlich sich in der Religion ausdrückt und umgekehrt und dass auch Menschen in der Diaspora zum Beispiel natürlich gerade durch ihre religiösen Gebräuche ihre Kultur wahrnehmen und auch die Sprache haben. Die Religionen hätten die Aufgabe, diese in der Natur des Menschen scheinbar liegende Phobie vor dem Fremden zu entkräften. Übrigens, es gibt ja nicht nur Antijudaismus und Islamophobie sondern dahinter steht die Xenophobie und das hängt, glaube ich, ganz eng

zusammen. Und in den Jahrhunderten, wo der Antisemitismus leider, leider, so geblüht hat, nicht zuletzt auch christliche Wurzeln gehabt hat, ist das immer gleichzeitig eine Wurzel gewesen für eine Angst vor dem Anderen überhaupt. Und heute haben viele Menschen Angst vor der anderen Kultur, vor der anderen Sprache, von den Anderen, die immigrieren und die uns etwa die Arbeitsplätze wegnehmen. Und hier eine Brücke zu schlagen, haben die Religionen nicht nur die erste Aufgabe, sondern ich glaube, sie sind unersetzbar. Aber gleichzeitig zwingt das die Religionen nachzudenken, dass wir einen Mehrwert in diese Plurale Gesellschaft einzubringen haben. In der Gestalt, dass wir in der Verantwortung vor Gott und das ist der eine Gott, den die monotheistischen Religionen alle verehren. Das wir in der Verantwortung vor Gott etwas dazu beitragen, dass die Gesellschaft friedvoll wird, dass die Gewalt gebannt wird, dass man einander versteht und zwar in einer Toleranz, die nicht nur ein höfliches Nebeneinandersein bedeutet, sondern eine Toleranz, die bedeutet, den Anderen kennen zu lernen, sich in ihn hineinzufühlen, hineinzudenken und auch von ihm lernen zu können. Und ich glaube, diese Aufgabe, das möchte ich ganz deutlich sagen, können wir der Politik nicht alleine überlassen, sondern da sind die Religionen herausgefordert und wir alle. Ich hoffe, dass wir schon einiges gelernt haben, aber noch natürlich viel vor uns haben, hier diese Brückenfunktion in der kulturellen Vielfalt noch besser auszuüben.

Prof. Worm:

Danke Exzellenz!

Es ist noch kein Jahr her, da war Bartholomäus I. aus Konstantinopel hier in Wien. Ich erinnere mich noch mit besonderer Freude an das Gespräch mit seiner Heiligkeit und Michael Staikos ist der Metropolit der Griechisch Orthodoxen Kirche hier in Österreich. Eminenz, was meinen Sie denn? Hat die Brückenfunktion, die die Kirche hat, etwa in dem Schritt, dass ein Kirchenfürst, ein Papst sozusagen, von Konstantinopel nach Wien fliegt, um hier sozusagen die Hand zu reichen? Hätte das eine Vorbildfunktion? Wobei man dazu sagen muss, sie wissen natürlich auf was ich anspiele, zwischen der katholischen Kirche und der Orthodoxie war, na, sagen wir einmal in den letzten Jahren, Jahrzehnten unter Johannes Paul II. ein gewisser Stillstand eingetreten. Unter dem jetzigen Papst, Benedikt dem XIII, Josef Ratzinger, erstaunlicherweise hat sich da etwas getan und geöffnet. Wäre das ein Weg, dass die Kirche sozusagen wieder sagt, wir machen das was Bischof Krätzl sagt, wir vermitteln quasi Gespräche.

Metropolit Dr. Staikos:

Ich glaube, dass auch im Fall des Dialogs der Religionen, wie es sich auch im Dialog zwischen den Konfessionen gezeigt hat, dass wir zum Dialog zwischen den Religionen keine andere Alternative haben. Und im neuen Europa, ob wir es wollen oder nicht, sind wir gezwungen, den Dialog zu führen. Die Grenzen sind gefallen und man kann nicht mehr allein unter sich leben, sondern wir haben zusammen zu leben mit Tausenden, mit Millionen von Mitmenschen, die anders denken, anders handeln, anders leben und ein Dialog dazu ist notwendig. Die Diskussionen rund um den Islam und der Islam selbst aber hat innerhalb der Europäischen Union klar den Wert der Religionen und der Kirche aufgezeigt. Ich glaube, dass die Europäische Union von Anfang an nicht im Namen der Säkularität und nicht so sehr auf die Religion aufgepasst bzw. den Wert der Religion gegeben hat, den Religion wirklich hat. Und beim Islam hat man endlich einmal erkannt, dass die Religion etwas ist, was die Identität des Menschen mitprägt. Nationalität und Religion prägen und bilden die Identität des Menschen.

Und jetzt auf einmal ist festzustellen, dass in der Europäischen Union nach den Ereignissen in den Vereinigten Staaten auf einmal die Rolle der Religion anders gesehen wird. Man hat z.B. bei anderen Minderheiten nicht auf die Religion geachtet. Man hat in Westeuropa nicht so sehr auf die Religion der Serben geachtet, sondern nur auf ihren Status als Flüchtlingen, aber man hat ihrer Religion nicht so sehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Jetzt, ich würde sagen, Gott sei Dank ist es so weit. Der Dialog ist also eine Notwendigkeit, hat aber bestimmte Prinzipien und Voraussetzungen, damit es wirklich ein Dialog bleibt und nicht ein Monolog wird bzw. dass es nicht ein Dialog ist, der aus Notwendigkeit geschieht.

Man könnte auch sagen dass der Dialog nicht aus einer gewissen Angst heraus geführt werden soll, sondern ein freiwilliger, ein gut gemeinter, ein positiver, ein erbaulicher, ein konstruktiver Dialog bestehen soll. Damit ein solcher Dialog aber funktioniert, ist in erster Linie Respekt und dann Aufrichtigkeit notwendig. Wenn diese beiden Fundamente fehlen, dann reden wir miteinander, aber wir bleiben weiterhin nebeneinander und mit Gewissheit kann man das auch in diesem christlichen Europa. Aber Europa ist vielleicht nicht ganz so christlich, wie es sein sollte. Aber viele denken noch christlich in Europa. Wir warten noch als Christen auf positive Zeichen seitens der islamischen Welt, was Aufrichtigkeit betrifft dem Christentum gegenüber. Es kann nicht nur Rechte geben, es muss auch Pflichten geben. Und man kann nicht trennen und sagen heute hier

diskutieren wir über die Rolle des Islams in Europa und ich kann nicht verantworten und sagen, mich geht es überhaupt nichts an, wie es den Christen in der islamischen Welt geht und den Leuten in der islamischen Welt, den Christen, geht es nicht gut. Es geht ihnen nicht gut, ob man es will oder nicht, es ist eine Tatsache. Ich möchte keine Vorwürfe machen, aber es muss gesagt werden. Wie ist es zum Beispiel zu erklären, dass die Türkei einerseits ein laizistischer Staat ist und andererseits haben wir die Aussage eines türkischen, des jetzigen türkischen Ministerpräsidenten vor zwei Wochen, der sagt, wenn die Türkei in die europäische Union aufgenommen wird, dann wird der christliche Clubcharakter der EU endlich zu Ende sein. Diese Aussagen, dieses Handeln, dieses Vorgehen erweckt Misstrauen auch Angstgefühle. Daher glaube ich, dass man erst dann imstande sein wird einen echten Dialog zu führen, wenn der Eine den Anderen kennen lernt und leider ist es so, dass wir voneinander zu wenig wissen. Und ich glaube, dass die Politiker der EU am wenigsten über den Islam wissen. Die sind am wenigsten informiert, was wirklich dieser Islam ist. Und wie es um das Christentum in der islamischen Welt steht. Und konkret, wir reden ein bisschen um den Brei hier herum, aber ob wir es wollen oder nicht, Türkei ist der Staat der die erste Geige spielt momentan und das Interesse für uns in Europa hat und in diesem Sinne glaube ich, ist es schon merkwürdig, dass der einzige europäische Politiker der angesichts der Beitrittsverhandlungen der Türkei und was den Islam betrifft seine Stimme erhoben hat, der österreichische Bundeskanzler gewesen ist. Als einziger Politiker hat er nicht im Allgemeinen über Menschenrechte usw. und die Religionsfreiheit philosophiert, sondern auch die Rechte der Christen in der türkischen Republik angesprochen. Er war der einzige Politiker, der davon gesprochen hat. Alle anderen haben geschwiegen oder sich hinter dem Bundeskanzler Schüssel versteckt. Meiner Familie, die aus der Türkei vertrieben wurde, verdanke ich, der orthodoxer Christ ist, dass ich in Griechenland geboren wurde. Und obwohl oder trotzdem meine Familie aus der Türkei vertrieben wurde, bin ich ein Befürworter des interreligiösen Dialogs, weil es eine Notwendigkeit ist, weil man heute nicht mehr ohne den Islam, ohne den Faktor Islam in Europa leben kann. Um mit dem Islam einen Dialog zu führen, muss ich ihn aber auch kennen lernen, auch wenn von der anderen Seite ein Teil dieser Bedingungen noch nicht erfüllt sind. Man muss Geduld haben, man muss Toleranz haben. Wobei das Wort Toleranz für mich ein bisschen zweideutig ist. Toleranz bedeutet, ich lasse den anderen atmen, weil ich ihm das nicht verbieten kann und ich glaube, das ist heute zu wenig.

Prof. Worm:

Danke Eminenz!

Nur ergänzend muss man schon dazu sagen, Bartholomäus I. vertritt die Meinung, dass die Türkei sehr wohl in die EU aufgenommen werden sollte. Also sozusagen in der politischen Dimension ist ihre Kirche oder von der Spitze her zumindest, EU-beitrittswillig. Angesprochen wurde Professor Schakfeh Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, der in den letzten Tagen, wahrscheinlich mehr als ihm lieb war, in den Massenmedien präsent gewesen ist. Sie erinnern sich an die berühmte Aussage, 45 % der hier lebenden Muslimen sind nicht integrationswillig, ist heute, glaube ich, überzeugend widerlegt worden. Herr Professor, hier sind aber natürlich ganz massive Angriffe gekommen, nämlich, dass an und für sich die Christenheit sehr wohl den Dialog pflegt aber der Islam diesen in den großen Dimensionen zumindestens verweigert. Man kann also beinhart sagen, hier in Österreich, sagen wir mal, was das Reden betrifft, große Klasse aber bei der großen Politik da sind wir beinhart und fundamentalistisch. Ist das so?

Prof. Schakfeh:

Vorerst Herr Chefredakteur möchte ich feststellen, dass ich nicht Vertreter der islamischen Welt hier bin und das will ich auch nicht sein. Ich bin weder befugt noch fühle ich mich in der Lage, das zu tun. Es gibt befugtere Menschen die das tun können. Den Dialog auf dieser Ebene sollten natürlich die Verantwortlichen beider Welten, beider Religionen miteinander führen und manchmal wird der Dialog wirklich geführt, aber heute nicht. Und ich betrachte das nicht als Angriff, was der Herr Metropolit gesagt hat, ja eben. Ich betrachte das nicht als Angriff. Er hat sich artikuliert. Es gibt gewisse Probleme. Ich sehe die Probleme anders gelagert. Die Probleme der orthodoxen Kirche in der Türkei sind nicht solche mit dem Islam an sich, sondern mit dem laizistischen Staat in der Türkei und selbst auch die Muslime haben ihre Probleme damit.

Allerdings will ich mich nicht massiv in die Innenpolitik der Türkei einmischen, das klingt wahrscheinlich nicht so glaubwürdig, aber es ist so. Wir haben uns hier in der islamischen Glaubensgemeinschaft das Prinzip angelegt, das wir uns niemals in innere Angelegenheiten muslimischer Länder einmischen und wir wünschen uns auch die Einmischung in unsere Angelegenheiten vom Ausland nicht. Das ist ein Prinzip und deswegen will ich über das Thema nicht mehr sagen.

Zu der Situation der Christen in der islamischen Welt möchte ich aber Syrien als positives Beispiel nennen. Ich als österreichischer Muslim, wünsche ich mir für die Muslime, für den Islam vielleicht 50 %, 60 % der guten Situation, wie sie die Christen verschiedenster Konfessionen in Syrien genießen - wir sind weit davon entfernt. Also es gibt solche und solche Beispiele.

Aber das ist wiederum nicht das Thema von heute. Das Thema von heute ist, können die Religionen Brücken bauen hinsichtlich des Dialogs und im Gespräch zwischen Kulturen, und ich sage ja, selbstverständlich.

Die Religionen sind Kulturträger ersten Ranges und es gibt Regionen die von den Religionen kulturell geprägt sind und das sind verschiedenste Prägungen -und ich sage immer wieder von Europa, dass Europa doch abendländisch - christlich geprägt ist. Und vielleicht überrascht es manchen, wenn ich sage, wir wollen als Muslime, die jetzt in Europa leben, diese Prägung auch gar nicht in Frage stellen. Das ist auch nicht möglich. Wir sind eine Minderheit und diese Minderheit will eigentlich die Rechte in Anspruch nehmen, die im Rahmen des Rechtsstaates möglich sind. Nicht privilegiert sein, aber auch nicht benachteiligt oder diskriminiert sein.

Wir führen den Dialog nicht nur mit den Kirchen und Religionen sondern allgemein mit der Gesellschaft.

In der Gesellschaft gibt es nicht nur Religionen und Kirchen. Es gibt auch Agnostiker und Atheisten usw. und wir führen den Dialog mit allen, weil wir mit allen Menschen in Frieden leben wollen.

Es wurden vorhin unterschiedliche Meinungen vertreten, wie etwa es zwischen den Religionen und dem säkularen Staat aussieht? Ich bejahe den säkularen Staat. Wir können nur im Rahmen eines säkularen Staates wie er sich in Österreich definiert, sehr gut leben und miteinander kommunizieren. Dass wir heute hier zusammensitzen, ist ein Ergebnis davon und einiges mehr. Also ich habe mit dem säkularen Staat kein Problem, solange der Staat sich als säkular versteht und den unterschiedlichen Religionen gegenüber neutral ist und nicht versucht, sich in Angelegenheiten der Religionen, in die inneren Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften einzumischen oder zu diktieren, was Religion ist und was nicht. Und das macht der österreichische Staat nicht. Deswegen bin ich für dieses Modell, für das österreichische Modell, vorerst.

Danke!

Prof. Worm:

Danke! Mag. Herwig Sturm ist seit dem Jänner 2006 Vorsitzender des ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich. Sie sind, glaube ich, seit 1995 Bischof. Ganz konkret gefragt: Wie kann man sich einen realistischen Dialog der eine Brückenbaufunktion haben soll, in Österreich vorstellen? Wenn es in Österreich funktioniert, möglicherweise dann im Rest der EU auch. Wie soll das konkret gehen, ohne dass man sozusagen ein bisschen in der Luft schwebt und sagt, wir reden davon, aber wir tun nichts. Könnten Sie sich, jetzt einmal ganz provokant gefragt, einen Gottesdienst vorstellen, in dem Sie einen islamischen Glaubensbruder dazu bitten, mit Ihnen einen Gottesdienst zu feiern?

Bischof Mag. Sturm:

Also das sind jetzt viele Fragen auf einmal. Zunächst möchte ich sagen, ich bin sehr glücklich über die Ökumene in Österreich. Es ist wirklich eine Geschichte des Friedens und der Versöhnung. Und ich sage dazu ein Beispiel, auch die evangelische Kirche in Österreich ist eine Minderheitenkirche. Vor 40 Jahren ist die Diözese Salzburg-Tirol, die evangelische, selbständig geworden. Mein Vater war damals der erste Superintendent, deswegen weiß ich das also auch ganz gut. Und da hat damals der Erzbischof Dr. Andreas Rohrer diese berühmte Bitte um Vergebung ausgesprochen, weil 1731 20.000 Salzburger des Landes vertrieben worden sind, weil sie evangelisch waren, der Reformation angehangen haben. Jeder fünfte Bürger dieses Landes, die Kinder mussten sie zurück lassen. Ohne solche Heilung der Geschichte geht es nicht. Also ich glaube, man kann nicht sagen, wir spielen jetzt die große Versöhnung, ohne dass man die Wunden anschaut, die in der Geschichte entstanden sind. Und jetzt gehe ich noch auf ein Wort zurück, dass Sie am Anfang gesagt haben. Sie haben von den monotheistischen Religionen, die sich bis aufs Blut bekämpfen, gesprochen.

Ich glaube, man muss einfach das Doppelgesicht der Religion ernst nehmen. Die Religion ist etwas vom Tiefsten, was einen Menschen bewegen kann und das kann sozusagen im Sinne unseres gemeinsamen Gottesbildes, zum Frieden führen. Es kann aber auch missbraucht werden zu Hass und Gewalt und davon gibt es Geschichte genug.

Also ich denke, die Zusammenarbeit der Religionen ist ein Geschenk des hl. Geistes oder Gottes. Ein Geschenk das wir mühsam gelernt haben, weil wir lange genug versucht haben, Monokulturen zu pflegen und ich denke, es ist wirklich auch eine neue Dimension der Weltsicht. Dass anders Denkende, mit einer anderen Kultur, mit einem anderen Ritus

neben mir, das gleiche Recht haben. Und wenn ich darf, sage ich noch ein Wort zu dem säkularen Staat, das klingt immer so abfällig. Ich bin sehr dankbar, dass Sie das anders gesagt haben.

Religionsfreiheit gibt es nur im neutralen, einem säkularen Staat. Der Staat der sich heraus hält aus der Diskussion um wahr oder falsch, gut oder schlecht und jedem Bürger das gleiche Recht einräumt, ermöglicht Religionsfreiheit.

Und wie gesagt, wenn ich heute einer Minderheit angehöre, im religiösen Bereich, so schützen staatliche Gesetze unsere Religionsausübung, unseren Religionsunterricht usw., usw. Ich meine, dass das eine Entwicklung ist, die christliche Wurzeln hat. Christliche, jüdische, islamische Rechtsgeschichte, gute europäische. Aber was wirklich interessant ist, die Religion braucht den neutralen Staat, damit jeder das gleiche Recht hat. Das ist für mich eine ganz interessante Geschichte und dann möchte ich doch noch was sagen.

Es gehört sicher auch zur Geschichte der Reformation, die Trennung zwischen Staat und Kirche. Luther hat die so genannte „Zwei-Reiche-Lehre“ entworfen. Also der Kaiser soll das tun, was seines ist und die Kirche soll das tun, was ihres ist. Das Evangelium sollte nie durch Gewalt, sondern nur durch das Wort und Überzeugung verkündet werden. Und ich sage das deshalb, weil die Ökumene heute davon lebt, dass wir nicht schauen, wie viele gehören zu deiner Kirche, das wir Verletzungen aus der Vergangenheit bearbeiten und nicht unter den Teppich kehren und dass wir einfach überzeugt sind, wo Gott zu Wort kommt, braucht es keine Gewalt.

Ganz am Anfang der Geschichte der Ökumene, also im vorigen Jahrhundert, hat der große Ruf geheißt, Gott will die Einheit. Ich würde das interreligiös übersetzen, Gott will den Frieden und da stimmen wir alle überein. Das umzusetzen, ist dann Tagesgeschäft und Tagesarbeit aller gläubigen Menschen auf dieser Welt.

Prof. Worm:

Es hat im Jahre 2000 dieses berühmte Bild gegeben, wo ein sterbenskranker Papst an der Klagemauer in Jerusalem gestanden ist und dort seine Vergebungsbitten in die Ritze der Klagemauer eingelegt hat. Ist da Fr. Dr. Lappin, ist da noch einiges aufzuarbeiten zwischen diesen monotheistischen Religionen? Wie Herwig Sturm sagte, da ist also noch einiges da, was herumschwebt, was man noch nicht aufgearbeitet hat, wo wir unsere

Schuld noch nicht eingestanden haben? Haben Sie dieses Gefühl, dass da noch zu wenig getan wurde und dass das möglicherweise auch eine Ursache dafür ist, dass sich die Religionen untereinander heute noch nicht ganz verständigen können? Und vor allem, dass sich die Menschen die diesen Religionen angehören, noch nicht verständigen können.

Dr. Lappin:

Ihre letzte Bemerkung halte ich für sehr, sehr wichtig. Nämlich, dass sich die Menschen verschiedener Religionen so schwer verstehen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten zweifellos enorme Fortschritte gemacht beim interreligiösen Dialog. Nur war das meistens auf theologischer Ebene und sehr, sehr abgehoben. Das heißt, religionswissenschaftlich theologisch sind sich die Religionen nahe gekommen. Aber wie es auf der Basis ausschaut, das ist natürlich eine ganz, ganz andere Geschichte. Und hier gibt es nach wie vor stärkste Berührungängste, ja.

Natürlich, sie haben den Antisemitismus erwähnt, er ist da. Er ist da und es ist natürlich auch für Juden nicht ganz leicht, jetzt auf der Basis, sich dem auszusetzen, dem Antisemitismus. Das heißt, auch wenn von der Kirche von oben viel Wohlmeinendes kommt. Auch wenn sich die Kirche entschuldigt. Wenn ich unten auf der Basis stehe, dann muss ich sagen, dass ich nach wie vor sehr, sehr viele Vorurteile höre. Selbst bei wohlmeinenden Menschen, die wissen das gar nicht oder meinen es gar nicht böse. Ja, es ist einfach auch im christlichen Duktus noch so viel antijüdisches Vorurteil enthalten. Und das stärkt Berührungängste. Es ist wirklich die Frage, warum will ich als Jüdin mich dem aussetzen und ich glaube, das steht der Basisarbeit auch so entgegen.

Dass die Vorurteile da sind und natürlich wenn ich jetzt sage, da ist auch das Verhältnis zwischen Muslimen und der Juden gespannt. Gerade an der Basis. Ich muss sagen, wir haben ein enormes Glück, in der obersten Schicht, dass sich hier die Allianzen gebildet haben, von denen ich gesprochen habe. Aber natürlich ist der muslimische Antisemitismus auch im Vormarsch und natürlich ist es ein enormes Handicap, für jede Form von Dialog an der Basis. Und da muss ich wirklich sagen, müssen wir uns vermutlich doch in die Mühen der Ebenen begeben und noch viel, viel mehr machen. Und ich denke das ist der Ansatzpunkt. Diesen Ansatzpunkt gibt es zum Beispiel in den Schulen, nämlich, dass Religionslehrer mehr miteinander sprechen müssen und mit den Kindern diskutieren müssen. Ich glaube, dass erst dann, wenn darüber gesprochen wird, ja, vielleicht auch wenn in den Medien eher die positiven Projekte, die laufen und die

Annäherung dargestellt wird, dass auch dadurch die Ängste - die Berührungsängste, verringert werden könnten. Momentan hört man doch wirklich in erster Linie von gegenseitigen Beleidigungen, Hass usw. Das stärkt die Berührungsängste und ich sehe nach wie vor keine Möglichkeit, diese Berührungsängste wirklich zu überwinden.

Prof. Worm:

Herr Bischof Krätzl, ja, wie gehen wir es im Konkreten an? Ich meine, im Befund sind wir uns jetzt einig. In der konkreten Durchführung haben wir jetzt gehört, man sollte vielleicht in der Schule beginnen. Hielten Sie das für denkbar? Hielten Sie das denkbar, dass man z.B. wirklich einmal gemeinsame Begegnungen zwischen verschiedenen Religionen macht, ohne dass man da jetzt Berührungsängste hat. Ist das denkbar, dass hier in diesem Sinne eine Dialogfähigkeit gegeben wird, einmal?

Bischof Krätzl:

Es ist erstaunlich, dass Sie, die Sie die Situation in Österreich ja so gut kennen, fragen. Es gibt ja schon viel mehr auf dem Gebiet, als in der Öffentlichkeit bekannt ist. Vielleicht darf ich jetzt noch einmal die Gründe aufzählen, die wirklich jetzt zum geringen Verständnis geführt haben. Erstens einmal glaube ich, es wurde schon gesagt, es muss die Geschichte aufgearbeitet werden. Wenn wir heute beim ersten Pendel gehört haben, das jemand in der 3. Volksschulklasse hört, er ist eine Türke und die Kinder die sonst von der Geschichte nichts wissen, sagen, ja, ja das sind die, die uns belagert haben und die wir hinausgetrieben haben, 1683. Dann sieht man was hier, natürlich mit Türkenbelagerung noch verbunden wird und das ist nicht nur bei Kindern. Das habe ich in Debatten mit hoch Intellektuellen erlebt. Das ganz einfach die Türkenbelagerung von Wien, die zweimalige, so in den Köpfen sitzt und damit der Gedanke, dass damals das christliche Abendland gerettet worden ist. Das man darüber nicht hinweg kommt. Das ist ungeheuerlich, dass man hier nicht mehr aufklärt, wie das geschichtlich alles zusammen hängt. Und vor allem wie sich inzwischen die Geschichte Gott sei Dank weiterentwickelt hat und auch die Religionen.

Das zweite größte Hindernis des Dialogs ist, glaube ich, dass man sich seiner eigenen Kultur und auch zum Teil seiner eigenen Religion gar nicht ganz bewußt ist. Der Dialog, der interreligiöse, hat nur einen Sinn, wenn zwei miteinander reden, wo jeder eine Überzeugung hat und etwas glaubt. Nur dann hat es einen Sinn - sonst wird es ein Gewäsch.

Und wir kommen gerade im interreligiösen Dialog drauf, zunächst rede ich für uns Christen, für die Katholiken, das gar nicht so viele sich ihres eigenen Glaubens nämlich so bewusst sind, dass sie darüber reden können, mit anderen. Und ich glaube, man kann das sowohl der jüdischen Gemeinde als auch in der muslimischen Gemeinde sagen, dass es leider dort auch so ist.

Daher ist das Gespräch an der Basis deshalb schon schwierig. Aber auf der anderen Seite wissen wir, dass gerade an der Basis doch eine ganze Menge von Annäherungsversuchen im Laufen sind.

Gerade bei Or Chadasch - Sie, Frau Dr. Lappin, wissen, wie viele Christen immer zu ihnen kommen, mit ihnen auch beten, gemeinsam. Sie, Herr Prof. Schakfeh wissen, auch in der muslimischen Gemeinde, wie viel da im 15. Bezirk geschieht. Wie Imame und Dechanten sich gegenseitig einladen und miteinander reden, Feste gefeiert werden in den Familien und vieles andere mehr.

Und was die Schulen anlangt, ich bin überzeugt, wir müssen vielmehr den Kindern und der Jugend vertrauen, auf diesem Gebiet. Ich erlebe das in Kindergärten, ich erlebe das in Pflichtschulen, dass dort zunächst die Kinder zusammensitzen. Kinder, verschiedenster Religionen, auch verschiedener Nationalitäten und wunderbar miteinander auskommen und sogar interessiert sind, wo der andere herkommt und wie er redet und er heißt anders und hat eine andere Hautfarbe usw. Und mir kommt vor, wenn diese Kinder heranwachsen, werden sie auf einmal von einem Bazillus der in der Gesellschaft da ist infiziert. Der dann sagt, du pass auf, das sind die anderen. Die haben in der Geschichte das gemacht und jenes. Ich fürchte, dass Kinder und Jugendliche, da sozusagen, wirklich, wenn sie heranwachsen, von ihrem guten Glauben manchmal abkommen. Aber noch einmal was die Schulen anlangt, im katholischen Religionsunterricht ist der Lehrstoff betreffend anderer Weltreligionen sehr, sehr stark geworden. Auch in der Ausbildung wissen wir das. Dass in der schulischen Ausbildung sehr viel geschieht, nach beiden Richtungen sowohl hin zum Islam als auch hin zum Judentum. Etwa die Schule in der Friesgasse, eine katholische Privatschule, die engste Beziehungen zur jüdischen Gemeinde und zur jüdischen Jugend hat. Ich glaube, dass sollte man auch publik machen. Das sollte man fördern und ich setze auf die Jugend, dass hier eine Generation heranwächst, die genauso wie diese Generation für Gewaltlosigkeit eintritt, auch für den Frieden unter den Kulturen und den Religionen eintritt. Und das müsste man stärken und müsste man sie in ihren guten unvoreingenommenen Absichten auch noch fördern.

Prof. Worm:

Herr Bischof, herzlichen Dank!

Ich möchte hier anstücken und ein Beispiel dafür nennen. Es saß hier vor einer Stunde noch der Herr Mag. Franz Kangler, Direktor der österreichischen Schule in Istanbul. Diese Schule hat Absolventen, die in Wien Spitzenpositionen im Management innehaben - Türken, Türken, die diese katholischen Schule in Istanbul absolviert haben. Es sind jene, die Spitzenpositionen in der Medizin, im Management, im Schulwesen einnehmen, in der Wissenschaft. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass am kommenden Montag im Palais Epstein eine Ausstellung eröffnet wird, wo die Integration auf einer gewissen Ebene zwischen Christentum und Islam, schon stattgefunden hat. Ja und ich bin froh, dass diese Leute sich selbst organisiert haben und sagen, wir lassen es nicht zu, dass wir hier diskriminiert werden, zumal wir mit dem Christentum, einen ganz innigen Kontakt und Dialog haben. Und jetzt frage ich Sie, Professor Schakfeh können sie sich vorstellen, dass Sie einmal so richtig aus tiefstem Herzen explodieren, wenn irgendeine Partei den Muezzin beschwört, der da irgendwo immer am Stephansdom herumschwirrt und sagen, das hier bitte ist Völker trennend, das ist Menschen verachtend, das ist einer Republik wie Österreich, nicht würdig? Wir haben vorher vom Herrn Großmufti das Wort Dignity gehört - die Würde.

Ist es denkbar, dass Sie sich einmal hier interreligiös und politisch zusammensetzen und sagen, na dagegen stampfen wir jetzt einmal auf, weil das ist eine Verleumdung von tausenden und abertausenden Menschen, die dafür überhaupt nichts können?

Prof. Schakfeh:

Ja, es ist natürlich nicht so einfach, dass eine Religion Parteipolitik betreibt. Nicht, wahr? Was ich damit sagen will, die Religion soll ihre Meinung zu gewissen gesellschaftspolitischen Entwicklungen äußern und Stellungnahmen abgeben und das tun wir auch. Allerdings parteipolitisch dürfen die Kirchen und Religionen sich nicht so artikulieren, als wären sie Parteien. Allerdings, natürlich, wenn eine Partei, egal welche jetzt, ohne die gewisse Partei jetzt wirklich namentlich zu erwähnen, wenn also eine Partei gewisse Grenzen überschreitet, dann wäre denkbar, dass die Vertreter der Religionen gemeinsam, damit es nicht von einer Religion als parteipolitisch interpretiert wird, gemeinsam auftreten und sagen: „Halt, das ist zu weit gegriffen und das ist zu weit geschossen, das darf nicht sein.“

Wir haben zuletzt eine Plattform gebildet zwischen Christen und Muslime, also christlich-muslimische Plattform und wir denken daran, auf diese Plattform auch die Juden einzuladen. Diese Plattform ist nicht Kirche und nicht Religionsgemeinschaft, aber es sind engagierte Mitglieder der Kirchen und unserer Religionsgemeinschaft, und als Plattform kann sie sich zu solchen Anlässen vielleicht deutlicher und einfacher äußern. Das ist möglich.

Zurück zu dem Dialog in den Schulen. Das ist sehr wichtig und wir betreiben diesen Dialog in den Schulen. Wir sind sehr dankbar, dass es den Religionsunterricht gibt, weil nur dadurch haben wir die Möglichkeit, den Dialog zu führen. Ohne Religionsunterricht wäre der Dialog der Religionen in den Schulen nicht möglich. Wir haben den Religionsunterricht und muslimische Religionslehrer werden eingeladen, in katholischen Klassen oder evangelischen Klassen zu referieren und umgekehrt. Wir feiern eben dazwischen auch gemeinsam Feste und manchmal auch Wortgottesdienste, also nicht Gottesdienste, Messe oder ein moslemisches Gebet, aber Wortgottesdienste, wo gemeinsam aus den hl. Büchern vorgetragen und meditiert wird.

Also das alles passiert und geschieht und selbst Sie, Frau Dr. Lappin, haben gesagt, es gibt Spannungen zwischen Juden und Muslimen - aber ich war auch in ihrer Gemeinde „Or Chadasch“ und habe zu der Gemeinde gesprochen. Also wir haben die Kontakte, wir haben den Dialog in Österreich. Wir können uns nur wünschen, solche Schritte in der Zukunft zu forcieren und zu vertiefen und mehr, eben mehr Masse, das heißt, mehr Menschen auf der Straße zu erreichen und nicht nur auf einer gehobene Ebene einen isolierten Dialog führen. Aber das tun wir und die Schule ist die Basis für alles was Zukunft ist.

Prof. Worm:

Könnte sich Eminenz Michael Staikos auch mit dem Gedanken anfreunden oder sich beteiligen, an solchen Modellen, dass man sagt, nicht nur den ökumenischen, sozusagen, interchristlichen Dialog sondern auch einen interreligiösen mit dem Judentum, mit dem Islam, dass man das auch in der Orthodoxie etwas mehr forciert?

Metropolit Staikos:

Ich hatte als damaliger Vorsitzender des ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, das Glück gehabt, das Gespräch der christlichen Kirchen in Österreich sowohl mit dem

Islam als auch mit dem Judentum anzufangen. Und wenn ich damit Schwierigkeiten gehabt hätte, dann hätte ich das auf meinen Nachfolger abgeschoben, und das hielte ich nicht für richtig. Weil ich glaube, dass es meine Aufgabe ist, ein Beispiel zu geben. In der Annahme, dass wenn manche Gläubige sehen, dass der Bischof etwas tut und manchmal vielleicht auch richtig ist, was er tut, vielleicht lassen sie sich dann beeinflussen und vielleicht etwas offener zu werden. Aber ich glaube, es ist unsere Aufgabe, in den Kirchen unsere Gläubigen zu überzeugen, dass jemand nicht wirklich ein guter Christ sein kann, wenn er nicht mit den anders Glaubenden Mitmenschen friedlich umgehen kann. Dass muss ein Prinzip sein, es kann nicht jemand ein guter Orthodoxer sein, der nicht friedlich zusammen leben kann, der nicht im Anderen, im Moslem und dem Juden nicht den Mitbruder oder die Mitschwester als Geschöpf Gottes sehen kann. Das ist eine Regie und ich glaube, es ist eine Aufgabe von uns, unsere Gläubigen auch in dieser Richtung heutzutage zu erziehen. Das Fundament ist - wie auch in der Ökumene und auch im interreligiösen Dialog- das Fundament und die Voraussetzung ist, zu wissen, was und wer ich bin. Und wenn ich erst auf diesem Fundament stehe, dann kann ich eine Exkursion zum anderen machen.

Aber zuerst muss ich auf einem festen Boden des Glaubens stehen. Sonst wird von dieser Diskussion ein zum Teil negativer Eindruck erweckt, aber das entspricht nicht der Wahrheit. Der Wahrheit entspricht vielmehr, dass wir auf 2 Ebenen arbeiten. Auf der Ebene der Verantwortlichen der Kirchen und Religionen haben wir einen Status erreicht, der für ganz Europa beispielhaft ist. Ich wiederhole von dieser Stelle aus, besonders für die Jugend, dass die Ökumene in Österreich in keinem anderen europäischen Land so funktioniert wie hier. Die Gründe sind jetzt nicht so relevant. Und es gibt sehr viel Positives, allerdings gibt es, was die Basis betrifft, sehr viel zu tun. Und man muss Geduld haben, Verständnis haben. Ich bin auch eine Minderheit und meine Leute auch, seit Generationen. Soll ich sagen, dass ich öfters auf der Straße nicht so behandelt werde, wie ein Mensch im 21. Jahrhundert behandelt werden muss, weil ich Jude als gehalten werde, am Fleischmarkt. Und das kommt öfters vor. Und ich nehme das an, weil ich traue mich nicht zu sagen, ich will nicht sagen, ich bin kein Jude. Das ist kein Argument, aber es geschieht. Ich habe Verständnis dafür, für die Menschen, die noch diese Schwäche haben.

Funktioniert alles in der Gesellschaft und nur in den Beziehungen zwischen den Religionen klappt es nicht? Oder ist es in der Politik, in der Gesellschaft? Überall sind wir zu einem Punkt gekommen, wo das fast Ideale erreicht worden ist. Es ist jetzt nur in den

Beziehungen, in der Integration der Minderheiten in diesem Land, wo nicht alles stimmt. Ich glaube wir leben in einem Prozess. Es ist nicht leicht, dass innerhalb von so wenigen Jahren die Grenzen gefallen sind. Es haben sich die Städte, wo wir gelebt haben und die Länder, wo wir gelebt haben, von einem Tag zum anderen geändert. Diese Veränderung ist, wenn man sie aus einer offenen Perspektive sieht, eine Bereicherung, was sie ja in Wirklichkeit ist, andererseits empfinden die Menschen auch Ängste und Hoffnungslosigkeit.

Aber ich glaube, mit der Zeit wird es soweit kommen, besonders in diesem Land, wo das Zusammenleben von vielen ethnischen und religiösen Minderheiten, die längste Tradition in Mitteleuropa hat, es wird soweit kommen und davon bin ich überzeugt, es wird nicht lange dauern, dass man den anderen, aus der ethnischen oder aus der religiösen Minderheit nicht oder keinesfalls als Belastung sondern vielmehr als Bereicherung sehen wird.

Prof. Worm:

Herr Bischof Herwig Sturm, Sie sind bekannt als Mensch, der sich immer sehr couragiert zu Wort meldet, wenn Unrecht geschieht. Wenn Sie da von Eminenz Staikos hören, er wird am Fleischmarkt angepöbelt, dass er ein Jude ist. Ich habe das auch schon erlebt, weil ich sozusagen Staikos Nachbar bin. Wie fühlen Sie sich denn da? Ist da ein noch einiges in Österreich und wahrscheinlich in ganz Europa an Arbeit zu leisten? Haben da die christlichen Religionen auch nicht noch einiges vor sich, viele Steine wegzuwälzen?

Bischof Sturm:

Sicherlich, und das macht immer betroffen, wenn man so etwas hört. Ich denke nur, man kann diese Sündenbockbilder austauschen. Also auch wenn wir in den Schulen alle gelernt haben, wie der Antisemitismus entstanden ist und wie ungerecht jede Verteufelung einer Gruppe ist und Rassismus überhaupt und, und. Ich denke, die Menschen suchen immer wieder jemanden, dem sie sozusagen ihren eigenen Schatten raufschmeißen können. Das ist ein Problem wirklich der Bildung zu einem Menschen der auch seine dunklen Seiten erträgt. Also Sigmund Freud ist in aller Munde zu diesem Jubiläum, das hängt sich auch mit uns selber zusammen, das wir so sind, dass wir lieber unsere eigene Schwächen auf andere legen als sie als unsere eigene Schwäche erkennen und ihr wirklich ins Gesicht schauen. Und da meine ich, hat die Religion eine ganz große

wichtige Funktion, zumindest so viel ich weiß, bei den Juden, sicher bei den Christen auch, bei den Moslems kenne ich mich zu wenig aus, gibt es das Sündenbekenntnis in jedem Gottesdienst. Die Bitte um Vergebung und die Klage über den eigenen Zustand. Ich möchte aber das wieder ins Positive rücken, Metropolit Staikos hat gesagt, er will jetzt nicht viel darüber reden, wieso wir in Österreich eine so gute Ökumene haben. Ich würde sagen, die Schule des Dialogs ist die persönliche Begegnung. Es hat in Österreich durch 30 Jahre hindurch diese berühmte ökumenische Morgenfeier gegeben, wo der ORF in aller Ehre, jedes Mal 3 unterschiedliche Kirchen zusammen geholt hat und gesagt hat, ihr müsst Sonntag Vormittag eine halbe Stunde eine gemeinsame Sendung gestalten. Und bei dieser Gelegenheit, also wir gehören sozusagen noch zu diesen alten ersten aus dieser Zeit zusammen geschweißten und zusammen geredeten Personen. Und ganz wichtig wird es sein, das die die nachwachsen, die Jungen, heute wieder Orte finden, wo dieser Dialog genauso intensiv stattfindet. Und nicht nur zwischen den Kirchen sondern sicher auch zwischen den Religionen. Was ich meine, was noch ganz wertvoll ist, ist das kritische Potential des Glaubens. Die prophetische Dimension, ich zitiere das Alte Testament, würden die Propheten sagen. Auch in unserer Kirche, es muss Menschen geben, die aufmerksam in die Gesellschaft schauen, schauen - wo geht's dem anderen schlecht. Allerdings auch bei sich selber. Also Kirchen dürfen nicht nur Propheten sein wenn es um die anderen geht, sondern sie müssen auch bereit sein, bei sich selbst im Dialog hinzuschauen, wo andere Leute uns Vorwürfe machen. Insgesamt glaube ich, hat das Ganze ja ein anderes Ziel. Es geht nicht nur darum, dass Kirchen sich vertragen, dass Religionen sich vertragen. Es geht darum, dass wir eigentlich für diese Welt da sind und dass man manchmal den Eindruck hat, wir haben gar keine Zeit mehr, uns über, weiß nicht welche Details zu streiten, weil die Not der Welt wirklich zu groß ist, weil die Frage nach Gerechtigkeit und Ausbeutung wirklich so dringend ist, dass die Menschen guten Willens eigentlich sofort miteinander die großen Aufgaben angehen müssten. Also ich bin sehr für die Ökumene aber es ist kein Selbstzweck. Wir müssen miteinander an den Problemen dieser Welt, an der Humanisierung der Welt, an der Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft arbeiten. Das ist heute unser Auftrag.

Prof. Worm:

Danke Herr Bischof!

Nachdem wir so gut Zeit gehalten haben, möchte ich Sie, meine Damen und Herren im

Publikum, um 2, 3 Wortmeldungen noch bitten. Was fällt Ihnen denn ein, welche Form religiöser Brückenschlagkommunikation würden sie denn noch vorschlagen? Also wir können dem, was die Dame und die Herren hier gesagt haben, wohl blind vertrauen. Dass an denen, die hier sitzen, Kommunikation versagen würde und dass sie daran scheitern, die Damen und die Herren, die hier sitzen, bezweifle ich, ja. Nur was können denn die Übrigen, wie Sie alle tun, was glauben Sie denn?

Eine Dame! Bitte!

Ich werde mich aus der Praxis melden, Staatsanwältin, Dr. Schuhmeister-Schmatral, nachdem sich sonst niemand gemeldet hat. Ich nehme also das Angebot an, etwas zu sagen. Es war heute ein unwahrscheinlich sehr instruktiver Tag. Ich glaube, wir haben alle sehr viele Anregungen mitgenommen und jeder hat so ein, zwei prägnante Sätze gesagt, die wirklich zur weiteren Ausarbeitung geeignet sind. Nur eines fehlt mir wirklich als Praktikerin. Wo ist eigentlich jetzt der Adressat geblieben, an den unser Wunsch des Dialogs gerichtet wird? Die Botschaft muss ja auch ankommen. Und jetzt glaube ich, dass die nur dann ankommt, wenn ich ein gutes „Warum soll ich in den Dialog einsteigen“ anbieten kann. Und dieses Warum ist mir ein bisschen zu wenig heute beleuchtet worden, außer dem Friedensaspekt. Der allein ist es sicherlich nicht. Und ich würde es begrüßen, wenn man sich diesbezüglich noch etwas Gedanken machen würde, weil es gibt auch eine große Masse der nicht gläubigen Menschen und auch die müssen ins Schiff geholt werden, sonst gibt es nämlich eine neue Trennlinie, nämlich die der religiösen Menschen die in den Dialog eintreten und jene Masse, die nicht religiös ist und die damit eigentlich draußen bleibt. Und dieser Brückenschlag wäre eigentlich auch Aufgabe sämtlicher Religionen. Wie soll dieser Brückenschlag eigentlich geschafft werden?

Prof. Worm:

Das macht dann im Schlusswort der Herr Professor Heinz Nußbaumer, der gelebte Brückenbauer und Dialogmacher ist. Das war übrigens die Frau Staatsanwältin Schmatral von der Staatsanwaltschaft Wien. Ich freue mich, dass sich auch die hohe Justiz hierher begibt. Gibt es noch weitere Meldungen?

Das ist nicht der Fall. Dann darf ich dem Hr. Professor Heinz Nußbaumer um das Schlusswort bitten.

Prof. Nußbaumer:

Ja, meine Damen und Herren! Ich danke ihnen zunächst einmal sehr für die Geduld und für die Ausdauer, dass sie uns allen so lange an einem Freitag Nachmittag zugehört haben. Das Innenministerium hat den großen Mut gezeigt, sozusagen kein offizielles Schlusswort zu halten, sondern gesagt, was mir im Laufe des Tages auffällt, soll ich vielleicht zum Schluss noch ein bisschen zusammenfassen. Jeder Versuch die Diskussionen dieses Tages und dieser Konferenz irgendwie zu bündeln, ist natürlich von schrecklicher Subjektivität bedroht. Jeder von uns hat etwas ganz anderes, wir haben es ja gerade gehört, was ihm in Erinnerung bleibt und was er vielleicht auch als Nachdenklichkeit mit nach Hause nimmt. Nehmen sie also meine nächsten Sätze als eine sehr selektive, sehr persönliche Bilanz, im besten Fall oder im schlechtesten Fall nur gut genug, um die eigenen Eindrücke die sie haben und ihre eigenen Überzeugungen dagegen zu stellen. Ich habe mir im Laufe des heutigen Tages einfach aufgeschrieben, was mir so ganz kurz an Gedanken dazu eingefallen ist oder aufgefallen ist. Und wenn sie wollen, können sie es auch nur als ein persönliches Bekenntnis nehmen. Zunächst einmal und erstens:

Ich persönlich meine, dass der Dialog der Kultur und der Religionen natürlich vor allem im europäischen Verbund und mit Blick auf die europäische Sicherheit, sehr notwendig und sehr wichtig ist. Es gibt noch immer, wir haben es ja gehört, zu viele Feindbilder, zu viele Missverständnisse, zu viele Verwundungen, die das Bild des jeweils anderen belasten. Gleichzeitig aber und das möchte ich schon mit Nachdruck sagen, dürfen wir nicht vor lauter Fixierung auf diesen so genannten Dialog, an der Realität vorbei schauen. Die Realität sagt uns, es gibt keine zwei getrennten Lebenswelten mehr. Hier wir und dort die Welt des Islams oder anderer Gruppen. Die Vielfalt der Kulturen und der Religionen und die starke Präsenz des Islams in Europa gehört längst zur europäischen und zur österreichischen Alltagsrealität. Und auf dieser Ebene geht es natürlich nicht um den Dialog im Wortsinn des Dialogs und um ein geordnetes Nebeneinander, sondern da geht es ganz schlicht und einfach um die Bewältigung des gemeinsamen Alltages, wo immer wir alle stehen. Um das gegenseitige Kennenlernen. Dabei fehlt es uns auf eine erschreckende Weise allen an Wissen, an Neugier, an Sorgfalt und auch an kritischer Nachdenklichkeit.

Ein zweites, es ist auch ein bisschen an die Adresse des Innenministeriums gewandt, wir alle wissen ja aus der Pädagogik, aus der Kindererziehung, dass nichts die Herzen und Hirne mehr verändert, als Ermutigung und Lob. Gegenseitige Ermutigung und

gegenseitiges Lob. Das jedes gute vertrauensvolle Wort eher positive Realitäten schafft und das jedes kritische Wort eher verunsichert und belastet. Ich glaube, wir Österreicher haben da eine ganz eigene Kultur über die Jahrzehnte entwickelt. Eine Kultur des Vertrauens und der Anerkennung im Umgang mit den bei uns lebenden kulturellen und religiösen Minderheiten. Manchmal auch über die objektive Realität hinaus haben wir einander gelobt, aber es hat sich letzten Endes, immer bewährt. Von dieser Linie der Ermutigung und des gegenseitigen Vertrauens sollten wir glaube ich auch in Zukunft nicht abweichen. Das ist sicher kein Aufruf zur Naivität, kein Votum gegen Ehrlichkeit und gegen Bearbeitung von Verletzungen. Aber in der Politik und in der politischen Psychologie ist dieses Vertrauen doch eine tausendfach bewährte Kapitalanlage und würde deshalb meinen, dass wir mit Wortmeldungen, auch politischen Wortmeldungen, ganz besonders sorgsam umgehen sollten.

Drittens, ich bin überzeugt, dass Weltgeschichte nicht nur irgendwo fernab von uns stattfindet, sondern auch und mitten unter uns. Jeder von uns ist Teil dessen, was Geschichte von morgen sein wird. Also ist es überhaupt nicht gleichgültig, wie wir uns benehmen. Überall fallen kleine Alltagsentscheidungen, für ein Miteinander, für ein Nebeneinander oder für ein Gegeneinander. Diese Entscheidungen fällt jeder von uns im Reden, im Alltagsreden und im Handeln. Und manchmal meine ich, würde es schon genügen, wenn wir uns in die Gefühle des jeweils anderen hinein versetzen könnten. Ich bin auch überzeugt, dass diese kleinen Alltagsentscheidungen überhaupt nicht auf unsere Stadt unser Land begrenzt bleiben, das sie gerade durch die islamische Verbindung hinaus nach Europa, ja sogar in den Nahen Osten und in die islamische Welt hinaus wirken.

Ein Viertes, ich glaube, wir sollten uns die Bilder anschauen, die wir von einander prägen und transportieren. Ich denke und ich war jahrzehntelang in der islamischen Welt unterwegs, ich denke an die grauenvolle Wirkung westlicher Fernseh- Soap-Operas und Werbefilme, die ein völlig falsches Bild westlicher Verkommenheit in den Ländern der 3. Dritten Welt und der islamischen Welt prägen. Immer wieder habe ich mich verpflichtet gefühlt und natürlich unendlich viele andere tun das auch, deutlich zu machen, dass der Grundwasserspiegel ethischer Werte im Westen in Europa bei weitem nicht so tief liegt, wie diese Fernsehserien in den Ländern der islamischen Welt und der 3. Welt den Anschein erwecken. Ich habe aber auch 35 Jahre lang eine islamische Welt kennen gelernt, die überhaupt nicht mit der übereinstimmt, die wir aus unserer eigenen Öffentlichkeit kennen, veröffentlichten Meinung, auch vielfach. Es geht gar nicht so sehr

darum, dass wir gegenseitige notwendige Kritik uns nicht wirklich sagen. Es geht nach meiner Überzeugung aber sehr wohl darum, dass wir endlich auch bereit sind, Positives am anderen zu sehen. Gelegentlich die positive Nachricht unter all diesen Wellen der Kritik hinein zu stellen. Niemand wird mir sagen können, dass wir einander nichts zu geben hätten.

Mein fünfter Punkt: Wir haben heute gehört, wir haben heute das Gefühl gehabt, dass sich Muslime, manchmal auch zu gerne, in der Opferrolle sehen. Dasselbe gilt natürlich für uns auch, wir der Westen, als Opfer der islamischen Gewalt. Ich meine, es wäre schon ein Fortschritt, wenn wir es uns nicht ganz so leicht, alle, meine ich, beiden Seiten, nicht ganz so leicht mit Antwort machen würden, wer die Täter und wer die Opfer sind. Und das wir vielleicht beide Täter und Opfer zugleich sind.

Ein sechster Punkt: Nach dem 11. September haben wir von überall gehört, die Stunde ist da, um aus dem Erlebten, zu lernen. Leider zeigt der Rückblick auf die letzten Jahre, dass wir unter diesem Lernen, immer das Lernen des jeweils anderen gemeint haben. Selbstkritik ist eine ganz seltene Gabe, auf beiden Seiten. Ich glaube, hier muss jeder bei sich selber ganz ernsthaft beginnen.

Ein siebenter und vorletzter Punkt: Von allen Seiten, vor allem in den Medien, vor allem aber in den Büchern, strömt uns diese Unausweichlichkeit dieses Überranntwerden entgegen. Ich meine, überhaupt nichts ist unvermeidlich, alles liegt an uns, an den Muslimen und an uns Christen. Nur Untätigkeit, nur Angst, nimmt uns die Möglichkeit der Gestaltung der Zukunft aus der Hand.

Ein letzter und 8. Punkt: Eine Assoziation die mir heute so eingefallen ist, weil wir am Vormittag dieses schöne Bild von dem Lift gehört haben, in dem da, wenn man einsteigt, möglichst unaggressiv dreinschauen soll und auch der, der dann im Lift ein bisserl zurück geht, muss halt ein Stückerl rücken, aber nicht zu weit, kann man es von ihm auch nicht verlangen. Ich habe eine Erinnerung, ich war einmal in New York und in einem Hotel und mein Zimmer war im 48. Stockwerk und es war $\frac{1}{2}$ 2 Uhr in der Früh als ich am Lift unten stand. Und mit mir ist ein Mann eingestiegen, in einer etwas sehr schäbigen Kleidung und ich habe mir gedacht, um Gottes willen, was macht der jetzt mit mir alleine im Lift, bis zum 48. Stockwerk. Er ist immer näher gekommen, immer näher zu mir und ich bin immer weiter zurück gerückt und ich habe mich schon gesehen, mit allen möglichen Waffen im Bauch und dann hat er mir entgegen geflüstert „Do you believe in God?“ . Ich meine und dazu erzähle ich ihnen ja die Geschichte, wer weiß was wir alles nicht erleben, wenn wir immer nur zurückweichen. Und was wir nicht erfahren, wenn wir uns nicht

gelegentlich auf den anderen einlassen können. Meine Damen und Herren sie waren sehr geduldig mit uns heute. Ich danke der Frau Bundesminister für die Organisation. Ich danke dem Innenministerium. Ich wünsche ihnen allen ein schönes, vielleicht auch nachdenkliches Wochenende.

LEBENSÄUFE

Nourredine AYADI

Geb. am 23. Juni 1956 in Sétif

Verheiratet, 3 Kinder

Ausbildung:

1974	Matura
1974-1978	Studium der Rechtswissenschaften auf der Université de Constantine
1979-1983	Studium an der staatlichen Verwaltungsakademie – Sektion Diplomatie
1986-1988	Magisterium Internationales Recht und Internationale Beziehungen

Beruflicher Werdegang:

Seit 2005	Abgesandter der Präsidentschaft
1998-2004	Botschafter von Algerien für Argentinien, Chile und Uruguay mit Sitz in BuenosAires
1996-1998	Direktor der Internationalen Politik im Außenministerium
1994-1995	Stellvertretender Direktor für Angelegenheiten der UNO und der Abrüstung (Außenministerium)
1993-1994	Abgesandter des Regierungschefs
1988-1992	Botschaftsrat der algerischen Botschaft in Wien Zuständigkeiten: VN, Atombehörde, OPEC, Berichterstattung des Rates für industrielle Entwicklung und für das Comité für Budget und Budgeterstellung Präsident der Task Force der Gruppe von 77
1986-1988	Zweiter Sekretär im Außenministerium, Leiter des Büros „ Südeuropa“ in der Generaldirektion Europa

Berufliche und diplomatische Aktivitäten:

- Mitglied der Präsidentschaftsdelegation beim UNO-Gipfel zwischen 1995-1998
- Mitglied der algerischen Delegation bei der 49., 50., 52. Sitzung der Generalversammlung der UNO
- Mitglied der algerischen Delegation bei der 1. Konferenz der Mitgliedstaaten der Konvention für das Verbot chemischer Waffen
- Mitglied der algerischen Delegation bei der Konferenz über den erweiterten Vertrag

der Verhinderung von Proliferation von Nuklearwaffen

- Delegationsleiter der Arbeitsgruppe OCI zur Erarbeitung einer Konvention im Kampf gegen den Terrorismus
- Delegationsleiter der Arbeitsgruppe „Arabische Liga“ zur Erarbeitung einer Konvention im Kampf gegen den Terrorismus
- Delegationsleiter der Arbeitsgruppe zum Thema Innere Sicherheit und die Kontrolle der Bewaffnung im Mittleren Orient
- Präsident der Nationalen Comités betreffend Umsetzung des Abkommens über das Verbot chemischer Waffen
- Sekretär des interministeriellen Comités – Nukleare Waffen

Andere Aktivitäten:

Dozent an der Verwaltungsakademie

Auszeichnungen:

Ehrenmedaille „San Martin Ordre de Mai“

Sprachen:

Arabisch, Französisch, Spanisch, Englisch

Alain BRUN

Having joined the Commission in 1976, he has worked on a number of different projects, namely concerning the protection of intellectual property and the protection of personal data. He participated in the work on the creation of the Charter of Fundamental Rights.

He is currently Head of Unit of "Citizenship and Fundamental Rights" in the Directorate General Justice, Freedom and Security. This Unit is responsible for the ongoing project to establish a Fundamental Rights Agency.

Dr Mustafa CERIC

Dr. Mustafa Ceric is the Raisu-l-Ulama of Islamic Community in Bosnia and Herzegovina, Grand Mufti of Bosnia since 1993. He is also the Grand Mufti of Sanjak, Croatia and Slovenia. He is reelected at the position of Raisu-l-Ulama 2005.

He was born in Visoko, Bosnia-Herzegovina in 1952.

He graduated from Madrasah in Sarajevo as well as the Faculty of Arabic Language and Literature at the Al-Azhar University in Cairo. In 1987 received his Ph.D. in Islamic studies from the University of Chicago, where he studied under the late Dr. Fazlur Rahman.

He served as an imam (Islamic Cultural Center, Chicago and Islamic Center of Zagreb, Croatia) and professor in Bosnia (Faculty of Islamic Sciences), Malaysia (International Institute for Islamic Thought and Civilization, Kulalumpur) and the United States (American Islamic College, Chicago).

He is the co-recipient of the 2003 UNESCO Felix Houphoet Boigny Peace Prize for Contribution to World Peace and recipient of the International Council of Christians and Jews Annual Sir Sternberg Award for exceptional contribution to interfaith understanding.

Dr. Ceric is a member of several local and international scientific organizations and societies, including the Interreligious Council of Bosnia-Herzegovina, the Foundation of Srebrenica-Potočari Memorial and Cemetery, the Council of 100 Leaders of the World Economic Forum, the European Council for Fatwas and Research, World Conference of Religions for Peace, the Executive Committee of the European Council of Religious Leaders, the Board of Trustees of International Islamic University Islamabad, the Sharia'h Board of Bosnia Bank International, the Fiqh Academy in Mecca, Aal Albayt Foundation for Islamic Thought in Jordan, International Commission for Peace Research chaired by dr. Henry Kissinger, UNESCO and Executive Council of World Forum of Ulama.

He has delivered numerous lectures and led several workshops on interreligious and interfaith issues at local and international conferences.

He authored «Roots of Synthetic Theology in Islam»; «A Choice Between War and Peace», and «European Muslim Declaration» among other numerous publications in Bosnian as «Religion, Nation and Homeland”.

He speaks fluently Arabic and English.

Gijs M. de VRIES

Date of birth: 22 February 1956

Place of birth: New York (USA)

Civil State: married, two children

Nationality: Dutch

Education: MA, Political Science, University of Leiden, The Netherlands (1981)
Postdoctoral Summer School, European University Institute, Florence, Italy (1981)
Leadership Seminar, School of Foreign Service, Georgetown University, Washington DC (1993)

Career History

Current: Counter-Terrorism Co-ordinator, European Union, Brussels

2004: Ambassador of the Netherlands (special assignment: creation of European Foreign Service), The Hague

2002-2003: Representative of the Government of the Netherlands at the Convention on the Future of the European Union, Brussels

1998-2002: Deputy Minister of the Interior, The Hague

1994-1998: Leader of the Liberal and Democratic Group in the European Parliament

1984-1994: Member of the European Parliament

- Chairman of the Atlantic Association of the Netherlands (1991-1997)
- Chairman of the European Parliament's Delegation for Relation with Canada (1989-1992)
- Co-founder of the Transatlantic Policy Network

1981-1984: Member of the Leiden City Council

1981-1984: Lecturer in International Relations, Faculty of Law, University of Leiden, The Netherlands

Honours

1996: Commander in the Order of Merit of the Hellenic Republic

Hubert Feichtlbauer

Persönliches:

- geboren als Postbeamtensohn 1932 in Obernberg am Inn, OÖ.
- verheiratet mit der Arztenstochter Marietta F. geb. Lugmayr seit 1956
- zwei Töchter (1957, 1959), ein Sohn (1963); sieben Enkelkinder
- Wohnung: A 1190 Wien, Sieveringer Straße 41-43
- Tel./Fax +43 (0)1 320 4234, e-mail: h. feichtlbauer@chello.at

Bildungsweg:

- Volksschule Obernberg, Gymnasium Ried im Innkreis
- Universität Wien (Dr. rer. pol., Dipl.Dolm. 1955) und 1951/52
- St. Louis University, St. Louis, Mo., USA (Fulbright-Stipendiat)

Berufsweg:

- Regionalzeitungen in Oberösterreich 1955-60
- "Linzer Volksblatt" (Leiter Innenpolitik) 1960-65
- "Salzburger Nachrichten" (Leiter Innenpolitik) 1965-70
- Nachrichtenmagazin "Wochenpresse" (Chefredakteur) 1970-72
- Tageszeitung "Kurier" (Chefredakteur 1972-75,
- USA-Korrespondent in Washington 1976-78)
- Katholische Wochenzeitung "Die Furche" (Chefredakteur) 1978-84
- Wirtschaftskammer Österreich (Leiter der Presseabteilung) 1984-92
- Leiter von Fernsehdiskussionen 1978-90, Drehbuchautor TV-Dokus
- Pension 1992, seither freelancer, Gastkommentator für "Die Furche"

Buchautor:

- "Der Computer macht´s möglich" (für technisch Unbegabte) 1978
- "Der Astand der Lämmer" (über Kirchenreform) 1995
- "Zerbricht die Kirche?" (Zukunft der katholischen Kirche) 1999
- "Der Fall Österreich" (Nationalsozialismus und Rassismus) 2000
- "The Austrian Dilemma" (englische Übersetzung davon) 2001
- "Josef Pühringer" (Porträt des oö Landeshauptmanns) 2002
- "Franz König" (Der Jahrhundert-Kardinal) 2003

- „Neuer Papst – Hoffnung für wen?“ 2005

Sonstige Tätigkeiten:

- Vorträge und Diskussionen zu den Themenbereichen
- Massenkommunikation, Politik, kath. Soziallehre, Kirchenreform
- mehrmals Mitglied im Österreichischen Presserat
- Europa-Präsident a.D. der Katholischen Weltunion der Presse (UCIP)

Minister Rikke Hvilshøj

Minister of Refugee, Immigration and Integration Affairs (Venstre – the Danish Liberal-Democratic Party)

Born 5 May 1970 in Aarhus, daughter of Søren Hvilshøj BSc (econ.) and Executive Secretary Ritta Bang.

Education: MSc (econ.) from University of Copenhagen, 1997.

2005: Minister of Refugee, Immigration and Integration Affairs, 18 February 2005.

2004: The Venstre Party's Finance Spokesman.

2003: Chairperson, Folketinget (the Danish Parliament) Business Affairs Committee

2001: Deputy Chairperson, Managing Committee, the Venstre Party's Parliament Group

2001: The Venstre Party's Business Spokesman.

2001: Member of the Venstre Party's Managing Committee

1998-2001: The Venstre Party's Spokesman for Housing and Equality.

1998: Member of the Venstre Party's Group Committee.

1998: Member of Folketing for Vestre Storkreds (electoral district in Copenhagen) from 11 March 1998.

1998-2002: Deputy Mayor, Frederiksberg Municipality.

1993-2002: Member of Municipal Board, Frederiksberg Municipality.

1996: Parliamentary candidate for the Venstre Party, Slotskredsen (electoral district in Copenhagen).

LEBENSLÄUFE

1992-94: Chairperson for VU-Storkøbenhavn (Young Venstre, Greater Copenhagen).

1990-92: Chairperson for VU-Frederiksberg (Young Venstre, Frederiksberg).

1989: Graduated from N. Zahles High School.

HR Mag. Franz Kangler

Superior und Direktor St. Georgs-Kolleg Istanbul

HR Mag. Franz Kangler, Superior und Direktor des österreichischen St. Georgs-Kollegs in Istanbul, wurde am 27.5.1950 in Graz geboren. Er besuchte das Pestalozzi-Realgymnasium und legte dort 1968 die Reifeprüfung ab. Im gleichen Jahr schloss er sich der katholischen Priestergemeinschaft der Lazaristen an und begann nach dem einjährigen Noviziat 1969 das Studium der katholischen Fachtheologie sowie der Anglistik an der Universität Graz, das er mit der jeweiligen Lehramtsprüfung für höhere Schulen beendete. Am 30.6.1974 wurde er von Bischof Johann Weber zum Priester geweiht.

Am 1.9.1977 kam er als Lehrer für Englisch an das St. Georgs-Kolleg in Istanbul. Seit dem Jahr 1983 ist er Superior der Lazaristengemeinschaft und trägt die Verantwortung als Vertreter des Schulerhalters. Mit gleichem Datum wurde er auch zum Direktor des österreichischen St. Georgs-Kollegs ernannt. In den Jahren von 1994 bis 2003 war er zusätzlich auch Provinzial der österreichischen Lazaristen-Provinz. Im April 2000 verlieh ihm der österreichische Bundespräsident den Berufstitel Hofrat.

Deniz Karabulut

Geburtsdatum: 24.12.1980

Geburtsort: St. Pölten/Österreich

Wohnanschrift: 3100 St. Pölten, Neugebäudeplatz 4/2/14

Staatsbürgerschaft: Österreich

Schulzeiten: im Jahre 2002 bfi NÖ in St. Pölten (Englisch-Matura)
 1999/8 – 1996/5 Bundeshandelsschule St. Pölten
 1996/5 – 1995/4 Hauptschule der Engl. Fräulein St. Pölten
 1995/4 – 1992/1 Gymnasium der Engl. Fräulein St. Pölten
 1992/1 – 1988/7 Volksschule Radlberg/St. Pölten

Sozialbereich:

(Berater) jetzt – 05.10.05 Beratungsstelle FAIR der VHÖ in Amstetten
 als Sozialberater

(Ehrenamtlich)

jetzt – 2005 Alevitische KulturgmbH in St. Pölten
 als Geschäftsführer
 Alevitischer Kulturverein in St. Pölten
 als Vereinssekretär
 jetzt – 2003 Volkshilfe Österreich
 als Mitglied
 Föderation d. Aleviten Gemeinden in Österreich
 als Vorstandsmitglied und Jugendreferent
 Bund d. Alevitischen Jugendlichen in Österreich
 als Vorsitzender
 Alevitische Jugend Europa
 als Kommissionsmitglied
 jetzt – 2000 Alevitischer Kulturverein in St. Pölten
 als Jugendreferent

	jetzt – 1998	Alevitischer Kulturverein in St. Pölten als Mitglied
(Trainer)	jetzt – 2004	Beratungsstelle FAIR der VHÖ in St. Pölten Deutschkurse für MigrantInnen auf Honorarbasis
	2004 – 2002	Alevitischer Kulturverein in St. Pölten Deutschkurse für MigrantInnen auf Honorarbasis
	2002 – 1998	Alevitischer Kulturverein in St. Pölten Nachhilfe für Volks- u. HauptschülerInnen auf Honorarbasis
(Betreuer)	jetzt – 2002	Vers. Vereine u. soziale Einrichtungen der Stadt St. Pölten als Sozialbetreuer (ehrenamtlich)
	jetzt – 2000	Alevitischer Kulturverein in St. Pölten als Sozialreferent (ehrenamtlich)
Kfm. Bereich:	12/2004 – 03/2003	Hochgerner GesmbH in Innermanzing als kfm. Büroangestellter Ende des DV: Einvernehmlich
	11/2001 – 04/2001	STAG HotelverwaltungsgmbH / IC Wien als Buchhaltungsangestellter Ende des DV: Selbstkündigung
	09/2000 – 03/2000	Objektive Vermögensberatung GmbH als Aussendienstmitarbeiter Ende des DV: Selbstkündigung
	12/1999 – 09/1999	Gusstechnik St. Pölten GmbH als kfm. Büroangestellter Ende des DV: Firmenkonkurs

Weihbischof DDr. Helmut Krätzl

Geboren am 23. Oktober 1931 in Wien.

Theologiestudium an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Wien,

1954	zum Priester geweiht; 2 Jahre Kaplan in Baden b. Wien
1956-60	Zeremoniär des Wiener Erzbischofs Dr. Franz König;
1959	Promotion zum Doktor der Theologie an der Wiener Universität mit einer bibelwissenschaftlichen Dissertation "Die apostolischen Leiden des Hl. Paulus". Nach Seelsorgstätigkeit in Baden bei Wien
1960-63	Studium des Kanonischen Rechts in Rom an der Gregoriana, das mit dem Doktorat abgeschlossen wurde (Dissertation: "Die kirchliche Aufbauanleihe in Österreich". Eine kirchenrechtliche Untersuchung. Herder 1965);
1964-69	Pfarrer in Laa/Thaya und Religionsunterricht an verschiedenen Schultypen.
1969-86	verschiedene Tätigkeiten im Erzbischöflichen Ordinariat in Wien: zunächst als Kanzleidirektor des Ordinariates, später als Generalvikar und zuletzt als Diözesanadministrator während der Sedisvakanz;
Seit 1977	Weihbischof
Seit 1986	Domkapitular von St. Stephan
Von 1987 – 30.9.2004	Bischofsvikar für Katholische Erwachsenenbildung
Seit 1.10.2004	Bischofsvikar für die Belange der Ökumene im Bereich der Erzdiözese Wien In der Bischofskonferenz zuständig für die Erwachsenenbildung, das Österreichische Katholische Bibelwerk, das Seminar für Kirchliche Berufe, und die Ökumene gemeinsam mit Kardinal Schönborn. In der Erzdiözese Wien derzeit zuständig für Katholische Erwachsenenbildung und Ökumene

Veröffentlichungen:

- "Fragen aus der Zeit". Eine Sammlung von Radioansprachen und Predigten: Herold 1978. Erweiterte Auflage in polnischer Übersetzung im Pax Christi-Werk Janineum 1988.

- "Du legst deine Hand auf mich". Gedanken zur Firmung. St.Gabriel 1992 (mit Beiträgen von M.Gutl und L.Mayer-Skumanz)
- "Gott aber ist anders". Über Leiden, Tod und Auferstehung. Herder 1994
- "Kirche im Zeitgespräch". Eine Sammlung von Glossen, erschienen in der Wochenzeitung "Die Furche" (1988-1996). Otto-Müller-Verlag 1996
- "Im Sprung gehemmt". Was mir nach dem Konzil noch alles fehlt. Verlag St.Gabriel, 1998
- „Neue Freude an der Kirche“. Ein engagiertes Bekenntnis. (Hoffnungen und Sorgen nach 70 Lebens- und 25 Bischofsjahren.) Verlag Tyrolia, 2001

Dr. Eleonore Lappin

geb. 1951 in Wien. Studium der Deutschen, Englischen und Vergleichenden Literaturwissenschaften sowie der jüdischen Geistesgeschichte in den USA und Israel.

1982 bis 1986 Lehrbeauftragte für deutsche Sprache an der Universität Tel Aviv sowie

1983 bis 1986 Assistentin an der deutschen Abteilung der Hebräischen Universität in Jerusalem. Seit 1989 Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Juden in Österreich, seit

1995 Lehrbeauftragte für Zeitgeschichte an der Karl Franzens Universität Graz.

Forschungsschwerpunkte: jüdische Geschichte des deutschsprachigen Raums, insbesondere des Zionismus und der Judenverfolgungen in Österreich. Projekte: Erinnerungen österreichischer Juden, Presseforschung, Ungarisch-Jüdische ZwangsarbeiterInnen.

Herausgeberschaften

- Studien zur Geschichte der Juden in Österreich, Band 2. Berlin-Bodenheim/Mainz 1998 (gem. mit Martha Keil)
- Erinnerung als Gegenwart. Jüdische Gedenkkulturen. Berlin-Wien 2000 (gem. mit Sabine Hödl)
- Jüdische Gemeinden - Kontinuitäten und Brüche. Berlin-Wien 2002
Christoph Lind, es gab so nette Leute dort. Die zerstörte jüdische Gemeinde St. Pölten. St. Pölten 1998
- Gerhard Milchram, Heilige Gemeinde Neunkirchen. Eine jüdische Heimatgeschichte. Wien 2000
- Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus. Band 13 der Reihe "Österreichische und internationale Literaturprozesse" (hg. von Herbert Arlt Röhrig). St. Ingbert 2001 (gem. mit Bernhard Schneider)

Publikationen

- Rechnitz gedenkt der Opfer der NS-Herrschaft. In: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes 1992, S. 50-70
- Das Schicksal ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter in Wien 1944/45. In: Martha Keil und Klaus Lohrmann (Hg.), Studien zur Geschichte der Juden in Österreich. St. Pölten 1994, S. 140-165

- Juden in Wien. In: Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien, Katalog zur 217. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien. Wien 1995, S. 57-69
- Das Judentum. In: Christian Hantschk (Hg.), Religionen. Ein Friedensbuch für Kinder ab 12 Jahren, S. 52-72
- Der Weg ungarischer Juden nach Theresienstadt. In: Theresienstädter Studien und Dokumente 1996, S. 52-81
- Prozesse der britischen Militärgerichte wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern in der Steiermark. In: Rudolf G. Ardelt und Christian Gerbel (Hg.), Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Innsbruck-Wien 1997, S. 345-350
- Das Schicksal der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter in Österreich 1944/45. In: Studien zur Geschichte der Juden in Österreich, Band 2. Hg. Von Martha Keil und Eleonore Lappin. Berlin-Bodenheim/Mainz 1998 S. 141-168
- Die Ahndung von NS-Gewaltverbrechen im Zuge der Todesmärsche ungarischer Juden durch die Steiermark. In: Winfried Garscha, Claudia Kuretsidis (Hg.), Keine Abrechnung. Wien 1998, S. 32-52
- Opfer als Zeugen in Gerichtsverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen: Ein unterbliebener Opfer-Täter-Diskurs. In: Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb (Hg.), Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997. Innsbruck-Wien 1998, S. 330-336
- Zwischen Tradition und Neubeginn. Die Beziehungen zwischen Österreich und dem jüdischen Palästina 1918-1938. In: Das Jüdische Echo 1998.
- Zionistische Jugendbewegung als Familienersatz? In: Sabine Hödl und Martha Keil (Hg.), Die jüdische Familie. Berlin-Bodenheim/Mainz 1999, S. 125-143
- The Death Marches of Hungarian Jews Through Austria in the Spring of 1945. In: Yad Vashem Studies XXVIII (2000), S. 203-242 (auch auf Hebräisch erschienen)
- Jüdische Moderne zwischen Partikularismus und Universalismus dargestellt anhand Martin Bubers Monatsschrift "Der Jude" (1916-1928), Tübingen 2000
- Jüdische Jugendbewegung als Familienersatz?. In: Sei stark und mutig! Jüdische Jugendbewegungen, Begleitband zur Ausstellung hg. von Naomi Lassar im Auftrag des Jüdischen Museums Wien. Wien 2001, S. 82-115
- Todesmärsche durch den Gau Oberdonau. In: Siegfried Haider und Gerhard Marckhgott (Red.), Oberösterreichische Gedenkstätten für KZ-Opfer. Linz 2001, S. 77-92;

- Der Jude - Jewish Renaissance in Central Europe. In: Susanne Martnes-Finnis, Matthisas Uecker (Hrsg.), Berlin, Wien, Prag. Moderne, Minderheiten und Migration in der Zwischenkriegszeit / Modernity, Minorities and Migration in the Inter-War Period. Bern-Berlin-Bruxelles-Frankfurt/Main-New York-Oxford-Wien 2001, S. 255-270
- Überlegungen zu jüdischer Erziehung in Martin Bubers Monatsschrift Der Jude. In: Menora - Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 12 (2001), S. 259-284
- The Position of Martin Buber's Monthly Der Jude within the Zionist Movement. In: World Union for Jewish Studies (ed.), Proceedings of the Twelfth World Congress of Jewish Studies, Division E, Contemporary Jewish Society. Jerusalem 2001, S. 33-44
- Martin Buber: Zionismus und Chassidismus. In: Manfred Voigts (Hg.), Von Enoch bis Kafka. Festschrift für Karl E. Grötzinger. Wiesbaden 2002, S. 183-204
- Die Normalisierung der Besonderheit: Amnon Rubinsteins Geschichte des Zionismus. In: Im Gespräch. Hefte der Martin Buber-Gesellschaft, Nr. 5 (2002), S. 82-85
- Geschichte des Antisemitismus. In: Heimo Halbrainer (Hrsg.), "Feindbild Jude". Zur Geschichte des Antisemitismus. Graz 2003 (=Historische und gesellschaftspolitische Schriften des Vereins CLIO, Band 1), S. 25-35
- Das Massaker an ungarischen Juden am Prãbichl. In: ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus (Hg.), Spurensuche. Steirische Gedenkprojekte 1933-1945. Graz 2003, S. 36-41
- Die Todesmärsche ungarischer Juden nach Mauthausen und Gunskirchen. In: Mauthausen Memorial
- Die Rolle der Waffen-SS beim Zwangsarbeitseinsatz ungarischer Juden im Gau Steiermark und bei den Todesmärschen ins KZ Mauthausen (1944/45). In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Jahrbuch 2004, Schwerpunkt: Mauthausen, S. 77-112
- Die Todesmärsche ungarischer Juden durch den Gau Steiermark. In: Gerald Lamprecht (Hg.), Jüdisches Leben in der Steiermark. Marginalisierung, Auslöschung, Annäherung. Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004, S. 263-290
- Der Zwangsarbeitseinsatz und die Todesmärsche ungarischer Jüdinnen und Juden in Österreich 1944/45. In: Christian Gmeiner (Hg.), Mobiles Erinnern. Gedenken zum Todesmarsch ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter. Krems 2005
- Liebe zum Volk - Liebe zum Land. Zur Entwicklung von Martin Bubers zionistischer

Ideologie. In: Eveline Goodman-Thau, Fania Oz-Salzberger (Hg.), Das jüdische Erbe Europas. Krise der Kultur im Spannungsfeld von Tradition, Geschichte und Identität, Berlin, Wien 2005, S. 183-202

Frühe Arbeiten

- Sicherheit ist nirgends. In: Studies in Contemporary Judaism, Oxford University Press (1986)
- Beiträge zum jüdischen Selbstverständnis in Wien. In: Die Gemeinde (1987)
- Voll Leben und voll Tod ist diese Erde. In: AZ (1988)
- Jewish Historiography in Austria Today. In: Studies in Contemporary Judaism, Oxford University Press (1990)
- Die jüdische Minderheit in einer christlichen Umwelt. In: Konferenz europäischer Kirchen (Hg.), Nationale Minderheiten und religiöse Identität, Genf 1991, S. 27-31

Sueli Menezes

Sueli Menezes verbrachte die ersten Jahre ihrer Kindheit im brasilianischen Regenwald. Ihr richtiges Geburtsdatum ist unbekannt. Familienname und Geburtsdatum bekam sie von Behörden in Manaus, wo sie zur Schule ging.

Laut ihrer Dokumente ist sie 38 Jahre alt.

Als sie ca. 13 Jahre alt war verschwand ihr Pflegervater und sie musste als Dienstmädchen arbeiten, um die Schule bezahlen zu können.

1988 lernt sie einen österreichischen Kameramann in Manaus kennen und kam mit ihm nach Wien, wo sie heiratete und ihr zweites Kind bekam.

Sie lernte Deutsch und Spanisch und arbeitete später als Übersetzerin.

Nach zehn Jahren Ehe kam die Scheidung.

2003 begann sie ihre Lebensgeschichte niederzuschreiben und veröffentlichte 2004 ihr autobiografisches Buch „Amazonaskind“, welches zu einem Bestseller wurde.

Ein weiterer Roman und ein Kinderbuch sollen demnächst erscheinen.

Zurzeit arbeitet sie an einem neuen Buch, das sich mit der Abholzung des Amazonas-Regenwaldes beschäftigt.

Sueli Menezes ist vielseitig tätig. Sie entwirft Modeschmuck, malt und liebt es Neues zu entdecken.

Sie gründete 2004 einen Verein zur Unterstützung armer Kinder in ihre Heimat. Weiters baut sie gerade eine Berufsschule in einem kleinen Dorf am Amazonas.

Heute lebt sie mit dem Jüngsten ihrer zwei Söhne in Niederösterreich.

Ihr Lebensmotto lautet: „Jeder von uns hat seine Geschichte, aber jeder von uns besitzt die Gabe glücklich zu sein.“

Hüseyin Özçelik

Geburtsdatum und -ort:	15. Oktober 1976, in Wien
Familienstand:	ledig
Schulbildung:	Sept 1987 – Juni 1991 Volksschule in Wien 4 Sept 1991 – Juni 1996 Gymnasium (Unterstufe) in Wien 4 Sept 1991 – Juni 1996 HTL für Elektronik in Wien 10
Studium:	Okt 1996 – Juni 2001 Diplomstudium der Elektrotechnik mit Studienzweig Nachrichten- und Informationstechnik an der TU Wien Juni 2001 – Dez 2004 Dissertation am Institut für Nachrichtentechnik und Hochfrequenztechnik der TU Wien im Bereich der Mobilkommunikation zum Thema 'Indoor MIMO Radio Channels' Dez 2005 Promotion unter den Auspizien des Bundespräsidenten (Promotio sub auspiciis Praesidentis rei publicae) Seit Okt 1998 Diplomstudium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien
Berufserfahrung:	Aug 1993 Praktikum bei Phillips Wien Aug 1994 Praktikum bei Kabelwerke Siemens Juni 2001 – Mai 2005 Vertragsassistent am Institut für Nachrichtentechnik und Hochfrequenztechnik der TU Wien Seit Mai 2005 Unternehmensberater
Hobbies:	Sport, Familie, ehrenamtliches Engagement in einem türkischen Sozialverein

Violet Al Raheb M.A. (Viola Raheb)**Persönliche Daten**

Geburtsdatum	02.10.1969
Geburtsort	Beit Jalla/ Palästina
Familienstand	Verheiratet
Kinder	Ein Sohn (2 Jahre)
Staatsangehörigkeit	Österreichische

Ausbildung

1995	Magister Artium Hauptfach: Erziehungswissenschaften Nebenfächer: Evangelische Theologie & Anglistik Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg/Deutschland
------	--

Berufliche Tätigkeiten

März 1995- Dezember 1998	Internationales Begegnungszentrum Bethlehem Leiterin der Abteilung für Erwachsenenbildung und Öffentlichkeitsarbeit.
September 1995- November 1998	Evangelische Lutherische Kirche in Jordanien und Palästina Stellvertretende Schurätin
Dezember 1998- September 2002	Evangelische Lutherische Kirche in Jordanien und Palästina Schulrätin
Aufgaben:	Organisatorische und pädagogische Koordination der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schulen Beurteilung der Arbeit der Schulleiter. Planung & Monitoring des Gesamtbudgets des Schulwerkes. Entwicklung und Durchführung von Lehrerfortbildungen. Entwicklung von Schüler- und Lehrerhandbüchern. Erstellung von Jahresberichten und „progress reports“. Projektbeantragung und Begleitung der Durchführung. Fundraising Öffentlichkeitsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.

September 02- bis dato	Freiberufliche Konsultantin (Beraterin) und Bildungsreferentin
Medienarbeit	
Dezember 1999-März 2000	Leitung der Presse und Öffentlichkeitsarbeit der Jubiläumspilgerreise des Papstes in das Heilige Land (Palästinensische Gebiete).
April 1995-September 2002	Betreuung von ausländischen Journalisten in Bethlehem
Seit	Verschiedene Auftritte in Rundfunk und Fernsehen u.a. in ORF, Ö1, WDR, ZDF, ARD, SWR, DLF, DW
Wissenschaftliche Mitarbeit	
1995-1999	Mitglied des Internationalen Teams der Universität von Edinburgh zur Untersuchung der Christlich-Muslimischen Beziehungen in USA, Nahen-Osten, West Afrika und Südostasien zur Fragestellung „Christian Theological Formation in Muslim Societies“
Consulting	
April-Juni 2003	Evaluierung des Sonderprogramms "Westsahara / Projekt 1220" für das Österreichische Nord-Süd Institut Für Entwicklungszusammenarbeit.
Februar 05- bis dato	Konsultantin im Rahmen des Together-Projekts ‚Psychosocial Support for Children and Families in Iraq‘ für die Austrian Development Agency (EZA-Vertrag 2223-01/2005-Irak).
Ehrenamtliche Tätigkeiten	
September 1995- September 2002	Education for Awareness and Involvement Programm Koordinatorin bzw. Leiterin.
Dezember 1998-September 2002	Internationales Begegnungszentrum Bethlehem Koordinatorin der Abteilung für Erwachsenenbildung
Kenntnisse und Fähigkeiten	
Sprachen:	Arabisch (Muttersprache), Englisch, Deutsch & Griechisch
EDV Kenntnisse:	Fundierte PC-Kenntnisse, insbesondere Erfahrung mit Textverarbeitung Word 5.0, Microsoft Excel und Internet

Mitgliedschaften

März 1994 – März 95	Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Vorsitzende
März 1995 – bis dato	Al-Liqa' Center - The Center for Religious and Heritage Studies in the Holy Land. Mitglied der Redaktionskreis des arabischen Journals & Mitglied des Komitees für Kontextuelle Theologie
Juni 1996 – bis dato	Mittelost Kirchenrat Mitglied der Beratungskommission für Menschenrechte & lokale Koordinatorin für Palästina in Fragen der Menschenrechte.
Dezember 1998 – Oktober 02	Evangelische Lutherische Kirche in Jordanien und Palästina Mitglied der Synode.
1998 – bis dato	Weltkonferenz der Religionen für den Frieden (WCRP) Mitglied des „Advisory Council“ für die Ständige Kommission für Friedenserziehung.
Juni 1999 – Dezember 02	Erziehungsministerium der Palästinensischen Autonomie Behörde Mitglied des nationalen Komitees für Lehrplanentwicklung/Fach Christlicher Religionsunterricht.
1999 - bis dato	Oslo Coalition on Freedom of Religion or Belief Mitglied der Beratungskommission
August 1998 - März 2000	Higher Ministerial Commission for Church Affairs Koordinatorin der Verhandlungen des Grundsatzvertrages zwischen der PLO und dem Vatikan.
Januar 2002- bis dato	Weltkirchenrat Mitglied der Beratungskommission des ÖRK für die Dekade zur Überwindung von Gewalt.

Publikationen (auswahl)

- „Geboren zu Bethlehem - Notizen aus einer belagerten Stadt“ ISBN 3-932528-23-9
- „ Im Lande der verlornten Kindheit“, in: *Von Nazareth bis Bethlehem: Hoffnung und Klage Mit einem Forschungsbericht von Saleh Srouji, Tübinger Perspektiven zur*

Pastorltheologie und Religionspädagogik. LIT Verl., 2002.

- „Öffnet die Tore der Gerechtigkeit“, ibd.
- „Identity and future of Christians in the Holy Land“, ibd.
- „Wenn die Rationalität versagt“, in *Palästina Journal, Zur Frage der palästinensischen Schulbücher*. 2001
- „Bildung ist ein Weg zur Veränderung“- Die Schularbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanian, in: *Seht, wir gehen hinauf nach Jerusalem-Festschrift zum 150Jährigen Jubiläum von Taltha Kumi und des Jerusalemvereins* Leipzig: Evang. Verl.-Anst., 2001.
- „Religiös-politische Indoktrination oder tolerant gelebter Glaube als Grundlage der Erziehung- das Spannungsfeld bei religiös getragenen Schulen im Nahen Osten“, in : *Spiritualität und ethische Erziehung- Erbe und Herausforderung der Religionen, Pädagogische Beiträge zur Kulturbegegnung Band 20 EB-Verlag 2001*.
- „Frauen in der Palästinensischen Gesellschaft heute:“, in *Bibel und Kirche, 54. Jahrgang 3/1999*.
- „Bildung als Herausforderung“, in: *Palästina Verstehen 40/1998*
- „Leben mit der Angst“, in: *Israel 1998*.
- „The Issue of Land in Modern Arabic Greek Orthodox Writings“, in: *Al Liqa Journal 1997*.
- „Zwischen nationaler Identität und Geschlechterkampf“, in: *Naher Osten-Ferner Frieden?: Israel Palästina. Probleme des Friedens. Politische Schriftenreihe 1996/4, Komzi Vlg. 1997*.
- „Das Schulsystem in Palästina“ & „Bildung ist ein Weg zur Veränderung. Der Einfluss der Politik auf das Bildungssystem in Palästina.“, in *Verwurzelt im Heiligen Land Einführung in das Palästinensische Christentum*, Frankfurt 1995.

Prof. Dr. Mathias ROHE

Juristische Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Zur Person

- 12.10.1959 Geboren in Stuttgart
- 1978 Abitur am Württemberg-Gymnasium Stuttgart-Untertürkheim;
Scheffelpreis für die besten Leistungen im Fach Deutsch; Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes
- 1978-79 Arbeit als Koch in Saudi-Arabien; Orientaufenthalte
- 1979-81 Zivildienst Evangelische Familienferienstätte Gomadingen
- 1981-88 Studium der Jura in Tübingen; 1. Staatsexamen
- 1981-89 Studium der Islamwissenschaften in Tübingen und (1984-85) in Damaskus;
Magisterabschluß mit einer Arbeit über klassisches Islamisches Recht (Die Behandlung des Diebstahls nach den Vier Schulen)
- 1988-1993 Mitarbeiter von Prof. Dr. Dietrich Rothoefl/Universität Tübingen
- 1989-92 Juristischer Vorbereitungsdienst in Tübingen; 2. Staatsexamen
- 1990-1995 Abhaltung von Kursen im deutschen Recht für ausländische Juristen in Zusammenarbeit mit dem DAAD und dem Justizministerium Nordrhein-Westfalen
- 1993 Promotion zum Dr. iur. mit einer Arbeit über Internationales Privatrecht (Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatuts); Auszeichnung mit dem Förderpreis der Reinhold-und-Maria-Teufel-Stiftung
- 1993-1997 Wissenschaftlicher Assistent von Prof. Dr. Wernhard Möschel/Universität Tübingen
- Februar 1997 Habilitation für die Fächer Bürgerliches Recht, Internationales Privat- und Verfahrensrecht, Rechtsvergleichung und Europarecht;
Habilitationsschrift zum Thema "Netzverträge - Rechtsprobleme komplexer Vertragsverbindungen"
- Sommer 1997 Lehrstuhlvertretungen in Augsburg und Potsdam
- September 1997 Ruf an die Juristische Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg (Professur für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung)
- Juli 1999 Ruf auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung ebenda

- seit 1.1. 2001 Richter am OLG Nürnberg im Nebenamt
- Oktober 2004 Ablehnung eines Rufes an die Juristische Fakultät der Universität Tübingen (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung)
- 1990- Veröffentlichungen zum Bürgerlichen Recht, zum Internationalen Privatrecht, zur Rechtsvergleichung, zum Europarecht und zum Zivilverfahrensrecht, zum Islamischen Recht und zu den Islam betreffenden Rechtsfragen
- 1991- Zahlreiche Vorträge zu juristischen und islamwissenschaftlichen Themen
- 1975- Orientaufenthalte in folgenden Ländern: Marokko, Tunesien, Ägypten, Sudan, Türkei, Azarbaijan, Syrien, Libanon, Israel/Palästina, Jordanien, Saudi-Arabien, Yemen, Oman, Afghanistan

Mitbegründer und seit Oktober 2001 Vorsitzender der Gesellschaft für arabisches und islamisches Recht (GAIR); Mitglied der Zivilrechtslehrervereinigung, der Bankrechtlichen Vereinigung - Wissenschaftliche Gesellschaft für Bankrecht, der Gesellschaft für Rechtsvergleichung, der Wissenschaftlichen Vereinigung für Internationales Verfahrensrecht, der Juristischen Gesellschaft Mittelfranken zu Nürnberg, des Rheinischen Internationalen Juristenvereins, des Deutschen Hochschulverbandes, der Society of European Contract Law (SECOLA), des christlich-islamischen Arbeitskreises Erlangen und der Deutsch-Türkischen Juristenvereinigung; Mitglied des Kuratoriums des Nah- und Mittelostvereins (NuMOV).

Arbeitsgebiete im Schwerpunkt:

Islamisches Recht, insbesondere seine Entwicklung in der Gegenwart, die rechtliche Stellung des Islam in Deutschland und Europa

Deutsches und internationales Kredit- und Kreditsicherungsrecht, Bankrecht

Rechtsverhältnisse komplexer Vertragsverbindungen

Deutsches und internationales Haftungsrecht

Rechtsangleichung im Internationalen Privatrecht

Familie

Verheiratet seit 1983 mit Mechthild geb. Hesse

1989 Geburt der Tochter Miriam

1995 Geburt der Tochter Rebekka

Anas SCHAKFEH

Anas Schakfeh wurde 1943 in Syrien geboren, 1963 absolvierte er die Reifeprüfung in Damaskus. In den Jahren 1963 bis 1965 besuchte er das islamisch-theologische Seminar in Hama. Im September 1965 folgt die Einreise nach Österreich und das Studium der Medizin und Arabistik an der Universität Wien. Nach der Dolmetscherprüfung 1977 wird Schakfeh gerichtlich beeideter Dolmetscher der arabischen Sprache. Von 1978 bis 1985 ist er Leiter eines arabischen Sprachkurses im Afro-Asiatischen Institut in Wien.

Ab 2000 Präsident der Glaubensgemeinschaft

1980 wird Schakfeh österreichischer Staatsbürger, von 1984 bis 1998 ist er AHS-Lehrer für islamische Religion (BRG Wien I, Schottenbastei). Ab 1987 ist Schakfeh Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinde Wien (für Wien, Niederösterreich und Burgenland). Von 1997 bis 1999 ist er Geschäftsführender Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, seit September 1998 Fachinspektor für den islamischen Religionsunterricht. Seit 15. Jänner 2000 ist Anas Schakfeh Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich.

Zahlreiche Veröffentlichungen

Schakfeh ist Autor zahlreicher Publikationen und hat zahlreiche Veröffentlichungen in arabischsprachigen Zeitungen und deutschsprachigen Zeitschriften. Seit 1980 Sprecher mit eigenem Vortrag der Sendung „Stimme des Islam“ im ORF (Radio und TV).

Dr. Gerhard SCHWARZ

Universitätsdozent für Philosophie (Wien) und für Gruppendynamik (Klagenfurt)

Mehrdimensionale Ursachenforschung

Geboren	6. Oktober 1937 in Wien Studium der Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften und Philosophie an der Universität Wien
1958 – 1960	Ausbildung zum Trainer für Gruppendynamik bei Traugott Lindner
1961	Promotion zum Dr. phil. mit einer Dissertation über „Humor und Liebe“
1961 – 1971	Assistent am Philosophischen Institut der Universität Wien bei Erich Heintel. Daneben Forschungs- und Lehrtätigkeit in Gruppendynamik, Transzendentalphilosophie sowie Religionsphilosophie
1970	Habilitation an der Universität Wien in „Philosophie“ mit der Arbeit über „Raum und Zeit als naturphilosophisches Problem“, Herder, 1972, dafür Kardinal Innitzer Preis 1971
seit 1971	Privatgelehrter mit Lehraufträgen an der Universität Wien und an verschiedenen anderen Universitäten sowie Lehr- und Forschungstätigkeit im Bereich der Organisationsentwicklung und des Konfliktmanagements
seit 1972	Mitglied des European Institute for Transnational Studies in Group- and Organizationdevelopment (EIT), Mitglied und Lehrtrainer ÖGGO
1970 – 1980	Dozent für Ausbildungsfragen an der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in Bonn – Bad Godesberg
1972 – 1978	Gastdozent an der Wirtschaftsuniversität Wien
seit 1967	Mitglied der Hernstein Fakultät für Gruppendynamik, Gesellschaftspolitik und Management
seit 1970	Gesellschafter der Intermanagement Sozialforschung und Organisationsentwicklung Gesellschaft mbh Entwicklung der Methode der „mehrdimensionalen Ursachenforschung“ für die Erkenntnis der Bedeutung von Produkten und ihre Relation zur Sozialstruktur
seit 1977	Konfliktmanagement in Ost-Afrika
1979	Habilitation aus „Gruppendynamik“ in Klagenfurt mit einer Arbeit über ‚Die Heilige Ordnung‘ der Männer“, Westdeutscher Verlag, 1985, 4. Auflage 2005

1982 – 1986 Mitglied des Konsumentenbeirates der Volkswagen A.G., Wolfsburg

weitere Publikationen:

„Was Augustinus wirklich sagte“

Molden, 1969

„Was Jesus wirklich sagte“

Molden, 1971, 2. Auflage va bene 2000

„Gruppendynamik für die Schule“

(Hrsg.) Jugend & Volk Verlag, Wien, 1974

„Anthropologie des Fernsehens“

Wien, 1980

„Konfliktmanagement“

Gabler Verlag, Wiesbaden, 1990 7. Auflage 2005

Laufend: Motiv- und Produktforschung im Bereich Versicherung, Bank, Industrie.
Konfliktinterventionen und Organisationsentwicklungsmaßnahmen im
Bereich der Wirtschaft und Verwaltung.

Seit 2001 Moderator der Sendung „Philosophicum“ im ORF

Dr. Michael STAIKOS

Der seit 1964 in Wien lebende Dr. Michael Staikos wurde 1946 in Athen geboren. Nach dem Theologiestudium in Thessaloniki erhielt er 1977 die Priesterweihe und 1985 die Bischofweihe. 1991 übernahm er die Seelsorge und Leitung der Griechisch-Orientalischen Metropole von Austria. Metropolit Staikos ist auch Exarch von Ungarn und Mitteleuropa.

Mag. Herwig STURM

Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich

Vorsitzender des Evangelischen Oberkirchenrates A.u.H.B. in Österreich

Seit 1.1.2006: Vorsitzender des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

Mag. Sturm wurde 1942 in Lilienfeld/NÖ geboren. Nach Beendigung seiner Schulzeit in Salzburg und des Studiums in Wien, Heidelberg und Zürich war Sturm als Vikar in Zell am See und Lienz tätig. In Lienz übernahm er auch seine erste Pfarrstelle, die er 13 Jahre innehatte, bevor er im Jahr 1980 eine Pfarrstelle in Klagenfurt übernahm. 1988 wurde Herwig Sturm zum Superintendenten der Diözese Kärnten/Osttirol gewählt.

Mag. Herwig Sturm wurde am 2. Oktober 1995 von der Synode zum Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich gewählt. Der Amtsantritt erfolgte am 1. Jänner 1996.

Sturm ist verheiratet und hat drei Kinder.

Bassam Tibi

Bassam Tibi, arabisch: بسام طيبي (geb. 4. April 1944 in Damaskus) ist ein deutscher Politologe und seit 1973 Professor für Internationale Beziehungen an der Georg-August-Universität Göttingen. Zudem ist er A.D. White Professor an der Cornell University, USA. Bassam Tibi ist Mitbegründer der „Arabischen Organisation für Menschenrechte“, المنظمة العربية لحقوق الانسان (al-munazzama al-'arabiya li-huquq al-insan). Darüber hinaus ist er Mitträger des „Islamisch-Jüdischen Dialogs“ und des „Cordoba-Triologs“ für den jüdisch-islamisch-christlichen Austausch.

Leben und Werk

Bassam Tibi stammt aus einer alten Damaszener Familie (Banu al-Tibi), ist **sunnitischer Muslim und deutscher Staatsbürger**. Bassam Tibi kam 1963 nach Deutschland und studierte Sozialwissenschaft, Philosophie und Geschichte an der Universität Frankfurt am Main, wo er 1971 auch promovierte. Er habilitierte sich 1981 an der Universität Hamburg.

Neben seiner Professur in Göttingen war er Visiting Scholar und Research Associate an der Harvard-Universität (1982-1993) und Bosch Visiting Professor von 1998 bis 2000. Im Frühjahr 2003 war er Gastprofessor für Islamwissenschaft an der Universität St. Gallen und ist seit Herbst 2003 Jahres Gastprofessor an der Islamischen Universität Jakarta in Indonesien.

Von 1986-1988 hatte er mehrmals Gastprofessuren des Deutschen Akademischen Austausch-Diensts (DAAD) in Asien und Afrika, unter anderem in Khartum im Sudan sowie in Yaoundé in Kamerun. Er hatte eine Harvard-Fellowship und weitere in Princeton und Ann Arbor, (Michigan). Von 1989 bis 1993 war er Mitglied des „Fundamentalismusprojekts“ der „American Academy of Arts and Sciences“. 1994 war Tibi Gastprofessor an der University of California in Berkeley und 1995 und 1998 an der Bilkent Universität in Ankara. Zur Zeit ist er Mitglied des Projekts "Culture Matters" an der Harvard Academy for International Studies, und der Fletcher School an der Tufts University.

Im Rahmen seines umfangreichen **publizistischen Schaffens** hat Tibi mehrere Begriffe geprägt oder mitgeprägt, darunter europäische Leitkultur, Parallelgesellschaft, Euro-

Islam und „Scharia-Islam“. In dem Essay Traum von der halben Moderne, einer kritischen Auseinandersetzung mit den Entwicklungstendenzen der islamischen Staatenwelt, unterscheidet er zwei Aspekte: Zum einen die institutionelle Moderne, welche Wissenschaft und Technik sowie die traditionellen Lebensbereiche besetzt, und zum anderen die kulturelle Moderne, die für freiheitliche Grundwerte, Menschenrechte, Demokratisierung und Chancengleichheit steht. Die halbe Moderne ist demnach eine partielle Modernisierung insbesondere auf den Gebieten Wissenschaft und Technologie bei gleichzeitiger Ablehnung kultureller westlicher Einflüsse.

Angesichts ausgreifender islamistischer Strömungen hat Tibi 1998 in seinem Buch **„Europa ohne Identität“** eine „europäische Leitkultur“ gefordert und im Rahmen der Diskussion über die Integration von Migranten in Deutschland diesen Begriff gegen einen wertneutralen Multikulturalismus ins Feld geführt, auch um der fortschreitenden Ausbildung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken. In diesen Zusammenhang gehört auch seine Forderung, die in die europäischen Staaten eingewanderten Muslime müssten sich zu einem die jeweiligen Rechts- und Verfassungsordnungen ihrer Aufnahmeländer respektierenden Euro-Islam bekennen.

In seinem 2005 erschienenen Werk **„Mit dem Kopftuch nach Europa?“** markiert Tibi deutliche Vorbehalte gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei, die er in der gegenwärtigen Verfassung nicht auf dem Weg in die europäische Wertegemeinschaft sieht. Die mit deutlicher Mehrheit im türkischen Parlament vertretene Partei von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) werde von ihren führenden Repräsentanten zwar als islamisch-konservativ dargestellt, verfolge aber tatsächlich islamistische Ziele. Ein Beleg dafür sei die zunehmende Uniformierung der Frauen unter dem Kopftuch, das nicht mehr vorrangig überkommenes Volksbrauchtum ausdrücke, sondern immer mehr als islamistisches Zugehörigkeitsbekenntnis propagiert und eingefordert werde. Außerdem fördere Erdoğan's Regierung Imam-Hatip-Schulen (Schulen „der predigenden Imame“) als Konkurrenz zu den kemalistisch-laizistischen staatlichen Schulen. Beide Ansätze würden auch in die türkischen Migrantengemeinden insbesondere in Deutschland exportiert und förderten dort die Ausbildung islamistisch geprägter Parallelgesellschaften, die die Scharia (Gottesgesetz) über das jeweilige staatliche Recht stellten. Mit einem Beitritt der Türkei in die EU unter den gegenwärtigen Voraussetzungen verbindet sich daher für Tibi die Gefahr eines Marsches verkappter

Islamisten durch die europäischen Institutionen. Dem hätten die Altmitglieder wegen ihrer multikulturellen Ausrichtung und des zu weit gefassten Toleranzbegriffs wenig entgegenzusetzen.

Allerdings lehnt Tibi eine künftige EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht rundweg ab. Sein Prüfkriterium ist die vollständige Integration und Akzeptanz türkischer Migranten in Deutschland. Zu deren Gelingen müssten beide Seiten mit vereinten Kräften beitragen, indem sie sich von ihrer bisherigen Linie lösen: zum einen die einstweilen fahrlässig uninteressierte deutsche Zivilgesellschaft, zum anderen die ihrerseits noch wenig konstruktiv handelnden politisch und sozial gestaltenden Kräfte in der Türkei. Scharia-Islam und Kopftuch-Uniformierung jedenfalls sind für Tibi geradezu Gegenindikatoren des anzustrebenden Integrationsprozesses.

Im Gelingensfall wäre der Integrationsprozess nach Tibi aber sehr wohl geeignet zu zeigen, dass die Türkei für Europa die ihr bisher nur zuge dachte Brückenfunktion zu anderen islamisch geprägten Gesellschaften ausüben könnte. Dies wird sich aber wohl erst in einem längeren als dem jetzt für den Beitrittsprozess anvisierten Zeitraum erweisen können, schon weil Tibi einstweilen eher hinderliche Tendenzen erkennt und aufzeigt.

Kritik

Manche Kritiker wie der Soziologe Gazi Çağlar werfen Tibi Affinität zu neokonservativen Positionen vor. Das Gerücht, Tibi folge in seinem Buch „Krieg der Zivilisationen“ teilweise der Theorie Samuel Phillips Huntingtons vom Kampf der Kulturen, hält sich hartnäckig. Jedoch ist Tibis Werk ein Jahr vor Huntingtons Schrift publiziert worden.

A. Daniel WEYGANDT

Daniel Weygandt ist seit September 2006 Direktor fuer die deutschsprachigen Laender im US State Department. Davor war Gesandter Weygandt Stellvertretender Botschafter in Wien – von 2001 bis 2004. Bevor er dieses Amt antrat war er Leiter der Wirtschaftsabteilung der US Botschaft in Moskau, wo er von 1998 bis 2001 tätig war. Von 1994 bis 1997 vertrat er die USA als Generalkonsul in Hamburg. Von 1988 bis 1992 arbeitete er als Botschaftsrat für Wirtschaft und als Luftfahrtsattache an der US Botschaft in Bonn.

Vor seiner Stationierung in Bonn war Gesandter Weygandt Stellvertretender Ständiger Repräsentant der US Mission für die UNO-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) in Rom. Im Jahre 1979 begann er seine Laufbahn im State Department. Seine erste Auslandsstelle war als Vize-Konsul von 1980 bis 1981 am Amerikanischen Konsulat in Istanbul.

Alfred Worm

Alfred Worm (* 14. Juni 1945 in Gmünd/Niederösterreich) ist ein österreichischer Journalist.

Von 1974 bis 1994 war der gelernte Bauingenieur Worm Redakteur des "profil", zuletzt stellvertretender Chefredakteur. Seit 1985 ist er Universitätslektor an der Universität Wien. Seit Mai 1994 ist er neben Wolfgang Fellner Chefredakteur von "News".

Publikationen

- "Der Skandal. AKH: Story, Analyse, Dokumente", 1981
- "Gentechnik, 1988
- "Jesus Christus. Die Wahrheit über den "wahren" Menschen", 1992
- "Vom Menschensohn zum Judensterne - die 7 Todsünden der Römisch-Katholischen Kirche", 1993
- "Man(n) wird jünger ... und attraktiver", 199x, gemeinsam mit Johannes Huber

Anekdoten

Alfred Worm hat einmal den damals in der FP tätigen Politiker John Gudenus als „Trottel“ bezeichnet, woraufhin ihn dieser wegen Ehrenbeleidigung verklagt hat (Geldstrafe in diesem Fall: 30 000 Schilling). Dabei wurde ihm, Alfred Worm, ein Vergleich angeboten, wenn er seine Aussage zurückzöge. Alfred Worm hat aber abgelehnt, weil „... es mir 30000 Schilling wert sein muss, diesen Menschen einen Trottel nennen zu dürfen.“

Leon ZELMAN

1926 *	geboren in Szczekociny/Polen
1939	Flucht nach Lodz
1940	Überstellung ins Ghetto von Lodz
1944	Überstellung nach Auschwitz, später Falkenberg
1945	Überstellung nach Wolfsberg (bei Groß-Rosen), Mauthausen, Ebensee
1945-1946	Spitals-und Regenerationsaufenthalt in Bad Ischl und Bad Goisern
1946	Ankunft in Wien, Besuch der Maturaschule
1949	Matura, Beginn des Publizistikstudiums
1949-1952	Sozialreferent der Vereinigung Jüdischer Hochschüler
1951	Mitbegründer der Zeitschrift "Das Jüdische Echo"
1953-1959	Präsident der Vereinigung Jüdischer Hochschüler
1954	Doktorat der Publizistik
1963	Leitung des Reisebüros City
1978	Eröffnung des Jewish Welcome Service am Stephansplatz
1980	Gründung des Vereins Jewish Welcome Service Vienna
1979	Verleihung des Silbernen Ehrenzeichens der Stadt Wien
1984	Ausstellung "Die versunkene Welt"
1985	Zuerkennung des Berufstitels Professor
1986	"Welcome to Vienna" – Einladungsprogramm für 1938 vertriebene ÖsterreicherInnen und Austauschprogramme für Jugendliche aus Israel, USA und Österreich
1992	Preis der Karl-Renner-Stiftung
1994	Goldenes Ehrenzeichen der Stadt Wien
1995	Eröffnung der Leon-Zelman-Halle im Rehavia-Gymnasium Jerusalem Autobiographie – „Ein Leben nach dem Überleben“ – gemeinsam mit Armin Thurnher, Falter .
1997	Eröffnung des erweiterten Büros des JWS am Stephansplatz
2001	Ehrenring der Stadt Wien
2004	Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich
2006	Ehrenpreis des Presseclubs Concordia

Sonstige Ehrungen:

Ehrenmedaille des SC Hakoah

Goldenes Ehrenzeichen des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden

* eigentlich 12. Juni 1928 – Leon Zelman hat sich, um in Auschwitz als „arbeitsfähig“ zu gelten, um zwei Jahre älter gemacht.

KONFERENZ DER KULTUREN UND RELIGIONEN

BEITRÄGE

BEITRAG ZUM PANEL "EUROPA EINE WERTEGEMEINSCHAFT"

von Landtagspräsidentin Angela Orthner

"Schluss mit lustig" – so betitelt der deutsche Journalist Peter Hahne sein Buch, in dem er das Ende der "Spaßgesellschaft" einfordert und eine Rückkehr zu stabilen Werten zur Erneuerung der Gesellschaft beschreibt. Die Vielzahl von Büchern, Vorträgen und Untersuchungen zu dem, was uns "heilig" ist oder sein sollte, bestätigt die Befindlichkeit der Menschen in Europa, die auf der Suche nach alten und neuen Werten sind und nach dem fragen, was uns zusammenhält. Die Kultur – so meine ich – verbindet die Menschen. Sie ist gleichsam der Kitt, der uns zusammenhält in einer unsicherer gewordenen Welt. Kultur: das sind die Kunst, die Religion, die Philosophie als Grundpfeiler. Als Basis, auf die aufgebaut werden kann. Also die Darstellung der Lebensfragen, die Vorstellungen, die wir von der Welt haben und der Versuch einer Erklärung, wie alles zusammenpasst. Es ist die ewige Frage nach dem Woher – Wohin – Warum.

Ein gesellschaftlicher Grundkonsens ist nötig

Werte entstehen aus einem gesellschaftlichen Grundkonsens, der als richtig und richtungsweisend anerkannt wird. Werte geben Orientierung und Sicherheit: Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Anteilnahme, Gerechtigkeit, Zivilcourage als moralische Werte; dass Nächstenliebe und Hingabe als religiöse; dass Freiheit, Toleranz, gleiche Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit als politische Werte ihre Gültigkeit haben. Menschen, Gemeinschaften, Unternehmen, Organisationen, sie alle legen für sich und für die, für die sie Verantwortung tragen, Wertmaßstäbe an.

Das heißt, sie suchen die für sie als stimmig erkannten Tugenden und Werte. Gesellschaften als Ganzes brauchen jedoch auch gemeinsame Werte, an denen sie sich orientieren. Was brauchen wir, damit das Zusammenleben der kleinen und großen Gemeinschaften, der Familie und der Völker und Nationen mit ihren Religionen und Kulturen möglich ist? Was können wir tun, um aus der Beliebigkeit herauszukommen um gegen Gleichgültigkeit, Angst vor dem Fremden und Intoleranz anzukämpfen?

Dialoge für ein besseres Miteinander

Mit erscheint es wichtig, dass wir uns mit unserer Geschichte, unserer Kultur und den Religionen intensiv auseinandersetzen. Es geht um die Aufgabe jedes einzelnen, um in unserem vom Christentum geprägten Land und Kontinent einen ehrlichen Beitrag in einer vielschichtigen Gesellschaft zum besseren Verständnis zu leisten.

Die europäische Gemeinschaft ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft und ein politischer Zusammenschluss von verschiedenen Staaten. Schon die Gründungsväter hatten die Vorstellung einer Friedens- und Wertegemeinschaft. Der französische Staatsmann und einer der Gründerväter der europäischen Gemeinschaft, Jean Monnet, sagte dazu: "Nicht Staaten vereinigen wir, sondern Menschen."

Dieser Gedanke muss mit Leben erfüllt werden. Die Menschen brauchen "Halt und Heimat", sie brauchen Orientierung und Sicherheit in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft.

Familien stärken

Die Familie ist Fundament einer jeden Gesellschaft. Sie in ihren Aufgaben zu unterstützen ist nicht "vorgestrig", sondern höchst aktuell und fortschrittlich. Sie hält der Entwurzelung stand, ja sie verwurzelt zu einem Gewebe, das auch in schwierigen Zeiten standhält. Kinder brauchen Zeit, um wachsen zu können. Familie braucht Zeit, um ihren sozialen Aufgaben der älteren Generation nachkommen zu können. Dieses "Zeit geben" gilt es zu unterstützen.

Gemeinschaften fördern

Nichts hält mehr zusammen, als gemeinschaftliche Aufgaben zu bewältigen. Das Ehrenamt hat in unserem Land eine große Tradition. Die Vereine und Organisationen im sozialen und kulturellen Umfeld sind wichtige Träger von "Heimat geben". Sie übernehmen Verantwortung, geben Antwort auf die Fragen des Miteinanders.

Auf dem Wegweiser in die Zukunft steht Bildung

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Und Angst kommt aus Unwissenheit. Wissensbildung und Herzensbildung sind Fundamente für ein gedeihliches Zusammenleben. Voneinander Wissen und Miteinander lernen baut Ängste ab.

Die Menschenwürde ist unteilbar

Ein Wertvolles Europa wird immer auf die Schwachen Rücksicht nehmen, es wird alles daransetzen, die, die am Rande stehen, wieder in die Mitte zu holen. Es wird aber auch zu seinen Werten stehen: zu Freiheit und Demokratie, zu Menschenwürde und Gleichberechtigung, zu Toleranz und Solidarität. Sie gilt es, mit Überzeugung und Standfestigkeit zu vertreten und zu verteidigen. In Kirche und Politik braucht es dazu glaubwürdige und zukunftsbejahende Vorbilder. Die Bürgerinnen und Bürger werden daraus Mut und Zuversicht gewinnen.

RECHTLICH-POLITISCHE VORAUSSETZUNGEN MULTIRELIGIÖSER GESELLSCHAFTEN

Christian Brünner

I. Kampf der Kulturen?

Als Jurist und Politologe möchte ich in einer Diskussion über die Grundlagen und die Perspektiven des Zusammenlebens in einer multireligiösen und multikulturellen Welt den Blick auf die rechtlichen Voraussetzungen lenken. Da das Recht immer Endprodukt gesellschaftlich-politischer Diskussions-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse ist, müssen dabei zwangsläufig auch gesellschaftlich-politische Aspekte betrachtet werden.¹

Nach Wegfall des Ost-West-Konflikts als eines ideologischen Konflikts bietet Samuel P. Huntington in seinem „Kampf der Kulturen“² ein neues Erklärungsmodell für die Weltordnung. Es basiert auf sieben Kulturkreisen, die durch historische Nähe, gemeinsame Wertesysteme, Lebensweisen und Weltbilder sowie entsprechende gesellschaftliche und politische Denkweisen geprägt sind.

Ein zentrales Element von Kultur ist für Huntington die Religion.³ Konflikte mit weltweiten Gefährdungspotentialen entstehen nach Huntington an den Grenzen, an den Bruchlinien der Kulturkreise.

Dem Konfliktfeld „fremde Kultur“ stellt Huntington aber auch einen „konstruktiven“ Weg gegenüber. „Der konstruktive Weg in einer multikulturellen Welt,“ so Huntington, bestehe darin, „auf Universalismus zu verzichten, Verschiedenheit zu akzeptieren und nach Gemeinsamkeiten zu suchen“.⁴

Ich möchte im Folgenden rechtlich-politische Voraussetzungen einer multireligiösen Gesellschaft nennen. Wenn ich von einer solchen Gesellschaft spreche, erhebt sich

¹ Schriftliche Fassung des Statements. Die essayistische Vortragsform wurde beibehalten. Für die Mithilfe bei der Erstellung des Anmerkungsapparates bedanke ich mich bei Frau Mag. Alexandra Haynes.

² S. P. Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Siedler Taschenbuch 75506, 8. Aufl., München-Wien 1998.

³ Ebd. 93: „In der modernen Welt ist Religion eine zentrale, vielleicht sogar die zentrale Kraft, welche die Menschen motiviert und mobilisiert“; vgl auch 81.

⁴ Ebd., 526.

zwangsläufig die Frage, ob ich mit den Voraussetzungen einen universalistischen Anspruch erhebe. Ich kann im gegebenen Zusammenhang keine der Frage gerecht werdende Antwort geben. Ich halte lediglich fest, dass ich dem Universalismus und universalistischen Ansprüchen mit großer Skepsis begegne, denn diesbezügliche seismäßige Analysen sind oftmals abstrakt, normative Erwägungen oftmals autoritär. Wenn ich einen Aspekt als universell sein sollend postuliere, dann die mit dem Menschsein untrennbar verbundene Menschenwürde und das aus dieser Menschenwürde fließende „Recht“, sein Leben entsprechend seiner Individualität und seinen individuellen Bedürfnissen und Vorstellungen leben und gestalten zu dürfen. Die oft behauptete und/oder postulierte universelle Geltung der Menschenrechte steht aber bereits auf weichem Boden. So kann nicht einmal in jenen Ländern, die dem Regime der Europäischen Menschenrechtskonvention unterliegen, ein gleicher Grad der Religionsfreiheit festgestellt werden, wenn ich z.B. die unterschiedliche Rechtssituation des Tragens eines Kopftuchs in den Ländern Frankreich, Baden-Württemberg und Österreich vergleiche, wie später ausgeführt.

Die rechtlich-politischen Voraussetzungen für multireligiöse Gesellschaften, die ich kurz ansprechen möchte, sind die grundrechtliche Sicherung der Religionsfreiheit, die Prinzipien der religiösen Neutralität und der Säkularität des Staates, die Anerkennung von Pluralismus und Relativismus als Eckpfeiler der öffentlichen Ordnung und die Anerkennung der Eigenart und der Individualität des Menschen als Lebensprinzip.

II. „Wegweiser“ eines „konstruktiven“ Weges

1. Die grundrechtliche Sicherung der Religionsfreiheit

Von Beginn der Menschheit an ist durch Zeugnisse dokumentiert, dass jeden Menschen eine für sein Leben zentrale Frage – mehr oder minder intensiv, bewusster oder weniger bewusst – beschäftigt, nämlich: Wer bin ich, woher komme ich und wohin gehe ich. Wie immer Antworten auf diese zentrale Frage ausfallen mögen, sie haben ihre Wurzeln darin, dass der Mensch sich als einmalige, unwiederholbare Person, aber auch als Teil eines – transzendental zu begreifenden – Ganzen versteht, sich mit seinem Selbst, seiner Welt, seiner Transzendenz auseinandersetzt, seine Dimensionen Körper, Seele und Geist als eine Ganzheit zu erfahren sucht, sein Bewusstsein um seine (Lebens-)Aufgabe

entwickelt. Mit anderen Worten, Spiritualität – der Brennpunkt dieser zentralen Frage – ist in ihrem Ursprung ein personales Phänomen. Sie wird aber auch in Gemeinschaft gelebt, was zu Religions- und Konfessionsgründungen und zum Entstehen religiöser Gemeinschaften geführt hat und führt.

Weil die spirituell Dimension ein personales Phänomen ist und der Freiheit der Person bedarf, ist die Gedanken-, Gewissens-, Weltanschauungs-, Glaubens- und/oder Religionsfreiheit – die Unterschiedlichkeit der Terminologie spielt im Grundsätzlichen keine Rolle – eine fundamentales, zentrales Freiheitsrecht. Es ist daher nur folgerichtig, wenn die klassische Grundrechtstheorie in diesem Recht den Ursprung und die Urmotivation für die Grund- und Menschenrechtskataloge der Gegenwart gesehen hat.

Die grundrechtliche Sicherung der Religionsfreiheit ist eine unter mehreren wesentlichen Voraussetzungen multireligiöser Gesellschaften. Im österreichischen bzw. europäischen Kontext möchte ich Art 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nennen, eine Bestimmung, die die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit gewährleistet.

Art 9 Abs 1 EMRK umschreibt diese Freiheit dergestalt, dass jedermann Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit hat; dieses Recht umfasst die Freiheit des Einzelnen zum Wechsel der Religion und der Weltanschauung sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat, durch Gottesdienst, Unterricht, Andachten und Beachtung religiöser Gebräuche auszuüben.

Die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ist freilich nicht absolut gewährleistet. Sie steht unter dem Gesetzesvorbehalt des Art 9 Abs 2 EMRK. Demnach darf sie gesetzlich beschränkt werden durch in einer demokratischen Gesellschaft notwendige Maßnahmen, die im Interesse bestimmter Schutzgüter – der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit und Moral oder für den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer – notwendig sind. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer **ordre public**-Klausel des grundrechtlichen Gesetzesvorbehalts.

Es liegt auf der Hand, dass Umfang und Inhalt der Religionsfreiheit – ich beschränke mich auf diesen Aspekt des Art 9 EMRK – mit zwei Sachverhalten korreliert: Wie wird der

Begriff „Religion“, und wie werden die Schutzgüter, die die Beschränkung der Religionsfreiheit rechtfertigen, dh wie wird die *ordre public*-Klausel interpretiert? Eine extensive Interpretation des Begriffs „Religion“ und die restriktive Interpretation der *ordre public*-Klausel erweiterten das Grundrecht, die restriktive Interpretation des Begriffs „Religion“ und die extensive Interpretation der *ordre public*-Klausel schränkten das Grundrecht ein.

Es stellen sich im Zusammenhang mit dem Begriff „Religion“ einige Fragen. Sind von diesem Begriff nur sekundäre oder Offenbarungsreligionen, das sind Religionen, die gestiftet worden sind, umfasst oder auch primäre oder Naturreligionen, die vor dem Hintergrund der Lebenswelt und Lebenserfahrung der Menschen in Weisheit und in Verantwortung formulierte Regeln für ein harmonisches Zusammenleben in der Gemeinschaft lehren? Sind von diesem Begriff nur monotheistische oder auch monistische und polytheistische Religionen erfasst? Was ist mit inklusivistischen Religionen oder mit patch work-Religionen, mit Religionen also, für die verschiedene Elemente aus verschiedenen Religionen zusammengetragen werden? Sind vom Begriff „Religion“ auch die Religionsgemeinschaften erfasst, die als „Sekten“⁵ bezeichnet werden?⁶

Aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kann abgeleitet werden, dass dem Begriff „Religion“ in Art 9 EMRK ein weiter Bedeutungsgehalt zuzumessen ist. So heißt es in einer Entscheidung aus 1996 wie folgt: „Das Recht auf Religionsfreiheit, wie es nach der Konvention gewährt ist, schließt jegliches Ermessen des Staates aus, zu bestimmen, ob religiöse Anschauungen oder die Mittel für den Ausdruck solcher Anschauungen berechtigt sind.“⁷ Auch wenn demnach

⁵ Vgl dazu C. Brünner, „Sekten“ im Schussfeld von Staat und Gesellschaft. Ein Angriff auf Religionsfreiheit und Religionspluralismus, Wien 2004.

⁶ In der Erfahrungswelt des Menschen spielt im Großen und Ganzen nur „seine“ Religion eine Rolle, er sieht sehr oft diese „seine“ Religion von anderen Religionen, darunter insbesondere den sogenannten „neuen Religionen“ gefährdet. Dass die Zahl der auf der Welt praktizierten Religionen unüberschaubar ist, davon hat der Mensch in der Regel keine Ahnung. - Eine Einführung in die Vielfalt der Religionen bietet z.B. H. Küng, Spurensuche. Die Weltreligionen auf dem Weg. München 1999, Sonderausgabe 2001. Küng unterscheidet auf dem Globus drei große „Stromsysteme“, nämlich Religionen indischer Herkunft (indisch-mystische Religionen), Religionen chinesischer Herkunft (chinesisch-weisheitliche Religionen) und Religionen nahöstlicher Herkunft (semitisch-prophetische Religionen). Dazu kämen noch die Stammesreligionen. Vgl ferner A. Grabner-Haider/K. Prenner (Hg), Religionen und Kulturen der Erde. Ein Handbuch. Darmstadt 2004.

Eine kurze Charakterisierung zahlreicher Religionen findet sich auch bei A. Wilson (Ed), World Scripture. A Comparative Anthology of Sacred Texts. St. Paul/Minnesota 1991, 1 ff. Im Bewusstsein vieler Menschen, im öffentlichen Bewusstsein und in ideologischen Diskursen stehen oft die Unterschiede im Mittelpunkt der Betrachtung, nicht so sehr die Ähnlichkeiten, Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen. Letzteren geht Küng in seiner Spurensuche nach. In der von Wilson herausgegebenen Anthologie stehen ebenfalls die Gemeinsamkeiten der Religionen im Mittelpunkt. Sie werden dergestalt dargestellt, dass zu den einzelnen Fragestellungen von Religionen, wie z.B. Gott, Sünde, Erlösung und Heil etc, die entsprechende Passagen aus den jeweiligen Heiligen Büchern in der Form einer Synopse dargestellt werden. Der Leser kann sich selbst davon überzeugen, wie groß in der Regel Ähnlichkeiten, Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen sind.

⁷ EGMR vom 26.2.1996, 59/1995/565/691, in ÖJZ 1997/9.

der Begriff „Religion“ weit zu interpretieren ist, bedarf es letztlich einer definitorischen Vorstellung, was unter „Religion“ zu verstehen ist, ein Umstand, der einerseits erforderlich ist, um Art 9 EMRK nicht zu einer Leerformel verkommen zu lassen, andererseits aber per se zu einer „Einschränkung“ der durch Art 9 EMRK geschützten Freiheit führt.

Probleme bereitet auch – wie bereits gesagt – die Definition der Begriffe, mit denen die Schutzgüter in der *ordre public*-Klausel des Art 9 Abs 2 EMRK umschrieben sind. Je nach Standort des Interpreten sind unterschiedliche Auslegungshypothesen möglich. Dies zeigt sich nicht nur im nationalen Kontext, sondern auch im transnationalen Vergleich. Frankreich, Deutschland und Österreich sind Vertragsstaaten der EMRK. Diese ist – jedenfalls über Art 6 des EU-Vertrages – für diese drei Staaten bindendes Recht. Dennoch kommen die drei Staaten bei der rechtlichen Bewertung des Tragens religiöser Zeichen im öffentlichen Raum zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Frankreich untersagte den Schülerinnen und Schülern in den Schulen, den Realschulen und öffentlichen Gymnasien das Tragen von Zeichen oder Bekleidung, mit denen die Schüler offenkundig (ostentativ) die religiöse Zugehörigkeit zum Ausdruck bringen.⁸ Das diesbezügliche Gesetz ist mit Beginn des Schuljahres 2004/05 in Kraft getreten.⁹

Gemäß § 38 Abs 2 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg¹⁰ dürfen Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche äußeren Bekundungen abgeben, die geeignet sind, die Neutralität des Landes gegenüber Schülern und Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder zu stören. Ausgenommen von diesem Verbot ist u.a. die Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte. Darunter könnte z.B. das Tragen des Habits christlicher Orden fallen.¹¹

In Österreich waren die Fälle von türkischen Schülerinnen an der Handelsakademie in Traun und an einer Linzer Hauptschule Auslöser einer breiten öffentlichen Debatte über

⁸ Französische Nationalversammlung, Gesetz vom 10.2.2004, 12. GP.

⁹ Mittlerweile gibt es bereits einige Schulverweise und hunderte von Streitfällen. Einige Sikhs, die seit Beginn des Schuljahres nicht am Unterricht teilnehmen dürfen, weil sie einen Turban (in einer diskreten Form) getragen haben, haben vor einem Pariser Verwaltungsgericht Klage eingereicht, das die Angelegenheit zur mediativen Bereinigung an Schule und Schüler zurückverwiesen hat. Vgl Schülerinnen vom Unterricht ausgeschlossen, <http://www.spiegel.de/unispiegel/schule/0,1518,324168,00.html>, stand: 29.12.2005; C. Wyatt, french Court Rules on Sikh boys, <http://newsvote.bbc.co.uk/2/hi/europe/3943733.stm>, Stand: 29.12.2005

R. Smonig, Schulverweis für Verschleierte, in: „Die Presse“ vom 30.10.2004, 16.

¹⁰ Schulgesetz für Baden-Württemberg vom 1.8.1983, GBl S 397, idgF.

¹¹ Nach einem Urteil des deutschen Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG, Urteil vom 24.6.2004, 2 C 45.03) trifft das Verbot jedoch alle Konfessionen und Weltanschauungen gleichermaßen.

das Tragen eines Kopftuches in der Schule. So verbot die Direktorin der Hauptschule einem Mädchen nämlich unter Berufung auf das in der Hausordnung verankerte Verbot, eine Kopfbedeckung zu tragen, das Tragen eines Kopftuchs. Der Vater des Mädchens beschwerte sich daraufhin und bekam vom Landesschulrat Recht.¹² In einem Schreiben betreffend das Tragen von Kopftüchern von Schülerinnen mit islamischem Glaubensbekenntnis teilte das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur verschiedenen Einrichtungen der Schulverwaltung Folgendes mit: „Das Tragen von Kopftüchern durch muslimische Mädchen (bzw. Frauen) fällt als religiös begründete Bekleidungs Vorschrift unter den Schutz des Art 14 Abs 1 des Staatsgrundgesetzes 1867 bzw. des Art 9 der MRK. Das Schulunterrichtsgesetz hingegen kennt keine, diese im Verfassungsrang stehende Norm einschränkende Bekleidungs Vorschrift. Eine Einschränkung religiöser Gebote steht außerkirchlichen Stellen nicht zu. Daher wäre auch ein allfälliger Beschluss des Schulgemeinschaftsausschusses bzw. des Schulforums, welcher das Tragen von Kopftüchern durch muslimische Mädchen im Unterricht per Hausordnung bzw. durch eine Verhaltensvereinbarung verbietet, rechtswidrig. Auf § 63a Abs 17 bzw. § 64 Abs 16 SchUG wird hingewiesen.“¹³

Mittlerweile liegen zum Kopftuchverbot auch ein Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vor. Im älteren Fall, der bereits 2001 vor der Kammer II des Europäischen Gerichtshofs verhandelt wurde, geht es um die Beschwerde einer Primarschullehrerin gegen die Schweiz^{13a}. Die Lehrerin an einer Primarschule im Kanton Genf war 1991 vom katholischen Glauben zum Islam übergetreten und hatte etwa zur selben Zeit damit begonnen, auch im Unterricht ein Kopftuch zu tragen. Im Jahr 1996 ordnete die zuständige Schulbehörde an, dass sie das Kopftuch im Unterricht nicht mehr tragen dürfe, weil dies im Widerspruch mit den geltenden Schulgesetzen wäre. Der Gerichtshof hielt das ausgesprochene Kopftuchverbot für mit Art 9 EMRK vereinbar. Das Verbot beziehe sich nämlich ausschließlich auf die Lehrtätigkeit an der Schule und sei in Anbetracht des Grundsatzes der konfessionellen Neutralität der Schule in einer demokratischen Gesellschaft notwendig.

Ähnliche Erwägung stellte der Gerichtshof einer Entscheidung der Kammer IV und nachfolgend der Großen Kammer in einem Fall gegen die Türkei an. Der Entscheidung liegt eine Beschwerde einer Studentin der Universität Istanbul zugrunde. Sie erachtete

¹² Vgl die Berichte von S. Winkler, Entscheidet ein Tuch, wer gut oder böse ist?, in: „Kleine Zeitung“ vom 18.2.2004, 2f, und ders, Kein Kopftuch-Verbot an Schulen, in: „Kleine Zeitung“ vom 18.5.2004, 4f.

¹³ Schreiben vom 23.6.2004, ZI 20.251/3-III/3/2004.

^{13a} EGMR, Second section, Case of Lucia Dahlab v Switzerland, Appl no 42393/98 vom 13.2.2001.

das Verbot, am Universitätsgelände ein Kopftuch zu tragen, als mit Art 9 EMRK in Widerspruch stehend. Der Gerichtshof qualifizierte das Verbot wie folgt: Es stellt einen Eingriff in das Recht auf Religionsfreiheit dar. Der Eingriff war „gesetzlich“, nämlich in der ständigen Rechtsprechung des türkischen Verfassungsgerichts, vorgesehen. Die Maßnahme verfolgte in erster Linie das legitime Ziel des Schutzes der öffentlichen Ordnung und der Rechte und Freiheiten anderer. Und: Der Eingriff war in einer demokratischen Gesellschaft notwendig. In demokratischen Gesellschaften, in denen mehrere Religionen nebeneinander bestünden, so der Gerichtshof, könnten Beschränkungen der Freiheit der Religionsausübung erforderlich sein, um die Interessen der verschiedenen Gruppen zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass der Glaube jedes Einzelnen respektiert werde. Der Eingriff beruhe insbesondere auf den einander bestärkenden und ergänzenden Grundsätzen des Säkularismus und der Gleichberechtigung.¹⁴

Wenn es um den normativen Bedeutungsgehalt von Art 9 EMRK geht, ist darauf hinzuweisen, dass bei dessen Ermittlung – wie bei allen Grundrechten, die unter Gesetzesvorbehalt stehen – eine Güterabwägung vorzunehmen ist. Abzuwägen sind das in den Schutzgütern des Art 9 Abs 2 EMRK zum Ausdruck kommende öffentliche Interesse und die Verkürzung der Grundrechtsposition, die durch den dem öffentlichen Interesse dienenden Eingriff erfolgen soll. Die Güterabwägung macht eine Wertung und Bewertung der involvierten Schutzgüter, das ist die Religion einerseits, und das sind die im öffentlichen Interesse liegenden Schutzgüter andererseits, erforderlich. So hat der Verfassungsgerichtshof ein landesgesetzliches Verbot des rituellen Schächtens dem Grundrecht der Religionsfreiheit als widersprechend angesehen,¹⁵ weil er das Schutzgut „Religion“ höher bewertete als das im öffentlichen Interesse liegende Schutzgut „Tierschutz“.¹⁶

Art 9 EMRK garantiert die positive und die negative Religionsfreiheit. Die positive Religionsfreiheit besteht – vereinfacht ausgedrückt – darin, sich religiös betätigen zu

¹⁴ Vgl. EGMR, Case of Leyla Sahin v Turkey, Appl no 44774/98 vom 29.6.2004; http://www.sbg.ac.at/oim/docs/04_3/04_3_12, Stand 30.9.2004; EGMR, Grand Chamber, Case of Leyla Sakin v Turkey, Appl no 44774/98 vom 10.11.2005

¹⁵ Vgl. VfGH 17.12.1998, B 3028/1997, in JBl 1999, 453.

¹⁶ § 32 Abs 5 des neuen Tierschutzgesetzes (BGBl I 118/2004) erlaubt rituelle Schlachtungen ohne vorausgehende Betäubung der Schlachttiere, wenn dies aufgrund zwingender religiöser Gebote oder Verbote notwendig ist und eine behördliche Bewilligung, deren Erteilung an verschiedene Voraussetzungen gebunden ist, vorliegt. Rituelle Schlachtungen sind freilich nur gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften vorbehalten, nicht aber Bekenntnisgemeinschaften, eine Differenzierung, die ich wegen Verstoßes gegen den Gleichheitssatz und Art 9 EMRK für verfassungswidrig halte.

dürfen. Die negative Religionsfreiheit ist die Freiheit von Religion, dh z.B. dass der Grundrechtsträger nicht zur Teilnahme an religiösen Handlungen gezwungen werden darf, ferner auch, dass er das Recht hat, seine religiöse Überzeugung zu verschweigen oder aus einer Religionsgemeinschaft unbehindert auszutreten. Komplexe Sachverhalte im Kontext negativer Religionsfreiheit sind Kreuze in den Klassenzimmern¹⁷ und Kreuze in einem Landtag.¹⁸

Anzumerken ist, dass Art 9 EMRK nicht nur ein Freiheitsrecht ist, sondern – wie alle Grundrechte – eine Gewährleistungspflicht zum Inhalt hat. Diese Gewährleistungspflicht besteht – wieder vereinfacht ausgedrückt – darin, dass der Staat jene Vorkehrungen treffen muss, damit Religionsfreiheit gelebt werden kann. Bei diesen Vorkehrungen geht es auch um solche, die interpersonal und interkorporativ, also zwischen den einzelnen Menschen und zwischen den Religionsgemeinschaften die Religionsfreiheit sichern helfen.

2. Prinzipien der religiösen Neutralität und der Säkularität des Staates

Das Prinzip der religiösen Neutralität des Staates besagt, dass es dem Staat verboten ist, sich mit einer bestimmten Kirche, Religionsgemeinschaft oder Religion zu identifizieren. Gemäß dem Prinzip der Säkularität des Staates sind der Staatszweck und die daraus abgeleiteten Staatsziele und Staatsaufgaben ausschließlich weltlich-irdische. Beide Prinzipien sind Bestandteil der österreichischen Verfassungsrechtsordnung.¹⁹

Herbert Kalb, Richard Potz und Brigitte Schinkele führen aus, dass sich das Gebot der konfessionellen und weltanschaulichen Neutralität des Staates in Österreich in zwei Ausprägungen verwirkliche, nämlich in einer distanzierenden Form und in einer Religion

¹⁷ Vgl dazu T. Mayer-Maly, Das Kreuz in österreichischen Schulzimmern, JRP 1995, 219; H. Mayer, Das Schulkreuz und die Grundrechte, JRP 1995, 222; G. Strejcek, Grundrechtsdogmatische und rechtspolitische Gedanken zum Kruzifix-Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes, JRP 1995, 228; H. Kalb/R.Potz/Brigitte Schinkele, Religionsrecht, Wien 2003, 372ff.

Zur vergleichbaren Problematik in Deutschland siehe u.a. BVerfG B 16.5.1995, 1 BvR 1087/91, in NJW 1995, 2477; BVerwG 21.4.1999, 6 C 18.98.

Zur vergleichbaren Problematik in Italien siehe u.a. Thomas Götz, Kruzifix-Streit – Gericht in Italien verfügte: Das Kreuz muss weg!, in: „Kleine Zeitung“ vom 27.10.2003, 4; „Kruzifix-Streit“ bringt Italiener in Rage, in: „Der Standard“ vom 27.10.2003; Kruzifix-Streit geht weiter, in: „Kleine Zeitung“ vom 28.10.2003, 6; Papst verteidigt Kreuz, in: „Kleine Zeitung“ vom 30.10.2003, 7; Kruzifixurteil aufgehoben, in: „Kleine Zeitung“ vom 1.11.2003, 8.

¹⁸ Für Aufregung sorgte beispielsweise im Jahr 2003 das vom ehemaligen St. Pöltner Bischof Kurt Krenn dem Niederösterreichischen Landtag geschenkte Kreuz samt Christusfigur. Die Grünen und die SPÖ waren gegen, die ÖVP und FPÖ für die Anbringung des Kruzifixes im Landtag. Nach den Regeln der Landtagsgeschäftsordnung war der Landtagspräsident Freibauer (ÖVP) darüber allein entscheidungsbefugt. Der Landtagspräsident entschied sich für einen Kompromiss, indem er das vom ehemaligen Bischof Kurt Krenn geschenkte Kreuz in der Landhauskapelle anbringen ließ und ein zweites (eher schlichteres) Holzkreuz für den Tagungsraum vorsah. Hierfür hagelte es schließlich wiederum heftige Kritik seitens der Grünen und der SPÖ. Vgl dazu u.a. Irene Brickner, Zwist um Krenns Kreuz, in: „Der Standard“ vom 25.11.2003, 10; „Noch niemand beschwert“, in: „Profil Nr. 48“ vom 24.11.2003, 12; Ein zweites Kreuz im St. Pöltner Landtag, in: „Der Standard“ vom 6./7./8.12.2003; Die Kreuzritter von St. Pölten, in: „Der Standard“ vom 20./21.12.2003, 31.

¹⁹ Vgl zu diesen Prinzipien insb H. Ortner, Religion und Staat - Säkularität und religiöse Neutralität, Wien 2000.

und Weltanschauung hereinnehmenden Form.²⁰ Die distanzierende Neutralität gebiete, dass der Staat in den Kernbereichen hoheitlicher Staatsfunktion ohne Ansehung der Religion oder Weltanschauung tätig werde, dh der staatlich-hoheitliche Bereich muss religiös und weltanschaulich neutral gestaltet werden, es kommt in diesem Bereich zur Ausgrenzung der Religion. Die hereinnehmende Neutralität komme im kultur- und leistungsstaatlichen Aufgabenspektrum des Staates (Bildung, Erziehung und Schule, sozialkaritativer Bereich) zum Tragen, dh der Staat habe die Eigengesetzlichkeit des religiösen Lebens zu respektieren und nicht auszugrenzen. Bei dieser Form geht es somit um die Hereinnahme der Religion in den gesellschaftlich-öffentlichen Raum außerhalb des staatlich-hoheitlichen Bereichs.

Stellt man dem Neutralitätsgebot in seiner distanzierenden und in seiner hereinnehmenden Form die Rechts- und die Sachlage gegenüber, so zeigen sich Widersprüche. Ich möchte zwei erörtern.

Staatliche Informationen betreffend Religionen bzw. religiöse und weltanschauliche Gruppierungen werden der sogenannten schlichten Hoheitsverwaltung zugeordnet. Dabei handelt es sich um ein Verwaltungshandeln, das nicht in der durch bestimmte Rechtsakte konstituierten Hoheitsverwaltung, sondern lediglich im Zusammenhang mit dieser Hoheitsverwaltung erfolgt. Im Sinne der distanzierenden Form der Neutralität muss der Bereich religiös und weltanschaulich neutral gestaltet werden.

Das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Dokumentations- und Informationsstelle für Sektenfragen (Bundesstelle für Sektenfragen)²¹ widerspricht diesem Gebot. Zweck des Gesetzes ist die Einrichtung einer Stelle, deren Aufgabe es ist, Gefährdungen,²² die von Sekten oder von sektenähnlichen Aktivitäten ausgehen können, zu dokumentieren und darüber zu informieren (§ 1 Abs 1). Die Gefährdungen sind in § 4 Abs 1 des Gesetzes näher umschrieben. Gemäß § 1 Abs 2 findet das Gesetz auf gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften und ihre Einrichtungen keine Anwendung. Vom Gesetz nicht ausgenommen sind freilich die auf der Basis des Bundesgesetzes über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften²³ staatlich eingetragenen

²⁰ Vgl Kalb/Potz/Schinkele, Religionsrecht (FN 17), 42 f, 16 f.

²¹ BGBl I 1998/150.

²² Festzuhalten ist, dass das Gesetz kein rechtsstaatliches Verfahren vorsieht, in dem die Gefährlichkeit festgestellt wird.

²³ BGBl I 1998/19.

religiösen Bekenntnisgemeinschaften. Die Eintragung setzt voraus, dass von diesen Religionsgemeinschaften keine Gefährdungen im Sinne des § 5 Abs 1 des Gesetzes ausgehen. Das Bundesgesetz betreffend die Bundesstelle für Sektenfragen differenziert somit zwischen gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften und staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaften und unterwirft die beiden Typen von Religionsgemeinschaften unterschiedlichen Regelungen. Das Gesetz verletzt sowohl das Gebot der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates als auch den Gleichheitssatz.²⁴

Gleiches gilt für eine vom Bundespressdienst des Bundeskanzleramtes herausgegebene Broschüre „Religionen in Österreich“,²⁵ die auch in englischer und in französischer Sprache erschienen ist. Die gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften durften sich in dieser Broschüre selbst darstellen, die staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaften nicht.

Im Hinblick auf die hereinnehmende Form der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates bereitet das korporative Religionsrecht gravierende Probleme. Es schafft drei Klassen von Religionsgemeinschaften, nämlich die Klasse der gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften, die Klasse der staatlich eingetragenen religiösen Bekenntnisgemeinschaften und die Klasse jener Religionsgemeinschaften, die weder den einen noch den anderen Status haben.²⁶ Der Unterschied zwischen den Klassen besteht insbesondere in den Rechtsfolgen, die mit der Zugehörigkeit einer Religionsgemeinschaft zu einer bestimmten Klasse verbunden sind.

Überblickt man das relevante Rechtsmaterial, zeigen sich Privilegierungen für den Typus „gesetzlich anerkannte Religionsgemeinschaften“ und umgekehrt Diskriminierungen für den Typus „staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft“. So genießt z.B. der erste Typus verschiedene Steuerbefreiungen, erhält ein bestimmtes Ausmaß freier Sendezeit im öffentlichen Fernsehen und Radio, darf in Schulen Religionsunterricht erteilen, genießt Ausnahmen im Fremdenrecht, darf Seelsorger in öffentliche Einrichtungen entsenden, darf die inneren Angelegenheiten selbst verwalten, etc. Angesichts der Heterogenität der Religionsgemeinschaften, die diese beiden Typen

²⁴ Vgl C. Brünner, Sekten.

²⁵ Religionen in Österreich, herausgegeben vom Bundespressdienst, Wien 2004.

²⁶ Mitunter sind sie auf Basis des Vereinsrechtes organisiert oder haben überhaupt keinen korporativ-rechtlichen Status.

bilden, im Allgemeinen sowie der Heterogenität der gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften im Besonderen lassen sich kaum sachlich rechtfertigbare Gründe für die Differenzierung finden. So hat z.B. die Koptisch-orthodoxe Kirche mit rund 1600 Mitgliedern den Privilegiertenstatus, die Zeugen Jehovas mit ca. 23.000 Mitgliedern den Diskriminiertenstatus.

Geht man davon aus, dass die Hereinnahme von Religion in den gesellschaftlich-öffentlichen Bereich (außerhalb des staatlich-hoheitlichen Bereichs) nicht dem Neutralitätsgebot widersprechen darf, muss die Hereinnahme religiös und weltanschaulich neutral erfolgen. Wenn es um die Hereinnahme von Religion in den gesellschaftlich-öffentlichen Raum geht, ist somit der Religionspluralismus zu beachten und zu achten. Wird er missachtet bzw. werden bestimmte Religionsgemeinschaften bevorzugt, führt dies zwangsläufig zu gesellschaftlicher Diskriminierung bestimmter Religionsgemeinschaften, die über Rückkoppelungen bei der Rechtsanwendung, z.B. wenn es um Wertungen geht, auch zu einer bestimmte Religionsgemeinschaften bevorzugenden und bestimmte Religionsgemeinschaften benachteiligenden Rechtsanwendung führt.^{27,28}

Problematisch ist auch die undifferenzierte Verwendung des Begriffes „Sekte“, weil mit dem Begriff ein negativer Bedeutungsgehalt verbunden ist. Aus diesem Grund lehnte die Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ des deutschen Bundestages in ihrem Endbericht die Verwendung des Begriffes „Sekte“ ab.²⁹ In einer an die Bundesregierung gerichteten Empfehlung der NGO Human Rights without Frontiers International, Brüssel, wird angeregt, das Wort „Sekte“ nicht mehr zu verwenden, weil durch diese Terminologie Diskriminierung und Intoleranz erzeugt werden; das Wort solle durch „religiöse Minderheiten“ oder „Gruppe religiöser, esoterischer oder spiritueller Natur“ oder „neue religiöse Bewegungen“ ersetzt werden.³⁰

Mitunter wird das Christentum als europäische Leitkultur, als zentraler Aspekt europäischer Identität etc apostrophiert. Ich halte eine solche Denkweise für gefährlich,

²⁷ Anmerken möchte ich, dass das korporative Religionsrecht nicht vom Grundrecht auf Religionsfreiheit abgekoppelt werden kann, oder anders formuliert, die an das Korporationsrecht geknüpfte Privilegierung bzw. Diskriminierung verletzt auch das Grundrecht auf Religionsfreiheit.

²⁸ Zur korporationsrechtlichen Diskriminierung in Österreich vgl auch die Broschüre „Religionsfreiheit. Intoleranz. Diskriminierung in der Europäischen Union. Österreich 2003-2004, herausgegeben von Human Rights without Frontiers International, Brüssel 2004.

²⁹ BT Drucksache 13/10950. Zum Sektenbegriff vgl C. *Brünner*, Sekten, 58 ff.

³⁰ Vgl „Religionsfreiheit. Intoleranz. Diskriminierung in der Europäischen Union. Österreich 2003-2004, 32.

weil sie der Boden ist, auf dem Menschenrechte und Grundfreiheiten eingeschränkt werden, die Horizonte enger werden, das Anderssein als Bedrohung dargestellt werden kann. Das heißt nicht, dass unsere Gesellschaft keine Werte brauchte. Es bedarf jedoch des rechtlich gesicherten Schutzes, meine Werte und Überzeugungen zu leben, auch dann, wenn sie nicht dem main-stream folgen. Robert Spaemann hat diesen Aspekt auf den Punkt gebracht: „Das künftige Europa wird nur dann eine Rechtsgemeinschaft sein können, wenn es Gemeinschaften mit gemeinsamen Wertschätzungen ermöglicht und schützt, selbst aber darauf verzichtet, eine Wertegemeinschaft zu sein.“³¹

Anmerken möchte ich, dass man Geister, die man ruft, mitunter nicht loswird. Wer nämlich das christliche Europa beschwört und ideologisch überhöht, darf sich nicht wundern, wenn ideologisch überhöht zurückgeschlagen wird und Politiker/innen wegen ihrer Überzeugungen und Werte bestraft werden (wie die Auseinandersetzungen um Rocco Buttiglione als EU-Kommissar gezeigt haben), obwohl es eine Selbstverständlichkeit sein müsste, dass auch Überzeugungen und Werte von Politikern/Politikerinnen unter dem Schutz des Rechtes stehen. Freilich muss klar sein, dass die in (verfassungs-)rechtlichen Verfahren zustande gekommene Ablehnung von mit Überzeugungen und Werten verbundenen politischen Implikationen zulässig sein muss.

Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg aus 1953³² „dekretiert“ das Christentum als europäische Leitkultur. Art 12 Abs 1 der Verfassung bestimmt, dass die Jugend in der Erfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe etc. zu erziehen ist. Art 12 Abs 2 nennt als verantwortliche Träger der Erziehung u.a. die Religionsgemeinschaften. Sind demgemäß nicht-christliche Religionsgemeinschaften keine verantwortlichen Träger der Erziehung?

Gemäß § 16 Abs 1 der Verfassung werden in den christlichen Gemeinschaftsschulen (das sind die öffentlichen Volksschulen – Grund- und Hauptschulen – gemäß Art 15 Abs 1 der Verfassung) die Kinder auf der Grundlage christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte erzogen. Unter Berufung auf diese Verfassungsbestimmungen nimmt das Schulgesetz für Baden-Württemberg die Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte vom Verbot aus, in der Schule politische, religiöse,

³¹ R. Spaemann, Wertegemeinschaft oder Rechtsordnung? http://www.modernpolitics.at/de/zeit_schritt/9/europa.htm, Stand 7.6.2004.

³² Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11.11.1953, GBl S 173, idgF.

weltanschauliche oder ähnliche äußeren Bekundungen abzugeben, die u.a. geeignet sind, den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder zu stören, wie bereits oben ausgeführt worden ist. Ich halte solche Apostrophierungen bzw. eine solche Positivierung für unvereinbar mit der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates und dem Recht auf Religionsfreiheit.

Festhalten möchte ich, dass das Neutralitätsgebot des Staates keine Einbahnstraße ist. Die Gegenfahrbahn ist die Absage an jegliche Inbesitznahme des Staates durch eine Religion, an alle theokratischen Staatsvorstellungen. Dies ist gerade im Dialog mit Religionen wie insbesondere dem Islam zu betonen, in deren Einflussbereich theokratische Staatsvorstellungen verwirklicht sind.

3. Pluralismus und Relativismus als Eckpfeiler der öffentlichen Ordnung

Pluralismus und Relativismus sind Grundwerte der Aufklärung. Sie prägen sowohl den Staat als auch die Gesellschaft.

Es gibt eine Vielzahl an gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, politischen Parteien und Verbänden; zwischen den gesellschaftlichen Gruppen besteht Durchlässigkeit; mit keiner Gruppe sind politische Privilegien verbunden; gesellschaftliche Gruppen und Organisationen können sich – unter Berufung auf Grundrechte – frei bilden; es gibt eine Vielzahl von religiösen, moralischen oder politischen Anschauungen, Werten und Wertungen; eine Vielzahl von Interessen, etc.

Pluralismus bedeutet für mich Vielfalt von Werten und Interessen und damit Vielfalt diesbezüglicher Träger. Er bejaht Werte und Interessen und damit auch, dass sie von ihrem jeweiligen Träger mit Überzeugung, ja mit Vehemenz in die Debatte eingebracht werden. Er hat nichts mit Teilnahmslosigkeit oder Beliebigkeit zu tun, im Gegenteil, er verlangt nach Aktivität in der Verfolgung des je eigenen Wertes bzw. Interesses.

Der Relativismus ist für mich nichts Oberflächliches und Unverantwortliches, der alle Werte und Maßstäbe „vergleichsgültigt“, er hat nichts mit „billiger Toleranz“, mit einem Alles-gelten-lassen-wollen, mit einem „anything goes“, mit einem falsch verstandenen Liberalismus, wo man die Wahrheitsfrage bagatellisiert oder gar nicht mehr zu stellen wagt – alles Charakterisierungen jenes Relativismus, den Hans Küng als christlicher

Theologe von sich weist³³ - zu tun. Relativismus bedeutet für mich das Wissen um die Stückhaftigkeit des Erkennens, um das nur silhouettenhafte Erahnen, um die Bipolarität des irdischen Daseins und daher um das nur momenthaft mögliche Erspüren von Ganzheit.

Verabsolutierungen von Werten, von Wahrheiten lassen keine multireligiöse Gesellschaft zu. Die Absage an die Inanspruchnahme absoluter Wahrheit ist daher für mich eine Voraussetzung einer solchen Gesellschaft. Die Absage gilt jedenfalls für den Staat und die gesellschaftlich-politischen Diskussions-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse.

Was gilt jedoch für den interpersonalen, interreligiösen Dialog? Dialog setzt voraus, dass die Dialogpartner einander gleichwertig gegenüberstehen, dass der Dialog einen offenen „Ausgang“ hat, dh, dass die Dialogpartner bereit sind, auch vom jeweils anderen zu lernen – Voraussetzungen, die dann nicht gegeben sind, wenn ich mich im Besitz absoluter Wahrheit weiß und auf dieser Basis den Dialog führe.³⁴ Daraus ist nicht zu folgern, dass ich das Überzeugtsein von Etwas, das Wissen um eine Identität ablehne. Ich kann und muss – von einer Metaebene aus betrachtet – auch akzeptieren, dass es insbesondere unter Berufung auf eine Transzendenz, auf Dogmen und Lehren, einander ausschließende Wahrheitsansprüche gibt. Ich meine lediglich, dass auf der Dialogebene der Anspruch, im Besitz absoluter Wahrheit zu sein, den Dialog behindert, wenn nicht unmöglich macht. Gerade das Herausarbeiten der Ähnlichkeiten, Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen von Religionen im Glauben^{34a}, in der Lehre und im Ritus einerseits und das Herausarbeiten der Unterschiede auf der Basis des wechselseitig gleichen Respekts vor dem Anderssein andererseits, sind für mich die beste Basis eines fruchtbringenden interreligiösen Dialogs.

Hans Küng hat vor kurzem eine Darstellung des Islam vorgelegt.³⁵ Küng fordert vom Islam in der Auseinandersetzung mit anderen Religionen und Kulturen „pragmatische“ Veränderungen. Erscheint dann der Wahrheitsanspruch des Islam als aufgegeben? Küng

³³ H. Küng: Zum Dialog, in Hans Küng und J. van Ess, Christentum und Weltreligionen. Islam, 6. Aufl, München, 1908, 2003, 15 f.

³⁴ Ebd., 16: „Wir brauchen einen Dialog in gegenseitigem Geben und Nehmen...“wir brauchen einen Dialog in *gegenseitiger* Verantwortung und im Bewusstsein, dass wir alle die Wahrheit nicht ‚fertig‘ besitzen, sondern auf dem Weg sind zur ‚je größeren‘ Wahrheit.“

^{34a} Eine hervorragende Analyse der Gemeinschaft in zahlreichen Heiligen Schriften hat Andrew Wilson vorgelegt; vgl. A. Wilson (Ed), World Scripture.

³⁵ H. Küng, Der Islam. Geschichte, Gegenwart, Zukunft, München 2004.

geht dieser Frage – leider – nicht in allen Facetten nach.

Faktum ist, dass nicht jede Religion mit anderen Religionen gleich umgeht. Anton Grabner-Haider und Karl Prenner meinen zu beobachten, „dass monistische bzw. inklusivistisch ausgerichtete Religionen unverkrampfter mit aus ihrem religionskulturellen Milieu stammenden neuen Religionen umgehen, als dies bei den monotheistischen Religionen der Fall ist.“³⁶ Und es kommt nicht von ungefähr, wenn behauptet wird, dass monotheistische Religionen aufgrund ihres Glaubens an den einen, einzigen Gott konstitutiv intoleranter und autoritätsfixierter sind.³⁷

Betreffend den interreligiösen Dialog möchte ich Folgendes anmerken. Es erscheint mir unerlässlich, in den Dialog auch Agnostiker, Atheisten, sogenannte „Konfessionslose“ einzubeziehen. Dies gebietet der Respekt vor deren Entscheidung und die Notwendigkeit der Einbeziehung aller „Glaubensrichtungen“ in den interreligiösen Dialog.

Und noch eine Anmerkung sei gestattet. Ein demokratisches politisches System verlangt nach mündigen, kritikfähigen, zu politischer Partizipation fähigen und bereiten Bürgerinnen und Bürgern.³⁸ Obrigkeitshörige, unkritische, blind-gehorsame Bürger/innen führen dazu, dass die Demokratie bestenfalls eine formale ist. Akzeptiert man diesen Zusammenhang, sind der Hierarchie-, Dogmen- und Lehrgläubigkeit Grenzen gesetzt.

Art 2 Abs 1. Zusatzprotokoll EMRK garantiert das Elternrecht. Demnach haben Eltern das Recht, die Erziehung und den Unterricht entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherzustellen. Der oben geschilderte Sachverhalt setzt auch dem Elternrecht Grenzen.

Immer häufiger meint der Staat, Bürger/innen fürsorgend bevormunden zu müssen. Jürgen Habermas spricht in diesem Zusammenhang von „Therapeutokratie“³⁹. Demonstrationsbeispiele in diesem Zusammenhang sind staatliche Warnungen vor „Sekten“ oder vor naturheilkundlichen Methoden.

³⁶ Grabner-Haider/Prenner, Religionen, 295.

³⁷ Vgl zur diesbezüglichen Diskussion z.B. J. Manemann, Monotheismus unter Beschuss. Religionskritik in der „Berliner Republik“, in Herder Korrespondenz 8/2003, 407 ff.

³⁸ § 2 Schulorganisationsgesetz lässt diesen Sachverhalt erkennen, wenn es in § 2 Abs 1 u.a. heißt: Die jungen Menschen „sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken.“

³⁹ J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Band 2, Frankfurt/M 1981, 533f.

Eine der Lehren, die Mariano Delgado aus dem Experiment multikulturellen Zusammenlebens im spanischen Mittelalter zieht, lautet: „Das Schicksal der religiös-kulturellen Minderheiten im islamischen und christlichen Spanien ist nicht zuletzt ein Beweis dafür, dass die abrahamische Konvivenz unter der gesellschaftlich-politischen Vorherrschaft eines der drei Monotheismen auf die Dauer nicht möglich ist. Dies kann nur dort glücken, wo der Staat auf der Grundlage einer gemeinsamen ‚civil religion‘ steht und die Religionsgemeinschaften überlagert werden durch das, was wir heute ‚rechtsstaatliche Verhältnisse‘ nennen.“⁴⁰ Die Sätze gelten uneingeschränkt auch für das heutige Zusammenleben von Religionen.

4. Anerkennung der Eigenart und der Individualität des Menschen als Lebensprinzip

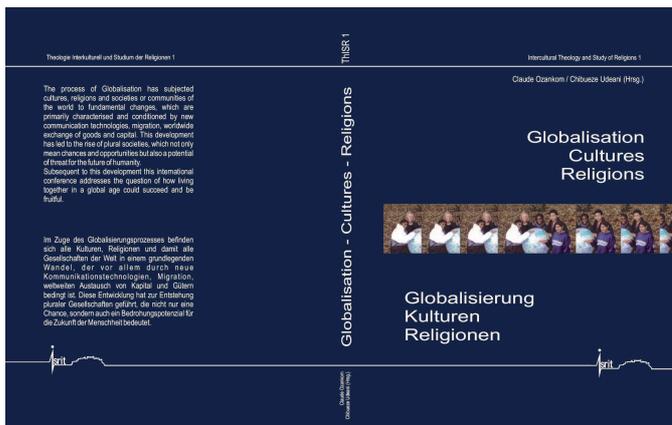
Bei diesem Lebensprinzip geht es darum, dass es Aufgabe jedes Menschen ist, seine Eigenart, seine Individualität zu erkennen, zu entwickeln und danach zu leben. Urbilder vom Lebensweg des Menschen, wie Geburt, Tod, Leid, Glück etc verkörpern grundlegende Bedürfnisse des Menschen, z.B. nach Geborgenheit, nach Liebe, nach Selbstverwirklichung. Den Bedürfnissen liegen Anlagen zugrunde, und die Befriedigung der Bedürfnisse kann nur erfolgen, wenn entsprechende Fähigkeiten entwickelt werden. Dabei geht es darum, seine eigenen, „natürlichen“ Anlagen zu entwickeln und sich nicht in das Korsett von Maßstäben, Normen und Idealen pressen zu lassen. Ferner geht es darum, alle seine Anlagen zu einer Ganzheit zusammenzuführen. Religion kann auch als Weg zu dieser Einmaligkeit, zu dieser Ganzheit begriffen werden, in dem sie dem inkarnierten Menschen hilft, sich aller seiner Anlagen, auch seiner spirituellen, bewusst zu werden.

Mit dem Wissen um meine Eigenart und meine Individualität ist die Eigenverantwortlichkeit untrennbar verbunden. Wird das genannte Lebensprinzip und damit die Eigenverantwortlichkeit anerkannt, ergeben sich daraus auch gesellschaftspolitische Konsequenzen. Felder auf denen diesbezüglich Konsequenzen sichtbar gemacht werden können, sind die politische Partizipation, die Gesundheitsvorsorge oder der Umgang mit dem Anderssein, mit dem Fremdsein. Auf letzterem Feld geht es insbesondere darum, dass eine offene Haltung gegenüber Minderheiten, darunter auch gegenüber religiöser Minderheiten eingenommen wird.⁴¹

⁴⁰ Vgl M. Delgado in diesem Band.

⁴¹ Vgl dazu C. Brunner, Eigenverantwortlichkeit als gesellschaftspolitisches Prinzip, in: H. Kopetz (Hg.), Soziokultureller Wandel in Verfassungsstaat, FS für W. Mauth, Wien-Köln-Graz 2004, Band I 489ff.

Auszug aus dem Buch:



Intercultural Theology and Study of Religions

Herausgegeben von
 Prof. Claude Ozankom
 Prof. Friedrich Reiterer
 Dr. Chibueze Udeani
 Prof. Klaus Zapotoczky

im Auftrag von International Society for Intercultural Theology and the Study of Religions (ISIRIT).

Band I: Globalisation – Cultures – Religions. Globalisierung - Kulturen - Religionen
 herausgegeben von
 Prof. Claude Ozankom
 Dr. Chibueze Udeani

Satz und Layout: Alexandra Kunstmann-Hirnböck
 Cover: Alexandra Kunstmann-Hirnböck

Beitrag zum Panel "Europa – eine Wertegemeinschaft"

von Landtagspräsidentin Angela Orthner

"Schluss mit lustig" – so betitelt der deutsche Journalist Peter Hahne sein Buch, in dem er das Ende der "Spaßgesellschaft" einfordert und eine Rückkehr zu stabilen Werten zur Erneuerung der Gesellschaft beschreibt. Die Vielzahl von Büchern, Vorträgen und Untersuchungen zu dem, was uns "heilig" ist oder sein sollte, bestätigt die Befindlichkeit der Menschen in Europa, die auf der Suche nach alten und neuen Werten sind und nach dem fragen, was uns zusammenhält. Die Kultur – so meine ich – verbindet die Menschen. Sie ist gleichsam der Kitt, der uns zusammenhält in einer unsicherer gewordenen Welt. Kultur: das sind die Kunst, die Religion, die Philosophie als Grundpfeiler. Als Basis, auf die aufgebaut werden kann. Also die Darstellung der Lebensfragen, die Vorstellungen, die wir von der Welt haben und der Versuch einer Erklärung, wie alles zusammenpasst. Es ist die ewige Frage nach dem Woher – Wohin – Warum.

Ein gesellschaftlicher Grundkonsens ist nötig

Werte entstehen aus einem gesellschaftlichen Grundkonsens, der als richtig und richtungsweisend anerkannt wird. Werte geben Orientierung und Sicherheit: Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Anteilnahme, Gerechtigkeit, Zivilcourage als moralische Werte; dass Nächstenliebe und Hingabe als religiöse; dass Freiheit, Toleranz, gleiche Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit als politische Werte ihre Gültigkeit haben. Menschen, Gemeinschaften, Unternehmen, Organisationen, sie alle legen für sich und für die, für die sie Verantwortung tragen, Wertmaßstäbe an.

Das heißt, sie suchen die für sie als stimmig erkannten Tugenden und Werte. Gesellschaften als Ganzes brauchen jedoch auch gemeinsame Werte, an denen sie sich orientieren. Was brauchen wir, damit das Zusammenleben der kleinen und großen Gemeinschaften, der Familie und der Völker und Nationen mit ihren Religionen und Kulturen möglich ist? Was können wir tun, um aus der Beliebigkeit herauszukommen um gegen Gleichgültigkeit, Angst vor dem Fremden und Intoleranz anzukämpfen?

Dialoge für ein besseres Miteinander

Mit erscheint es wichtig, dass wir uns mit unserer Geschichte, unserer Kultur und den

Religionen intensiv auseinandersetzen. Es geht um die Aufgabe jedes einzelnen, um in unserem vom Christentum geprägten Land und Kontinent einen ehrlichen Beitrag in einer vielschichtigen Gesellschaft zum besseren Verständnis zu leisten.

Die europäische Gemeinschaft ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft und ein politischer Zusammenschluss von verschiedenen Staaten. Schon die Gründungsväter hatten die Vorstellung einer Friedens- und Wertegemeinschaft. Der französische Staatsmann und einer der Gründerväter der europäischen Gemeinschaft, Jean Monnet, sagte dazu: "Nicht Staaten vereinigen wir, sondern Menschen."

Dieser Gedanke muss mit Leben erfüllt werden. Die Menschen brauchen "Halt und Heimat", sie brauchen Orientierung und Sicherheit in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft.

Familien stärken

Die Familie ist Fundament einer jeden Gesellschaft. Sie in ihren Aufgaben zu unterstützen ist nicht "vorgestrig", sondern höchst aktuell und fortschrittlich. Sie hält der Entwurzelung stand, ja sie verwurzelt zu einem Gewebe, das auch in schwierigen Zeiten standhält. Kinder brauchen Zeit, um wachsen zu können. Familie braucht Zeit, um ihren sozialen Aufgaben der älteren Generation nachkommen zu können. Dieses "Zeit geben" gilt es zu unterstützen.

Gemeinschaften fördern

Nichts hält mehr zusammen, als gemeinschaftliche Aufgaben zu bewältigen. Das Ehrenamt hat in unserem Land eine große Tradition. Die Vereine und Organisationen im sozialen und kulturellen Umfeld sind wichtige Träger von "Heimat geben". Sie übernehmen Verantwortung, geben Antwort auf die Fragen des Miteinanders.

Auf dem Wegweiser in die Zukunft steht Bildung

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Und Angst kommt aus Unwissenheit. Wissensbildung und Herzensbildung sind Fundamente für ein gedeihliches Zusammenleben. Voneinander Wissen und Miteinander lernen baut Ängste ab.

Die Menschenwürde ist unteilbar

Ein Wertvolles Europa wird immer auf die Schwachen Rücksicht nehmen, es wird alles

daransetzen, die, die am Rande stehen, wieder in die Mitte zu holen. Es wird aber auch zu seinen Werten stehen: zu Freiheit und Demokratie, zu Menschenwürde und Gleichberechtigung, zu Toleranz und Solidarität. Sie gilt es, mit Überzeugung und Standfestigkeit zu vertreten und zu verteidigen. In Kirche und Politik braucht es dazu glaubwürdige und zukunftsbejahende Vorbilder. Die Bürgerinnen und Bürger werden daraus Mut und Zuversicht gewinnen.

Cebu Dialogue on Regional Interfaith Cooperation for Peace, Development and Human Dignity, Philippines, 14-16 March 2006

Report of the New Zealand Delegation

Introduction

Faith community representatives from 15 South East Asian and Pacific nations met in Cebu, the Philippines, from 14-16 March 2006, to discuss interfaith cooperation for peace, development and human dignity. The meeting continued a process of regional interfaith dialogue that began with the first interfaith cooperation meeting in Yogyakarta, Indonesia, in December 2004.

The Dialogue was sponsored by the governments of Australia, Indonesia, New Zealand and the Philippines. At the recommendation of New Zealand, Fiji was added to the previously participating nations. The Fijian delegation expressed its strong appreciation for their inclusion, and emphasised the positive potential of interfaith cooperation both within Fiji and between Fiji and New Zealand.

New Zealand's commitment to the process was further demonstrated by the attendance of the New Zealand Prime Minister, Rt Hon Helen Clark, at the opening of the dialogue on March 14. Her opening address (attached as an appendix to this report) was extremely well received by participants. She offered New Zealand as the venue for the next regional Dialogue. A country report (also attached) was presented, outlining initiatives taken in New Zealand following the Yogyakarta Dialogue.

New Zealand was invited to lead and resource one of the four workshops at the conference, on the topic of the role of the media in promoting interfaith cooperation. The delegation presented a background paper (attached as an appendix) and a case study on the Danish cartoons (also attached), and provided the workshop chair, co-chair, and documenter. The workshop proceeded in a number of sessions over two days. Other delegation members attended and contributed to the parallel workshops on:

- interfaith cooperation for regional peace and security (also co-chaired by New Zealand)

- human dignity, development and interfaith cooperation, and
- the role of education in promoting interfaith cooperation.

New Zealand was represented on the organising committee through the Ministry of Foreign Affairs and Trade, and on the drafting committee for the declaration at the conclusion of the conference. The New Zealand delegation also initiated and convened very successful informal regional “intra-faith” meetings of Christian, Hindu, Jewish and Muslim participants, and a meeting of Pacific region delegates (Australia, Fiji, New Zealand, Papua New Guinea and Timor L’Este. Bilateral discussions were also arranged with delegations from most other participating countries.

The Cebu Declaration

The Dialogue concluded with the adoption of the Cebu Declaration on Regional Interfaith Cooperation for Peace, Development and Human Dignity (attached as an appendix). The Declaration was largely based on the key outcomes of the four workshops and from statements made at the opening session of the conference.

Apart from general statements in relation to peace and security, human dignity and development, education and the media, the Declaration identified a number of follow-up actions. Of particular relevance to New Zealand (with proposed practical actions) were:

1. *The holding of further local, national and regional interfaith forums.*

It is proposed that New Zealand will continue to develop the Aotearoa New Zealand Interfaith Network established after Yogyakarta, continue to promote practical interfaith projects through the New Zealand Diversity Action Programme (particularly those involving youth and women), and hold interfaith forums in August 2006 (in association with the New Zealand Diversity Forum), and early 2007 (National Interfaith Forum). The delegation also supported the proposal to establish a multi-party interfaith group of Members of Parliament to promote interfaith dialogue and events.

2. *The inclusion of values-based education and interfaith and intercultural understanding in educational curricula and charters.*

It is proposed that New Zealand follow up on the discussions at the recent National Interfaith Forum, and that the government seek a report on current and proposed initiatives by the Ministry of Education on the subject.

3. *Dialogue with the media.*

It is proposed that the process of dialogue continue between the media and faith community representatives, facilitated by the Human Rights Commission, as agreed at the meeting of media executives and faith community leaders following the Danish cartoon controversy (see agreement in attached case study). This will address the key recommendations in the declaration concerning training, codes of conduct and standards, and ongoing dialogue, as

well as other recommendations in the workshop report.

4. *Promotion of pluralism, multiculturalism, peace education and interfaith understanding, cooperation and solidarity within faith communities.*

It is proposed that leaders of all major faith communities are provided with copies of this report and invited to disseminate and discuss it within their own communities.

5. *Holding of the next regional dialogue in New Zealand.*

It is proposed that in preparation for the next regional dialogue in New Zealand in 2007 a modest website and electronic mailing list be established to bring together relevant news and information for faith communities, and that an appropriate non-government organisation be approached to consider hosting such a site.

New Zealand Delegation

The New Zealand delegation to the Cebu Dialogue was as follows:

- 1 **Dr. Manuka Henare (delegation leader)**
Director, Mira Szágy Research Centre for Maori and Pacific Economic Development,
University of Auckland Business School
- 2 **Rt Reverend Richard Randerson**
Dean of Holy Trinity Cathedral (Anglican) in Auckland, Assistant Bishop of Auckland
and Vicar-General of the Auckland Diocese
- 3 **Joris de Bres**
Race Relations Commissioner, and Convenor of National Interfaith Network
- 4 **Professor Paul Morris**
Programme Director of School of Religious Studies at Victoria University of
Wellington
- 5 **Mohammed Javed Kahn**
President, Federation of Islamic Associations of New Zealand
- 6 **Dr. Ashraf Choudhary, MP, QSO**
Member of Parliament

- 7 **Reverend Bob Scott**
Church of the Province of Aotearoa, New Zealand & Polynesia
- 8 **Rehanna Ali**
Member of the Islamic Women's Council and Spokesperson for the International Muslim Association of New Zealand
- 9 **Dr Pushpa Bhardwaj Wood**
Member of the New Zealand Interfaith Group and Wellington Interfaith Council, and member of the New Zealand Indian Central Association
- 10 **Rev Saifaleupolu Salaese Siitia**
Minister of St. Ronan's Presbyterian Church, Eastbourne

Prime Minister's Address at the Regional Interfaith Dialogue Conference

Cebu, Philippines

Tuesday 14 March

The New Zealand government is pleased to be a co-sponsor of this regional interfaith dialogue.

We regard the building of greater understanding through dialogue as of the utmost importance in the Asia-Pacific. Our wider region is one where all of the world's great faiths are to be found - and the same is true of New Zealand itself, which is becoming increasingly multicultural and diverse.

So often we see tension and conflict exacerbated in the name of religion, even to the extent of acts of terrorism.

Most adherents of religions whose names are invoked to justify violence strongly deplore and condemn such acts. Nonetheless they can still be subjected to suspicion and backlash which is completely unjustified. That in itself gives rise to further tension. It is tension of that kind which I believe interfaith dialogue can address very effectively.

Of course, strengthening interfaith ties, especially in the face of increased violence, will be a long term process. There is no quick fix solution to the situation we find ourselves in.

But long-lasting peace in our nations, our region, and our world can be built by a growing understanding of the values and beliefs we share in common, and by a willingness to accept and respect difference.

In dialogue, we can empower each other, affirm our hopes, nurture our relationships, and achieve mutual respect for each other. We can also affirm our commitment to tolerance and our rejection of extremism and violence.

There is an imperative for us all to act - in our respective capacities as governmental and faith leaders.

I, for one, refuse to accept that conflict between faith communities and civilisations is inevitable in the twenty-first century.

I believe we owe it to today's children and future generations to build a world in which we strengthen the co-operation and understanding between us.

September 11, 2001, and what has followed around the world, demands that we respond not by accentuating and exacerbating tension, but by engagement and genuine attempts to bridge the divisions which so clearly exist.

For my government, that has meant renewed efforts to build stronger links between our small Western nation, with its predominantly Judeo-Christian value system, and governments and peoples in the Islamic world in particular.

It has also focused our attention on the paramount need for inclusion and respect for each other within our own diverse nation, with the objective that no faith community feels marginalised or excluded within our nation.

This meeting in Cebu will build on the good work begun at Yogyakarta fifteen months ago. I am delighted to see New Zealand's close Pacific neighbour, Fiji, join the regional dialogue for the first time. Fiji is made up of diverse ethnic and religious communities, and can bring unique perspectives to this dialogue. In turn, I hope the outcome of the dialogue here will support leaders in Fiji to resolve tensions between communities.

At this dialogue, the New Zealand delegation is to lead a workshop on the role of the news media in promoting interfaith co-operation.

'This is not a simple issue in my country, where freedom of expression is - rightly in my view - regarded as a fundamental human right, and is subject to very few constraints.

In practice, the most powerful constraint is that imposed by media organisations on themselves. Every day, judgments are made about what to publish or broadcast. Regard is given to the need for accuracy, and - to a greater or lesser extent - the need for balance and good taste in reporting.

Faced with the same decisions and challenges, media organisations will reach very different conclusions on whether or not to publish or broadcast. That dilemma could be seen in the debate across many countries about the publication of the cartoons of Mohammed, which many in the Muslim world found blasphemous and deeply offensive. I have read many fine commentaries from those who supported non-publication; but have found the justifications of those who did publish less than convincing.

I do not believe the decision on whether or not to publish was about the right to freedom of speech. Clearly that right exists in my country and many others.

Rather I believe the central issue is one of judgment - of whether to publish, knowing that publication would inflame tensions and provoke division. Publication in such circumstances cannot be good judgment, and deserves to be criticised on that basis.

Of course there is no expectation that media in a free society should shape that society in any particular way.

But across many media organisations in many countries, there is a huge sense of professionalism and of fair play.

Perhaps what the controversy over the publication of the cartoons in some Western media shows is the need to engage media organisations in a public conversation about interfaith dialogue, and the issues which are at stake.

In the aftermath of the cartoon controversy, media in my country have been engaging in a dialogue facilitated by our Race Relations Commissioner, who is a delegate here, about the role they play in our increasingly diverse society.

When issues of such fundamental importance as the cohesion of our diverse societies and international community are at stake, it would surely be disappointing if most news media did not wish to be part of overcoming the tensions between us, rather than contributing to further division.

I look forward to hearing of the outcome of the deliberations of this conference on this

issue, as indeed on the other important themes to be discussed.

In the end, the worth of this regional interfaith process will be measured by the determination of each of us represented at it to take the insights and perspectives offered here back to our home countries and apply them to building better Understanding between faiths there.

We have it within our power to lead action in our own countries, and across national boundaries in our region.

The New Zealand Government wants this process to continue. Today I issue an invitation on behalf of New Zealand for the third meeting of the regional interfaith dialogue to be held in our country. We would welcome the opportunity to share with our friends across the faiths in our region the way in which we work to promote interfaith dialogue. I understand from our delegation leader, Manuka Henare, that there is also a willingness in Maoridom for Maori spirituality to be engaged in what New Zealand's indigenous people would regard as an extremely important event.

And now, in the unique spirit of New Zealand, I would like to conclude by inviting our delegation to support my address by singing a waiata, a traditional song.

Thank you for listening to New Zealand perspectives on the importance of interfaith dialogue. I wish the conference every success

Interfaith Initiatives: New Zealand

Introduction

Interfaith cooperation in New Zealand was a significant feature of the community response to the tsunami that struck South Asia in late December 2004. A national interfaith memorial service was held at Auckland's Holy Trinity Cathedral in January 2005, led by Bishop Richard Randerson (a Yogyakarta delegate) and leaders of all major faiths. It was attended by the Prime Minister and Governor General, and was a fitting symbol for the overwhelming humanitarian response of New Zealanders to the tsunami, which transcended differences of race, religion, culture and national origins.

New Zealand delegates met with government ministers in February 2005 to discuss the Yogyakarta outcomes, and were assured of the government's commitment to advance dialogue and cooperation both between faith communities and with the government. The Prime Minister has since frequently emphasized the importance of interfaith cooperation at the national and international levels. The Government invited the Human Rights Commission to facilitate the process of dialogue between government and faith communities.

National Interfaith Forums

Delegates from interfaith groups throughout New Zealand met in Auckland in February 2005 for the second national interfaith forum, hosted by the Auckland Interfaith Council. The forum considered the role of religions in resolving conflict, and how interfaith groups can work with governments regionally and nationally. This included continuing a process of regional interfaith dialogue with Asian and Pacific governments to address the causes of religious conflict, establishing a New Zealand process for ongoing dialogue at the regional and national level, creating a forum for dialogue between the government and interfaith groups and developing a national statement on religious tolerance.

The third national interfaith forum was held at Parliament in February 2006, organised by the Wellington Interfaith Council and hosted by Muslim Member of Parliament, Dr Ashraf Choudhary (a Yogyakarta delegate). The theme was Strengthening Spirituality: A Shared Path to Peace. The Prime Minister gave the opening address. The first National

Convention of Interfaith Women was held in association with the forum.

National Interfaith Network Aotearoa New Zealand

A national interfaith network was established in April 2005 to facilitate cooperation and exchange between faith communities and government in New Zealand and in the Asia Pacific region in the furtherance of peace, security and harmonious relations. The network is facilitated by the Human Rights Commission (under the leadership of the Race Relations Commissioner, who was a delegate to Yogyakarta). It comprises networks of national and local religious communities and organisations, national and local interfaith groups, academics and others involved in religious studies, government agencies, local government and interested individuals. Its purpose is to provide opportunities for engagement within and between these networks at a variety of levels, and to support and publicise groups that undertake interfaith activities, projects and programmes that contribute to religious tolerance, public understanding of religions and interfaith cooperation for peace, security and harmonious relations.

The network operates as a strand of the New Zealand Diversity Action Programme, which arose from a forum of community leaders at Parliament in August 2004, convened in response to several instances of racial and religious harassment. The forum adopted a ten point programme to strengthen cultural diversity. Organisations were invited to become participants in the Programme by registering one or more diversity projects. Over 80 organisations have now joined the programme.

Participants include central and local government agencies, community service organisations, cultural and religious groups, schools, universities, libraries, museums, and private companies. Projects range from one-off events such as festivals, workshops and cultural performances, to year long educational programmes, the publication of resources, and exhibitions. Details are at www.hrc.co.nz/diversity.

Forum on the Challenges of Religious Diversity

A national workshop was held in August 2005 on the challenges of religious diversity. It was part of the wider New Zealand Diversity Forum (itself part of the New Zealand Diversity Action Programme) which drew over 450 participants from throughout New Zealand. It included a panel of leaders and representatives of a variety of faiths, including

Christian, Jewish, Muslim, Hindu, Buddhist, and Baha'i. The keynote address by Professor Paul Morris of Victoria University (a Yogyakarta delegate) is available at www.hrc.co.nz/forum. The emphasis of the workshop was on practical interfaith cooperation.

Islamic community

The growing New Zealand Islamic community has not experienced the degree of prejudice or harassment that has occurred in some other countries in the wake of terrorism and counter-terrorism associated with extreme Islamic groups. Following the London bombings in July, however, a small amount of damage was done to seven mosques and religious centres by two individuals associated with an extremist group, and there were a number of other cases of individual harassment. There were widespread expressions of interfaith solidarity. A few weeks later, the Federation of Islamic Associations (FIANZ) held open days at mosques throughout the country for Islamic Awareness Week, which received a positive community and media response. The theme was Getting to Know Each Other, with a focus on increasing understanding between people, promoting greater tolerance and harmony and creating new relationships. FIANZ is a participant in the New Zealand Diversity Action Programme, and the Week was its registered project.

FIANZ celebrated its 25th anniversary with an interfaith event at Parliament in November 2006, and published a history of the federation, its affiliates, and Muslims in New Zealand. A particular feature of the New Zealand Muslim community is its strong Pacific component, through migration from Fiji, where Christianity, Islam, Hinduism and Buddhism have co-existed for a long time.

The *Office of Ethnic Affairs* held a "Building Bridges Forum" in November 2005 with 80 Muslim community representatives, to be followed by further workshops involving other faith communities in 2006.

Religion and Peace in the Pacific region

The government through NZAid supported a Pacific regional inter-religious colloquium on *Indigenous Cultural and Religious Concepts of Peace and Good Governance* in Samoa in December 2005, which included a commentary from Dr Manuka Henare (leader of the NZ Yogyakarta delegation) on Samoan indigenous religion and peace. A further regional conference on *Future Proofing the Pacific in the 21st Century: Religion, Local Traditions and Global Forces* is scheduled to be held in Auckland in August 2006.

Interfaith Resources

A number of projects providing resources on religious diversity were registered with the New Zealand Diversity Action Programme during 2005. They included:

- *A National Directory on Interfaith Activities*, produced by the Victoria University Religious Studies Programme.
- *Last Words: Approaches to Death in New Zealand's Cultures and Faiths*, a handbook published by Bridget Williams Books in association with the Funeral Directors Association of New Zealand.
- *A Practical Reference to Religious Diversity*, published by the New Zealand Police to guide operational staff on the variety of major religions they will encounter in their work and the way these beliefs may impact on policing methods and police effectiveness.
- *ReligioNZ: A Guide to Religions in New Zealand*, by Bronwyn Elsmore, to be published by Reed Books in April 2006
- *In the Presence of All Peoples: Celebrating Cultural Diversity*, A Caritas Aotearoa NZ publication, including a section on interfaith dialogue, for Catholic Social Justice Week 2005.
- A report on *Muslim Women, Dress Codes and Human Rights: An Introduction to Some of the Issues*, published by the Human Rights Commission.

Interfaith Events at Parliament

The New Zealand Parliament has been host to many events recognising cultural and religious communities. It was the venue for the community leaders' forum that led to the New Zealand Diversity Action Programme, and for two of the three national interfaith forums held so far. The government has also been host at Parliament for events to mark the Chinese New Year, the Jewish festival of Hannuka, the Hindu festival of Diwali, and the Islamic festival of Eid ul Fitr. These festivals are also increasingly celebrated by the community as a whole in programmes of events throughout the country.

Religious Diversity and the Media

Controversy in February 2006 over the publication of cartoons offensive to Muslims and the screening of a satirical television programme offensive to many Christians resulted in significant expressions of interfaith solidarity. One positive result of the cartoon controversy was a meeting between media executives and religious leaders, facilitated by

the Human Rights Commission, at which agreement was reached to engage in an ongoing dialogue on the role of the media in a context of increased religious and cultural diversity. Those media that published the cartoons apologised for the offence caused and this was accepted by the Islamic Federation. All present affirmed the importance of the freedom of the press, but also agreed that "such freedom is not absolute, and comes with responsibilities. These include sensitivity to diverse cultures and beliefs and the recognition of diversity within cultures and beliefs; the responsibility to inform the community about diverse cultures and beliefs; and the provision of dialogue and channels of communication between the media and faith communities." The Human Rights Commission will facilitate ongoing dialogue through meetings, workshops and forums over the next year.

Projects for 2006

A number of projects relating to interfaith cooperation and understanding have been registered with the National Interfaith Network and the New Zealand Diversity Action Programme for 2006, and the number is likely to increase significantly. They include:

- A major outdoor *Coexistence* exhibition and programme on cultural and religious diversity
- (Heart of the City, Auckland Central City Business Association), February-March
- National Interfaith Forum at Parliament, February 26-27 (Wellington Interfaith Council)
- National Interfaith Women's Convention, February 26
- Faith community participation in Race Relations Day, March 21
- Facilitation of dialogue between news media and faith communities as agreed by the parties following the cartoon controversy (Human Rights Commission)
- Islamic Women's Convention, April 21-23 (Islamic Women's Council)
- Islam Awareness Week, August (Federation of Islamic Associations of NZ)
- New Zealand Diversity Forum (including an interfaith forum), August 21-22
- International Day of Peace, September 21
- Week of Prayer for World Peace, October
- Publication of National Directory of Interfaith Activities, February (Victoria University RSP)
- Publication of ReligioNZ A Guide to Religions in New Zealand (Reed Books)
- Research project on the aftermath of the desecration of Jewish cemeteries in

Wellington in 2004 (Victoria University Centre for Applied Cross-cultural Research)

- Draft national statement on religious tolerance for discussion (Victoria University RSP)
- Spirituality in the Public Domain Multi-Faith Art Exhibition (UCA Music)
- Building Bridges workshops (Office of Ethnic Affairs)
- Web-based resources for Catholic parishes and schools (Caritas Aotearoa)
- Diwali Festival events

Conclusion

New Zealand is committed to advancing interfaith cooperation for peace, development and human dignity at both the government and faith community level. Good cooperation has developed, and there are many interfaith initiatives. The National Interfaith Network, as part of the New Zealand Diversity Action Programme, provides a useful framework for strengthening relationships and encouraging practical action that contributes to the achievement of religious tolerance and cooperation between government, faith communities and interfaith groups in the wider context of human rights.

Te aroha, te whakapono, me te rangimarie, tatou, tatou e. May love, faith and peace be with us all.

**DECLARATION OF THE CEBU DIALOGUE ON REGIONAL
INTERFAITH COOPERATION FOR PEACE,
DEVELOPMENT AND HUMAN DIGNITY**

We, the participants in the Cebu Dialogue on Regional Interfaith Cooperation for Peace, Development and Human Dignity from Australia, Brunei Darussalam, Cambodia, Fiji, Indonesia, Laos, Malaysia, Myanmar, New Zealand, Papua New Guinea, the Philippines, Singapore, Thailand, Timor-Leste and Vietnam, gathered in Cebu, Philippines on 14-16 March 2006.

We acknowledge

- the importance of interfaith dialogue and cooperation in the promotion of regional peace and security
- the contribution of interfaith dialogue and cooperation in the promotion of regional social and economic development and in upholding the principle of the inviolability of human dignity
- the crucial role of education in promoting interfaith understanding and cooperation
- the influence of the media on interfaith and intercultural understanding,

We welcome the statement made by Philippine President Gloria Macapagal Arroyo on the importance of interfaith dialogue and cooperation for regional peace and development and supporting the President's view that faith is a primordial need in the human condition offering hope, confidence, courage, and the commitment to lead a good life on which the family, society, and civilization are based,

We welcome the commitment to the regional interfaith dialogue process expressed by the Rt. Hon. Helen Clark, Prime Minister of New Zealand, Philippine Foreign Affairs Secretary Alberto G. Romulo, Philippine Presidential Adviser on the Peace Process Jesus G. Dureza, Hon. Andrew Robb, MP, Parliamentary Secretary to the Minister for Immigration and Multicultural Affairs, Australia, and Indonesian Foreign Minister Dr. N. Hassan Wirajuda, represented by Director General for Information and Public Diplomacy of the Ministry of Foreign Affairs, Hon. Mangasi Sihombing,

We support their statements reflecting the great potential and power of faith to bring

together peoples of different races, cultures and creeds in our shared pursuit of lasting peace in the region,

We express our appreciation to the Governments of Australia, Indonesia, New Zealand and the Philippines as the co-sponsors of the dialogue process, and particularly to the Philippines as the host of this Cebu Dialogue,

We welcome the offer by the Government of New Zealand to host the third regional dialogue on interfaith cooperation,

We were encouraged by the national reports on interfaith initiatives undertaken following the commitments made during the Yogyakarta Dialogue on Interfaith Cooperation on 6-7, December 2004, and building upon them, including the report on the progress of the Jogja Centre,

We believe that interfaith dialogue builds understanding, goodwill, and relationships across religions and among peoples,

We acknowledge that interfaith cooperation plays a central role in the fostering of peace and security in our region and that interfaith dialogue and cooperation are now an integral part of the national and international political landscape,

We recognize that believers, communities, and institutions exercise a distinct and vital role in the promotion of peace, development, and human dignity in this region,

We appreciate that interfaith dialogue and cooperation are essential in de-linking religions from all forms of terror,

We affirm that the key societal values that underpin successful interfaith understanding and cooperation include shared values of peace, harmony, tolerance, ethical standards and human rights,

We recognize the impact of the media on public opinion and their critical relationship to peace and harmony, interfaith and intercultural understanding, nation building, social

cohesion and social responsibility,

We affirm that faith communities need to engage with the media, build relationships, provide them with news and information and enter into dialogue with them,

We believe that human beings have moral, spiritual and intellectual capacities which could be best developed towards the attainment of human dignity,

We believe that education at all levels and in various contexts can play a significant role in promoting interfaith understanding and cooperation,

We recognize the shared contribution of women and men towards interfaith education and the promotion of human dignity,

We recognize that to make interfaith education effective, the driving forces behind interfaith conflict need to be addressed.

We hereby declare that:

We will hold local, national, and regional forums to build knowledge, respect, and understanding and to provide opportunities for dialogue, thereby deepening relationships and friendships among faith communities and enhancing capacity for interfaith cooperation.

We call on governments to uphold freedom of religion and belief in ways that will encourage interfaith dialogue.

We call for increased interaction and partnership between governments and religious communities in addressing violence and all forms of terror and in working for peace, development, and human dignity.

We call on religious groups to recognize pluralism, multiculturalism, and peace education and develop openness, and respect for other faiths, traditions, and cultures; to develop

internal mechanisms and resources for responding to violence and intolerance against other ethnic and religious communities; and to be sensitive to the complexities of proselytization, respect all belief systems, and discourage proselytization through inducements.

We will undertake cooperative efforts to assist one another in times of natural disasters.

-We encourage future interfaith dialogues to focus on programs of practical action, with due respect to those previous interfaith dialogues which focused more on the philosophical aspects of religions, and which have been able to minimize the stereotypical misunderstanding among various groups.

We will promote interfaith dialogue at the grassroots level to serve as an instrument to promote sustainable livelihoods and community cohesiveness or unity, thus, becoming the basis of civil society to promote the democratization process.

We encourage governments involved in interfaith dialogues to establish a mechanism for institutional policies and all relevant enabling guidelines to promote and protect human life, dignity, social justice, and the integrity of all creation and call on participants to acknowledge and support the goals and objectives of the Universal Declaration on Human Rights and the United Nations Millennium Development Goals.

We call on participants of the Yogyakarta Dialogue on Interfaith Cooperation held on 6-7 December 2004 and the Cebu Dialogue on Regional Interfaith Cooperation for Peace, Development, and Human Dignity held on 14-16 March 2006 to support the development of the Yogyakarta International Center for Religious and Cultural Cooperation and the other initiatives included in the Cebu Declaration.

We will work for the inclusion of values-based interfaith education in the curriculum at all levels, including post-graduate studies, the appropriate training and preparation of teaching professionals, the use of experiential and holistic teaching-learning methods, and the provision of quality resources, towards the goal of interfaith understanding and cooperation.

We will undertake non-formal educational activities that will bring together youth and adults from diverse faith and cultural backgrounds.

We support practical initiatives at the regional and national levels by governments, faith communities, and the media to enable and encourage the media to increase their contribution in the achievement of interfaith and intercultural understanding and cooperation for peace, development and human dignity.

We call for the development and provision of training for media managers, journalists and journalism students on religious and cultural diversity, in partnership with interfaith experts and national and international media organizations; and encourage the development and review of codes of conduct and standards for the exercise of media freedom with responsibility; and support the establishment and strengthening of processes of dialogue among media executives, journalism trainers and religious and interfaith leaders.

The participants in the Cebu Dialogue, characterized by many languages, cultures and religions, share a conviction that Interfaith Cooperation plays an essential role in the promotion of peace, development, and human dignity and that the Cebu Dialogue, exemplified by the spirit of cooperation, understanding and friendship provided a robust platform for our collective future.

Cebu, Philippines

16 March 2006

The Role of the Media in Promoting Interfaith Cooperation

New Zealand Delegation Paper

Introduction

Our ASEAN-Pacific region is characterised by a phenomenal diversity of languages, cultures and religions. All fifteen of the countries represented at this Cebu Dialogue are multi-cultural, multi-language and multi-religious and it is this complex reality that creates the context for our deliberations on faith and media in the region.

The New Zealand delegation believes that: (1) we live in ever more diverse religious and cultural national communities and that interfaith cooperation is an essential response to this increased diversity; (2) the media has a vital role to play in promoting interfaith understanding and that this will need to be fostered by interfaith bodies and faith groups with a degree of governmental support; and (3) that at the beginning of the 21st century religion has become a global political issue affecting us all.

The media plays a central role for all of us as the principal source of our knowledge of the world beyond our daily family, work lives and immediate contacts. As our access to local, national and international media increases we respond to events across the world almost simultaneously. Accurate information about other faiths is often not reported at all or is not easily available allowing for unjust and sometimes false claims to stand unchallenged. These factors highlight the significance of the media for our knowledge of other cultural and religious communities and positive interfaith relations. The recent Danish cartoon saga graphically illustrates the global impact that the media has on religious communities.

The New Zealand delegation believes that the balance between press freedom and responsibility merits serious reflection at this time. We also need to reconsider the avenues that are open to communities that have been offended and the possible modes of peaceful resolution. In New Zealand such reconsideration includes discussion of the desirability of new or revised frameworks, the work of the New Zealand Press Council and the Broadcasting Standards Authority, the internal disciplinary mechanisms within the media itself, and the role of our Human Rights Commission and faith and interfaith groups. The New Zealand delegation welcomes it when the media focuses on positive and

constructive reporting about religion and recognises that the media has enormous potential to bridge the gaps between communities, open channels of communications between faiths, and present information that promotes knowledge and understanding of our religious and cultural differences.

What is the media?

The media most obviously is the mass news media - newspapers, magazines, radio, national television networks and the international news providers (Sky, BBC, CNN, Al Jazeera, Star), including the news network web outlets. In addition to news, there are features, business, and sports journalism. The electronic access (WWW) to all these is growing as the net exponentially increases as a major vehicle for news and other information. There are also new web-based media such as blogs creating new issues of influencing content and regulation.

Alongside newspapers, magazines, websites and broadcast media is the specifically religious media, including radio, television, newspapers, magazines, journals and religious publications, DVDs, websites and cassettes. Our region boasts a large number of such religious media outlets, representing a broad range of religious communities and positions.

There are a number of issues raised by news media reporting that affect positive interfaith relations. Few major newspapers and news agencies have the capacity to report adequately on faith issues. There is little or no tradition of reporting on religion except when the focus is on violence or controversy. The news media repeatedly demonstrate that they do not have the capability to present religious news with accuracy, subtlety and the level of expertise that can be found in other areas of news reporting, such as economics, industrial relations or the arts. This failure has two serious implications: (1) that beliefs and practices that are important for significant sectors of a society are left out or misunderstood; and (2) the often-important religious dimensions of events and conflicts are misreported, misrepresented or simply missed.

There can be evident bias in reporting so that news of minority or marginal groups is presented in prejudicial ways. Stereotypes and profiling of such groups can foster intolerance and misunderstanding of their character, motives, ideology and actions. This

is often simply due to a lack of awareness of the complexities of situations on the part of journalists. In some circumstances the independence of journalists can be compromised by the political realities in which they have to operate. The lack of cultural and religious diversity of reporters also can seriously limit the range of media perspectives. All these factors need to be considered as part of the media realities when possible remedies and solutions are discussed.

Our reliance on the global media also raises questions about the impartiality of the presentation of news stories. All too often these global agencies vie with each other for exclusive reports that give them the edge over their competitors and the more dramatic and violent a story the seemingly more newsworthy. Reporters are moved from overseas posting to posting and often do not have the languages and thus are overly reliant on locals for access to people and places and for translation and the interpretations of events.

The religious media is important for communicating within a given faith community at the local, regional and national levels. In recent years official and unofficial religious websites have been very effective media in mobilising support for specific issues and for creating campaigns of action amongst the faithful. The religious media has its own characteristics raising the issues common to all media, as above, and a number of additional concerns, including sectarian bias, political agendas within a given religious community, and often a dearth of positive information about those who are religiously and culturally different within their own religions and in other religious traditions.

The New Zealand delegation welcomes examples of the religious press presenting their own faith's traditions of tolerance, informing their co-religionist readers of the nature of the faith of others, their festivities, beliefs and ritual practices, and the sanctioning and support of interfaith meetings and activities.

Language, terror, marginality and media

The reporting of violence and terrorism by the media plays a major role in our perceptions and understanding of 'terrorism'. Studies of the language used by the media and the ways that terrorism is reported indicate that such reporting is very often not objective. And, this is nowhere more evident than in comparative studies of the reporting of acts of terror on

different networks and in different countries. Reporting is coloured by the use of adjectives, the establishment and repetition of negative or positive associations, the claiming of rationality for a single side in the conflict, and most dangerously of all bundling together all members of a religious, ethnic, or national group as somehow identical and linked. So that all Xs become terrorists or terrorist sympathizers or all Ys are identified with an occupying army or oppressive military.

The New Zealand delegation considers that media awareness of these issues needs to be heightened and additional care and caution taken in reporting. The negative characterisation of whole sectors of the population enhances their sense of being marginalized and feeds the fears that encourage desperation and extremism. The failure to clearly distinguish the criminal perpetrators of acts of terror from an entire religious community leads to results like that of a recent survey which reported a very high correlation between the words 'Muslims' and 'terrorists'. Does the reporting of 'terror' differ across our region? Do journalists need interfaith training? Do specialist journalists with specific religious expertise need to be employed? How can reporting foster bridge-building and dialogue between different faith communities and promote the ending of conflicts? The Danish, now global, cartoon controversy highlights these issues and dramatically links media coverage with world events. This example affords us the opportunity to explore the limits and extents of the rights of the media and their social, political and communal responsibilities.

Regulation

All countries regulate their media. The media is bound by legislation that censors material deemed offensive, security sensitive or dangerous. Media content is also dictated by ownership and political and financial control and the editorial expression of these vested interests. Legislation exists at the local and national levels (and there have even been calls in some quarters for international regimes covering media and religion). There is wide variation in the extent and nature of such legislation across our region. The media also self-regulates by means of internal corporate media guidelines, professional journalist codes of ethics or the rules of professional bodies and associations. Most countries have extensive press and media rules governing editorial decisions concerning content. Just as the rules themselves differ considerably so do the ways in which they are enforced or followed and the penalties and sanctions for breaches. Returning for a

moment to the Danish cartoons: what is the appropriate demarcation line between media freedom and media licence? Where does appropriate satire begin and when does it become gratuitous offence to a particular community? Are revised media guidelines or codes of practice the best way forward? How can we best ensure that journalists are made aware of communal sensibilities? How can we encourage the religious press to emphasize tolerance and interfaith contact?

What processes and procedures need to be in place to create the environment whereby the mainstream and religious media will actively use their column inches and bandwidth to promote interfaith cooperation? Which agencies need to be in contact with each other and what sorts of interactions need to be fostered? How might governments and interfaith groups work together with their media to promote understanding and cooperation?

The New Zealand delegation considers that a fresh focus by all interested parties, including public debate on media rights and responsibilities, is required taking into account that practices vary from country to country in our region.

Principles of the Reporting of Religion

The New Zealand delegation believes that we need to consider a set of principles that might guide issues relating to media and religions. These principles will ideally be pertinent across the region although we fully recognise that the suggested remedies and strategies for moving forward and how such principles will be adopted across the region will reflect the different national contexts.

There are four basic dimensions to these principles:

1 Media freedom

The media are free to publish material including on religious matters within the law of the state in which they operate and in accordance with national codes of practice.

2 Media Responsibilities

In exercising this freedom the media has the responsibility to:

- Report the news without bias and discrimination and to avoid stereotyping and profiling

- Understand religious and cultural differences and the symbols and values held sacred by different faiths
- Promote interfaith understanding and peace.

3 Standards

- The media is expected to maintain the highest professional standards, these include:
 - To be sensitive to religious beliefs or practices
 - To be informed about the matters they report on and to provide balanced reporting of these
 - To be aware of the possibility that a sector of the community may experience offence at a published or broadcast item and to strive in the public interest to avoid this.

4 Complaints Procedure

It is vital to have a robust complaints procedure that:

- Is accessible and allows for all sides to be heard
- Reports in a timely fashion
- Is transparent and accountable
- Has the confidence of all parties concerned
- Provides acceptable avenues for redress.

Programme of Action

1. Encourage a public conversation on the issues of media and religion to develop the appropriate mix of measures which involve media, government, faith communities and the general public
2. Develop broad networks to link faith and interfaith groups to mainstream and religious media
3. Establish regular fora to bring together religious community and media representatives to discuss matters of interest
4. Create information and fact sheets on religions in cooperation with educators and religious communities
5. Maintain up to date directories of faith, interfaith and media contacts
6. Include faith education in media training

7. Support journalists from different religious and cultural communities
8. Encourage good media practice on interfaith reporting
9. Establish a robust complaints procedure in consultation with all parties concerned

28 February 2006

Case Study: New Zealand

The controversy over the publication of the Danish cartoons

Although the majority of New Zealand newspapers, including New Zealand's largest circulation paper, declined to republish any of the Danish cartoons, two local newspapers and two television channels did so, despite expressions of concern from the Federation of Islamic Associations and the Government.

The publication was followed by strong interfaith and government condemnation, a public protest demonstration, and considerable general public opposition.

The Race Relations Commissioner and Convenor of the Government and Interfaith Network called for dialogue and convened a meeting of media executives and religious leaders.

The meeting resulted in the following agreement:

1. We agree that New Zealand's dramatically increased diversity of cultures and faiths raises new challenges for the media and the New Zealand community.
2. We believe that it was groundbreaking for this range of people to meet to discuss this issue.
3. The meeting affirmed without dissent the importance of freedom of the media.
4. Equally, such freedom is not absolute, and comes with responsibilities.
5. These include:
 - sensitivity to diverse cultures and beliefs, and recognition of the diversity within cultures and beliefs
 - responsibility to inform the community about diverse cultures and beliefs
 - provide dialogue and channels of communication between the media and faith communities
6. The meeting acknowledged that the media has to make difficult calls on such issues on a daily basis and these need to be considered in an international context of conflict.
7. It was agreed there is a need for continuing public discussion on the issues raised - especially beyond the organisations and groups represented at the meeting.

8. Recommended action:

- The Human Rights Commission to facilitate further discussion, in consultation with the media, faith communities and educators
- The NZ Journalists Training Organisation should address training issues that arise from this debate
- A directory of Muslim spokespeople to be compiled and made available to the media to facilitate a better flow of information.

The meeting affirmed:

- a) The media who published the cartoons did not set out to insult or offend, only to inform
- b) They apologised for the offence caused
- c) They did not resile from the decision to publish, based on the context at that time.

Two newspapers which published the cartoons - The Dominion Post, and The Press - gave an undertaking not to publish them again.

List of participants:

- Dave Moskovitz, President, Temple Sinai
- Hanif Ali, Secretary General FIANZ
- Javed Khan, President Federation of Islamic Associations (FIANZ)
- Jim Tucker, Executive Director, NZ Journalists Training Organisation
- Jim Tully, Head of School, Political Sciences & Communication, University of Canterbury
- John Dew, Archbishop, Roman Catholic Church
- Lincoln Gould, Representative, Commonwealth Press Union
- Paul Morris, Professor, Victoria University Religious Studies Programme
- Paul Thompson, Editor, The Press (Christchurch)
- Rick Friesen, Chief Operating Officer, TV3
- Rory Newson, Bureau Chief, TVNZ Wellington
- Sheik Amir, Chair Ulema Board (Board of Scholars) FIANZ
- Sultan Eusoff, Office Manager, FIANZ
- Terry Brown, Editorial Policy Manager, Radio NZ
- Tim Pankhurst, Editor, Dominion Post
- Joris de Bres, Race Relations Commissioner (Meeting Convenor) and staff of the Human Rights Commission

**Final Report of Working Group 4:
The Role of Media in Promoting Interfaith Cooperation
Convenor: New Zealand**

Participant contributions focused on four areas, namely:

- The societal context
- Government and the constitutional framework
- The media themselves
- Faith communities

The societal context

The societal context for considering the issue of the media and religion includes global, regional and local elements, and is generally characterised by an increasing diversity of religions, cultures and ethnicities. Key societal values that underpin successful interfaith understanding and cooperation include public values of peace, harmony, tolerance, ethical standards and human rights. As the media themselves confront issues of religious diversity and relationships between faiths, there is a need for public education about the role of the media, and about the importance of both the freedom of the press and their obligation to exercise that freedom in a socially responsible manner.

Government and the constitutional framework

Constitutional guarantees of both the freedom of the press and the freedom of religion are vital, along with the provision of an effective framework for media responsibility and accountability. Also important is government and political leadership in advocating for religious and cultural diversity and their fair representation in the media.

The Media

The media have a critical role to play in fostering peace and harmony, interfaith and intercultural understanding, nation building, social cohesion and social responsibility. They need both to be informed themselves and to inform the public about religious and cultural diversity. They must exercise the freedom of the press with corresponding responsibility, observe appropriate codes and standards to this end and be publicly accountable for abiding by them. They need to have effective relationships with faith

communities in order to be sensitive to their beliefs and to represent them fairly to the public. Journalism training needs to include familiarisation with religious and cultural diversity and communication with diverse communities.

Faith communities

Faith communities both locally and regionally need to acknowledge the context in which the media operate, the importance of both the freedom of the media and their obligation to exercise it responsibly. They need to engage with the media, build relationships, provide them with news and information and enter into dialogue with them. They need to recognise and acknowledge positive media contributions to interfaith understanding and cooperation, and support those within the media who champion religious and cultural diversity. They need to develop interfaith networks with which the media and media trainers can engage, and provide the media with directories of faith and interfaith community contacts. They need to make space within their own religious publications for news and information on other faiths, leading by example.

Practical initiatives

The workshop agreed that there need to be practical initiatives at both the regional and national level by governments, faith communities and the media in order to enable and encourage the media to increase their contribution to the achievement of interfaith and intercultural understanding and cooperation, peace, development and human dignity. The workshop recommended the following elements for a programme of action:

- Development and provision of training for media managers, journalists and journalism students on religious and cultural diversity, in partnership with interfaith experts and national and international media organisations, possibly including the provision of short courses regionally, e.g. at the Yogya Centre
- Development and provision of training for faith communities on the media and public relations
- Recognition of media best practice through national and regional awards and scholarships, building on existing initiatives and programmes where available
- Development and review of codes of conduct and standards for the exercise of media freedom and responsibility at the regional and national levels
- Provision of accurate background and current information to the media, and names

of authoritative spokespersons on sensitive issues that may generate conflict

- The establishment and strengthening of processes of face to face dialogue between media executives, journalism trainers and religious and interfaith leaders through meetings, forums and workshops at the national and regional level, noting for example the opportunity presented regionally by the World Intermedia Conference to be organised by the Government of Indonesia
- Communication of the outcomes of this dialogue to other forthcoming regional and global media conferences, including the Asia Media Summit in May 2006, the AIBD-UNESCO seminar on broadcasting regulation in May 2006, and the UNESCO Asia-Pacific and Europe Media Dialogue in September 2006.
- Exploring the concept of regional and national film festivals on themes of religious and cultural diversity, peace and tolerance, and encouragement of regional co-productions on religious diversity themes
- Provision to the media of reports, interviews and articles by participants in the Cebu dialogue (including print, radio and electronic media), and the production of a resource (written report or DVD) about the dialogue that can be used in participant countries
- Development of a regional electronic database and network to share information and best practice on media and interfaith cooperation and understanding.

EINIGE BEITRÄGE ZU DEN THEMENBEREICHEN**EUROPÄISCHE IDENTITÄT – INTERRELIGIÖSER DIALOG – RELIGION UND POLITIK**

von **HEINRICH SCHNEIDER**

- Die Einheit in der Vielheit?
Religionsfreiheit und Religionskonflikte sind im heutigen Europa brisante Themen
in: „Wiener Zeitung“, 15. April 2006, „extra“ S. 3-4

- Peter-Christian Müller-Graff / Heinrich Schneider (Hrsg.)
Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Europäischen Union
Baden-Baden 2002
(Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration Bd. 50), 200 pp.

- „Para bellum aut para pacem?“
Das Dilemma zwischen Realpolitik und religiösen Visionen angesichts der
Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in: Kontaktstelle für Weltreligionen/Welt-
konferenz der Religionen für den Frieden (Hrsg.) Friede mit friedlichen Mitteln: Neue
Herausforderungen für die Religionen
Innsbruck und Wien 2002, S. 92-111

- Das Menschenbild als Leitmaß für die Ordnung des Zusammenlebens in: Andreas
Bsteh / Seyed A. Mirdamadi (Hrsg.), Werte – Rechte – Pflichten: Grundfragen einer
gerechten Ordnung des Zusammenlebens in christlicher und islamischer Sicht
Mödling 2001, S. 41-77.

Die Publikation erscheint auch in persischer Sprache (Farsi):

- arzesha – hoqûq – wazâ'ef : masâ'el-e asâsî-ye nezâm-e hamzîstî-ye
âdelâne az dîdgâh-e andismandân-e mosalkmân wa masaîhî ;
[dowwomîn hamâyes-e andîsmândân-e îrân wa otrîs, weyan 19 ta 23 septambr-1999]
ed.: Akbar Qanbarî ; Andreyâs Besteh ; Seyed Amîe Akramî . –
Tehran : Entesârât-e beynolmalalî-ye alhoda , 1380 [=2001]. – 455 S.- (Goft o gû)

Die Publikation erschien auch in arabischer Sprache:

- Al-quiyam - al huquq – al-w°agibât : masâ`il asâsîya li-nizâm ,adil li-l-,ay°s al-m,u^starak fi n-nazra al-msîhîya wa l-isl^miya; al-nadwa al îrâbîya-an-namsâwîya at-taniya (Vienna 19.22 aylûl 1999{ ak-muhâdarât – al-as`ila – al-mudâhalât / Andrâwus Bstih ; °Adil Tiyûdûr Hûrî . – Gûniya (=Joiunieh) - Lubnân (Libanon) 2003 (Verlag: al-Maktaba al-bûlusîya)
- Die Europäische Union als Wertegemeinschaft auf der Suche nach sich selbst in: „Die Union“ (Wien), Jg. 2000 Heft 1, S. 11-47.
- Rechtliche Strukturen und politische Garantien eines Pluralismus auf nationaler und internationaler Ebene in: Andreas Bsteh (Hrsg.), Eine Welt für alle: Grundlagen eines gesellschaftspolitischen und kulturellen Pluralismus in christlicher und islamischer Perspektive Mödling 1999,„S. 219-293 (Beiträge zur Religionstheologie, Bd. 9)

Die Publikation erschien auch in englischer Sprache:

- Legal Structures and Political Guarantees of a Pluralism on National and International Levels in: Andreas Bsteh (Ed.), One World for All: Foundations of a Socio-Political and Cultural Pluralism from Christian and Muslim s Perspectives im Perspectives New Delhi (Viklas publishing House PVT Ltd.) 1999, p. 193-258.

Die Publikation erschien auch in arabischer Sprache)

- Andrâwus Bstih - Adil Tiyûdûr Huri `Alam wâhiud li-l gami: usub at-ta`addudîya al-igtimâ`îya wa-s-siyâsîya wa-t-taqaf°iya fí nazar ak-mashîya wa-l-islâm Gyniy (=Joiunieh) - Lubnân (Libanon) 2000 (Verlag: al-Maktaba al-bûlusîya)

Die Publikation erschien auch in der Urdu-Sprache:

- Prof. Andreas Bsteh Aek Dunya. Sub kay liay Transl. by M. Ikram Chaghatai Lahore: Sang-e-Meel Publications, Lahore (Pakistan), 368 pp.

- Gestaltungsprobleme der Gerechtigkeit im weltpolitischen Kräftefeld in: Andreas Bsteh / Seyed M. Mirdamadi (Hrsg.), Gerechtigkeit in den internationalen und interreligiösen Beziehungen in islamischer und christlicher Perspektive
Mödling 1997, S. 275-316

Die Publikation erschien, übersetzt ins Persische (Farsi), auch in Tehran:

- Seyed 'Abdalmegid Mirdamadi / Andreas Bsteh (Eds.)
Edalat dar rawabet-e bainalmalal wa bain-e adyan az didgajh-e andismandan
Tehran 1998 (Verlag: Entesarat-e bainalmalali a-huda)

Die Publikation erschien, übersetzt ins Arabische, auch in Jounieh /Libanon/:

- Andreas Bsteh / S. Abdalmegid Mirdamadi (Hrsg.)
.adl fí l'ilâqât bayn ad-duwal wa l-adyan fí n-nazra al islâmîa wa l-masîhîya:
Gûniya (Jouinieh) / Libanon 2002 (Verlag: al-Maktaba al-bûlusîya)
- Heiligkeit und Entheiligung der Politik:
Anmerkungen zum Verständnis des modernen Nationalstaates im Hinblick auf den interreligiösen Dialog in: Adel Theodor Khoury und Gottfried Vanoni (Hrsg.),
"Geglaubt habe ich, deshalb habe ich geredet"
Festschrift f. Andreas Bsteh zum 65. Geburtstag
Würzburg und Altenberge 1998, S. 460-490.
- Weltpolitik im 21. Jahrhundert - Kampf der Kulturen - Worte werden zu Fronten .-
Zivilisation oder Barbarei - Freund oder Feind
Mehrteiliger Beitrag über das Buch von S. Huntington)
in: „Die Furche“ (Wien), Ausg. v. 6.Jänner 1997, S. 13, 14, 15, 16.
- Christen - Nation - Europa: Fragen an die Kirche in: Christen - Nation - Europa
(44. Internationaler Kongreß in Königstein "Kirche in Not")
Königstein/Ts. 1995, S. 61-94.
- Europäische Identität: Historische, kulturelle und politische Dimensionen
in: "integration", Jg. 1991 Heft 4, S. 160ff.

(Hier wurden nur einige dem oben genannten Themenkomplex gewidmete Arbeiten d. Verf. aus seinem mehr als 500 Nummern umfassenden Publikationenverzeichnis ausgewählt.)